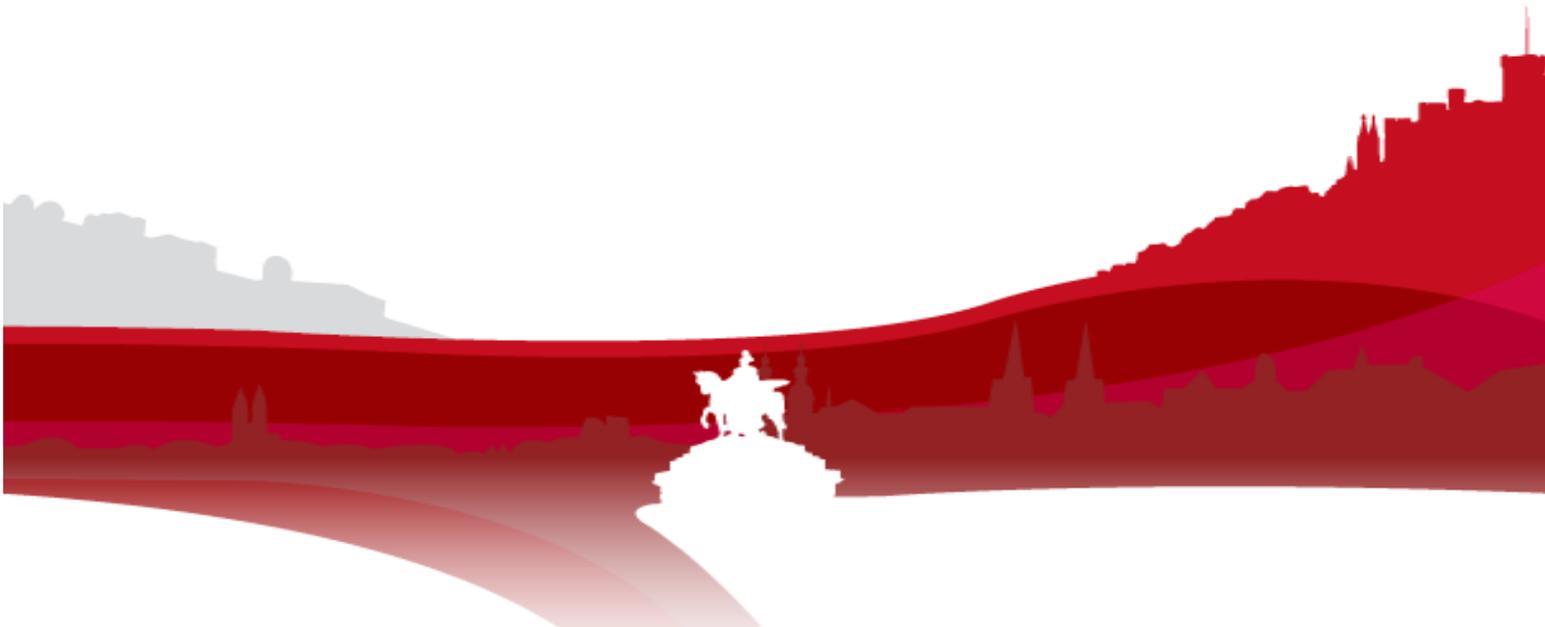


**Prüfung des Jahresabschlusses  
der Stadt Koblenz  
zum 31. Dezember 2015**



# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>1. Prüfauftrag und rechtliche Grundlagen</b>	<b>5</b>
1.1 Prüfungsauftrag	5
1.2 Prüfungsdurchführung	5
1.3 Rechtliche Grundlagen	6
<b>2. Grundsätzliche Feststellungen</b>	<b>6</b>
2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung	6
2.2 Unregelmäßigkeiten	7
<b>3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung</b>	<b>8</b>
3.1 Gegenstand der Prüfung	8
3.2 Art und Umfang der Prüfung	8
<b>4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung</b>	<b>10</b>
4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	10
4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	10
4.1.2 Jahresabschluss	12
4.1.3 Rechenschaftsbericht	12
4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses	13
4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	13
4.2.2 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen	13
4.2.3 Aufgliederungen und Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	14
<b>5. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks</b>	<b>25</b>





## Anlagen zum Prüfbericht

	Seite
<b>Anlage 1</b> Bilanz zum 31. Dezember 2015	29
<b>Anlage 2</b> Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015	35
<b>Anlage 3</b> Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015	37
<b>Anlage 4</b> Anhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015	39
<b>Anlage 5</b> Anlagenübersicht	73
<b>Anlage 6</b> Forderungsübersicht	75
<b>Anlage 7</b> Verbindlichkeitenübersicht	77
<b>Anlage 8</b> Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen	79
<b>Anlage 9</b> Rechenschaftsbericht	81
<b>Anlage 10</b> Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz	127
<b>Anlage 11</b> Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung	167
<b>Anlage 12</b> Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse	209
<b>Anlage 13</b> Kennzahlenberechnung	215





# 1 Prüfungsauftrag und rechtliche Grundlagen

## 1.1 Prüfungsauftrag

Nach § 110 GemO i.V.m. § 112 GemO obliegt der Rechnungsprüfung die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2015 unter Einbeziehung der Buchführung und des Rechenschaftsberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 der

### **Stadt Koblenz.**

Nach § 108 Abs. 1 GemO hat die Stadt Koblenz zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss unter Beachtung der Regelungen der GemHVO und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Der Jahresabschluss besteht aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Dem Jahresabschluss ist ein Rechenschaftsbericht nach § 49 GemHVO beizufügen.

## 1.2 Prüfungsdurchführung

Die Prüfung erfolgte in den Verwaltungsräumen der Stadt Koblenz in der Zeit von August 2016 bis Januar 2017.

Für die Durchführung der Prüfung des Jahresabschlusses waren zuständig:

- |                     |  |
|---------------------|--|
| ■ Amtsleiter        | Herr StOVR Harald Klein  |
| ■ Prüfgruppenleiter | Herr Dipl.-Volkswirt Olaf Schaub   |
| ■ Prüfer/in         | Herr Dipl.-Kfm. Frank J. Himpler<br>Herr StA Christian Stolz<br>Frau Michaela Traupe |

Bei der Prüfung sind die Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen und der Entwurf zur Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts einer Gebietskörperschaft (IDW EPS 730) in Form der einschlägigen Prüfungsstandards des Instituts der Wirtschaftsprüfer e. V. beachtet worden.

Über das Ergebnis der Abschlussprüfung berichtet dieser Prüfungsbericht, der in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. gem. IDW PS 450 erstellt wurde.

Dieser Prüfungsbericht wurde um einen besonderen Erläuterungsteil der Posten der Bilanz und der Ergebnisrechnung erweitert, der diesem Bericht als **Anlage 10** und **11** beigefügt ist.



## 1.3 Rechtliche Grundlagen

Die Rechtsgrundlage dieser Prüfung bezieht sich vor allem auf folgende gesetzliche Bestimmungen in der zurzeit gültigen Fassung:

- Gemeindeordnung (GemO) vom 31. Januar 1994, in der Fassung vom 22. Dezember 2015 (GVBl. S. 477)
- Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), in der Fassung vom 06. April 2010 (GVBl. S. 64)
- Handelsgesetzbuch (HGB) vom 10. Mai 1897, zuletzt geändert durch Artikel 5 G des Gesetzes vom 05. Juli 2016 (BGBl. I S. 1.578, 1.580)

## 2 Grundsätzliche Feststellungen

### 2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung

Der Rechenschaftsbericht ist gemäß § 113 Abs.2 GemO daraufhin zu prüfen, ob er mit dem vorgelegten Jahresabschluss in Einklang steht und seine sonstigen Aussagen ein korrektes Bild von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde vermitteln. Dabei ist auch zu prüfen, ob die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde zutreffend dargestellt sind.

Der Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 31.12.2015 der Stadt Koblenz (Anlage 9) enthält folgende Kernaussagen zur wirtschaftlichen Lage:

1. Allgemeines und Lage der Gemeinde (Abschnitt 1 und 2)
2. Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde (Abschnitt 3)
3. Kennzahlen und Gliederung der Teilhaushalte (Abschnitt 4 und 5)
4. Prognosebericht - Einschätzung der Chancen und Risiken (Abschnitt 6)

Der Inhalt des Rechenschaftsberichtes entspricht den gesetzlichen Anforderungen.

#### **Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Koblenz**

Im ersten Teil des Rechenschaftsberichtes wird auf die Organisationsstruktur und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Stadt Koblenz eingegangen. Weiterhin werden die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beschrieben und die schwierige finanzielle Situation der Stadt Koblenz dargestellt. Einzelne Positionen der Ergebnisrechnung werden hinsichtlich Vorjahres- und Planvergleich ausführlich erläutert. Aussagen zum Problem einer dauerhaften Überschuldung – Verbrauch des Eigenkapitals – sowie dieser Entwicklung entgegensteuernde Maßnahmen werden im Rechenschaftsbericht getroffen.

## **Kennzahlen und Gliederung der Teilhaushalte**

Der zweite Teil des Rechenschaftsberichtes beinhaltet einige Kennzahlen des einzuführenden und gesetzlich vorgeschriebenen Kennzahlensystems. Weiterhin wird im Rechenschaftsbericht eine Übersicht der einzelnen Teilhaushalte mit den jeweiligen Produkten aufgezeigt.

## **Prognosebericht - Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung**

Im letzten Abschnitt werden die zukünftigen Chancen und Risiken der Stadt Koblenz beschrieben. Insbesondere werden Maßnahmen zur Gegensteuerung der defizitären Haushaltslage benannt und es wird auf die Entwicklung der zukünftigen hohen Zinsaufwendungen eingegangen. Abschließend werden die Chancen und hohen Risiken einzelner Projekt und Maßnahmen aufgezählt.

Die Aussagen zur wirtschaftlichen Lage und zum Geschäftsverlauf der Stadt geben insgesamt eine zutreffende Beurteilung der Lage der Stadt Koblenz wieder.

Aufgrund der durchgeführten Prüfungshandlungen ergeben sich keine Einwendungen gegen die Einschätzung der Lage, zum Fortbestand und zur künftigen Entwicklung der Stadt Koblenz.

Die Rechnungsprüfung ist der Überzeugung, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt.

## **2.2 Unregelmäßigkeiten**

Bei Durchführung der Prüfung des Jahresabschlusses wurden keine Unrichtigkeiten und Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen oder Tatsachen, die schwer wiegende Verstöße des Oberbürgermeisters oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Satzung erkennen lassen, festgestellt.



## 3 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

### 3.1 Gegenstand der Prüfung

Erstellung, Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung, des Jahresabschlusses und über den Rechenschaftsbericht liegen in der Verantwortung des Oberbürgermeisters der Stadt Koblenz.

Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände abzugeben.

Dazu hat die Rechnungsprüfung die Buchführung, die Inventur, das Inventar, die örtlich festgelegte Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015, bestehend aus der Bilanz, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen sowie dem Anhang (**Anlagen 1 bis 4**) und des Rechenschaftsberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 (**Anlage 9**) der Stadt Koblenz geprüft. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften zur Rechnungslegung nach der GemO bzw. GemHVO aufgestellt.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages wurde die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen über den Jahresabschluss sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft.

Dagegen war die Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten und strafrechtlicher Tatbestände, soweit sie nicht die Ordnungsmäßigkeit von Jahresabschluss betreffen, nicht Gegenstand der Prüfung des Jahresabschlusses.

Prüfungsfeststellungen sind der Verwaltungsleitung mitgeteilt und von dieser anerkannt worden. Verstöße die einer besonderen Berichtsdarstellung an dieser Stelle bedürfen, wurden nicht festgestellt.

### 3.2 Art und Umfang der Prüfung

Ausgangspunkt der Prüfung war der geprüfte und unter dem Datum vom 18. April 2016 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 nebst Anhang und Rechenschaftsbericht der Stadt Koblenz.

Die Rechnungsprüfung hat die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2015 nach §§ 110 und 112 GemO und dem risikoorientierten Prüfungsansatz in Anlehnung an die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.



Diese Grundsätze erfordern es, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung und der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehlaussagen sind.

Dem risikoorientierten Prüfungsansatz gemäß hat die Rechnungsprüfung eine am Risiko der Stadt Koblenz ausgerichtete Prüfungsplanung durchgeführt. Diese Prüfungsplanung wurde auf der Grundlage analytischer Prüfungshandlungen sowie einer grundsätzlichen Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und des Risikomanagements erstellt.

Darauf aufbauend wurde ein prüffeldbezogenes risikoorientiertes Prüfungsprogramm entwickelt, das auf der Grundlage der festgestellten prüffeldbezogenen Risikofaktoren unter Einbeziehung der Beurteilung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems der Stadt Koblenz Schwerpunkte, Art und Umfang der Prüfungshandlungen festlegt.

Die Abschlussprüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für die Bilanzierung und die Angaben in Jahresabschluss ein. Sie beinhaltet die Prüfung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze sowie eine Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Die Prüfung umfasst aussagebezogene einzelfallorientierte Prüfungshandlungen sowie Aufbau- und Funktionsprüfungen; die angewandten Verfahren zur Auswahl der risikoorientierten Prüfungshandlungen basieren auf einer bewussten Auswahl bzw. zum Teil auf mathematisch-statistischen Verfahren.

Die Prüfungsstrategie des risikoorientierten Prüfungsansatzes hat zu folgenden Schwerpunkten des Prüfungsprogramms geführt:

- Sachanlagevermögen, insbesondere Anlagen im Bau
- Rückstellungen mit den dazugehörigen Ertrags- und Aufwandpositionen
- Forderungen

Art, Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen sowie der Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden im Hinblick auf diese Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt.

Insbesondere wurden folgende Prüfungshandlungen durchgeführt bzw. folgende Prüfungsergebnisse und Arbeiten Dritter verwendet:

- Von der zutreffenden Bilanzierung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie der Verbindlichkeiten hat sich die Rechnungsprüfung durch Einholung von Saldenbestätigungen in Stichproben überzeugt. Die Werthaltigkeit der Forderungen wurde durch eine Analyse der Altersstruktur geprüft.
- Bankbestätigungen von Kreditinstituten wurden eingeholt.
- Zur Prüfung der Pensionsrückstellungen lag der Rechnungsprüfung ein versicherungsmathematisches Gutachten der Rheinischen Zusatzversorgungskasse vor. Auf Grund der Einschätzung der Qualifikation des Sachverständigen sowie der



Beurteilung von Art und Umfang dessen Tätigkeit hat sich die Rechnungsprüfung bei der Prüfung auf dessen Arbeitsergebnisse gestützt.

Alle erbetenen Nachweise und Auskünfte wurden durch die verantwortlichen Fachämter der Stadt Koblenz zur Verfügung gestellt bzw. bereitwillig erteilt. Die zuständigen Fachdienststellen haben die Vollständigkeit des Jahresabschlusses schriftlich bestätigt.

Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für das Prüfungsurteil bildet.

## 4 Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

### 4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

#### 4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem gewährleistet eine vollständige, richtige und zeitnahe Erfassung, Verarbeitung und Aufzeichnung der Daten der Rechnungslegung.

Nach den Prüfungsfeststellungen gewährleistet der im Berichtsjahr angewandte Kontenplan eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungstoffes. Die Bestandsnachweise der Vermögensgegenstände, des Kapitals, der Schulden, der Rückstellungen, der Sonderposten, der Bilanzierungshilfen und der Rechnungsabgrenzungsposten sind erbracht.

Die seit Beginn der Eröffnungsbilanz geforderte Inventur der Straßenbeleuchtung ist zum Prüfungszeitpunkt (Januar 2017) abgeschlossen und in großen Teilen für den vorliegenden Jahresabschluss erfasst. Der restliche Teil dieser Inventur findet ihren Niederschlag im Jahresabschluss zum 31.12.2016. Weiterhin wurden im Rahmen der Buch- und Beleginventur in 2015 Inventuren bei der Musikschule und dem Stadttheater durchgeführt. Stadtübergreifend wurden alle Fahrzeuge gezählt sowie der Baum- bzw. Forstbestand neu bewertet.

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach der Feststellung der Rechnungsprüfung in einigen Teilen nicht den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen.

Die Belege wurden im Wesentlichen ordnungsgemäß angewiesen, ausreichend erläutert und übersichtlich abgelegt. In einigen Fällen konnten formale Mängel bei der Handhabung der Kontierungsbelege sowie der Werthaltigkeit der beigefügten buchungsbegründenden Unterlagen festgestellt werden.

Die Zahlen der Vorjahresbilanz wurden richtig im Berichtsjahr vorgetragen. Der Jahresabschluss wurde aus der Buchführung zutreffend entwickelt und von der Stadt Kob-

lenz aufgestellt. Erforderliche Korrekturen aufgrund von Prüfungsfeststellungen aus den Vorjahren in der Finanzsoftware Mach M1 wurden im Bereich der Finanz- und Anlagenbuchhaltung vorgenommen.

Bei Zugrundlegung der Nachvollziehbarkeit durch einen sachverständigen Dritten in angemessener Zeit als Beurteilungskriterium, erweist sich die Anlagenbuchhaltung in wesentlichen Teilen als schwer nachprüfbar, bedingt durch die angewandte Buchungstechnik, die eine Vielzahl an Umgebungsbuchungen aufweist. Dieser Umstand wird im Wesentlichen begründet durch die Besonderheiten der Einbindung der **Finanzrechnung innerhalb des MACH-Systems**. Die Validität dieser Begründung kann durch die Rechnungsprüfung abschließend weder bestätigt noch abgelehnt werden. Gleichwohl wurden bei der stichprobenartigen Prüfung von Buchungsfällen in der Mehrzahl der Fälle keine **weiteren** Mängel offenkundig, die eine wesentliche materielle Auswirkung auf die Darstellung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses begründen.

Weiterhin muss die in den Vorjahren getroffene Feststellung, dass die Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen der Stadt Koblenz und ihren jeweiligen Eigengesellschaften nicht übereinstimmen, aufrechterhalten werden. Seitens der städtischen Finanzbuchhaltung wird dieser Umstand durch zeitliche Buchungsunterschiede begründet. Mit Blick auf den in 2017 zu erstellenden Gesamtabchluss 31.12.2015 sollten zukünftig konzerneinheitliche Richtlinien aufgestellt und sowohl durch die Mutter als auch deren Tochtergesellschaften angewandt werden. **Auf die gleich lautende Prüfbemerkung zu den vergangenen Jahresabschlüssen wird verwiesen.**

Zur edv-technischen Verarbeitung der doppischen Buchführung verwendet die Stadt Koblenz für den Jahresabschluss 2015 die Finanzsoftware MACH M1 sowie die MACH Veranlagung der Fa. Mach AG, Lübeck. Da eine Freigabe der Anwendung des Moduls MACH-Veranlagung aufgrund zu erwartender Unzulänglichkeiten nicht verantwortet werden konnte, wurde im Jahr 2010 auf ein selbstentwickeltes Veranlagungsmodul auf der Basis des KOFIN-Systems, das in seinen Grundzügen bereits im früheren kameralen Rechnungswesen zum Einsatz kam, zurückgegriffen.

Für die Finanzsoftware MACH M1 (Version 1.6) wurde herstellerseitig eine Prüfung nach **IDW PS 880** „Erteilung und Verwendung von Softwarebescheinigungen“ durchgeführt. Im Prüfurteil des Wirtschaftsprüfers vom 29. Juni 2007 wurde die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung bei sachgemäßer Anwendung bestätigt. Eine Prüfung der KOFIN-Veranlagung nach IDW PS 880 wurde bisher nicht vorgenommen.

Eine Prüfung der Finanzsoftware MACH M1, in Anlehnung an **IDW PS 850** „Projektbegleitende Prüfung bei Einsatz von Informationstechnologie“ wurde in 2011 abgeschlossen. Das abschließende Ergebnis der Prüfung und das entsprechende Prüfungstestat liegen seit dem 10. August 2011 vor.

Für die Finanzsoftware MACH M1 wurden keine Sachverhalte festgestellt, die dagegen sprechen, dass die von der Stadt Koblenz getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, bei sachgerechter Anwendung die Einhaltung der sich aus den anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der sich aus den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung gem. IDW RS FAIT 1 ergebenden Ordnungsmäßigkeits-, Sicherheits- und Kontrollanforderungen sicherzustellen.



## 4.1.2 Jahresabschluss

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung sowie die Teilrechnungen sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gegliedert. Die Vermögensgegenstände und die Schulden sowie das Kapital, die Sonderposten, die Bilanzierungshilfen und die Rechnungsabgrenzungsposten wurden nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet, für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen in ausreichendem Maße gebildet. Aufgrund der zeitlichen Vorgabe und der Komplexität wurden im Bereich der Forderungen und Verbindlichkeiten unwesentliche Fehler für den vorliegenden Jahresabschluss nicht korrigiert. Die Stadt Koblenz hat gem. § 12 GemHVO zur Verwaltungssteuerung und für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit bislang keine finale Kosten- und Leistungsrechnung (in Form einer Voll-/Teilkostenrechnung) aufgebaut.

Der Anhang enthält gem. § 48 GemHVO RLP die notwendigen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung, insbesondere die von der Stadt Koblenz angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, sowie die sonstigen Pflichtangaben. Die geforderten Anlagen, wie Anlagen-, Forderungs- und Verbindlichkeitenübersicht sowie die Übersicht über die aus Vorjahren fortgeltenden Haushaltsermächtigungen, sind Teil des Anhangs. Der Anlagenspiegel erweist sich hierbei als nicht durchweg fehlerfrei. **Auf die gleich lautende Prüfbemerkung zu den vorangegangenen Jahresabschlüssen wird verwiesen.**

Die Rechnungsprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden ist und den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht.

## 4.1.3 Rechenschaftsbericht

Der von der Stadtkämmerei aufgestellte und vom Oberbürgermeister bestätigte Rechenschaftsbericht ist diesem Bericht als **Anlage 9** beigelegt.

Der Rechenschaftsbericht entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen den gesetzlichen Vorschriften.

Die Prüfung ergab, dass der Rechenschaftsbericht

- mit dem Jahresabschluss sowie den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht,
- insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt vermittelt,
- die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellt,
- alle weiteren nach § 49 GemHVO RLP erforderlichen Angaben und Erläuterungen enthält.

Bedeutsame produktorientierte Ziele und Kennzahlen nach § 4 GemHVO RLP wurden in den Rechenschaftsbericht einbezogen und erläutert. Der Aufbau des Kennzahlensystems befindet sich derzeit noch im Aufbau; eventuell werden weitere wichtige Kennzahlen in die nachfolgenden Jahresabschlüsse mit aufgenommen.

Der Rechnungsprüfung sind keine nach Schluss des Haushaltsjahres eingetretenen Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, über die zu berichten wäre.

## 4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

### 4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach Überzeugung der Rechnungsprüfung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung für Kommunen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Koblenz.

### 4.2.2 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen

Der Jahresabschluss der Stadt Koblenz zum 31.12.2015 ist auf Basis der im Anhang (**Anlage 4**) dargestellten Bewertungsgrundlagen aufgestellt worden. Eine Änderung wesentlicher Bewertungsgrundlagen sowie die Ausübung von Wahlrechte, die aus der Sicht der Rechnungsprüfung wesentliche Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, hat die Stadt Koblenz nicht vorgenommen.

Neben den Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten gehören Annahmen über wertbestimmende Komponenten zu den Bewertungsgrundlagen. Die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden erfordert die Einschätzung zukünftiger Entwicklungen, die mit Risiken und Unsicherheiten verbunden sind. Dieser Zukunftsbezug führt zu Ermessensspielräumen, die der Bilanzierende bei pflichtgemäßer Ausübung seiner Rechnungslegungsverpflichtungen auszufüllen hat. Die Rechnungsprüfung kann naturgemäß die Ausübung der Ermessensspielräume nur auf ihre Plausibilität hin untersuchen. Besonderheiten mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Koblenz haben sich im Rahmen der Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten nach Auffassung der Rechnungsprüfung nicht ergeben.

Im Berichtsjahr waren zudem keine sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses zu verzeichnen.



## 4.2.3 Aufgliederungen und Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurden die Posten der Bilanz und der Ergebnisrechnung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geordnet, wobei sich die Darstellung auf eine kurze Entwicklungsanalyse beschränkt. Ergänzend wurden zudem einige betriebswirtschaftliche Kennzahlen berechnet.

Nachfolgend werden die wesentlichen, die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage prägenden Sachverhalte erläutert, sofern sie nicht bereits unter dem Gliederungspunkt 2 aufgeführt wurden.

### ■ Kennzahlen

Im Folgenden werden die wesentlichen Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Anlehnung an das NKF-Kennzahlenset NRW für das Berichtsjahr sowie zur Eröffnungsbilanz, sofern abbildbar, dargestellt. Die Kennzahlen stellen verdichtete Informationen dar, die sich auf wichtige Tatbestände beziehen und diese in konzentrierter Form zur Darstellung bringen. Sie ermöglichen es, komplizierte Strukturen auf relativ einfache Art abzubilden, um möglichst einen umfassenden Überblick über die wirtschaftliche Situation der Stadt Koblenz zu erhalten. Die Formeln zur Kennzahlenberechnung sind in **Anlage 13** aufgeführt.

	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
	in %	in %	
<b><u>Wirtschaftliche Gesamtsituation</u></b>			
Aufwandsdeckungsgrad	104,1	98,4	+ 5,7
Eigenkapitalquote 1	38,4	37,8	+ 0,6
Eigenkapitalquote 2	53,7	53,1	+ 0,6
Verschuldungsgrad	89,4	90,5	-1,1
Fehlbetragsquote	-	2,3	-2,3
<b><u>Vermögenslage</u></b>			
Anlagevermögensintensität	98,0	97,1	+ 0,9
Infrastrukturquote	36,5	37,0	-0,5
Abschreibungsintensität	7,4	7,4	±0,0
Investitionsquote	104,0	105,8	-1,8
<b><u>Finanzlage</u></b>			
Anlagendeckungsgrad 2	89,8	89,9	-0,1
Liquidität 2. Grades	13,7	21,8	-8,1
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	12,1	11,5	+ 0,6
Zinslastquote	4,3	4,6	-0,3
<b><u>Ertragslage</u></b>			
Steuerquote	51,1	53,7	-2,6
Zuwendungsquote	12,2	10,7	+ 1,5
Personalintensität	22,3	22,8	-0,5
Sach- u. Dienstleistungsintensität	17,5	17,3	+ 0,2
Transferaufwandsquote	6,3	7,2	-0,9

## Erläuterung der Kennzahlen

Der **Aufwandsdeckungsgrad** zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.

Die **Eigenkapitalquote** ist vornehmlich ein Bonitätsindikator. Während die Eigenkapitalquote 1 den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital misst, stellt die Eigenkapitalquote 2 den Anteil des sog. wirtschaftlichen Eigenkapitals am Gesamtkapital dar. Da bei Kommunen die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird beim wirtschaftlichen Eigenkapital die Wertgröße Eigenkapital um diese langfristigen Sonderposten erweitert.

Der **Verschuldungsgrad** als Indikator für das finanzwirtschaftliche Risiko widerspiegelt das Verhältnis von Fremdkapital zum Eigenkapital.

Die **Fehlbetragsquote** gibt Auskunft über den durch ein negatives Jahresergebnis in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil.

Die **Anlagevermögenintensität** gibt Auskunft über das Ausmaß des langfristig gebundenen Vermögens, gemessen durch das Verhältnis des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen (Bilanzsumme).

Die **Infrastrukturquote** stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde entspricht.

Die **Abschreibungsintensität** zeigt an, in welchem Umfang die Gemeinde durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

Die **Investitionsquote** gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen.

Der **Anlagendeckungsgrad 2** gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital dem Anlagevermögen gegenübergestellt.

Die Kennzahl **Liquidität 2. Grades** gibt stichtagsbezogen Auskunft über die kurzfristige Liquidität der Gemeinde. Sie zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können.

Wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird, kann mit Hilfe der Kennzahl **Kurzfristige Verbindlichkeitsquote** beurteilt werden.

Die Kennzahl **Zinslastquote** zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.



Die **Steuerquote** gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde selbst finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist.

Die **Zuwendungsquote** gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

Die **Personalintensität** gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

Die **Sach- und Dienstleistungsintensität** lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Die **Transferaufwandsquote** stellt einen Bezug zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen her.



## ■ Vermögenslage

Zur Darstellung der Vermögenslage der Stadt Koblenz werden die Positionen der Bilanz nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengefasst, umgruppiert und den vergleichbaren Posten des Vorjahres gegenübergestellt.

Die Rechnungsprüfung verweist darüber hinaus auf die weitergehenden sonstigen Aufgliederungen und Erläuterungen in der **Anlage 10** „Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz“.

Vermögen	31.12.2015		31.12.2014		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
<u>Anlagevermögen</u>						
Immaterielle Vermögensgegenstände	55.035	3,9	56.036	4,0	-1.001	-1,8
Sachanlagen	1.002.878	71,5	1.000.346	71,2	2.532	0,3
Finanzanlagen	<u>316.409</u>	<u>22,6</u>	<u>308.243</u>	<u>21,9</u>	<u>8.166</u>	<u>2,6</u>
	<u>1.374.322</u>	<u>98,0</u>	<u>1.364.625</u>	<u>97,1</u>	<u>9.697</u>	<u>0,7</u>
<u>Umlaufvermögen</u>						
Vorräte	4.659	0,3	6.135	0,4	-1.476	-24,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	16.231	1,2	18.980	1,4	-2.749	-14,5
Flüssige Mittel	<u>1.558</u>	<u>0,1</u>	<u>11.235</u>	<u>0,8</u>	<u>-9.677</u>	<u>-86,1</u>
	<u>22.448</u>	<u>1,6</u>	<u>36.350</u>	<u>2,6</u>	<u>-13.902</u>	<u>-38,2</u>
<u>Rechnungsabgrenzung</u>	6.140	0,4	4.405	0,3	1.735	39,4
<b>Vermögen gesamt</b>	<b><u>1.402.910</u></b>	<b><u>100,0</u></b>	<b><u>1.405.380</u></b>	<b><u>100,0</u></b>	<b><u>-2.470</u></b>	<b><u>-0,2</u></b>
<b>Kapital</b>						
<u>Eigenkapital</u>	<u>538.039</u>	38,4	<u>530.513</u>	<u>37,8</u>	7.526	1,4
<u>Sonderposten</u>	<u>214.869</u>	15,3	<u>216.073</u>	<u>15,4</u>	-1.204	-0,6
<u>Fremdkapital</u>						
Rückstellungen	168.467	12,0	177.792	12,6	-9.325	-5,2
Verbindlichkeiten	<u>480.751</u>	<u>34,3</u>	<u>480.396</u>	<u>34,2</u>	<u>355</u>	<u>0,1</u>
	<u>649.218</u>	<u>46,3</u>	<u>658.188</u>	<u>46,8</u>	<u>-8.970</u>	<u>-1,4</u>
<u>Rechnungsabgrenzung</u>	784	0,0	606	0,0	178	29,4
<b>Kapital gesamt</b>	<b><u>1.402.910</u></b>	<b><u>100,0</u></b>	<b><u>1.405.380</u></b>	<b><u>100,0</u></b>	<b><u>-2.470</u></b>	<b><u>-0,2</u></b>

## Erläuterung der wesentlichen Positionen

Die **Aktivseite** der Bilanz weist ein **Gesamtvermögen** von 1.402.910 T€ aus. Gemessen an der Einwohnerzahl der Stadt resultiert hieraus ein Vermögen von 12.541 € pro Einwohner.

Das Gesamtvermögen der Stadt Koblenz besteht mit einem Anteil von 98,0 % (Vorjahr 97,1 %) annähernd ausschließlich aus langfristig gebundenem Anlagevermögen.

Zu diesem **Anlagevermögen** zählen die immateriellen Vermögensgegenstände mit 55.035 T€, das Sachanlagevermögen mit 1.002.878 T€ sowie das Finanzanlagevermögen mit 316.409 T€. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich das Anlagevermögen um 9.697 T€ bzw. 0,7 %.

Die Position **Immaterielle Vermögensgegenstände** beinhaltet im Wesentlichen „Geleistete Zuwendungen“ (42.911 T€) sowie „Gezahlte Investitionszuschüsse“ (10.202 T€) und verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 1.001 T€. Den Zugängen inkl. Umbuchungen in Höhe von 2.068 T€ standen Abschreibungen und Abgänge in Höhe von 3.069 T€ gegenüber.

Das **Sachanlagevermögen**, das sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um ca. 0,3 % erhöht hat, bestimmt mit 1.002.878 T€ (Vorjahr: 1.000.346 T€) weitestgehend die Vermögenslage der Stadt Koblenz und repräsentiert rd. drei Viertel des gesamten Anlagevermögens.

Innerhalb des Sachanlagevermögens sind folgende Positionen hervorzuheben:

Das **Infrastrukturvermögen** umfasst mit 511.574 T€ rd. 51,0 % des Sachanlagevermögens. In dieser Position werden vor allem die Straßengrundstücke (248.647 T€), das Vermögen der Verkehrsinfrastruktur in Form der Gemeinde-, Kreis-, Land- und Bundesstraßen einschließlich der Gehwege und Grundstücke (161.067 T€) sowie die ingenieurtechnischen Bauwerke (61.234 T€) erfasst. Der Rückgang des Infrastrukturvermögens gegenüber dem Vorjahr um 7.757 T€ bzw. 1,5 % resultiert im Wesentlichen aus den planmäßigen Abschreibungen in Höhe von 13.674 T€. Demgegenüber standen Zugänge und Umbuchungen in Höhe von 6.964 T€.

Der Wert der Position **bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte** von 224.997 T€ (Vorjahr: 221.873 T€) setzt sich zusammen aus dem Wert des Grund und Bodens in Höhe von 45.334 T€ sowie dem Wert der Bauten mit 179.663 T€. Bei beiden dominieren die Werte der Schulen mit insgesamt 76.270 T€, der Sportanlagen mit 39.849 T€ und der sonstigen Gebäude mit 75.602 €. Der Anstieg in diesem Bereich ist im Wesentlichen durch die Aktivierung der KITA „Musikerviertel“ sowie der Sanierung der Sporthallen Horchheim und Kesselheim begründet.

Zu den **sonstigen unbebauten Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten** in Höhe von insgesamt 94.567 T€ (Vorjahr: 88.362 T€) zählen vor allem die Grünflächen der Parkanlagen (47.292 T€) und Spielplätze (8.450 T€) sowie die unbebauten Grundstücke für Industrie und Gewerbe (5.487 T€) und Bauland (6.188 T€). Der Anstieg ist im Wesentlichen durch die Zuschreibungen aufgrund der Anpassung des Festwertes „Sonstige Bäume“ begründet.



Die **geleisteten Anzahlungen u. Anlagen im Bau** betragen insgesamt 77.925 T€ und sind gegenüber dem Vorjahr (78.504 T€) um 579 T€ gesunken. Die Gründe für den geringfügigen Rückgang sind im Erläuterungsteil (Anlage 9) unter der Position „1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau“ ausführlich dargestellt.

Das Vermögen in der Position **Wald und Forst** in Höhe von 24.567 T€ (Vorjahr: 25.606 T€) setzt sich vornehmlich aus dem Wert der Grundstücke und dem Holzbestand zusammen.

Das **Finanzanlagevermögen** in Höhe von 316.409 T€ (Vorjahr: 308.243 T€) verkörpert neben dem Sachanlagevermögen rd. 22,6 % des gesamten Anlagevermögens.

Über die Hälfte des Finanzanlagevermögens resultiert aus den **Anteilen an verbundenen Unternehmen** mit 191.188 T€ (Vorjahr: 174.819 T€). Der Anstieg des Bilanzwertes gegenüber dem Vorjahr begründet sich im Wesentlichen aus der Erhöhung des Anteils an der Stadtwerke Koblenz GmbH um 16.386 T€ auf 167.908 T€.

Der Wert der **Beteiligungen** von 5.381 T€ resultiert fast ausschließlich aus der Beteiligung an der Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH (5.120 T€).

Mit einem Vermögenswert von 118.083 T€ (Vorjahr: 117.545 T€) trägt die Position **Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts u. rechtsfähige kommunale Stiftungen** zum Finanzvermögen bei. Hervorzuheben ist hierbei der Bereich des Sondervermögens mit insgesamt 108.374 T€, im Besonderen der Eigenbetrieb Stadtentwässerung (74.477 T€) und der Eigenbetrieb Koblenz Touristik (28.583 T€).

Der Anteil des **Umlaufvermögens** in Höhe von 22.448 T€ (Vorjahr: 36.350 T€) am Gesamtvermögen ist mit 1,6 % gering.

Unter den **Forderungen und Sonstigen Vermögensgegenständen** in Höhe von 16.231 T€ (Vorjahr: 18.980 T€) werden im Wesentlichen öffentlich-rechtliche Forderungen ausgewiesen. Diese bestehen zu einem großen Teil aus Gewerbesteuerforderungen. Um dem Ausfallrisiko Rechnung zu tragen, wurden die gesamten Forderungen durch Einzelwertberichtigungen in Höhe von 6.761 T€ (Vorjahr: 6.670 T€) und eine pauschale Wertberichtigung in Höhe von 4.094 T€ (Vorjahr: 5.253 T€) korrigiert.

Des Weiteren haben **Vorräte** mit einem Wert von 4.659 T€ (Vorjahr: 6.135 T€), vornehmlich im Bereich fertiger Erzeugnisse und Leistungen (4.593 T€), zum gesamten Umlaufvermögen beigetragen.

Die **liquiden Mittel** betragen zum Bilanzstichtag 1.558 T€ und reduzierten sich stichtagsbezogen gegenüber dem Vorjahr um 9.677 T€.

Auf der **Passivseite** resultiert ein **Eigenkapital** von 538.039 T€, das sich gegenüber dem Vorjahr um 7.526 T€ bzw. 1,4 % erhöht hat. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist ausschließlich durch den Jahresgewinn 2015 entstanden. Gemessen an der Bilanzsumme beträgt die Eigenkapitalquote 38,4 % (Vorjahr: 37,8 %), das einem Anteil von 4.809 € pro Einwohner entspricht. Unter Einbezug der Sonderposten, die bei



zweckgerechter Verwendung nicht rückzahlbar sind, ergibt sich auf der Basis des sog. wirtschaftlichen Eigenkapitals ein Anteil von 53,7 % im Berichtsjahr (Vorjahr: 53,2 %).

Die Position **Sonderposten** mit einem Wert von 214.869 T€ (Vorjahr: 216.073 T€) besteht annähernd ausschließlich aus dem **Sonderposten zum Anlagevermögen** (214.385 T€). Hierbei handelt es sich um einen Korrekturposten zum Anlagevermögen, der sich im Wesentlichen aus Zuwendungen in Höhe von 136.537 T€ (Vorjahr: 131.400 T€) begründet. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Zuwendungsbeträge des Landes zurückzuführen. Neben diesem Sonderposten sind zudem die **Sonderposten aus Beiträgen** in Höhe von 25.265 T€ (Vorjahr: 21.675 T€) hervorzuheben, die vornehmlich aus Erschließungs- und Ausbaubeiträgen resultieren. Die Sonderposten aus **Anzahlungen zum Anlagevermögen** haben sich durch vermehrte Abrechnungen deutlich um 9.148 T€ von 61.721 T€ auf 52.583 T€ reduziert.

Das **Fremdkapital** der Bilanz beträgt 649.218 T€ und reduzierte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 8.970 T€ bzw. 1,4 %. Der Anteil des Fremdkapitals an der Bilanzsumme beträgt 46,3 % (Vorjahr: 46,8 %). Gemessen an der Einwohnerzahl entfallen 5.803 € (Vorjahr: 5.947 €) an Fremdkapital pro Einwohner der Stadt Koblenz. Das Fremdkapital setzt sich zusammen aus den Verbindlichkeiten von 480.751 T€ (Vorjahr: 480.396 T€) und den gebildeten Rückstellungen von 168.467 T€ (Vorjahr 177.792 T€).

Bei den **Verbindlichkeiten**, die mit 480.751 T€ einen Anteil von 34,3 % der Bilanzsumme beanspruchen, ist gegenüber dem Vorjahr ein geringfügiger Anstieg um 355 T€ bzw. 0,1 % zu verzeichnen. Im Einzelnen dominieren die **Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen** mit 384.164 T€ (Vorjahr: 405.472 T€), die vollumfänglich für Investitionen mit 302.064 T€ (Vorjahr: 318.972 T€) und der Liquiditätssicherung mit 82.100 T€ (Vorjahr: 86.500 T€) dienen. Bei den **Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen** in Höhe von 46.912 T€ (Vorjahr: 41.977 T€) handelt es sich fast ausschließlich um die Bestände der Sonderkassen der jeweiligen Eigenbetriebe.

Der Wert der **Rückstellungen** von 168.467 T€, der einem Anteil von 12,0 % an der Bilanzsumme entspricht, hat sich zum Vorjahr um 9.325 T€ bzw. 5,2 % verringert.

Die Rückstellungshöhe wird im Wesentlichen bestimmt durch die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Rückstellungen** in Höhe von 153.814 T€ (Vorjahr: 151.752 T€). Diese Position setzt sich im Wesentlichen aus Pensionsrückstellungen (131.413 T€; Vorjahr: 129.683 T€) und Beihilfeverpflichtungen (21.855 T€; Vorjahr: 21.506 T€) zusammen.

Bei den **sonstigen Rückstellungen** in Höhe von 13.388 T€ (Vorjahr: 14.136 T€) fanden insb. die Rückstellungen für Instandhaltungen (1.888 T€), für ausstehende Rechnungen (5.428 T€) und Urlaubs- und Überstunden (4.207 T€; Vorjahr: 4.129 T€) eine angemessene Berücksichtigung.

## ■ Finanzlage

Zur Erläuterung der Finanzlage werden die Abschlusszahlen in Form einer vereinfachten Kapitalflussrechnung zusammengestellt. Sie gibt Auskunft über die aus der Verwaltungstätigkeit sowie ihr von außen zugeflossenen Finanzmittel. Dafür werden in der vereinfachten Kapitalflussrechnung die Zahlungsströme getrennt nach den Cashflows aus der laufenden Verwaltungstätigkeit, aus der Investitionstätigkeit und aus der Finanzierungstätigkeit dargestellt.

	31.12.2015	Haushalts- ansatz	Differenz
	TEUR	TEUR	TEUR
Laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	319.214	323.239	-4.025
Laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	315.722	326.807	-11.085
<b>Cashflow der laufenden Verwaltungstätigkeit</b>	<b>3.492</b>	<b>-3.568</b>	<b>+7.060</b>
Zins- und der sonst. Finanzein- u. -auszahlungen	-7.847	-8.796	+949
<b>Ordentlicher Cashflow</b>	<b>-4.355</b>	<b>-12.364</b>	<b>+8.009</b>
Außerordentliche Ein- und Auszahlungen	+979	+998	-19
<b>Ordentlicher und außerordentlicher Cashflow</b>	<b>-3.376</b>	<b>-11.366</b>	<b>+7.990</b>
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	+10.054	+11.979	-1.925
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-21.924	-27.597	-5.673
<b>Cashflow aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-11.870</b>	<b>-15.618</b>	<b>+3.748</b>
Ein- u. Auszahlungen aus Investitionskrediten	-16.994	-34	-16.960
Ein- u. Auszahlungen aus Krediten d. Liquiditätssicherung	+21.165	+27.018	-5.853
Veränderung der liquiden Mittel	+10.206	±0	+10.206
<b>Cashflow aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>+14.377</b>	<b>+26.984</b>	<b>-12.607</b>
<b>Cashflow gesamt</b>	<b>-869</b>	<b>±0</b>	<b>-869</b>

Die Summe der Cashflows entspricht der Veränderung des Finanzmittelfonds im Haushaltsjahr, soweit diese nicht auf Wechselkurs- oder sonstigen Wertänderungen beruht.

### Effektivverschuldung

	31.12.2015	31.12.2014
	TEUR	TEUR
Fremdkapital insgesamt	649.218	658.188
abzüglich leicht realisierbare Vermögenswerte		
Flüssige Mittel	1.558	11.235
Vorräte	4.659	6.135
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	16.231	18.980
Rechnungsabgrenzungsposten	6.140	4.405
<b>Effektivverschuldung</b>	<b>620.630</b>	<b>617.433</b>



Würden die leicht realisierbaren Mittel in Höhe von 28.588 T€ unmittelbar zur Tilgung des Fremdkapitals (649.218 T€) eingesetzt, verbliebe eine Effektivverschuldung in Höhe von 620.630 T€. Gegenüber dem Stand zum Vorjahr ist die Effektivverschuldung um 3.197 T€ bzw. 0,5 % gestiegen.

## ■ Ertragslage (Vorjahresvergleich)

Die Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung der Stadt Koblenz wurden im Folgenden nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert und den Vorjahreswerten gegenübergestellt.

Die Rechnungsprüfung verweist darüber hinaus auf die weitergehenden sonstigen Aufgliederungen und Erläuterungen in der **Anlage 11** „Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung“.

	2015		2014		Differenz	
	T€	%	T€	%	T€	%
Steuern und ähnlich Abgaben	183.819	51,1	178.416	53,7	+5.403	+3,0
Zuwendungen, Umlagen, Transferertrag	43.950	12,2	35.453	10,7	+8.497	+24,0
Ertrag der sozialen Sicherung	66.151	18,4	59.180	17,8	+6.971	+11,8
Öffentlich-rechtliche Entgelte	11.162	3,1	10.502	3,2	+660	+6,3
Privatrechtliche Entgelte	6.203	1,7	6.249	1,9	-46	-0,7
Kostenerstattungen und -umlagen	6.499	1,8	7.149	2,2	-650	-9,1
Sonstiger laufender Ertrag	<u>41.791</u>	<u>11,7</u>	<u>35.219</u>	<u>10,5</u>	<u>+6.572</u>	<u>+18,7</u>
<b>Gesamtertrag</b>	<b><u>359.575</u></b>	<b><u>100,0</u></b>	<b><u>332.168</u></b>	<b><u>100,0</u></b>	<b><u>+27.407</u></b>	<b><u>+8,3</u></b>
Personalaufwand	77.096	21,4	76.882	23,1	+214	+0,3
Versorgungsaufwand	7.457	2,1	7.265	2,2	+192	+2,6
Sach-, Dienstleistungsaufwand	60.465	16,8	58.403	17,6	+2.062	+3,5
Abschreibungen	25.624	7,1	24.942	7,5	+682	+2,7
Zuwendungen, Umlagen, Transferaufwand	21.719	6,0	24.278	7,3	-2.559	-10,5
Aufwand der sozialen Sicherheit	130.026	36,2	122.391	36,8	+7.635	+6,2
Sonstiger laufender Aufwand	<u>23.009</u>	<u>6,4</u>	<u>23.516</u>	<u>7,1</u>	<u>-507</u>	<u>-2,2</u>
<b>Gesamtaufwand</b>	<b><u>345.396</u></b>	<b><u>96,0</u></b>	<b><u>337.677</u></b>	<b><u>101,6</u></b>	<b><u>+7.719</u></b>	<b><u>+2,3</u></b>
<b>Ergebnis der Verwaltungstätigkeit</b>	<b><u>14.179</u></b>	<b><u>4,0</u></b>	<b><u>-5.509</u></b>	<b><u>-1,6</u></b>	<b><u>+19.688</u></b>	
Zinsertrag	7.299	2,0	8.729	2,6	-1.430	-16,4
Zinsaufwand	<u>14.950</u>	<u>4,2</u>	<u>15.450</u>	<u>4,7</u>	<u>-500</u>	<u>-3,2</u>
<b>Finanzergebnis</b>	<b><u>-7.651</u></b>	<b><u>-2,2</u></b>	<b><u>-6.721</u></b>	<b><u>-2,1</u></b>	<b><u>-930</u></b>	
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b><u>6.528</u></b>	<b><u>1,8</u></b>	<b><u>-12.230</u></b>	<b><u>-3,7</u></b>	<b><u>+18.758</u></b>	
<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b><u>998</u></b>	<b><u>0,3</u></b>	<b><u>-60</u></b>	<b><u>0,0</u></b>	<b><u>1058</u></b>	
<b>Jahresüberschuss/ -fehlbetrag</b>	<b><u>7.526</u></b>	<b><u>2,1</u></b>	<b><u>-12.290</u></b>	<b><u>-3,7</u></b>	<b><u>+19.816</u></b>	



## Erläuterung der wesentlichen Positionen

Im Berichtsjahr ergab sich ein **Jahresüberschuss** von 7.526 T€, der zur Abdeckung von Jahresfehlbeträgen der Haushaltsvorjahre verwendet wird. Das positive **Ergebnis der Verwaltungstätigkeit** in Höhe von 14.179 T€ hat sich deutlich verbessert, während das negative **Finanzergebnis** von 7.651 T€ eine Verschlechterung zu verzeichnen hat. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Jahresergebnis um 19.816 T€ verbessert.

Beim **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** übersteigen die Gesamterträge von 359.575 die Gesamtaufwendungen von 345.396 T€ um 4,0 %.

Innerhalb der Erträge aus der laufenden Verwaltungstätigkeit dominieren die **Steuern und ähnlichen Abgaben** mit 183.819 T€ (Vorjahr: 178.416 T€), die im Haushaltsjahr rd. 51,1 % (Vorjahr: 53,7 %) der Gesamterträge repräsentieren. Weitere wesentliche Ertragspositionen bestehen in den **Erträgen der sozialen Sicherung** (66.151 T€; Vorjahr: 59.180 T€), **Zuwendungen, Umlagen und Transfererträgen** (43.950 T€; Vorjahr: 35.453 T€) sowie **sonstige laufende Erträge** (41.791 T€; Vorjahr: 35.219 T€).

Die **öffentlich-rechtlichen Erträge** in Höhe von 11.162 T€ resultieren aus der Festsetzung von Gebühren und Beiträgen und wurden zum Zeitpunkt der Bescheiderstellung bilanziert.

Die **sonstigen laufenden Erträge** enthalten die vereinnahmten Konzessionsabgaben aus Wasser, Strom und Gas in Höhe von 6.672 T€, Erträge aus der Veräußerung von Anlage- und Umlaufvermögen (2.677 T€), Erträge aus Zuschreibungen im Beteiligungsvermögen (16.857 T€) sowie der Zuschreibung von Festwerten in den Bereichen Straßenbegleitgrün und Sonstige Bäume (5.294 T€). Weiterhin erfolgte auf dieser Position die Auflösung verschiedener Rückstellungen (305 T€) sowie die Auflösung aus der Reduzierung der Wertberichtigungen auf Forderungen (1.634 T€). Die Teilauflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil führte zu weiteren Erträgen in Höhe von 785 T€. Die **Aktivierten Eigenleistungen** erhöhten sich infolge der im Berichtsjahr leicht gestiegenen Bautätigkeit um 101 T€ von 1.135 T€ auf 1.236 T€.

Die Aufwendungen im Rahmen der laufenden Verwaltungstätigkeit wurden durch die Anordnungen der einzelnen Fachämter bewirkt. Im Mittelpunkt stehen hierbei die **Aufwendungen der sozialen Sicherung** (130.026 T€; Vorjahr: 122.391 T€) sowie die **Personalaufwendungen** (77.096 T€; Vorjahr: 76.882 T€). Letztere basieren auf den überführten Daten des IT-Personalwirtschaftssystem Fidelis und einem anschließenden Datenabgleichung durch das Fachamt.

Die Abschreibungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO belaufen sich im Haushaltsjahr auf 25.624 T€ (Vorjahr: 24.942 T€). Gründe für den Anstieg sind zahlreiche Aktivierungen über alle Bereiche der Verwaltung.

Das negative **Finanzergebnis** resultiert aus dem Saldo der **Zinserträge** von 7.299 T€ und der **Zinsaufwendungen** von 14.950 T€, es hat sich gegenüber dem Vorjahr um 930 T€ verschlechtert.



## ■ Ertragslage (Planvergleich)

Die Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung der Stadt Koblenz wurden im Folgenden nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert und den Haushaltsansätzen gegenübergestellt.

Die Rechnungsprüfung verweist darüber hinaus auf die weitergehenden sonstigen Aufgliederungen und Erläuterungen in der **Anlage 11** „Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung“.

	2015		Haushalts- ansatz		Differenz	
	T€	%	T€	%	T€	%
Steuern und ähnlich Abgaben	183.819	51,1	187.146	55,1	-3.327	-1,8
Zuwendungen, Umlagen, Transferertrag	43.950	12,2	45.447	13,4	-1.497	-3,3
Ertrag der sozialen Sicherung	66.151	18,4	64.420	19,0	+1.731	+2,7
Öffentlich-rechtliche Entgelte	11.162	3,1	10.448	3,1	+714	+6,8
Privatrechtliche Entgelte	6.203	1,7	5.469	1,6	+734	+13,4
Kostenerstattungen und -umlagen	6.499	1,8	8.000	2,4	-1501	-18,8
Sonstiger laufender Ertrag	<u>41.791</u>	<u>11,7</u>	<u>18.743</u>	<u>5,4</u>	<u>+23.048</u>	<u>+123,0</u>
<b>Gesamtertrag</b>	<b><u>359.575</u></b>	<b><u>100,0</u></b>	<b><u>339.673</u></b>	<b><u>100,0</u></b>	<b><u>+19.902</u></b>	<b><u>+5,9</u></b>
Personalaufwand	77.096	21,4	81.516	24,0	-4.420	-5,4
Versorgungsaufwand	7.457	2,1	7.500	2,2	-43	-0,6
Sach-, Dienstleistungsaufwand	60.465	16,8	67.292	19,8	-6.827	-10,1
Abschreibungen	25.624	7,1	25.737	7,6	-113	-0,4
Zuwendungen, Umlagen, Transferaufwand	21.719	6,0	23.956	7,1	-2.237	-9,3
Aufwand der sozialen Sicherheit	130.026	36,2	130.231	38,3	-205	-0,2
Sonstiger laufender Aufwand	<u>23.009</u>	<u>6,4</u>	<u>20.796</u>	<u>6,1</u>	<u>+2.213</u>	<u>+10,6</u>
<b>Gesamtaufwand</b>	<b><u>345.396</u></b>	<b><u>96,0</u></b>	<b><u>357.028</u></b>	<b><u>105,1</u></b>	<b><u>-11.632</u></b>	<b><u>-3,3</u></b>
<b>Ergebnis der Verwaltungstätigkeit</b>	<b><u>14.179</u></b>	<b><u>4,0</u></b>	<b><u>-17.355</u></b>	<b><u>-5,1</u></b>	<b><u>+31.534</u></b>	
Zinsertrag	7.299	2,0	7.471	2,2	-172	-2,3
Zinsaufwand	<u>14.950</u>	<u>4,2</u>	<u>15.284</u>	<u>4,5</u>	<u>-334</u>	<u>-2,2</u>
<b>Finanzergebnis</b>	<b><u>-7.651</u></b>	<b><u>-2,2</u></b>	<b><u>-7.813</u></b>	<b><u>-2,3</u></b>	<b><u>+162</u></b>	
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b><u>6.528</u></b>	<b><u>1,8</u></b>	<b><u>-25.168</u></b>	<b><u>-7,4</u></b>	<b><u>+31.696</u></b>	
<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b><u>998</u></b>	<b><u>0,3</u></b>	<b><u>998</u></b>	<b><u>0,3</u></b>	<b><u>0</u></b>	
<b>Jahresüberschuss/ -fehlbetrag</b>	<b><u>7.526</u></b>	<b><u>2,1</u></b>	<b><u>-24.170</u></b>	<b><u>-7,1</u></b>	<b><u>+31.696</u></b>	

Im Berichtsjahr ergab sich ein **Jahresüberschuss** von 7.526 T€, der zur Abdeckung von Jahresfehlbeträgen der Haushaltsvorjahre verwendet wird. Gegenüber dem Haushaltsansatz hat sich der Jahresüberschuss um 31.696 T€ verbessert.

Weitere Informationen zu einzelnen Abweichungen gegenüber dem Haushaltsansatz finden sich im Erläuterungsteil (siehe **Anlage 11**) dieses Prüfberichtes.



## 5 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

### **Bestätigungsvermerk der Rechnungsprüfung**

Die Rechnungsprüfung hat den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen und Anhang sowie den Rechenschaftsbericht - der Stadt Koblenz für das Haushaltsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. In die Prüfung wurden die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände einbezogen. Die Inventur, die Buchführung sowie die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Rheinland-Pfalz und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Oberbürgermeisters der Stadt Koblenz. Die Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Rechenschaftsbericht abzugeben.

Die Jahresabschlussprüfung wurde nach § 113 GemO und in Anlehnung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Rechenschaftsbericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt Koblenz sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Restnutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Buchführung, Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Oberbürgermeisters der Stadt Koblenz sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts.

Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die Beurteilung bildet.



**Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.**

Nach der Beurteilung der Rechnungsprüfung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Koblenz.

Der Rechenschaftsbericht steht grundsätzlich in Einklang mit einem den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Koblenz, den 06. Februar 2017

  
Harald Klein  
Amtsleiter"

## ■ Anlagen zum Prüfbericht

- Anlage 1** Bilanz zum 31. Dezember 2015
- Anlage 2** Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015
- Anlage 3** Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015
- Anlage 4** Anhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015
- Anlage 5** Anlagenübersicht
- Anlage 6** Forderungsübersicht
- Anlage 7** Verbindlichkeitenübersicht
- Anlage 8** Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen
- Anlage 9** Rechenschaftsbericht
- Anlage 10** Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz
- Anlage 11** Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung
- Anlage 12** Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse
- Anlage 13** Kennzahlenberechnung





# Anlage 1 Bilanz zum 31.12.2015

## Bilanz zum 31. Dezember 2015

AKTIVA			PASSIVA		
	31.12.2015	31.12.2014		31.12.2015	31.12.2014
	in EUR	in TEUR		in EUR	in TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	55.035.056,54	56.036	Kapitalrücklage	595.079.120,35	633.866
Sachanlagen	1.002.878.036,97	1.000.346	Sonstige Rücklagen	16.028,20	16
Finanzanlagen	316.409.191,78	308.243	Ergebnisvortrag	-64.582.469,84	- 91.079
Vorräte	4.659.303,43	6.135	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	7.526.342,89	-12.290
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	16.230.850,41	18.980	Sonderposten für Belastungen aus komm. Finanzausgleich	0,00	0
Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0	Sonderposten zum Anlagevermögen	214.384.614,64	214.806
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben b. EZB, Kreditinstituten u. Schecks	1.557.618,35	11.235	Sonderposten für den Gebührenaussgleich	56.676,83	55
Rechnungsabgrenzungsposten	6.139.677,12	4.405	Sonderposten mit Rücklageanteil	427.688,98	1.212
			Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten	0,00	0
			Sonderposten aus Anzahlungen f. Grabnutzungsent.	0,00	0
			Sonstige Sonderposten	0,00	0
			Rückstellungen f. Pensionen u. ähnl. Verpflichtungen	153.813.754,87	151.752
			Steuerrückstellungen	1.265.110,62	11.904
			Rückstellungen für latente Steuern	0,00	0
			Sonstige Rückstellungen	13.388.431,86	14.136
			Anleihen	0,00	0
			Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	384.164.367,63	405.472
			Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	3.175.650,12	3.256
			Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0
			Verbindlichkeiten aus Lieferung u. Leistung	4.692.502,62	5.624
			Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00	0
			Verbindlichkeiten gg. verbund. Unternehmen	36.492.949,74	18.361
			Verbindlichkeiten gg. Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	143.912,81	21
			Verbindlichkeiten gg. Sonderverm., Zweckverb., AöR, rechtsf. komm. Stift.	46.911.948,81	41.978
			Verbindlichkeiten gg. sonst. öffent. Bereich	952.919,63	2.940
			Sonst. Verbindlichkeiten	4.216.113,46	2.744
			Rechnungsabgrenzungsposten	784.070,38	606
	<b>1.402.909.734,60</b>	<b>1.405.380</b>		<b>1.402.909.734,60</b>	<b>1.405.380</b>





Aktiva	Stand	Stand
	31.12.2015	31.12.2014
	EUR	TEUR
<b>1 Anlagevermögen</b>	<b>1.374.322.285,29</b>	<b>1.364.625</b>
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	55.035.056,54	56.036
1.1.1 Gewerbliche Schutzrechte u. ähnl. Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werden	173.095,68	226
1.1.2 Geleistete Zuwendungen	42.911.273,00	43.232
1.1.3 Gezahlte Investitionszuschüsse	10.201.752,00	10.690
1.1.4 Geschäfts- oder Firmenwert	0,00	0
1.1.5 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	1.748.935,86	1.888
1.2 Sachanlagen	1.002.878.036,97	1.000.346
1.2.1 Wald, Forsten	24.567.323,99	25.606
1.2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte	94.657.356,14	88.362
1.2.3 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	224.996.702,17	221.873
1.2.4 Infrastrukturvermögen	511.573.859,26	519.331
1.2.5 Bauten auf fremden Grund und Boden	5.935.039,00	5.175
1.2.6 Kunstgegenstände, Denkmäler	38.835.774,72	37.785
1.2.7 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	10.280.949,44	10.148
1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung	14.105.943,10	13.562
1.2.9 Pflanzen und Tiere	0,00	0
1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	77.925.089,15	78.504
1.3 Finanzanlagen	316.409.191,78	308.243
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	191.188.156,97	174.819
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.701.757,71	1.759
1.3.3 Beteiligungen	5.381.633,51	5.381
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0
1.3.5 Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentl. Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	118.083.226,21	117.545
1.3.6 Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öff. Rechts, rechtsf. komm. Stiftungen	0,00	8.682
1.3.7 Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0
1.3.8 Sonstige Ausleihungen	54.417,38	57
<b>2 Umlaufvermögen</b>	<b>22.447.772,19</b>	<b>36.350</b>
2.1 Vorräte	4.659.303,43	6.135
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	65.850,78	68
2.1.2 Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	0,00	0
2.1.3 Fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren	4.593.452,65	6.067
2.1.4 Geleistete Anzahlungen auf Vorräte	0,00	0



2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	16.230.850,41	18.980
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen	19.735.176,36	21.566
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen	1.581.869,92	2.224
2.2.3 Forderungen gegen verbundene Unternehmen	138.982,65	234
2.2.4 Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	14.503,73	80
2.2.5 Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öff. Rechts, rechtsf. komm. Stiftungen	91.645,60	73
2.2.6 Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	693.529,83	326
2.2.7 Sonstige Vermögensgegenstände	4.830.363,44	6.401
2.2.8 Wertberichtigung Forderungen	-10.855.221,12	-11.924
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0
2.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0
2.3.2 Sonstige Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0
2.4 Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der EZB, Guthaben b. Kreditinstituten u. Schecks	1.557.618,35	11.235
<b>3 Ausgleichsposten für latente Steuern</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>
<b>4 Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>6.139.677,12</b>	<b>4.405</b>
4.1 Disagio		0
4.2 Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	6.139.677,12	4.405
<b>Summe Aktiva</b>	<b>1.402.909.734,60</b>	<b>1.405.380</b>

## Passiva

<b>1 Eigenkapital</b>	<b>538.039.021,60</b>	<b>530.513</b>
1.1 Kapitalrücklage	595.079.120,35	633.866
1.2 Sonstige Rücklagen	16.028,20	16
1.3 Ergebnisvortrag	-64.582.469,84	- 91.079
1.4 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	7.526.342,89	- 12.290
<b>2 Sonderposten</b>	<b>214.868.980,45</b>	<b>216.073</b>
2.1 Sonderposten für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0,00	0
2.2 Sonderposten zum Anlagevermögen	214.384.614,64	214.806
2.2.1 Sonderposten aus Zuwendungen	136.536.554,79	131.400
2.2.2 Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	25.264.722,21	21.675
2.2.3 Sonderposten aus Anzahlungen für Anlagevermögen	52.583.337,64	61.731
2.3 Sonderposten für den Gebührenausgleich	56.676,83	55
2.4 Sonderposten mit Rücklageanteil	427.688,98	1.212
2.5 Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten	0,00	0
2.6 Sonderposten aus Anzahlungen für Grabnutzungsentgelte	0,00	0
2.7 Sonstige Sonderposten	0,00	0



<b>3 Rückstellungen</b>	<b>168.467.297,35</b>	<b>177.792</b>
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	153.813.754,87	151.752
3.2 Steuerrückstellungen	1.265.110,62	11.904
3.3 Rückstellungen für latente Steuern	0,00	0
3.4 Sonstige Rückstellungen	13.388.431,86	14.136
<b>4 Verbindlichkeiten</b>	<b>480.750.364,82</b>	<b>480.396</b>
4.1 Anleihen	0,00	0
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	384.164.367,63	405.472
4.2.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	302.064.333,73	318.972
4.2.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	82.100.033,90	86.500
4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	3.175.650,12	3.256
4.4 Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.692.502,62	5.624
4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00	0
4.7 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	36.492.949,74	18.361
4.8 Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	143.912,81	21
4.9 Verbindlichkeiten gegenüber Sonderverm. , Zweckverb., Anstalten d. öff. Rechts, rechtsfähigen kom. Stiftungen	46.911.948,81	41.978
4.10 Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	952.919,63	2.940
4.11 Sonstige Verbindlichkeiten	4.216.113,46	2.744
<b>5 Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>784.070,38</b>	<b>606</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>1.402.909.734,60</b>	<b>1.405.380</b>





## Anlage 2 Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

	2015	2014	Differenz
	EUR		TEUR
Steuern und ähnliche Abgaben	183.819.279,67	178.415.597,11	+ 5.403.682,56
Zuwendungen, allgem. Umlagen und sonstige Transfererträge	43.950.465,68	35.452.442,78	+ 8.498.022,90
Erträge der sozialen Sicherung	66.150.655,21	59.180.226,39	+ 6.970.428,82
Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte	11.162.395,22	10.502.129,49	+ 660.265,73
Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.202.639,50	6.249.307,33	- 46.667,83
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	6.499.204,32	7.148.833,61	- 649.629,29
Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	28.519,54	- 20.890,80	+ 49.410,34
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.236.394,50	1.135.066,70	+ 101.327,80
Sonstige laufende Erträge	40.525.570,73	34.105.017,67	+ 6.420.553,06
<b>Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit</b>	<b>359.575.124,37</b>	<b>332.167.730,28</b>	<b>+ 27.407.394,09</b>
Personalaufwendungen	77.096.292,92	76.881.763,03	+ 214.529,89
Versorgungsaufwendungen	7.457.141,29	7.264.554,20	+ 192.587,09
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	60.465.108,48	58.402.642,68	+ 2.062.465,80
Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr.14 GemHVO	25.623.549,32	24.942.375,18	+ 681.174,14
Zuwendungen, Umlagen u. sonstige Transferaufwendungen	21.718.677,18	24.278.288,65	- 2.559.611,47
Aufwendungen der sozialen Sicherheit	130.025.776,81	122.391.116,37	+ 7.634.660,44
Sonstige laufende Aufwendungen	23.009.189,58	23.516.570,09	- 507.380,51
<b>Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit</b>	<b>345.395.735,58</b>	<b>337.677.310,20</b>	<b>+ 7.718.425,38</b>
<b>Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit</b>	<b>14.179.388,79</b>	<b>-5.509.579,92</b>	<b>+ 19.688.968,71</b>
Zinserträge und sonstige Finanzerträge	7.298.443,73	8.729.415,02	- 1.430.971,29
Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	14.949.778,18	15.450.049,24	- 500.271,06
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-7.651.334,45</b>	<b>- 6.720.634,22</b>	<b>- 930.700,23</b>
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>6.528.054,34</b>	<b>- 12.230.214,14</b>	<b>+ 18.758.268,48</b>
<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>998.288,55</b>	<b>- 59.452,06</b>	<b>+ 1.057.740,61</b>
<b>Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag)</b>	<b>7.526.342,89</b>	<b>- 12.289.666,20</b>	<b>+ 19.816.009,09</b>





## Anlage 3

## Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

	<b>Stand 31.12.2015</b>	<b>Haushalts- ansatz</b>	<b>Differenz</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
Steuern und ähnliche Abgaben	177.113	179.446	-2.333
Zuwendungen, allgem. Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	38.121	39.595	-1.474
Einzahlungen der sozialen Sicherung	66.936	64.420	+2.516
Öffentlich - rechtliche Leistungsentgelte	9.821	9.257	+564
Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.292	5.469	+823
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	6.622	8.000	-1.378
Veränderungen des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	±0
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.237	1.177	+60
Sonstige laufende Einzahlungen	13.072	15.875	-2.803
<b>Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit</b>	<b>319.214</b>	<b>323.239</b>	<b>-4.025</b>
Personalauszahlungen	74.711	78.669	-3.958
Versorgungsauszahlungen	7.313	7.500	-187
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	56.850	62.962	-6.112
Zuwendungen, Umlagen u. sonstige Transferauszahlungen	24.114	24.358	-244
Auszahlungen der sozialen Sicherheit	132.026	130.231	+1.795
Sonstige laufende Auszahlungen	20.708	23.087	-2.379
<b>Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit</b>	<b>315.722</b>	<b>326.807</b>	<b>-11.085</b>
<b>Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit</b>	<b>3.492</b>	<b>-3.568</b>	<b>+7.060</b>
Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	7.726	7.471	+255
Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	15.573	16.267	-694
<b>Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen</b>	<b>-7.847</b>	<b>-8.796</b>	<b>+949</b>
<b>Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen</b>	<b>-4.355</b>	<b>-12.364</b>	<b>+8.009</b>
Außerordentliche Einzahlungen	1.036	998	+38
Außerordentliche Auszahlungen	57	0	+57
<b>Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen</b>	<b>+979</b>	<b>+998</b>	<b>-19</b>
<b>Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen</b>	<b>-3.376</b>	<b>-11.366</b>	<b>+7.990</b>



Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	7.438	7.131	+307
Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	767	1.637	-870
Einzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	±0
Einzahlungen für Sachanlagen	502	610	-108
Einzahlungen für Finanzanlagen	17	0	+17
Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	78	62	+16
Einzahlungen aus der Veräußerung von Vorräten	1.252	2.502	-1.250
Sonstige Investitionseinzahlungen	0	37	-37
<b>Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>10.054</b>	<b>11.979</b>	<b>-1.925</b>
Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	1.935	4.337	-2.402
Auszahlungen für Sachanlagen	19.961	23.230	-3.269
Auszahlungen für Finanzanlagen	0	0	±0
Auszahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	7	0	+7
Auszahlungen für der Erwerb von Vorräten	21	30	-9
Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	±0
<b>Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>21.924</b>	<b>27.597</b>	<b>-5.673</b>
<b>Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-11.870</b>	<b>-15.618</b>	<b>+3.748</b>
<b>Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag</b>	<b>-15.246</b>	<b>-26.984</b>	<b>+11.738</b>
Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten	0	16.618	-16.618
Auszahlungen aus der Tilgung von Investitionskrediten	16.994	16.652	+342
<b>Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten</b>	<b>-16.994</b>	<b>-34</b>	<b>-16.960</b>
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	402.629	27.292	+375.337
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	381.464	274	+381.190
<b>Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung</b>	<b>+21.165</b>	<b>+27.018</b>	<b>-5.853</b>
Abnahme der liquiden Mittel	10.206	0	+10.206
Zunahme der liquiden Mittel	0	0	±0
<b>Veränderung der liquiden Mittel</b>	<b>+10.206</b>	<b>0</b>	<b>+10.206</b>
<b>Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>+14.377</b>	<b>+26.984</b>	<b>-12.607</b>
Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern	31.789	3.345	+28.444
Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern	30.920	3.345	+27.575



# Anlage 4 Anhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

---

## F. Rechtsgrundlage

Der Anhang zur Bilanz zum 31. Dezember 2015 der Stadt Koblenz wurde unter Beachtung des § 108 Abs. 2 Nr. 5 GemO und der §§ 33 Nr. 5, 35 Abs. 2 und Abs. 6, 40 Abs. 2, 43, 44 Abs. 3 und Abs. 4, 45 Abs. 3 und Abs. 4, 46 Abs. 2 und Abs. 3, 47 Abs. 2, 48 GemHVO erstellt.

Die Gliederungsvorschriften der GemHVO fanden uneingeschränkt Beachtung.

Gemäß § 48 Abs. 4 GemHVO werden nachfolgend Erläuterungen nur getätigt, wenn diese nicht von untergeordneter Bedeutung für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind.

Folgende Posten der Bilanz sind weiter untergliedert. Der Einblick in die Lage der Gemeinde wird hierdurch erheblich verbessert.

### 2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

#### 2.2.8 Wertberichtigungen zu Forderungen

Zusätzlich zu den in § 47 Abs. 5 GemHVO aufgeführten Bilanzposten wurde zur Verbesserung des Einblicks in die Vermögenslage der Gemeinde und aufgrund der wesentlichen Bedeutung die Bilanzposition 2.2.8 Wertberichtigungen zu Forderungen eingefügt. Hierunter wurden sowohl die pauschalen als auch die einzelnen Wertberichtigungen bilanziert.

Im Zuge der Änderung der Verwaltungsvorschriften zur Durchführung der Gemeindeordnung mit Rundschreiben des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur vom 31.03.2014 können abnutzbare bewegliche Vermögensgegenstände bis zu einem Wert von 1000,- € netto im Jahr als Geringwertiges Wirtschaftsgut angesehen wird. Das bedeutet, dass der Vermögensgegenstand im Jahr der Anschaffung oder Herstellung aufwandswirksam gebucht oder voll abgeschrieben werden kann. Ebenso ist eine Abschreibung über fünf Jahre in einem Sammelposten oder entsprechend der Nutzungsdauer möglich. Zwar ist diese Verwaltungsvorschrift noch nicht in die GemHVO bis zur Ergänzungslieferung überführt worden, die Vorschrift ist aber dennoch für die Kommune anwendbar.

Die Stadtverwaltung hat ab dem Jahr 2015 diese neue Regelung befolgt. Dies führte dazu, dass die Vermögensgegenstände, die nach alter Vorgabe zu bilanzieren waren und mit der Festwertmethode bewertet wurden, aus dem Festwert gelöst wurden und über fünf Jahre abgeschrieben werden. Zukünftige Anschaffungen von geringwertigen Gütern werden aufwandswirksam gebucht.

## G. Angaben zu einzelnen Posten der Bilanz

### Aktiva

#### G.1. Anlagevermögen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Immaterielle Vermögensgegenstände	56.036.134,50 €	55.035.056,54 €	-1.001.077,96 €
Sachanlagen	1.000.346.349,01 €	1.002.878.036,97 €	2.531.687,96 €
Finanzanlagen	308.242.951,28 €	316.409.191,78 €	8.166.240,50 €
	<b>1.364.625.434,79 €</b>	<b>1.374.322.285,29 €</b>	<b>9.696.850,50 €</b>

Das Anlagevermögen der Stadt Koblenz ergibt sich aus den Werten der Vorjahresbilanz sowie den laufenden Zu- und Abgängen im aktuellen Bilanzjahr. Zugänge im Anlagevermögen wurden stets zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten im Sinne des § 34 GemHVO bewertet. Zinsen für das Fremdkapital wurden in die Herstellungskosten nicht mit einbezogen.

Sämtliche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist im Sinne des § 35 Abs. 1 GemHVO, unterlagen im Berichtsjahr einer planmäßigen Abschreibung nach der linearen Methode unter Beachtung der gültigen Abschreibungstabelle für Gemeinden gemäß § 35 Abs. 1 und 2 GemHVO. Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich nicht begrenzt ist, wurden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten ohne Abschreibung angesetzt.

Außerplanmäßige Abschreibungen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung im Sinne des § 35 Abs. 4 GemHVO wurden im Berichtsjahr nicht vorgenommen.

Es wurden körperliche Bestandsaufnahmen in den Ämtern 12/ Bürgeramt, 44/ Musikschule, 46/ Stadttheater und der gesamten Fahrzeuge der Stadtverwaltung unter Anwendung des § 32 Abs. 3 Nr. 2 GemHVO durchgeführt. Die daraus resultierenden Änderungen sind als geringwertige Abweichungen zu bewerten. Lediglich die Zuwendungen des Freundeskreis des Stadttheaters Koblenz e. V. haben zu einem Zugang in Höhe von fast T€ 100 geführt.

Die Anlagenübersicht gemäß § 50 GemHVO ist als Anlage zum Anhang beigefügt und stellt die Entwicklung des Anlagevermögens dar.

#### G.1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände entwickeln sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Gewerbliche Schutzrechte u.ä.	226.190,68 €	173.095,68 €	-53.095,00 €
Geleistete Zuwendungen	43.232.341,00 €	42.911.273,00 €	-321.068,00 €
Geleistete Investitionszuschüsse	10.689.891,00 €	10.201.752,00 €	-488.139,00 €
Geschäfts- oder Firmenwert	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Anzahlungen auf immaterielle VG	1.887.711,82 €	1.748.935,86 €	-138.775,96 €
	<b>56.036.134,50 €</b>	<b>55.035.056,54 €</b>	<b>-1.001.077,96 €</b>

Die Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen. Die immateriellen Vermögensgegenstände wurden buchmäßig fortgeschrieben. Sie sind in einer Anlagenbestandsliste einzeln nachgewiesen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens (Gewerbliche Schutzrechte u. ä.) wurden gemäß § 34 Abs. 2 GemHVO zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen angesetzt. Anschaffungsnebenkosten wurden in die Anschaffungskosten



einbezogen, hingegen wurden Anschaffungspreisminderungen (im Wesentlichen Rabatte und Skonti) von den Anschaffungskosten abgesetzt. Die Höhe der linearen Abschreibung zwischen dem Anschaffungsdatum der entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände und dem Bilanzstichtag wurde anhand von wirtschaftlichen Nutzungsdauern errechnet, die in der vom Innenministerium des Landes Rheinland-Pfalz bekannt gegebenen Abschreibungstabelle festgeschrieben sind. Die Veränderungen im Haushaltsjahr 2015 bestehen aus der planmäßigen Abschreibung und Zugängen.

Geleistete Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen mit einer mehrjährigen Zweckbindung werden linear über den Zeitraum der Zweckbindung abgeschrieben. Die Veränderungen im Haushaltsjahr 2015 bestehen neben der planmäßigen Abschreibung aus neuen Zuschüssen wie an den Eigenbetrieb Stadtentwässerung für die Straßenoberflächenentwässerung (+ Mio € 1,3) und an die Kitas (+T€ 300).

Geleistete Investitionszuschüsse mit einer vereinbarten Gegenleistungsverpflichtung werden linear über die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstands bzw. - falls diese kürzer ist - über den Zeitraum der Gegenleistungsverpflichtung abgeschrieben. Die Veränderungen im Haushaltsjahr 2015 bestehen aus der planmäßigen Abschreibung sowie dem Zuschuss einer Fluchttreppe bei der Kita Karthause (+ T € 25).

Anzahlungen von immateriellen Vermögensgegenständen sind gesondert auszuweisen. Anzahlungen liegen vor, wenn bereits Zahlungen geleistet wurden, die bezuschusste Baumaßnahme jedoch noch nicht fertig gestellt wurde. Die Zugänge stellen Anzahlungen von Zuschüssen für den Hochwasserschutz (+T€ 305) und Zuschüsse für den Bau von Kitas (+T€ 198) sowie Zuschüsse für Spielfelder der Sportplätze (+T€ 181) dar.

Bei Zu- und Abgängen von immateriellen Vermögensgegenständen im Berichtsjahr wurde die Abschreibung zeitanteilig berechnet.

## G.1.2. Sachanlagevermögen

Das Sachanlagevermögen entwickelt sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Wald, Forsten	25.605.660,63 €	24.567.323,99 €	-1.038.336,64 €
Sonstige unbebaute Grundstücke	88.362.410,76 €	94.657.356,14 €	6.294.945,38 €
Bebaute Grundstücke	221.873.008,02 €	224.996.702,17 €	3.123.694,15 €
Infrastrukturvermögen	519.330.539,29 €	511.573.859,26 €	-7.756.680,03 €
Bauten auf fremdem Grund und Boden	5.175.456,00 €	5.935.039,00 €	759.583,00 €
Kunstgegenstände und Denkmäler	37.785.004,95 €	38.835.774,72 €	1.050.769,77 €
Maschinen, technische Anlagen, KfZ	10.147.875,21 €	10.280.949,44 €	133.074,23 €
Betriebs- und Geschäftsausstattung	13.562.482,54 €	14.105.943,10 €	543.460,56 €
Pflanzen und Tiere	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	78.503.911,61 €	77.925.089,15 €	-578.822,46 €
	<b>1.000.346.349,01 €</b>	<b>1.002.878.036,97 €</b>	<b>2.531.687,96 €</b>

Die Entwicklung des Sachanlagevermögens ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

Das Sachanlagevermögen ergibt sich aus den Werten der Vorjahresbilanz sowie der buchmäßigen Zu- und Abgänge von Vermögensgegenständen im Berichtsjahr. Entsprechende Nachweise liegen in Form von Anlagenbestandslisten bzw. Zu- und Abgangsmeldungen zu den einzelnen oben genannten Positionen vor, der Nachweis der Grundstücke, Straßen, Wege und Plätze wird zusätzlich im geographischen Informationssystem geführt.

Die Vermögensgegenstände wurden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten gemäß § 34 Abs. 2 und 3 GemHVO angesetzt. Bei solchen Vermögensgegenständen, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist,



wurden diese Werte um planmäßige Abschreibungen vermindert. Anschaffungsnebenkosten wurden stets in die Anschaffungskosten einbezogen, hingegen wurden Anschaffungspreisminderungen (im Wesentlichen Rabatte und Skonti) von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Die Herstellungskosten umfassen die Einzel- und Gemeinkosten für Material und Fertigung sowie die Sonderkosten der Fertigung.

Die Höhe der linearen Abschreibung zwischen dem Anschaffungs- oder Herstellungsdatum der Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens und dem Bilanzstichtag wurde anhand von wirtschaftlichen Nutzungsdauern errechnet, die in der vom Innenministerium des Landes Rheinland-Pfalz bekannt gegebenen Abschreibungstabelle festgeschrieben sind.

Es folgen spezielle Erläuterungen zu den einzelnen Positionen des Sachanlagevermögens.

#### G.1.2.1. Wald, Forsten

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Wald, Forsten	25.605.660,63 €	24.567.323,99 €	- 1.038.336,64 €

Die Waldbewertung (Aufwuchs, Holzbestand) erfolgte in der Eröffnungsbilanz durch das Forsteinrichtungswerk im Festwertverfahren. Als entsprechender Wert wurde ein prozentualer Anteil von 50% angesetzt. Planmäßig bewirtschaftete Waldbestände wurden im Forsteinrichtungswerk nachgewiesen. Der nicht planmäßig bewirtschaftete Waldbestand wurde gesondert ausgewiesen.

Der Wald- und Forstbestand sank im Berichtsjahr auf Grundlage der Inventurbestandsmeldung (- T€ 953) sowie der Umnutzung von Grundstücken (-T € 85).

#### G.1.2.2. Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Sonstige unbebaute Grundstücke	88.362.410,76 €	94.657.356,14 €	6.294.945,38 €

Bäume in Parks, Alleen und im allgemeinen Straßenbereich wurden anhand des Baumkatasters aufgenommen. Die Bewertung des Baumbestandes, des sonstigen Aufwuchs sowie des gesamten Mobiliars (im Wesentlichen Parkanlagen, Straßenbegleitgrün, Spielplätze, Spielgeräte, Sportflächen etc.) erfolgte zu Vergleichswerten gemäß „Grüne Doppik – Werkzeug zur Vermögensbewertung von öffentlichen Grün- und Freiflächen“, entwickelt durch die Fachhochschule Osnabrück. Die so ermittelten Werte wurden in der Eröffnungsbilanz als Festwert abgebildet, gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Koblenz vom 06.07.2009 mit einem prozentualen Anteil in Höhe von 50%. Die BUGA Flächen wurden aus dem Festwert ausgebucht, da sie zum Zeitpunkt der Eröffnungsbilanz bereits an die BUGA GmbH übergeben wurden. Nach Neuerstellung der Flächen durch die BUGA GmbH wurden diese wieder in das Anlagevermögen der Stadt Koblenz überführt und einzeln aktiviert.

Die Veränderungen der Bilanzposition ergeben sich aus dem Zugang von erheblichen, bis dahin noch nicht gemeldetem Baumbestand im Stadtgebiet in Höhe von Mio € 4,3. Ebenso wurden Maßnahmen von den Anlagen im Bau abgerechnet (+ Mio 2,9). Im Berichtsjahr ergab sich eine planmäßige Abschreibung i.H.v. T€ 448.

#### G.1.2.3. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Bebaute Grundstücke	221.873.008,02 €	224.996.702,17 €	3.123.694,15 €

Die in den vergangenen Jahren aufgenommenen und bewerteten Vermögensgegenstände wurden im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Zu- und Abgänge wurden in der Anlagenbuchhaltung ordnungsgemäß erfasst. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Abrechnung von Baumaßnahmen (+ 7,4 Mio €) zurückzuführen wie der Neubau der Kitas in Güls, Oberwerth und im Rauental (3,3 Mio €) und dem Sportplatz auf der Karthause (1,3 Mio €) sowie der Sanierung der Sporthalle Kesselheim (1,2 Mio €).



#### G.1.2.4. Infrastrukturvermögen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Infrastrukturvermögen	519.330.539,29 €	511.573.859,26 €	-7.756.680,03 €

Maßgeblichen Anteil an der Veränderung im Berichtsjahr 2015 ist die planmäßige Abschreibung (- 13,6 Mio €) und die Zugänge (+ 6,8 Mio. €) durch Bauabrechnungen. Im Wesentlichen waren das die Brücke am Langemarckplatz, der Ausbau Niederberger Höhe und der Erneuerung des Verkehrsrechners.

#### G.1.2.5. Bauten auf fremdem Grund und Boden

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Bauten auf fremdem Grund und Boden	5.175.456,00 €	5.935.039,00 €	759.583,00 €

Die in den vergangenen Jahren aufgenommenen und bewerteten Vermögensgegenstände wurden im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Der Anstieg der Bilanzposition ist vor allem durch den Ausbau Sportpark Oberwerth begründet.

#### G.1.2.6. Kunstgegenstände und Denkmäler

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Kunstgegenstände und Denkmäler	37.785.004,95 €	38.835.774,72 €	1.050.769,77 €

Die Kunstgegenstände des Ludwig-Museums wurden im Berichtsjahr fortgeschrieben. Da es sich hierbei um eine Stiftung handelt, ergeben sich die Werte gemäß der gesetzlichen Vorgaben aus dem Stiftungsvermögen. Die Kunstgegenstände des Mittelrhein-Museums wurden in der Eröffnungsbilanz mit dem Versicherungswert der Kunstgegenstände angesetzt. Bei den Inkunabeln, Folianten etc. im Amt 47/Stadtarchiv wird ebenfalls wie in der Eröffnungsbilanz der Versicherungswert als Vergleichswert angesetzt, da die Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht mehr feststellbar sind.

Die Zunahme der Bilanzposition im Jahr 2015 setzt sich aus der planmäßigen Abschreibung (-T€ 60) und Zugängen wie dem Weinbrunnen und dem Barbara Denkmal sowie Schenkungen an das Mittelrhein Museum zusammen.

#### G.1.2.7. Maschinen, technische Anlagen, Kraftfahrzeuge

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Maschinen, technische Anlagen, KfZ	10.147.875,21 €	10.280.949,44 €	133.074,23 €

Sämtliche Vermögensgegenstände dieser Position wurden ausnahmslos zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Die in den vergangenen Jahren aufgenommenen und bewerteten Vermögensgegenstände wurden im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Zu- und Abgänge wurden in der Anlagenbuchhaltung ordnungsgemäß erfasst. Die diesjährigen Veränderungen sind durch die planmäßige Abschreibung bedingt und insbesondere durch die nachträgliche technische Ausstattung der Feuerwehrfahrzeuge i. H. v. T€ 450.

#### G.1.2.8. Betriebs- und Geschäftsausstattung

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Betriebs- und Geschäftsausstattung	13.562.482,54 €	14.105.943,10 €	543.460,56 €

Sämtliche Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt und im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Zu- und Abgänge wurden in der Anlagenbuchhaltung ordnungsgemäß erfasst. Es erfolgten allein durch die Abrechnung der technischen Ausstattung des Kulturbaus noch Zugänge in Höhe von ca. T€ 900.



## G.1.2.10 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	78.503.911,61 €	77.925.089,15 €	- 578.822,46 €

Hierbei handelt es sich um am Bilanzstichtag noch im Bau befindliche und nicht fertig gestellte Vermögensgegenstände. Die bis zum Bilanzstichtag angefallenen Anschaffungs- und Herstellungskosten wurden vollständig erfasst. Die Senkung ergibt sich aus den abgerechneten Baumaßnahmen. Die Zugänge kommen im Wesentlichen aus den Projekten Vorlandbrücke Lützel, Ausbau Kitas und aus Schlussrechnungen der Koblenzer Wohnbau GmbH zum Sanierungsvertrag. Eine detaillierte Beschreibung der abgerechneten Baumaßnahmen wird dem Stadtvorstand quartalsweise zur Kenntnis vorgelegt.

## G.1.3. Finanzanlagen

Die Werte der Anteile an verbundenen Unternehmen, der Beteiligungen und des Sondervermögens der Eigenbetriebe wurden durch das Beteiligungsmanagement der Stadtwerke Koblenz GmbH ermittelt. Das Stiftungsvermögen sowie die langfristigen Ausleihungen wurden durch die Stadtverwaltung ermittelt.

Das Finanzanlagevermögen entwickelt sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Anteile an verbundenen Unternehmen	174.818.764,28 €	191.188.156,97 €	16.369.392,69 €
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.758.852,16 €	1.701.757,71 €	-57.094,45 €
Beteiligungen	5.381.633,51 €	5.381.633,51 €	0,00 €
Ausleihungen an Beteiligungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Anteile Sondervermögen etc.	117.544.782,20 €	118.083.226,21 €	538.444,01 €
Ausleihungen an Sondervermögen etc.	8.682.046,47 €	0,00 €	-8.682.046,47 €
Sonstige Wertpapiere des Anlageverm.	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Sonstige Ausleihungen	56.872,66 €	54.417,38 €	-2.455,28 €
	<b>308.242.951,28 €</b>	<b>316.409.191,78 €</b>	<b>8.166.240,50 €</b>

Die Entwicklung des Finanzanlagevermögens ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

### G.1.3.1. Anteile an verbundenen Unternehmen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Anteile an verbundenen Unternehmen	174.818.764,28 €	191.188.156,97 €	16.369.392,69 €

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen hat zum Stichtag der Bilanzaufstellung um 16,4 Mio. € zugenommen. Dies resultiert aus der Erhöhung nach anteiligem Eigenkapital an der Finanzanlage „Stadtwerke Koblenz GmbH“.

### G.1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.758.852,16 €	1.701.757,71 €	-57.094,45 €

Die Position beinhaltet die langfristigen Darlehen, die die Stadt Koblenz dem verbundenen Unternehmen „Koblenzer Wohnbau GmbH“ gewährt hat. Die Spalte „Entwicklung“ zeigt die planmäßigen Tilgungen sowie vorzeitig abgelöste Darlehen.



### G.1.3.3. Beteiligungen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Beteiligungen	5.381.633,51 €	5.381.633,51 €	- €

Unter dieser Bilanzposition befindet sich im Wesentlichen die Beteiligung am Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH in Höhe von 5,12 Mio. €.

### G.1.3.5 Sondervermögen (Eigenbetriebe), Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähige kommunale Stiftungen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Anteile Sondervermögen etc.	117.544.782,20 €	118.083.226,21 €	538.444,01 €

Die Bewertung des Sondervermögens der Eigenbetriebe unterlag zum Bilanzstichtag einer Änderung im Wert von T€ 73 beim Eigenbetrieb Touristik durch die Sacheinlage eines Grundstücks. Zum Zeitpunkt der Aufstellung lagen bei den Eigenbetrieben Koblenz Touristik und Kommunalen Servicebetrieb Koblenz noch keine Jahresabschlüsse vor. Bei den übrigen Eigenbetrieben lag noch keine abschließende Feststellung der zuständigen Gremien vor.

Die übrige Erhöhung ergab sich im Wesentlichen aus der Anpassung der Versorgungsrücklage in Höhe von 471 T€. Das zu den Finanzanlagen gehörende Stiftungsvermögen wurde mit den entsprechenden Anschaffungskosten angesetzt und buchmäßig auf den Bilanzstichtag fortgeschrieben. Die Werte der einzelnen Stiftungen sowie zugehörigen Sonderposten sind in separaten Bestandslisten erfasst.

### G.1.3.6. Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähige Stiftungen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Ausleihungen an Sondervermögen etc.	8.682.046,47 €	0,00 €	-8.682.046,47 €

Die Ausleihungen aus 2014 haben sich zum Stichtag 31.12.2015 in Liquiditätskredite gewandelt und sind in der Bilanzposition F.7.6 Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen ausgewiesen.

### G.1.3.8. Sonstige Ausleihungen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Sonstige Ausleihungen	56.872,66 €	54.417,38 €	-2.455,28 €

Die zu den Finanzanlagen gehörenden langfristigen sonstigen Ausleihungen wurden mit dem Wert der Ausleihungen zum Bilanzstichtag angesetzt.

## G.2. Umlaufvermögen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Vorräte	6.134.770,54 €	4.659.303,43 €	-1.475.467,11 €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	18.979.968,29 €	16.230.850,41 €	-2.749.117,88 €
Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Kassenbestand, Bankguthaben, etc.	11.235.269,22 €	1.557.618,35 €	-9.677.650,87 €
	<b>36.350.008,05 €</b>	<b>22.447.772,19 €</b>	<b>-13.902.235,86 €</b>



## G.2.1. Vorräte

Das Vorratsvermögen entwickelt sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	67.589,42 €	65.850,78 €	-1.738,64 €
unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren	6.067.181,12 €	4.593.452,65 €	-1.473.728,47 €
geleistete Anzahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	<b>6.134.770,54 €</b>	<b>4.659.303,43 €</b>	<b>-1.475.467,11 €</b>

Das Vorratsvermögen wurde zum Bilanzstichtag grundsätzlich durch eine körperliche Bestandsaufnahme dezentral in den einzelnen Ämtern erfasst mit Ausnahme der zum Verkauf bestimmten Grundstücke und Gebäude; diese wurden durch eine buchmäßige Erfassung fortgeführt.

Die Vorräte wurden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Anschaffungsnebenkosten wurden in die Anschaffungskosten einbezogen. Anschaffungspreisminderungen (Skonti, Boni, sonstige Nachlässe) wurden von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Vorräte, deren Anschaffungskosten nicht mehr zu ermitteln waren, im Wert nachrangig sind und bereits seit längeren Zeiträumen auf Lager liegen, wurden aus Vorsichtsgründen analog zur Eröffnungsbilanz weiterhin mit 1,00 € angesetzt.

Den wertmäßig größten Anteil der Vorräte bilden weiterhin die zum Verkauf bestimmten Grundstücke der Stadt. In diesem Jahr ist die Verringerung vor allem durch den Verkauf der Grundstücke aus dem Umlegungsverfahren Güls und dem Baugebiet Asterstein begründet.

## G.2.2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände entwickelten sich wie folgt:

Nr.	Bezeichnung	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	Öffentlich-rechtliche Forderungen, Transferforderungen	21.566.037,25 €	19.735.176,36 €	-1.830.860,89 €
2.	Privatrechtliche Forderungen aus Lieferung und Leistung	2.223.807,97 €	1.581.869,92 €	-641.938,05 €
3.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	233.872,54 €	138.982,65 €	-94.889,89 €
4.	Forderungen gegen Beteiligungen	79.652,69 €	14.503,73 €	-65.148,96 €
5.	Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, etc.	73.129,27 €	91.645,60 €	18.516,33 €
6.	Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	326.174,67 €	693.529,83 €	367.355,16 €
7.	sonstige Vermögensgegenstände	6.400.654,62 €	4.830.363,44 €	-1.570.291,18 €
8.	Wertberichtigung zu Forderungen	-11.923.360,72 €	-10.855.221,12 €	1.068.139,60 €
Gesamt		18.979.968,29 €	16.230.850,41 €	-2.749.117,88 €

Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich mit dem Nominalwert bewertet und durch eine Buch- bzw. Beleginventur bzw. durch Offene-Posten-Listen der Nebenbücher zum Bilanzstichtag nachgewiesen.

Die Abnahme der Position 1 besteht vor allem aus Einzahlungen aus Umsatz- und Einkommensteuer, der erst in 2015 an die Stadtverwaltung gezahlt wurde.



Die Abnahme der Sonstigen Vermögensgegenstände ist im Wesentlichen aus der Einzahlung des Zweckverbands Rhein-Mosel-Eifel auf eine Forderung des Eigenbetriebs Kommunalen Servicebetrieb begründet, die im Rahmen der Einheitskasse ihre Forderungen bei uns ausweisen. Die Forderungen sind einzeln durch eine Offene- Posten-Liste nachgewiesen.

Die Forderungsübersicht ist dem Anhang als Anlage beigelegt.

**Die Wertberichtigungen entwickeln sich wie folgt:**

Nr.	Bezeichnung	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	Pauschalwertberichtigung	-5.253.500,00 €	-4.093.800,00 €	-1.159.700,00 €
2.	Einzelwertberichtigungen	-6.669.860,72 €	-6.761.421,12 €	91.560,40 €
Gesamt		-11.923.360,72 €	-10.855.221,12 €	-1.068.139,60 €

Die erkennbaren Einzelrisiken und das allgemeine Kreditrisiko wurden durch die Erfassung von Wertberichtigungen berücksichtigt. Niedergeschlagene Forderungen wurden durch die jeweiligen Fachämter angemessen im Rahmen der Einzelwertberichtigung wertberichtigt. Auf die nicht einzelwertberichtigten Forderungen wurde eine Pauschalwertberichtigung vorgenommen. Der dabei zugrunde gelegte Prozentsatz orientiert sich am vorsichtig geschätzten Ausfallrisiko der jeweiligen Forderungsart. Eine entsprechende Berechnungsgrundlage liegt vor.

**G.2.3. Wertpapiere des Umlaufvermögens**

Es befinden sich keine Wertpapiere im Umlaufvermögen der Stadt Koblenz.

**G.2.4. Liquide Mittel**

Die liquiden Mittel entwickelten sich wie folgt:

Nr.	Bezeichnung Konto	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	Sparkasse Koblenz	10.985.200,00 €	1.211.687,85 €	-9.773.512,15 €
2.	Volksbank Koblenz Mittelrhein	25.819,35 €	102.793,17 €	76.973,82 €
3.	Deutsche Bank Koblenz	48.092,55 €	44.826,08 €	-3.266,47 €
4.	Landesbank Baden-Württemberg	663,05 €	728,67 €	65,62 €
5.	Commerzbank Koblenz	6.771,27 €	847,96 €	-5.923,31 €
6.	SEB-Bank Koblenz	511,76 €	1.533,58 €	1.021,82 €
7.	HypoVereinsbank Koblenz	797,86 €	1.425,92 €	628,06 €
8.	Postbank Köln	128.048,89 €	155.618,31 €	27.569,42 €
9.	Barkasse	3.536,06 €	881,81 €	-2.654,25 €
10.	Diverse Handkassen der Ämter	35.828,43 €	37.275,00 €	1.446,57 €
Gesamt		11.235.269,22 €	1.557.618,35 €	-9.677.650,87 €

Die liquiden Mittel wurden zum Nennwert angesetzt.

Der Stand der Barkassen stimmt mit dem Stand des Kassenbuchs zum Bilanzstichtag überein. Die Kontokorrentguthaben sind durch Tagesauszüge zum Bilanzstichtag nachgewiesen. Die Sparguthaben stimmen mit dem Ausweis im Sparbuch zum Bilanzstichtag überein. Der in der Bilanz ausgewiesene Bestand der liquiden Mittel stimmt mit dem entsprechenden Bestand im Tagesabschluss der Stadtkasse zum Bilanzstichtag überein.

Der Hohe Bestand in 2014 begründete sich aus zwei Gutschriften der Landesoberkasse für den Gemeindeanteil in Höhe von insgesamt 8,65 Mio. € mit Valuta zum 30.12.14. Da dies erst am 4.1.2015 ersichtlich war, führten diese Zahlungen nicht mehr am letzten Banktag 2014 zur Rückzahlung von Kassenkrediten, sondern erst am 4. Januar 2015.



## G.4. Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten setzt sich aus folgenden Einzelposten zusammen:

Nr.	Bezeichnung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens	Bestand 31.12.
1.	Zuführung ARAP Instandhaltung EB 70	1.452.000,00 €
2.	Monatszahlung SGB XII	2.112.777,15 €
3.	Monatszahlung Heimpflegekosten	113.077,62 €
4.	Versorgungsbezüge Jan. 2016 RVK	659.460,00 €
5.	Monatszahlung UHV	116.490,00 €
6.	Monatszahlung WJH	93.356,68 €
7.	Abbuchung BA-Leistungsbet. Unterkunft/Heizung SGB II Jan. 16	1.502.736,09 €
8.	Versicherungen	7.246,74 €
9.	Zahlungen Ratsmitglieder Session	17.776,26 €
10.	Maschinelle Buchungen von aktiven Rechnungsabgrenzungsposten	61.720,27 €
11.	Restliche	3.036,31 €
Gesamt		6.139.677,12 €

Diese Posten wurden durch Abfragen bei den einzelnen Ämtern ermittelt. Die jeweiligen Abgrenzungen wurden durch entsprechende Unterlagen belegt. Die Bewertung erfolgte mit dem Nominalwert der Ausgaben des Haushaltsjahres oder der Haushaltsvorjahre, die Haushaltsfolgejahre betreffen.

Grund für den Anstieg ist hauptsächlich die Zahlung an die Bundesanstalt für Arbeit aufgrund der Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung aus dem SGB II (1,5 Mio. €). Auch die abgearbeiteten Maßnahmen der Straßenunterhaltung des Eigenbetriebs Kommunalen Servicebetrieb (1,4 Mio €) sind wie im Vorjahr in dieser Position enthalten.

## Passiva

### G.1. Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich wie folgt:

Nr.	Bezeichnung	2012	2013	2014	2015
1.	Kapitalrücklage	600.785.311,08 €	629.905.035,66 €	633.865.516,81 €	595.079.120,35 €
1a.	Korr. Eröffnungsbilanz	29.119.724,58 €	3.960.481,15 €	0,00 €	0,00 €
2.	Sonstige Rücklagen	0,00 €	0,00 €	16.028,20 €	16.028,20 €
3.	Ergebnisvortrag				
	2009	-51.796.625,77 €	-51.796.625,77 €	-51.796.625,77 €	-51.796.625,77 €
	Verr. Jahresüberschuss 2013			13.010.229,31 €	13.010.229,31 €
	Umbuchung Rest in die KapRL				-38.786.396,46 €
	2009			-38.786.396,46 €	0,00 €
	2010	-28.029.205,74 €	-28.029.205,74 €	-28.029.205,74 €	-28.029.205,74 €
	2011	-15.493.505,09 €	-15.493.505,09 €	-15.493.505,09 €	-15.493.505,09 €
	2012		-8.770.092,81 €	-8.770.092,81 €	-8.770.092,81 €
	2013			0,00 €	0,00 €
	2014				-12.289.666,20 €
4.	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-8.770.092,81 €	13.010.229,31 €	-12.289.666,20 €	7.526.342,89 €
Summe		525.815.606,25 €	542.786.316,71 €	530.512.678,71 €	538.039.021,60 €

Das Eigenkapital wurde zum Nennwert angesetzt.

### G.1.1. Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage hat sich durch den Übergangsgewinn im Rahmen der Eröffnungsbilanz aus der Überleitung der kameralen Rechnungslegung zur Doppik ergeben.

#### G.1.1a. Korrekturen zur Eröffnungsbilanz

Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses wurden Fehler bei der Aufstellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 entdeckt. Diese wurden entsprechend der in § 14 Abs. 4 KomDoppikLG angezeigten Vorschrift gegen das Eigenkapital bis zum Jahresabschluss 2013 bereinigt. Alle weiteren Korrekturen die sich in diesem Zusammenhang ab dem Jahresabschluss 2014 ergeben, werden über periodenfremden Ertrag oder periodenfremden Aufwand im jeweiligen Haushaltsjahr ausgewiesen.

### G.1.2 Sonstige Rücklagen

Erhaltene Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, deren ertragswirksame Auflösung durch den Zuwendungsgeber ausgeschlossen wurde, sind gem. § 38 Abs. 3 GemHVO in einer zweckgebundenen Rücklage auf der Passivseite auszuweisen.

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Sonstige Rücklagen	16.028,20 €	16.028,20 €	- €
	<b>16.028,20 €</b>	<b>16.028,20 €</b>	<b>- €</b>

### G.1.3 Ergebnisvortrag

Der Ergebnisvortrag hat sich um den Jahresverlust 2009 verringert. Dieser Jahresverlust von 2009 (-38,7 Mio €) konnte nicht in den letzten 5 Jahren mit den Jahresüberschüssen ausgeglichen werden. Nach § 18 Abs. 4 Nr. 3 GemHVO wurde der Jahresfehlbetrag mit der Kapitalrücklage verrechnet. Gleichzeitig ist der Jahresfehlbetrag von 2014 (12,2 Mio €) vorgetragen worden.

### G.1.4 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag

Der Jahresüberschuss für das Jahr 2015 beträgt 7.526.342,89 €, was im Vergleich zum Jahresfehlbetrag des Vorjahres (-12.289.666,20€) eine Ergebnisverbesserung um - 19,8 Mio. € bedeutet. Der Jahresüberschuss wird im nächsten Berichtsjahr für den Ausgleich der noch vorhandenen Jahresfehlbeträge (- 64,5 Mio €) verwendet.

## G.2. Sonderposten

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
SoPo zu Belastungen aus dem kom. Finanzausgleich	0,00 €	0,00 €	0,00 €
SoPo zum Anlagevermögen	214.805.882,47 €	214.384.614,64 €	-421.267,83 €
SoPo für Gebührenaussgleich	54.854,96 €	56.676,83 €	1.821,87 €
SoPo mit Rücklageanteil	1.212.813,56 €	427.688,98 €	-785.124,58 €
SoPo aus Grabnutzungsentgelten	0,00 €	0,00 €	0,00 €
SoPo aus Anzahlungen für Grabnutz.	0,00 €	0,00 €	0,00 €
sonstige Sonderposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	<b>216.073.550,99 €</b>	<b>214.868.980,45 €</b>	<b>-1.204.570,54 €</b>



## G.2.2. Sonderposten zum Anlagevermögen

Die Sonderposten zum Anlagevermögen entwickelten sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Aus Zuwendungen	131.399.487,52 €	136.536.554,79 €	5.137.067,27 €
Aus Beiträgen	21.675.022,67 €	25.264.722,21 €	3.589.699,54 €
Aus Anzahlungen	61.731.372,28 €	52.583.337,64 €	- 9.148.034,64 €
	<b>214.805.882,47 €</b>	<b>214.384.614,64 €</b>	<b>- 421.267,83 €</b>

Die Sonderposten zum Anlagevermögen wurden mit den ursprünglichen Zuführungsbeträgen abzüglich der bis zum Bilanzstichtag vorzunehmenden Auflösungen angesetzt. Die Auflösung der Sonderposten erfolgte ertragswirksam entsprechend der Abschreibung der bezuschussten Vermögensgegenstände.

### G.2.2.1. Zuwendungen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Aus Zuwendungen	131.399.487,52 €	136.536.554,79 €	5.137.067,27 €

Die Stadt hat im Haushaltsjahr Zuwendungen erhalten, die nach § 38 Abs. 2 GemHVO in den Sonderposten einzustellen waren. Der Nachweis der Zuwendungen erfolgte durch die entsprechenden Fachämter.

Die Erhöhung ist durch weitere Abrechnungen von Baumaßnahmen entstanden. Im Berichtsjahr 2015 allein 5 Mio. € für die Zuwendungen im Rahmen der Abwicklung Bundesgartenschau 2011 entstanden.

### G.2.2.2. Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Aus Beiträgen	21.675.022,67 €	25.264.722,21 €	3.589.699,54 €

Beiträge und ähnliche Entgelte fallen bei der Stadt Koblenz im Bereich der Erschließungs- und Ausbaubeiträge sowie der Ausgleichsbeträge an. Diese Werte wurden vom zuständigen Fachamt ermittelt und den einzelnen Vermögensgegenständen des Infrastrukturvermögens zugeordnet. Die Sonderposten wurden somit auf den Bilanzstichtag fortgeschrieben.

Bei Vermögensgegenständen, die mit einem Festwert angesetzt sind, werden die Sonderposten analog zu den Vermögensgegenständen mit 50% angesetzt.

Die Minderung ist durch die planmäßige Ertragsauflösung begründet analog der Abschreibung des dazugehörigen Anlagevermögens.

### G.2.2.3. Sonderposten aus Anzahlungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Aus Anzahlungen	61.731.372,28 €	52.583.337,64 €	-9.148.034,64 €

Aufgrund der gültigen Erschließungs- und Ausbaubeitragssatzung hat die Stadt für verschiedene im Bau befindliche Maßnahmen bereits Vorausleistungen auf noch abzurechnende Maßnahmen erhoben. In diesem Posten sind sämtliche Beiträge für Maßnahmen dargestellt, die noch nicht abschließend abgerechnet sind. Teilweise handelt es sich bei den Werten neben den noch im Bau befindlichen Maßnahmen um bereits bautechnisch abgeschlossene, jedoch aufgrund von anhängigen Gerichtsverfahren beitragsrechtlich noch nicht endabgerechnete Maßnahmen. Aufgrund der Vielzahl der in Koblenz anhängigen Rechtsverfahren sowie aufgrund der ebenfalls großen Anzahl der wertmäßig jeweils anzu-

passenden Vermögensgegenstände, werden diese Maßnahmen erst nach Beendigung der anhängigen Verfahren und Endabrechnungen auf den eigentlichen Sonderposten umgebucht und aufgelöst. Der verspäteten Abrechnung wird durch eine Verkürzung der Auflösungsdauer Rechnung getragen.

Analog dazu wurde mit Zuweisungen des Landes Rheinland-Pfalz verfahren, die für entsprechende noch nicht abgeschlossene Baumaßnahmen gewährt wurden.

Die Veränderung der Position ergibt sich überwiegend aus den abgerechneten Zuwendungen sowie durch Mittelabrufe erhaltene Zahlungen. Die wesentlichen Bestände dieser Position sind die Förderungen des Landes aus den Maßnahmen der Vorlandbrücke Europabrücke, Hochwasserschutz und noch nicht fertig abgerechnete Sachverhalte im Rahmen der Bundesgartenschau.

### G.2.3. Sonderposten für den Gebührenaussgleich

Der Sonderposten für den Gebührenaussgleich entwickelte sich wie folgt:

Nr	Bezeichnung	Stand 01.01.	Zuführung	Auflösung	Bestand
1.	Rücklage KSI	54.854,96 €	1.821,87 €	0,00 €	56.676,83 €

Bei der Position handelt es sich um Rücklagen, die im Rahmen der zentralen Aufgabe zum Betrieb des kommunalen Studieninstitutes im Laufe der Jahre gebildet wurden. Der Anteil wurde bewusst als Sonderposten dargestellt, da es sich nicht um Eigenvermögen der Stadt Koblenz handelt. Die Zuführung beruht auf einem positiven Ergebnis des Berichtsjahres.

Weitere Sachverhalte wurden auf die Eigenbetriebe ausgegliedert und sind in deren Bilanzen abgebildet.

### G.2.4. Sonderposten mit Rücklagenanteil

Nr	Bezeichnung	Stand 01.01.	Auflösung	Bestand
1.	Rücklage Stadtbad	1.212.813,56 €	-785.124,58 €	427.688,98 €

Der Sonderposten mit Rücklagenanteil enthält den Gewinn aus dem Verkauf des Stadtbades für den Betrieb gewerblicher Art (BgA) „Städtische Bäder“ aus 2014. Der BgA ist gemeinnützig. Gemäß § 55 Abs. 1 Nr. 5 AO dürfen die Gewinne eines gemeinnützigen BgA nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Der Gewinn stellt eine Betriebsmittelrücklage dar und wird in der Kommunalbilanz nach § 42 GemHVO als Sonderposten mit Rücklagenanteil ausgewiesen, der in den Folgejahren in Höhe der entstehenden Verluste des BgAs aufgelöst wird. Der Verlust des BgAs in 2015 betrug im Berichtsjahr T € 785.

### G.2.5. Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten

Die Grabnutzungsentgelte sind auf den Eigenbetrieb 67/ Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen der Stadt ausgelagert und werden dort bilanziert. Daher trifft dieser Sachverhalt nicht auf die Stadt Koblenz zu.

### G.2.6. Sonderposten aus Anzahlungen für Grabnutzungsentgelte

Grabnutzungsentgelte sind auf den Eigenbetrieb 67/ Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen der Stadt ausgelagert und werden dort bilanziert. Daher trifft dieser Sachverhalt nicht auf die Stadt Koblenz zu.



## G.3. Rückstellungen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Rückstellungen für Pensionen u.ä.	151.752.030,49 €	153.813.754,87 €	2.061.724,38 €
Steuerrückstellungen	11.903.761,62 €	1.265.110,62 €	-10.638.651,00 €
Rückstellungen für latente Steuern	0,00 €	0,00 €	0,00 €
sonstige Rückstellungen	14.136.715,56 €	13.388.431,86 €	-748.283,70 €
	<b>177.792.507,67 €</b>	<b>168.467.297,35 €</b>	<b>-9.325.210,32 €</b>

### G.3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen entwickelten sich wie folgt:

Nr.	Art der Rückstellung	Stand 01.01.	Zuführung	Auflösung	Bestand
1.	Pensionsrückstellungen	129.682.785,06 €	1.730.313,26 €	0,00 €	131.413.098,32 €
2.	Beihilferückstellungen	21.506.391,43 €	348.231,12 €	0,00 €	21.854.622,55 €
3.	Ehrensold	233.058,00 €	973,00 €	0,00 €	234.031,00 €
4.	Dienstherrenwechsel §107 BeamtVG	329.796,00 €	0,00 €	-17.793,00 €	312.003,00 €
<b>Gesamt</b>		<b>151.752.030,49 €</b>	<b>2.079.517,38 €</b>	<b>-17.793,00 €</b>	<b>153.813.754,87 €</b>

Rückstellungen für Pensionen wurden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen zum Teilwert nach § 6a Abs. 3 EStG bilanziert. Dabei wurden ein Rechnungszinssatz von 6% und die aktuellen biometrischen Tabellen nach Heubeck zugrunde gelegt. Die Berechnung wurde von der Pensionskasse RZVK für die Stadt durchgeführt. In den Rückstellungen der Stadt Koblenz wurden auf Grund der Dienstherreneigenschaft auch die Rückstellungen der in den Eigenbetrieben eingesetzten Beamten ausgewiesen, mit Ausnahme derjenigen des EB 85/ Eigenbetrieb Stadtentwässerung, der die auf ihn entfallenden Beträge selbst bilanziert.

Der Ermittlung der Rückstellungen für Beihilfen wurden die landeseinheitlich vorgegebenen Werte, die sich aus einem prozentualen Zuschlag auf die Veränderung der Pensionsrückstellungen errechnen, zugrunde gelegt. Der Zuschlag ermittelte sich auf der Basis aktueller Werte der Stadt Koblenz der letzten drei Jahre vor dem Bilanzstichtag.

Die Rückstellungen für Ehrensold wurden mit dem Barwert angesetzt. Zur Ermittlung der Rückstellungen wurden die anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik zugrunde gelegt. Dabei wurden ein Rechnungszinssatz von 6% und die aktuellen biometrischen Tabellen nach Heubeck angewendet.

Die Rückstellungen für Verbindlichkeiten aus Dienstherrenwechsel nach §107 BeamtVG wurden auf Grund der durch Gutachten der Rheinischen Versorgungskasse ermittelten Werte gebildet.

### G.3.2 Rückstellungen für Steuern

Die Abnahme der Steuerrückstellung begründet sich vor allem durch die Inanspruchnahme der Kapitalertragssteuer im Rahmen einer Betriebsprüfung.

Bei dem verbleibenden Betrag der Rückstellung handelt es sich um die für diesen Sachverhalt nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung verbleibende voraussichtliche Verpflichtung.

### G.3.3 Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen entwickeln sich wie folgt:

Nr.	Art der Rückstellung	Stand 01.01.	Zuführung	Inanspruchn.	Auflösung	Bestand
1.	Rückstellung für Instandhaltungen	1.757.107,39 €	1.095.626,67 €	-944.447,29 €	-20.000,00 €	1.888.286,77 €
2.	Rückstellung ausstehende Rechnungen	6.338.712,35 €	1.824.784,58 €	-2.639.553,93 €	-95.867,18 €	5.428.075,82 €
3.	Rückstellungen für Dienstjubiläen	119.717,40 €	0,00 €	0,00 €	-31.172,00 €	88.545,40 €
4.	Altersteilzeitrückstellungen	178.284,86 €	67.315,82 €	0,00 €	-66.751,03 €	178.849,65 €
5.	Urlaubsrückstellungen Beamte	825.295,12 €	61.659,15 €	-41.017,91 €	0,00 €	845.936,36 €
6.	Urlaubsrückstellungen Angestellte	1.274.111,71 €	154.028,98 €	-115.212,01 €	0,00 €	1.312.928,68 €
7.	Überstundenrückstellungen Beamte	988.926,30 €	132.819,25 €	-53.726,71 €	0,00 €	1.068.018,84 €
8.	Überstundenrückstellungen Angestellte	1.040.220,64 €	76.837,43 €	-137.251,01 €	0,00 €	979.807,06 €
9.	Prozesskostenrückstellung	562.712,60 €	43.000,00 €	-2.115,40 €	-41.868,80 €	561.728,40 €
10.	Geschäftsunterlagen	909.004,19 €	0,00 €	0,00 €	-30.870,31 €	878.133,88 €
11.	Interne Jahresabschlusskosten	142.623,00 €	15.498,00 €	0,00 €	0,00 €	158.121,00 €
<b>Summe</b>		<b>14.136.715,56 €</b>	<b>3.471.569,88 €</b>	<b>-3.933.324,26 €</b>	<b>-286.529,32 €</b>	<b>13.388.431,86 €</b>

Die Rückstellungen sind insgesamt in Höhe der erwarteten Inanspruchnahme angesetzt.

Im Jahr 2015 entwickelten sich die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung wie folgt:

Nr.	Art der Rückstellung	Stand 01.01.	Zuführung	Inanspruchn.	Auflösung	Bestand
1.	Sanierung Elektroleitungen	318.258,46 €	0,00 €	-218.507,63 €	0,00 €	99.750,83 €
2.	Energiersparende Maßnahmen Rathaus I	11.773,56 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	11.773,56 €
3.	Erneuerung Bodenbeläge Rathaus I	11.145,48 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	11.145,48 €
4.	Wasserschaden BBS Wirtschaft	319.809,70 €	0,00 €	-32.096,64 €	0,00 €	287.713,06 €
5.	Mauersanierung Trenn-/Stützwand Garten Herlet	20.000,00 €	0,00 €	0,00 €	-20.000,00 €	0,00 €
6.	Instandhaltungsmaßnahme Forstbetriebshof	18.919,76 €	0,00 €	-18.758,20 €	0,00 €	161,56 €
7.	Instandsetzung Übergangskonstruktion Achse 33	24.159,78 €	0,00 €	-24.159,78 €	0,00 €	0,00 €
8.	Erneuerung Straßenabläufe durch EB 85	0,00 €	490.000,00 €	0,00 €	0,00 €	490.000,00 €
9.	Fußgängerunterführung Schlachthofstraße	150.583,50 €	0,00 €	-68.544,12 €	0,00 €	82.039,38 €
10.	Ertüchtigung Brücke Mainzer Str.	482.457,15 €	0,00 €	-426.754,25 €	0,00 €	55.702,90 €
11.	Instandsetzung STW Kolonnenweg	400.000,00 €	605.626,67 €	-155.626,67 €	0,00 €	850.000,00 €
	Summe	1.757.107,39 €	1.095.626,67 €	-944.447,29 €	-20.000,00 €	1.888.286,77 €

Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen wurden nur für solche Sachverhalte gebildet, für die die Abarbeitung in der in § 36 Abs. 1 Nr. 5 GemHVO genannten Frist hinreichend beabsichtigt ist.

Rückstellungen für ausstehende Rechnungen wurden aufgrund der Meldungen der Fachämter ermittelt und werden in separaten Bestandslisten nachgewiesen.

Die Rückstellung für Dienstjubiläen wurde auf Grund der Meldung des Fachamtes berücksichtigt. Die Stadt Koblenz hat für alle tarifvertraglich Beschäftigten eine Rückstellung für Zuwendungen anlässlich eines Dienstjubiläums zu bilden. Als Grundlage dienten die dem Fachamt vorliegenden Mitarbeiterlisten. Berechnet wurde die Rückstellung nach den vom Bundesministerium für Finanzen im Rundschreiben vom 08. Dez. 2008 an die obersten Finanzbehörden der Länder verfügbaren Vorgaben. Bei der Bewertung der Rückstellung wurde von dem zugebilligten Wahlrecht Gebrauch gemacht und das Pauschalwertverfahren (Ziffer 10) gewählt. Die Höhe des Teilwertes nach dem Pauschalwertverfahren wurde entsprechend der Richtlinientafel „G“ von Prof. Klaus Heubeck mit einem Richtzinsfuß von 5,5 % richtig festgesetzt.

Die Rückstellungen für Altersteilzeit berücksichtigen sowohl den Erfüllungsrückstand als auch die Verpflichtung zur Zahlung von Aufstockungsbeträgen.

Die Urlaubsrückstellungen der Beamten und Angestellten wurden auf Grund der im Fachamt durchgeführten Berechnungen eingestellt. Als Grundlage dienten die geführten Urlaublisten. Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten wurden anteilig Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt. Die Überstunden der Beamten und Angestellten wurden auf Grund der im Fachamt durchgeführten Berechnungen eingestellt. Als Grundlage dienten die geführten Überstundenlisten. Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten wurden anteilig Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt.



Prozesskostenrückstellungen wurden auf Grund der Meldungen der jeweiligen Fachämter gebildet. Zu Grunde liegen die geschätzten zukünftig zu erwartenden Prozesskosten

Auf Grund der Verpflichtung zur Aufbewahrung der Geschäftsunterlagen, die das Handelsgesetzbuch (HGB) und die Abgabenordnung (AO) regeln, wurde eine Rückstellung gebildet. Nach dem Gesetz sind Geschäftsunterlagen nach Ablauf des Jahres der Erstellung für 6 bzw. 10 Jahre aufzubewahren. Zur Berechnung dieser Bilanzposition wurde der Gesamtbestand der städtischen Archive quadratmetergenau ermittelt und die Mietaufwendungen bzw. die anteilige Gebäudeabschreibung sowie die anteiligen Gemeinkosten (Strom, Wasser, Reinigung etc.) einbezogen. Es wurde pauschal ein Betrag von 20 % für nicht archivierungspflichtige Unterlagen abgezogen.

## G.4. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden zum Rückzahlungsbetrag angesetzt. Ein Verbindlichkeitsspiegel ist der Anlage beigefügt.

Die Verbindlichkeiten entwickelten sich wie folgt:

Art der Verbindlichkeit	HH-VJ	HH	Entwicklung
Anleihen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme	405.472.263,01 €	384.164.367,63 €	-21.307.895,38 €
Verbindlichkeiten, die Krediten gleichkommen	3.256.319,80 €	3.175.650,12 €	-80.669,68 €
erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	5.624.078,32 €	4.692.502,62 €	-931.575,70 €
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	25,76 €	0,00 €	-25,76 €
Verbindlichkeiten ggü. verb. Untern.	18.361.169,78 €	36.492.949,74 €	18.131.779,96 €
Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	20.819,25 €	143.912,81 €	123.093,56 €
Verbindlichkeiten ggü. Sondervermögen etc.	41.977.453,78 €	46.911.948,81 €	4.934.495,03 €
Verbindlichkeiten ggü. dem sonstigen öffentlichen Bereich	2.939.403,47 €	952.919,63 €	-1.986.483,84 €
sonstige Verbindlichkeiten	2.744.338,78 €	4.216.113,46 €	1.471.774,68 €
<b>Gesamt</b>	<b>480.395.871,95 €</b>	<b>480.750.364,82 €</b>	<b>354.492,87 €</b>

Im Folgenden werden einzelne Positionen näher erläutert.

### G.4.1. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen entwickelten sich wie folgt:

Nr	Institut	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	Abgrenzung Zinsaufwand lt. Berechnung	4.309.664,06 €	4.053.401,77 €	-256.262,29 €
2.	Land Rheinland-Pfalz	1.117.185,96 €	0,00 €	-1.117.185,96 €
3.	Dt. Genossenschafts-Hypobank	5.027.703,95 €	4.849.319,24 €	-178.384,71 €
4.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	3.401.237,70 €	3.289.309,35 €	-111.928,35 €
5.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	1.260.984,52 €	1.161.728,43 €	-99.256,09 €
6.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	2.759.618,20 €	2.626.778,51 €	-132.839,69 €
7.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	1.500.934,46 €	1.430.556,99 €	-70.377,47 €
8.	Dexia Kommunalbank Deutschland AG	2.123.970,80 €	1.789.177,05 €	-334.793,75 €
9.	Commerzbank AG	2.074.483,47 €	1.615.549,12 €	-458.934,35 €
10.	Dt. Genossenschafts-Hypobank	1.653.483,55 €	1.369.773,25 €	-283.710,30 €
11.	Dt. Genossenschafts-Hypobank	691.845,51 €	370.376,98 €	-321.468,53 €
12.	Dt. Genossenschafts-Hypobank	610.641,27 €	537.559,60 €	-73.081,67 €
13.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	592.830,60 €	397.963,28 €	-194.867,32 €
14.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	4.339.193,73 €	4.266.819,56 €	-72.374,17 €
15.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	1.151.586,54 €	1.076.280,32 €	-75.306,22 €
16.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	2.519.160,80 €	2.325.447,67 €	-193.713,13 €
17.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	2.680.758,78 €	2.539.882,89 €	-140.875,89 €
18.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	2.774.298,90 €	2.677.053,17 €	-97.245,73 €
19.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	2.032.756,16 €	1.962.040,47 €	-70.715,69 €
20.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	860.383,66 €	762.460,94 €	-97.922,72 €
21.	HypoVereinsbank - UniCredit Bank AG	1.600.837,82 €	1.561.084,01 €	-39.753,81 €
22.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	3.268.770,25 €	3.139.449,03 €	-129.321,22 €
23.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	1.260.280,73 €	1.181.702,43 €	-78.578,30 €
24.	Dexia Kommunalbank Deutschland AG	1.360.000,00 €	1.260.000,00 €	-100.000,00 €
25.	Dexia Kommunalbank Deutschland AG	2.160.000,00 €	1.960.000,00 €	-200.000,00 €
26.	HypoVereinsbank - UniCredit Bank AG	3.381.000,00 €	3.221.000,00 €	-160.000,00 €
27.	Sparkasse Koblenz	2.772.170,77 €	2.604.890,04 €	-167.280,73 €
28.	Sparkasse Koblenz	3.820.399,80 €	3.721.102,49 €	-99.297,31 €
29.	Landesbank Hessen-Thüringen	5.739.355,94 €	5.084.117,63 €	-655.238,31 €
30.	Norddeutsche Landesbank	3.702.952,39 €	2.865.206,29 €	-837.746,10 €
31.	Norddeutsche Landesbank	6.008.507,02 €	5.712.697,29 €	-295.809,73 €
32.	Norddeutsche Landesbank	1.977.659,43 €	1.548.941,66 €	-428.717,77 €
33.	Norddeutsche Landesbank	2.973.162,40 €	2.489.627,81 €	-483.534,59 €
34.	Norddeutsche Landesbank	1.079.289,91 €	996.177,71 €	-83.112,20 €
35.	NRW-Bank	5.773.103,94 €	5.691.997,54 €	-81.106,40 €
36.	NRW-Bank	1.567.654,35 €	1.520.868,69 €	-46.785,66 €
37.	NRW-Bank	634.984,62 €	586.138,86 €	-48.845,76 €
38.	Norddeutsche Landesbank	2.333.507,27 €	2.301.581,17 €	-31.926,10 €
39.	Norddeutsche Landesbank	1.447.017,65 €	1.364.750,86 €	-82.266,79 €
40.	Norddeutsche Landesbank	1.684.254,61 €	1.599.110,72 €	-85.143,89 €
41.	Norddeutsche Landesbank	10.300.000,00 €	9.900.000,00 €	-400.000,00 €
42.	Norddeutsche Landesbank	8.509.516,61 €	8.179.049,93 €	-330.466,68 €
43.	Norddeutsche Landesbank	8.583.333,39 €	8.250.000,07 €	-333.333,32 €
44.	Bayerische Landesbank München	17.333.333,28 €	16.666.666,60 €	-666.666,68 €
45.	NRW-Bank	18.550.000,00 €	17.850.000,00 €	-700.000,00 €
46.	Landesbank Baden-Württemberg	8.025.000,00 €	7.725.000,00 €	-300.000,00 €
47.	Bayerische Landesbank München	2.484.053,87 €	2.342.053,87 €	-142.000,00 €
48.	Landesbank Baden-Württemberg	3.992.715,55 €	3.911.652,54 €	-81.063,01 €
49.	Bayerische Landesbank München	5.041.087,09 €	4.733.733,67 €	-307.353,42 €
50.	Landesbank Baden-Württemberg	1.631.533,23 €	1.566.445,43 €	-65.087,80 €



Nr	Institut	HH-VJ	HH	Entwicklung
51.	Bayerische Landesbank München	8.642.805,86 €	7.958.097,33 €	-684.708,53 €
52.	Landesbank Baden-Württemberg	46.854.240,05 €	45.955.715,00 €	-898.525,05 €
53.	Landesbank Baden-Württemberg	965.000,00 €	810.000,00 €	-155.000,00 €
54.	NRW-Bank	2.940.000,00 €	2.780.000,00 €	-160.000,00 €
55.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	519.877,10 €	478.285,56 €	-41.591,54 €
56.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	1.299.795,87 €	1.206.951,39 €	-92.844,48 €
57.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	1.035.619,54 €	966.576,72 €	-69.042,82 €
58.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	1.515.491,75 €	1.420.771,87 €	-94.719,88 €
59.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	2.761.418,00 €	2.612.150,00 €	-149.268,00 €
60.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	2.645.560,00 €	2.506.320,00 €	-139.240,00 €
61.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	2.400.000,00 €	2.280.000,00 €	-120.000,00 €
62.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	3.654.000,00 €	3.480.000,00 €	-174.000,00 €
63.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	7.437.760,00 €	7.099.680,00 €	-338.080,00 €
64.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	4.588.232,00 €	4.235.290,00 €	-352.942,00 €
65.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	4.617.600,00 €	4.425.200,00 €	-192.400,00 €
66.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	8.100.000,00 €	7.800.000,00 €	-300.000,00 €
67.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	657.300,00 €	657.300,00 €	0,00 €
68.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	451.800,00 €	451.800,00 €	0,00 €
69.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	759.800,00 €	759.800,00 €	0,00 €
70.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	800.400,00 €	800.400,00 €	0,00 €
71.	Debeka Lebensversicherung	7.436.401,44 €	7.203.741,74 €	-232.659,70 €
72.	Debeka Lebensversicherung	3.210.913,56 €	3.113.062,54 €	-97.851,02 €
73.	Volkswohl BUND Lebensversicherung	13.200.000,00 €	12.760.000,00 €	-440.000,00 €
74.	AXA Lebensversicherung AG	2.500.000,00 €	2.416.666,67 €	-83.333,33 €
75.	AXA Lebensversicherung AG (ehe. DBV)	2.000.000,00 €	1.933.333,33 €	-66.666,67 €
76.	Pro bAV Pensionskasse AG	500.000,00 €	483.333,33 €	-16.666,67 €
77.	Pro bAV Pensionskasse AG (ehe. winsecura)	500.000,00 €	483.333,33 €	-16.666,67 €
78.	AXA Versicherung AG	2.000.000,00 €	1.933.333,33 €	-66.666,67 €
79.	AXA Krankenversicherung AG	2.000.000,00 €	1.933.333,33 €	-66.666,67 €
80.	Deutsche Ärzteversicherung AG	500.000,00 €	483.333,33 €	-16.666,67 €
	<b>Summe</b>	<b>318.972.219,71 €</b>	<b>302.064.333,73 €</b>	<b>-16.907.885,98 €</b>

Die Darlehensbestände wurden durch Darlehensauszüge nachgewiesen. Die auf das Berichtsjahr 2015 entfallenden Zinsen, welche erst im Haushaltsjahr 2016 zahlungswirksam werden, wurden abgegrenzt und auf Grund des Wahlrechts offen in der Bilanzposition ausgewiesen. In 2015 wurden keine neuen Investitionskredite aufgenommen und der Abbau besteht ausschließlich aus planmäßigen Tilgungsleistungen.

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Liquiditätssicherung entwickelten sich wie folgt:

Nr.	Institut	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	Sparkasse Koblenz - Konto 885	43,30 €	33,90 €	-9,40 €
2.	Sparkasse Koblenz - Tagesgeldkonto 1007913	18.500.000,00 €	19.100.000,00 €	600.000,00 €
3.	ING Diba - Tages-/Termingeld	58.000.000,00 €	33.000.000,00 €	-25.000.000,00 €
4.	Saar LB	0,00 €	20.000.000,00 €	20.000.000,00 €
5.	Sonstige Banken	10.000.000,00 €	10.000.000,00 €	0,00 €
Gesamt		86.500.043,30 €	82.100.033,90 €	-4.400.009,40 €

Die Darlehensbestände wurden durch Darlehensauszüge nachgewiesen.



#### G.4.3. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen

Die Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen entwickelten sich wie folgt:

Nr.	Sachverhalt	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	für Grundschule Niederberg	700.469,80 €	680.018,12 €	-20.451,68 €
2.	für Mensaneubau Asterstein	249.520,00 €	243.282,00 €	-6.238,00 €
3.	für Speisesaal Diesterwegschule/ St. Castor	531.480,00 €	519.120,00 €	-12.360,00 €
4.	Mensa Anbau Max-von-Laue Gymnasium	1.258.850,00 €	1.229.230,00 €	-29.620,00 €
5.	Jugend- und Bürgerzentrum Koblenz-Karthause	516.000,00 €	504.000,00 €	-12.000,00 €
Gesamt		3.256.319,80 €	3.175.650,12 €	-80.669,68 €

Die Verbindlichkeit wurde im Rahmen der in § 103 GemO i. V. m. § 47 Abs. 6 Nr. 4.3 GemHVO genannten Vorschrift gebildet. Hierbei handelt es sich um Darlehen der Koblenzer Wohnungsbau GmbH. Auf Grund der Bilanzklarheit wurde der Posten in die Eröffnungsbilanz der Bilanz der Stadt Koblenz übernommen, da die Darlehen zu 100% durch die Stadt Koblenz refinanziert werden. Die Darlehen dienen weitestgehend der Absicherung von Investitionen auf dem Schulsektor. Vergleiche zu dem Sachverhalt auch Mutius/Rentsch, Kommunalverfassungsrecht Schleswig-Holstein, Kiel 2003, Erl. 17 zu § 85 Go SchlH. Die Darlehensbestände werden analog zur entsprechenden Tilgung ertragswirksam aufgelöst.

#### G.4.5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen entwickelten sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	5.624.078,32 €	4.692.502,62 €	-931.575,70 €

Die Verbindlichkeiten wurden im Rahmen der Kreditorenbuchhaltung fortgeschrieben und durch Offene-Posten-Listen nachgewiesen. Die Vollständigkeit wurde von den Fachämtern im Rahmen der Vollständigkeitserklärungen bestätigt.

#### G.4.7. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen entwickelten sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	18.361.169,78 €	36.492.949,74 €	18.131.779,96 €

Die Veränderung ergibt sich im Wesentlichen durch die Bilanzierung des Sanierungsvertrages mit der Koblenzer Wohnungsbau GmbH, so dass sich in den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen nunmehr die nachträglich berechneten Fremdfinanzierungskosten und die tatsächlichen Spitzabrechnungen der Jahresprogramme 2005 bis 2012 befinden.

#### G.4.8. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	20.819,25 €	143.912,81 €	123.093,56 €



Die Abweichung ist durch die Umlage des Jahres 2015 an den Abfallzweckverband Rhein-Mosel-Eifel zustande gekommen. Diese wurde in diesem Jahr erst 2016 beglichen.

#### G.4.9. Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähigen kommunalen Stiftungen

Die Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähigen kommunalen Stiftungen entwickelten sich wie folgt:

<b>Liquiditätskredite</b>				
<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>HH-VJ</b>	<b>HH</b>	<b>Entwicklung</b>
1	EB 17 Kommunales Gebietsrechenzentrum	2.238.858,79 €	1.925.225,48 €	-313.633,31 €
2	EB 67 Grünflächen-und Bestattungswesen	0,00 €	1.140.176,33 €	1.140.176,33 €
3	EB 70 Koblenzer Entsorgungsbetrieb	0,00 €	3.799.997,77 €	3.799.997,77 €
4	EB 83 Koblenz Touristik	0,00 €	2.230.441,96 €	2.230.441,96 €
5	EB 85 Stadtentwässerung Koblenz	37.233.230,59 €	37.607.162,50 €	373.931,91 €
6	Jagdgenossenschaft links der Mosel	17.503,22 €	23.944,00 €	6.440,78 €
7	Jagdgenossenschaft rechts des Rheins	36.378,67 €	39.764,00 €	3.385,33 €
<b>Summe</b>		<b>39.525.971,27 €</b>	<b>46.766.712,04 €</b>	<b>7.240.740,77 €</b>

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>HH-VJ</b>	<b>HH</b>	<b>Entwicklung</b>
8.	EB 67 Grünflächen-und Bestattungswesen	45.916,90 €	514.506,13 €	468.589,23 €
9.	EB 70 Koblenzer Entsorgungsbetrieb	1.654.178,84 €	-150.828,62 €	-1.805.007,46 €
10.	EB 83 Koblenz Touristik	91.506,86 €	-145.569,73 €	-237.076,59 €
11.	EB 85 Stadtentwässerung Koblenz	100.937,49 €	327.748,05 €	226.810,56 €
12.	Jagdgenossenschaft links der Mosel	0,00 €	0,00 €	0,00 €
13.	Jagdgenossenschaft rechts des Rheins	0,00 €	-7.313,42 €	-7.313,42 €
14.	Konto 3531 - laufendes Mitbuchkonto	558.942,42 €	-393.305,64 €	-952.248,06 €
<b>Summe</b>		<b>2.451.482,51 €</b>	<b>145.236,77 €</b>	<b>-2.306.245,74 €</b>

#### Entwicklung (gesamt)

<b>Bezeichnung</b>	<b>HH-VJ</b>	<b>HH</b>	<b>Entwicklung</b>
Liquiditätskredite	39.525.971,27 €	46.766.712,04 €	7.240.740,77 €
Verrechnungskonten	2.451.482,51 €	145.236,77 €	-2.306.245,74 €
<b>Gesamtsumme</b>	<b>41.977.453,78 €</b>	<b>46.911.948,81 €</b>	<b>4.934.495,03 €</b>

Ausgewiesen werden Verbindlichkeiten gegenüber den Eigenbetrieben der Stadt Koblenz. Die Posten wurden mit den Eigenbetrieben abgestimmt und von diesen bestätigt. Die Verbindlichkeiten entstanden durch die laufenden Verrechnungskonten und die Zahlungsabwicklung über die Einheitskasse. Sie dienen ausschließlich der Liquiditätssicherung.

#### G.4.10. Sonstige Verbindlichkeiten

<b>Bilanzposition</b>	<b>HH-VJ</b>	<b>HH</b>	<b>Entwicklung</b>
Sonstige Verbindlichkeiten	2.744.338,78 €	4.216.113,46 €	1.471.774,68 €

Die Verbindlichkeiten wurden im Rahmen der Kreditorenbuchhaltung fortgeschrieben und durch Offene-Posten-Listen nachgewiesen. Die Vollständigkeit wurde von den Fachämtern im Rahmen der Vollständigkeitserklärungen bestätigt. Der Anstieg ist bedingt durch einen erhöhten ungeklärten Zahlungseingang und Verbindlichkeiten im Rahmen der Baulandumlegung an der A 61.



## G.5. Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten entwickelten sich wie folgt:

1.	Spende EVM/Bunter Nachmittag 18.01.2016	0,00 €	500,00 €	0,00 €	500,00 €
2.	Spende Volksbank Mittelrhein-Bunter Nachmittag 2015	250,00 €	250,00 €	-250,00 €	250,00 €
3.	Rentenzahlung Januar	58.003,23 €	57.327,39 €	-58.003,23 €	57.327,39 €
4.	UVG-Abschlag	34.000,00 €	62.000,00 €	-34.000,00 €	62.000,00 €
5.	AZ gem. § 89d SGB VIII für 2016	0,00 €	196.000,00 €	0,00 €	196.000,00 €
6.	Kursgebühren VHS	70.121,28 €	64.777,68 €	-70.121,28 €	64.777,68 €
7.	Nutzungsentschädigung Wald über 25 Jahre	23.666,67 €	0,00 €	-1.000,00 €	22.666,67 €
8.	Wildschadenpauschale und Jagdpacht Eigenjagd	6.139,47 €	10.797,59 €	-6.139,47 €	10.797,59 €
9.	Großes Abo Stadttheater	22.788,17 €	23.337,33 €	-22.788,17 €	23.337,33 €
10.	Kleines Abo Stadttheater	129.106,83 €	127.297,33 €	-129.106,83 €	127.297,33 €
11.	Fahrzeugwerbung Fiat Ducato	5.789,60 €	0,00 €	-4.342,20 €	1.447,40 €
12.	Fahrzeugwerbung Firma Brunner - Sponsoringfahrzeug	24.800,07 €	0,00 €	-5.131,08 €	19.668,99 €
13.	Erbaurechtsablöse Viktoriastraße	231.000,00 €	0,00 €	-33.000,00 €	198.000,00 €
<b>Gesamt</b>		<b>605.665,32 €</b>	<b>542.287,32 €</b>	<b>-363.882,26 €</b>	<b>784.070,38 €</b>

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten wurden durch Abfragen in den jeweiligen Fachämtern ermittelt und durch Rechnungen bzw. Verträge belegt. Die Bewertung erfolgte mit dem Nominalwert. Die Posten werden in den Folgejahren aufgelöst.

## H. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

Im Folgenden werden im Überblick Erläuterungen zur Ergebnisrechnung aufgeführt. Weitergehende Informationen auf Gesamt- und Teilhaushaltsebene können den „Erläuterungen der erheblichen Abweichungen im Ergebnis- und Finanzhaushalt“ entnommen werden.

### H.1. Erträge

Ertrags- und Aufwandskonten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)	Ergebnis des Haushaltsjahres in T€	Ergebnis des Haushalts- vorjahres in T€	Ergebnis- veränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€
1 Steuern und Ähnliche Abgaben	183.819	178.416	5.404
2 Zuwendungen, all. Umlagen und sonst. Transfererträge	43.950	35.452	8.498
3 Erträge der sozialen Sicherung	66.151	59.180	6.970
4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentg.	11.162	10.502	660
5 Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.203	6.249	-47
6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	6.499	7.149	-650
7 Erhöhung o. Verminderung d. Bestands an fertigen und unfert. Erzeugnissen	29	-21	49
8 Andere aktivierte Eigenleistungen	1.236	1.135	101
9 Sonstige laufende Erträge	40.526	34.105	6.421
<b>10 Summe der lfd. Erträge aus Verwaltungstätigkeit ( Summe 1 - 9)</b>	<b>359.575</b>	<b>332.168</b>	<b>27.407</b>

#### H.1.1. Allgemein

Die öffentlich-rechtlichen Erträge resultieren aus der Festsetzung von Steuern, Gebühren und Beiträgen. Diese wurden zum Zeitpunkt der Bescheiderstellung bilanziert.

Privat-rechtliche Erträge wurden grundsätzlich zum Zeitpunkt erfasst, wenn die Lieferung erfolgt ist bzw. die Dienstleistung erbracht wurde.

Detaillierte Erläuterungen zur Entwicklung der Erträge können der Teilhaushaltsentwicklung entnommen werden.



## H.1.2. Sonstige laufende Erträge

Sonstige laufende Erträge in T€	Ergebnis des Haushaltsjahres in T€	Ergebnis des Haushaltsvorjahres in T€	Ergebnisveränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€
Erträge aus der Anpassung von Bilanzpositionen	81	81	0
Erträge aus der Anpassung von Festwerten	5.294	0	5.294
Erträge aus der Erhöhung von Beteiligungsvermögen	16.857	16.119	738
Erträge aus Konzessionsabgaben	6.672	7.571	-899
Ordnungsrechtliche Erträge (Bußgelder, Säumnis- und Vollstreckungsgebühren) sowie Mahngebühren	3.075	2.995	80
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen	1.634	148	1.486
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	305	483	-178
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	785	0	785
Erträge aus dem Verkauf von Anlagevermögen	2.677	4.879	-2.202
sonstige Erträge	3.146	1.829	1.317
davon <i>periodenfremde Erträge</i>	2.797	1.492	1.305
<b>Gesamt</b>	<b>40.526</b>	<b>34.105</b>	<b>6.421</b>

## H.1.3. Aufgliederung Periodenfremde Erträge

Bezeichnung	HH Betrag in T€	HH-VJ Betrag in T€
Korrekturen Anlagevermögen/Abrechnungen aus Vorjahren	2.793	343
Nachträgliche Rechnungen	3	81
Bereinigung Konto "geleistete Kautionen"	1	0
Korrekturen aus Schulsanierungsvertrag Jahre 2005 - 2009	0	1.030
Wegfall Verbindlichkeit zum Trafobau durch Stadt Koblenz	0	38
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>2.797</b>	<b>1.492</b>

## H.2. Aufwendungen

Ertrags- und Aufwandskonten (gem. §2 Abs. 1 GemHVO)	Ergebnis des Haushaltsjahres in T€	Ergebnis des Haushaltsvorjahres in T€	Ergebnisveränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€
11 Personalaufwendungen	-77.096	-76.882	-215
12 Versorgungsaufwendungen	-7.457	-7.265	-193
13 Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-60.465	-58.403	-2.062
14 Abschreibung gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO	-25.624	-24.942	-681
15 Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 15 GemHVO			
16 Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	-21719	-24.278	2.561
17 Aufwendungen der sozialen Sicherung	-130.026	-122.390	-7.635
18 Sonstige laufende Aufwendungen	-23.009	-23.517	507
<b>19 Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe 11 - 18)</b>	<b>-345.396</b>	<b>-337.677</b>	<b>-7.719</b>

### H.2.1 Allgemein

Aufwendungen wurden durch die Anordnungen der einzelnen Fachämter bewirkt. Die Vollständigkeit wurde durch die Fachämter bestätigt.

Detaillierte Erläuterungen zur Entwicklung der Aufwendungen können der Teilhaushaltsentwicklung entnommen werden.



## H.2.2. Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen werden durch Schnittstelle aus dem Lohnprogramm Fidelis übernommen. Die Aufteilung auf die verschiedenen Unterkonten erfolgt durch Überleitung von Lohnarten zu Konten und Hinterlegung der Kostenstelle je Mitarbeiter. Die Vollständigkeit wurde durch Abgleichung der Daten durch das Fachamt nachgewiesen.

## H.2.3 Abschreibungen

Abschreibungen werden automatisiert durch das System gebucht. Die Abschreibungen wurden im Rahmen der Stichprobe auf Plausibilität geprüft.

## H.2.4 Sonstige laufende Aufwendungen

Sonstige laufende Aufwendungen in T€	Ergebnis des Haushaltsjahres in T€	Ergebnis des Haushaltsvorjahres in T€	Ergebnisveränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€
Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	945	794	151
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	9.038	8.449	589
<i>davon Mieten, Pachten, Leasing</i>	3.425	2.876	549
<i>davon EDV-Aufwendungen</i>	4.281	4.218	63
Geschäftsaufwendungen	2.272	2.442	-170
Aufwendungen für Beiträge, Versicherungen und Sonstiges	1.784	1.886	-102
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und Einstellungen in den Sonderposten	1.922	1.980	-58
Wertberichtigungen zu Forderungen	741	1.676	-935
Aufwendungen für Steuern	2.448	5.582	-3.134
Zuschüsse und Zuwendungen an Fraktionen	406	404	2
Sonstige Aufwendungen	19	18	1
Periodenfremde Aufwendungen	3.434	286	3.148
<b>Summe</b>	<b>23.009</b>	<b>23.517</b>	<b>-508</b>

## H.2.5. Aufgliederung Periodenfremde Aufwendungen

<b>Bezeichnung</b>	<b>HH Betrag in T€</b>	<b>HH-VJ Betrag in T€</b>
Schlussrechnungen Sanierungsvertrag Wohnbau für 2010 bis 2012	2.100	0
Abrechnungen Bauvorhaben Vorjahre	1.303	196
Korrektur Sozialversicherungsbeiträge Stadttheater	17	0
Nachträgliche Rechnungen	13	16
Ausräumung Restbestand Konto "Bunkeranlagen"	1	0
Konzessionsabgabe Strom	0	47
Korrekturen aus der Lohnverbuchung	0	27
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>3.434</b>	<b>286</b>

## H.3. Verwendung des Jahresergebnisses

Der Jahresüberschuss wird im nächsten Berichtsjahr für den Ausgleich der noch vorhandenen Jahresfehlbeträge (- 64,5 Mio €) verwendet.



#### H.4. Außerordentliches Ergebnis

Ertrags- und Aufwandskonten (gem. §2 Abs. 1 GemHVO)	Ergebnis des Haushaltsjahr es in T€	Ergebnis des Haushalts- vorjahres in T€	Ergebnis- veränderung gegenüber Haushaltsvorj ahr in T€
25 Außerordentliche Erträge	998	0	0
26 Außerordentliche Aufwendungen	0	-59	-59
27 Außerordentliches Ergebnis	998	-59	-1057

Die außerordentlichen Aufwendungen des Vorjahres beziehen sich vollständig auf die Reduzierung einer bilanzierten Forderung aufgrund eines Rückerstattungsanspruchs an die Buga Koblenz 2011 GmbH. Die außerordentlichen Erträge im Berichtsjahr stellen den Gewinn der Bilanz der Buga Koblenz 2011 GmbH dar, der uns im Rahmen der Liquidation übertragen wurde.

## I. Sonstige Angaben

### I.1. Trägerschaften bei Sparkassen, die nicht bilanziert sind

Die Stadt Koblenz ist Mitglied im Zweckverband Sparkasse Koblenz mit dem Sitz in Koblenz. Ausschließlicher Zweck des Zweckverbands, dem neben der Stadt Koblenz auch der Landkreis Mayen-Koblenz angehört, ist die Trägerschaft bei der Sparkasse Koblenz mit dem Sitz in Koblenz.

Eine Bilanzierung erfolgte nicht, da die Stadt keine Einlagen, weder in das Stamm- noch in das Dotationskapital der Sparkasse geleistet hat.

### I.2. Währungsumrechnungen

Falls nötig wurden Fremdwährungen in Euro umgerechnet. In diesen Fällen wurde folgendermaßen vorgegangen:

- Die Umrechnung der Anschaffungskosten des Anlagevermögens, die ursprünglich auf Fremdwährung lauteten, erfolgte mit dem Anschaffungskurs.
- Die Bewertung der Forderungen, die auf Fremdwährung lauten, erfolgte mit dem Kurs des Tages der Entstehung der Forderungen. Sofern der Umrechnungskurs zum Bilanzstichtag unter dem Kurs des Entstehens der Forderungen lag, wurde dieser der Umrechnung zugrunde gelegt. Insoweit wurde dem Niederstwertprinzip Rechnung getragen.
- Der Umrechnung der Verpflichtungen aus Devisentermingeschäften erfolgte mit dem Terminkurs.
- Währungsumrechnungen auf Grund der Euromstellung wurden zum festgelegten Umrechnungskurs von 1,95583 € vorgenommen.

### I.3. Einschränkungen von Grundbesitzrechten

Die Recherche nach Grundbesitzrechten ist durch die Technik des Grundbuchsystems äußerst personalintensiv. Die Personalsituation im zuständigen Sachgebiet des hiesigen Amtes im Jahr 2015 hat sich



gegenüber den letzten Jahren nicht verändert. Die Aufgabenstellung wird erfüllt, sobald ein/e Mitarbeiter/in zur Erledigung dieser Aufgabenstellung freigestellt werden kann.

Die Gemeinde hat mit der Energieversorgung Mittelrhein AG mit Sitz in Koblenz Konzessionsverträge geschlossen. Darin gestattet sie dem Konzessionsnehmer die Nutzung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze.

#### **I.4. Drohende finanzielle Belastungen, für die keine Rückstellungen gebildet wurden**

Gem. § 48 Abs. 2 Nr. 8 GemHVO sind im Anhang drohende finanzielle Belastungen, für die keine Rückstellungen gebildet wurden, anzugeben.

In den Koblenzer Schulen besteht ein erheblicher Sanierungsstau. Dieser beläuft sich auf ca. 200 Mio. €. Zur Beseitigung des Sanierungsstaus wurde ein „Masterplan Schulen“ aufgestellt, welcher im Rahmen der Haushaltsberatungen 2012 verabschiedet wurde. Ziel des Planes ist es, den Sanierungsstau in den nächsten 10 Jahren im Wesentlichen mit einem Volumen von jährlich 7 Mio. € plus etwaiger Zuwendungen Dritter (z. B. Landeszuwendung aus dem Schulbauprogramm) abzubauen. Diese Bereitstellung ist das absolute Mindestmaß, um dem nach wie vor prekären Sanierungsstau zu begegnen.

Wegen des Zustandes der Schulgebäude und weiterer nicht festgestellter Mängel oder Schäden, impliziert mit etwaigen Naturereignissen und Unvorhergesehenem, ist eine ständige Fortschreibung und Aktualisierung erforderlich. Die Maßnahmenabwicklung richtet sich nach Prioritätenfestlegung. Höchste Priorität genießen die aus dringenden sicherheitsrelevanten Gründen sofort umzusetzenden Maßnahmen. Hierzu zählen insbesondere Brandschutz- und Fassadensanierungen. Darauf folgende werden Projekte wahrgenommen, die zur Verbesserung der energetischen Eigenschaften der Gebäude dienen (Sanierung von Fenster, Dach, Heizung etc.). Zuletzt kommen die Verbesserungen in Betracht, um die Anforderungen des Rahmenraumprogramms zu erfüllen.

Im Bereich der städtischen Ingenieurbauwerke ergibt sich weiterhin ein beachtlicher Instandsetzungs- bzw. Erneuerungsbedarf. Zur Beseitigung des Sanierungsstaus wurde dem Stadtrat im Juni 2011 der Masterplan „Brücken“ vorgestellt. In den nächsten 10 Jahren werden demnach ca. 120 Mio. Euro für Neubau und Instandhaltungsmaßnahmen von Ingenieurbauwerken benötigt. Des Weiteren sind an laufenden Unterhaltungskosten jährlich rund 3 Mio. EUR bereitzustellen. Es wird eine unabwiesbare Aufgabe der Stadt sein, mittelfristig einen mindestens befriedigenden Bauwerkszustand zu erreichen und dauerhaft zu sichern. Bis Ende 2014 hat das Land entsprechende Projekte mit 75 v. H. der zuwendungsfähigen Kosten gefördert. Für 2014 bis 2019 kann mit einer Förderung von 65 v. H. der zuwendungsfähigen Kosten gerechnet werden.

Der Masterplan Brücken wird im Sommer 2016 zum zweiten Mal fortgeschrieben und in den städtischen Gremien vorgestellt.

In der Prioritätenfrage der umzusetzenden Maßnahmen stehen aktuelle im Vordergrund die Erneuerung der Pfaffendorfer Brücke einschließlich der Westrampe und der Brückenstraße, die Erneuerung der Überführung der B 49 über die Neustadt sowie die beiden Bauwerke des Saarplatzüberfliegers. Hier laufen derzeit die Untersuchungen, ob eine Ertüchtigung der Bauwerke noch wirtschaftlich ist oder ob ein Neubau in Betracht gezogen werden muss.

Die Leistungen für die Instandsetzung und Ertüchtigung der Balduinbrücke wurden im Januar 2013 vergeben. Die Baumaßnahme wurde im Herbst 2015 abgeschlossen. Die Schlusszahlung erfolgt spätestens im August 2016.

Seit August 2014 laufen die Bauarbeiten zur Erneuerung der Vorlandbrücke Lützel. Die Arbeiten liegen innerhalb des zur Verfügung stehenden Budgets und werden im Bereich der B 9 termingerecht im Frühjahr 2016 abgeschlossen. Anschließend werden in Anspruch genommene Flächen im Baustellenbereich unterhalb der Brücke wieder in ihren ursprünglichen Zustand versetzt. Die noch ausstehenden Verstärkungsmaßnahmen für die Flussbrücke werden Mitte des Jahres 2016 ausgeführt.



Nach einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ist für die Pfaffendorfer Brücke statt der ursprünglich geplanten Ertüchtigung nunmehr die Erneuerung vorgesehen. Aufgrund der neuesten statischen Untersuchungen können die Flusspfeiler entgegen dem ursprünglichen Vorhaben nicht erhalten werden, sondern müssen ebenfalls erneuert werden. Die Vorplanungen hierzu haben begonnen. Im Jahr 2017 soll der Bauwerksentwurf fertiggestellt werden. Das erforderliche Planfeststellungsverfahren wird voraussichtlich noch im Jahr 2016 beim LBM Rheinland-Pfalz eingeleitet. Mit dem Baubeginn ist nicht vor 2018 zu rechnen.

Nachdem eine differenzierte Nachrechnung des Kreuzungsbauwerks Mainzer Straße / B 49 ergeben hatte, dass hier beträchtliche Tragfähigkeitsdefizite bestehen, wurden als Sofortmaßnahme provisorische Sicherungsmaßnahmen (Stahlunterstützungen und CFK-Lamellen) eingebaut. Da das Bauwerk auf Dauer trotzdem nicht zu halten ist, wurde bereits die Neubauplanung beauftragt. Im Jahr 2016 soll der Bauwerksentwurf fertig gestellt werden. Baubeginn für den Neubau soll dann im Jahr 2017 sein.

Eine durchgeführte Nachrechnung des Saarplatzüberfliegers hat ergeben, dass die beiden Bauwerke seinerzeit mit einem Spannstahl hergestellt worden sind, der sich im Nachhinein als spannungsrissskorrosionsgefährdet herausgestellt hat. Da ein plötzliches Versagen der Bauwerke ohne Vorankündigung nicht ausgeschlossen werden kann, ist ein unmittelbares Handeln geboten. In einem ersten Schritt wurde daher überprüft, ob eine Verstärkung der bestehenden Bauwerke überhaupt möglich ist oder ob eine Neubauplanung angegangen werden muss. Erste Berechnungen haben ergeben, dass in technischer Hinsicht auf einen Neubau in absehbarer Zeit verzichtet werden könnte und die beiden Überbauten durch den Einbau von externen Spanngliedern so verstärkt werden können, dass ein sicherer Betrieb weiterhin möglich ist. Im Rahmen einer weiteren Untersuchung muss allerdings noch überprüft werden, inwieweit es wirtschaftlich zu vertreten ist, einen Betrag von mehreren Millionen € in die bestehenden Bauwerke zu investieren oder ob stattdessen in die Neubauplanung eingestiegen werden muss.

Die Bauvorbereitungen für die Erneuerung der Brücke in der Ravensteynstraße haben sich verzögert, da die Aufsichtsbehörde (ADD Trier) nicht von der Unabweisbarkeit der Maßnahme zu überzeugen war und daher keine Mittelfreigabe erreicht werden konnte. Es wurden daher weitere ergänzende Vorlagen vorgelegt. Mittlerweile ist die Zustimmung der ADD erfolgt. Der Bauwerksentwurf und der Zuwendungsantrag werden Mitte des Jahres 2016 fertiggestellt. Der Baubeginn für die Erneuerung des Bauwerks ist für das Frühjahr 2017 vorgesehen.

#### **I.5.            Finanzielle Verpflichtungen aus Leasingverträgen und kreditähnlichen Rechtsgeschäften**

Die Gemeinde ist mit monatlichen Leasingzahlungen in Höhe von 3.593,54 € belastet. Finanziellen Verpflichtungen aus Leasingverträgen bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

#### **I.6.            Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten**

Es sind keine Sachverhalte bekannt.

## I.7. Sonstige Haftungsverhältnisse

Zum Bilanzstichtag bestehen folgende Haftungsverhältnisse:

	Gesamtbetrag T€	Davon gegenüber Tochterorganisationen T€
1. Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln	---	---
2. Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften	35.632	35.435
3. Gewährleistungen		
3.1. für eigene Leistungen		
a) unselbstständige Garantien, die über die gewöhnliche Garantie hinausgehen	---	---
b) selbstständige Gewährleistungsverträge	---	---
Summe Gewährleistungen für eigene Leistungen	---	---
3.2. für fremde Leistungen		
a) Freistellungsverpflichtungen	---	---
b) Haftungsübernahmen	---	---
c) Liquiditätsgarantien	---	---
d) Werthaltigkeitsgarantien	---	---
e) Einstehen für die Bezahlung ab getretener oder verkaufter Forderungen	---	---
f) Garantie für die Ausführung von Arbeiten Dritter	---	---
g) Schuldmitübernahme	---	---
h) Haftungen für Bürgschaften und Garantien Dritter	---	---
i) Bürgschafts-, Garantie- und Schuldbefreiungsversprechen	---	---
j) bindende Versprechen gegenüber dem Gläubiger eines Dritten auf dessen Wunsch eine Grundschuld oder eine andere Sicherheit für die Verpflichtung des Schuldners zu bestellen	---	---
k) Patronatserklärungen, die ein bürgschafts-ähnliches Rechtsverhältnis begründen	---	---
Summe Gewährleistungen für fremde Leistungen	---	---
4. Bedingt rückzahlbare Zuwendungen / Zuschüsse	---	---
Insgesamt	35.632	35.435

Zu 2.: In dieser Position ist gegenüber Dritten ein Betrag in Höhe von 197 T€ enthalten. Dieser betrifft die Restschuld zweier Darlehen, für die die Stadt Koblenz jeweils eine modifizierte Ausfallbürgschaft übernommen hat. Die Darlehensnehmer sind der TuS Rot-Weiß Koblenz e. V. und der Turn- und Sportverein Lay 1895/1919 e. V.

## I.8. In Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen, die noch keine Verbindlichkeiten begründen

Folgende Verpflichtungsermächtigungen wurden in Anspruch genommen, die jedoch noch keine Verbindlichkeiten begründen:

Projekt	Maßnahmenbezeichnung	Betrag
<b>Teilhaushalt 10</b>		
<b>P661148</b>	<b>Bushaltestelle Hauptbahnhof West</b>	<b>5.520,29 €</b>



## I.9. Sonstige Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können

Im Haushaltsjahr 2015 waren hierzu keine Sachverhalte bekannt.

## I.10. Noch nicht erhobene Entgelte und Abgaben

Für folgende Erschließungs- und Ausbaumaßnahmen, die bis zum Bilanzstichtag fertig gestellt wurden, wurden noch keine Entgelte oder Abgaben erhoben (die Aufstellung erfolgte gem. § 48 Abs. 2 Nr. 14 GemHVO.):

### I.10.1. Erschließungsbeiträge

NR.	Maßnahme	Datum der Fertigstellung	Voraussichtliche Höhe der Beiträge	Erhobene Vorausleistungen	Voraussichtlicher Zeitpunkt der Erhebung	Begründung für noch nicht erfolgte Erhebung
1	Fritz-von-Unruh-Str. von Garagenzufahrt bis Ortsumgehung	Feb 2004	179.003,46 €	161.519,46 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht und Ablösung	Keine sachliche Beitragspflicht wegen fehlender Widmung. Einnahme aus Erschließungsbeiträgen ist abhängig vom Verkauf der Grundstücke (Ablösung).
2	Gulisastraße	2012	100.000,00 €	0,00 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	Noch keine sachliche Beitragspflicht entstanden aufgrund fehlender Widmung; keine Erhebung Vorausleistung mehr möglich, da bereits technisch fertiggestellt.
3	Herm.-Dienz-Str. von Fritz-von-Unruh bis Hans-Maria-Lux (westl.)	Aug 2008	143.816,61 €	115.676,26 €	August 2016	Widmung/Bestandskraft erst am 25.08.2012 erfolgt, vorrangige Vorausleistungserhebungen
4	Karl-Tesche-Straße	Mai 2008	1.508.405,89 €	1.335.008,24 €	Februar 2016	Widmung/Bestandskraft erst am 25.08.2012 erfolgt, vorrangige andere Arbeiten
5	Sonneneck	Aug 2008	366.938,93 €	157.330,23 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	Grunderwerb erst in 2015 abgeschlossen; Widmung fehlt noch.
6	Helene-Rothländer-Str.	November 15	241.548,71 €	230.671,34 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	Noch keine sachliche Beitragspflicht wegen fehlender Widmung.
7	Maria-Detzel-Str.	November 15	183.807,97 €	142.883,07 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	Noch keine sachliche Beitragspflicht wegen fehlender Widmung.
8	Veit-Rummel-Str.	November 15	287.690,31 €	204.389,71 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	Noch keine sachliche Beitragspflicht wegen fehlender Widmung.
9	Fritz-von-Unruh-Str. von Hanns-Maria-Lux-Straße bis Fritz-von-Unruh-Str./nördl. Bereich	November 15	690.070,48 €	570.980,68 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	Noch keine sachliche Beitragspflicht wegen fehlender Widmung.
10	Herm-Dienz-Str. östl. Bereich	November 15	50.060,84 €	50.060,84 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	Noch keine sachliche Beitragspflicht wegen fehlender Widmung.

## I.10.2. Ausbaubeiträge und Ausgleichsbeträge

### Ausbaubeiträge:

NR.	Maßnahme	Datum der Fertigstellung	Voraussichtliche Höhe der Beiträge	Erhobene Vorausleistungen	Voraussichtlicher Zeitpunkt der Erhebung	Begründung für noch nicht erfolgte Erhebung
1	Emserstr. Stadtteilmittelpunkt H'heim, 1. BA	Oktober 09	353.501,19 €	353.501,19 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	Abrechenbarkeit erst nach Beendigung des 2. BA
2	Friesenstr. Einschließlich Kreisel	Mai 11	194.087,75 €	169.826,78 €	Juni 16	Anpassung Stadtanteil an Stadtrechtsausschussentscheidung erforderlich
3	Herberichstr. von Wallersheimer Weg bis Brenderweg	Dezember 06	231.575,84 €	231.575,84 €	September 17	Grunderwerb erst 2015 abgeschlossen.
4	Kardinal-Krements-Str.	Juni 06	75.589,68 €	75.589,68 €	Mai 17	Grunderwerb erst 09/2014 abgeschlossen
5	Kornpfortstr. von Peter-Altmeier-Ufer bis Auf der Danne	April 11	39.727,97 €	39.727,97 €	März 16	vorrangige andere Arbeiten
6	Löhrondell	April 11	322.439,41 €	386.683,35 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	keine sachliche Beitragspflicht, Schlussvermessung fehlt, Ablösungen
7	Mendelssohnstraße	Juni 13	36.344,86 €	36.344,86 €	April 16	vorrangige andere Arbeiten
8	Rheinstr. von Konrad-Adenauer-Ufer bis Karmeliterstr.	Februar 11	295.010,56 €	272.923,69 €	August 16	vorrangige andere Arbeiten
9	Im Acker von Rübenacher bis Trierer Straße	September 14	28.835,05 €	28.835,05 €	August 17	sachliche Beitragspflicht erst 2015 entstanden
10	Rübenacher Straße	Juli 14	312.185,74 €	312.185,74 €	September 17	sachliche Beitragspflicht erst 2015 entstanden
11	Handwerkerstraße	Dezember 14	127.425,77 €	127.425,77 €	Mai 17	sachliche Beitragspflicht erst 2015 entstanden
12	Löhrstr. von Löhrondell bis Altengraben	September 14	1.152.099,45 €	1.152.099,45 €	Oktober 16	vorrangige andere Arbeiten
13	Thielenstraße	Juli 15	40.000,00 €	- €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	sachliche Beitragspflicht noch nicht entstanden, da die Schlussrechnung noch nicht vorliegt
14	Ludwigstraße	April 15	28.473,27 €	28.473,27 €	März 17	sachliche Beitragspflicht erst 2015 entstanden
15	Mauritiusstraße	Dezember 14	87.564,20 €	87.564,20 €	Januar 17	sachliche Beitragspflicht erst 2015 entstanden
16	Nagelsgasse	Januar 15	9.676,22 €	- €	Februar 16	sachliche Beitragspflicht erst 2015 entstanden
17	Am Hüttenberg	Januar 15	12.733,18 €	- €	Februar 16	sachliche Beitragspflicht erst 2015 entstanden

## Ausgleichsbeträge:

Nr.	Maßnahme	endgültig festgesetzt	Vorauslstg.	laufende Verfahren	Begründung	voraussichtlicher Zeitpunkt der Erhebung
1	Sanierung Altstadt	413.412,65	462.575,54	308.279,12	Sanierungsverfahren noch nicht abgeschlossen, laufende Rechtsstreitigkeiten	2016-2019; Teilabschnitt D "Jesuitenplatz" endgültig festgesetzt
2	Sanierung Ehrenbreitstein	89.663,51	46.861,00	35.993,00	Sanierungsverfahren noch nicht abgeschlossen, laufende Rechtsstreitigkeiten	2016-2019
3	Boelckekaserne, Hoevelstraße u. Behringstraße	0,00	335.947,00	0,00	Sanierungsverfahren noch nicht abgeschlossen	2017
4	Sanierung Zentralplatz	777.397,00	0,00	0,00	Sanierungsverfahren noch nicht abgeschlossen	2017

### **I.11. Subsidiärhaftung aus der Zusatzversorgung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

Zur Subsidiärhaftung aus der Zusatzversorgung von Tarifangestellten werden folgende Angaben gemacht: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Stadt sind bei der Rheinischen Versorgungskasse versichert. Es bestehen Versorgungszusagen gemäß dem ATV-K (Altersvorsorge-TV-Kommunal), dem Betriebsrentengesetz sowie der Satzung der Rheinischen Versorgungskasse, die wie folgt ausgestaltet sind: Im Haushaltsjahr 2015 betrug der Umlagesatz 4,25 % der Lohn- und Gehaltssumme brutto. (Mit berücksichtigt wurde auch das vom Arbeitgeber zu zahlende Sanierungsgeld). Nach Auskunft der Versorgungskasse ist eine Erhöhung des Umlagesatzes nicht beabsichtigt. Die umlagepflichtigen Löhne und Gehälter beliefen sich im Haushaltsjahr 2015 auf 42.281 T€. Die Stadt zahlte im Haushaltsjahr 2015 an die Versorgungskasse Umlagen in Höhe von 3.276 T€

Nach den §§ 58, 59 der Satzung der Rheinischen Versorgungskasse wird der Überschuss in der Pflichtversicherung und in der freiwilligen Versicherung, der sich entsprechend dem versicherungstechnischen Geschäftsplan ergibt, in die Rückstellung für Leistungsverbesserung eingestellt, soweit er nicht zur Bildung weiterer geschäftsplanmäßig festgelegter Rückstellungen benötigt wird. Diese Rückstellung kann zusätzlich zur Deckung von Fehlbeträgen herangezogen werden, wenn die Verlustrücklage nicht ausreicht. Reicht die Verlustrücklage in der Pflichtversicherung (Abrechnungsverband II) zur Deckung von Fehlbeträgen nicht aus, kann die Kasse den Pflichtbeitrag (§ 62) erhöhen, soweit nicht die Rückstellung für Leistungsverbesserung in Anspruch genommen wird. Zur Deckung von Fehlbeträgen bei der Pflichtversicherung (Abrechnungsverband I) kann die Kasse den Zusatzbeitrag (§ 64) – soweit ein solcher erhoben wird – erhöhen; Satz 1 Halbsatz 2 gilt entsprechend.

### **I.12. Derivative Finanzinstrumente**

Derivative Finanzinstrumente mit folgendem Umfang, beizulegenden Werten und Buchwerten befanden sich im Besitz der Stadt. Bei den nachfolgenden Finanzinstrumenten (gemäß § 48 Abs. 2 Nr. 17 GemHVO) handelt es sich um die Kategorie „zinsbezogene Geschäfte“:

Art	Umfang	Barwert
SWAP Ref. 263790M - langer Swap	Laufzeit: 12.12.2005 - 29.12.2020 Ursprungskapital: 2.111.243,07 € Stand am 31.12.2015: 810.000,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 3,92 %	-87.521,17 €
SWAP Ref. 30211 - Swap 2	Laufzeit: 15.12.2005 - 30.03.2020 Ursprungskapital: 4.128.626,02 € Stand am 31.12.2015: 2.780.000,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 4,125 %	-434.986,89 €
SWAP Ref. 267597M - langer Swap	Laufzeit: 30.12.2005 - 30.03.2025 Ursprungskapital: 2.025.568,80 € Stand am 31.12.2015: 1.260.000,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 3,975 %	-231.302,27 €
SWAP Ref. 30143 - Swap 2	Laufzeit: 30.12.2005 - 30.01.2023 Ursprungskapital: 3.622.262,03 € Stand am 31.12.2015: 1.960.000,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 4,025 %	-307.140,48 €
SWAP Ref.-Nr. 4808448/20699366FT	Laufzeit: 01.03.2007 - 02.03.2024 Ursprungskapital: 4.237.781,12 € Stand am 31.12.2015: 3.221.000,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 4,6495 %	-820.165,77 €
Swap Ref. 513225	Laufzeit: 30.12.2013 - 30.12.2016 Bezugsbetrag: 20.000.000,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 2,845 %	-590.654,12 €
Swap Ref. 520113	Laufzeit: 21.11.2010 - 21.01.2018 Bezugsbetrag: 14.077.770,00 € Bank zahlt variabel 3-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt variabel, <u>max.</u> 3,45 %, jedoch <u>auch dann 3,45 %</u> , wenn 3-M-Euribor <= 1,00 % ist	-1.149.511,52 €
Swap Ref. 513076	Laufzeit: 22.11.2010 - 22.01.2018 Bezugsbetrag: 25.922.230,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 2,48 %	-1.615.641,87 €
Swap Ref. 3751234L	Laufzeit: 01.12.2010 - 30.10.2015 Bezugsbetrag: 20.000.000,00 € Bank zahlt variabel 3-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt - bis 30.04.2012 <u>variabel</u> , max. 1,5 % - ab 30.04.2012 <u>fest</u> 2,555 %	0,00 €
Gesamt		-5.236.924,09 €

Bei den Barwerten handelt es sich um indikative Bewertungen der jeweiligen Banken, die keine rechtsgeschäftliche Bindungswirkung auf die Bilanzierung entfalten. Die Barwerte stellen keine handelbaren Kurse oder Preise dar. Die Bewertung erfolgt auf Basis aktueller Marktdaten unter Verwendung marktüblicher Bewertungsmethoden (z.B. Diskontierungsmethode).

### I.13. Beteiligungen

Die direkten und indirekten Beteiligungen der Stadt Koblenz können gemäß § 90 Abs. 2 Satz 1 dem aktuell vorliegenden Beteiligungsbericht der Stadtwerke Koblenz GmbH entnommen werden.

#### I.14. Organisationen, für die die Gemeinde uneingeschränkt haftet

Aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder vertraglicher Vereinbarungen haftet die Gemeinde uneingeschränkt für folgende Organisationen:

Name / Rechtsform	Sitz	Rechtsform	Mithaftung Dritter	Haftungsgrund
Eigenbetrieb Koblenz-Touristik	Koblenz	Eigenbetrieb	entfällt	entfällt
Koblenzer Entsorgungsbetrieb	Koblenz	Eigenbetrieb	entfällt	entfällt
Eigenbetrieb Kommunales Gebietsrechenzentrum Koblenz	Koblenz	Eigenbetrieb	entfällt	entfällt
Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen	Koblenz	Eigenbetrieb	entfällt	entfällt
Eigenbetrieb Stadtentwässerung Koblenz	Koblenz	Eigenbetrieb	entfällt	entfällt

#### I.15. Personalbestand

Die durchschnittliche Zahl der Beamtinnen und Beamten sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zeigt folgende Übersicht:

Durchschnittliche Anzahl	HH-VJ	HH
Beamtinnen / Beamte*	448	449
- davon teilzeitbeschäftigt	62	66
Beschäftigte*	1170	1171
- davon teilzeitbeschäftigt	418	421
Insgesamt *	1618	1620
<hr/>		
Anwärterinnen und Anwärter	23	31
Auszubildende	58	59
Insgesamt	81	90
<hr/>		
Beamtinnen/Beamte im Erziehungsurlaub/in Elternzeit	9	12
Beschäftigte im Erziehungsurlaub/in Elternzeit	24	20
Insgesamt	33	32
<hr/>		
Leiharbeiter	---	---

Quelle: Werte der vierteljährigen Personalstandstatistik zum 31.12.2015 (ohne Eigenbetriebe)

\* inkl. Auszubildende im aktuellen Haushaltsjahr

#### I.16. Mitglieder des Stadtrats

Der Stadtrat besteht aus folgenden Mitgliedern:

- a) Vorsitz: Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig
- b) Ratsmitglieder:



Stand 31.12.2014	Datum des Ausscheidens	Name des Ersatzmitglieds	Datum des Eintritts	Stand 31.12.2015
Ackermann, Hans-Peter				Ackermann, Hans-Peter
Altmaier, Christian				Altmaier, Christian
Arndt, Florian	31.08.15	Paul, Joachim	31.08.15	Paul, Joachim
Artz, Monika				Artz, Monika
Balmes, Peter				Balmes, Peter
Bastian, Manfred				Bastian, Manfred
Baum, Walter				Baum, Walter
Biebricher, Andreas				Biebricher, Andreas
Biewer, Leo				Biewer, Leo
Bocklet, Herbert				Bocklet, Herbert
Bohn, Eitel				Bohn, Eitel
Contento, Vito				Contento, Vito
Diederichs-Seidel, Uwe				Diederichs-Seidel, Uwe
Diehl, Manfred				Diehl, Manfred
Dott, Herbert				Dott, Herbert
Enger, Sylvia				Enger, Sylvia
Gniffke, Manfred				Gniffke, Manfred
Gross Dr., Michael				Gross Dr., Michael
Heinrich, Heribert				Heinrich, Heribert
Hentschel, Ute				Hentschel, Ute
Hoernchen, Edith				Hoernchen, Edith
Hofmann, Gabriele				Hofmann, Gabriele
Hühnerfeld, Ursula				Hühnerfeld, Ursula
Kalenberg, Rudolf				Kalenberg, Rudolf
Keul-Göbel, Angela				Keul-Göbel, Angela
Kirsch, Thomas				Kirsch, Thomas
Knopp, Ernst				Knopp, Ernst
Kübler, Julia Maria				Kübler, Julia Maria
Lehmkühler, Gerhard				Lehmkühler, Gerhard
Lipinski-Naumann, Marion				Lipinski-Naumann, Marion
Mehlbreuer, Andrea				Mehlbreuer, Andrea
Mertin, Herbert				Mertin, Herbert
Möhlich, Franz-Josef				Möhlich, Franz-Josef
Mühlbauer, Marion				Mühlbauer, Marion
Naumann, Fritz				Naumann, Fritz
Otto, Stephan				Otto, Stephan
Pilger, Detlev				Pilger, Detlev



Stand 31.12.2014	Datum des Ausscheidens	Name des Ersatzmitglieds	Datum des Beitritts	Stand 31.12.2015
Probst, Claudia				Probst, Claudia
Rosenbaum, Karl-Heinz				Rosenbaum, Karl-Heinz
Sauer, Monika				Sauer, Monika
Scheer, Stefan	31.08.15	Pontius, Rolf	01.09.15	Pontius, Rolf
Schmenk, Julia				Schmenk, Julia
Schmidt, Hermann-Josef				Schmidt, Hermann-Josef
Schneider, Thorsten				Schneider, Thorsten
Schumann-Dreyer, Anna-Maria				Schumann-Dreyer, Anna-Maria
Schupp, Thorsten				Schupp, Thorsten
Veidt, Sabine				Veidt, Sabine
von Berg, Martina				von Berg, Martina
Wefelscheid, Stephan				Wefelscheid, Stephan
Wehran, Jens				Wehran, Jens
Weichert Dr., Catharina				Weichert Dr., Catharina
Weis, Anita				Weis, Anita
Wiechmann, Nils				Wiechmann, Nils
Wilbert, Joe				Wilbert, Joe
Zwiernik, Patrick				Zwiernik, Patrick

### **I.17. Unterlassen von Angaben und Erläuterungen**

Gemäß § 48 Abs. 4 GemHVO wurden die Erläuterungen nur getätigt, wenn diese nicht von untergeordneter Bedeutung für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind.

### **I.18. Unterzeichnung Bilanz**

Die Bilanz zum 31.12.2015 wird nach Feststellung des Stadtrates wie folgt unterzeichnet.

Koblenz den,

\_\_\_\_\_  
 (Der Oberbürgermeister)  
 (Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig)

# Anlage 5 Anlagenübersicht

## Anlagenübersicht GJ 2015 in EUR

Stand 20.07.2016

Posten	Gem. § 47 (4) Nr. 1 GemHVO	Anschaffung- und Herstellungskosten				Abschreibungen, Wertberichtigungen						Restbuchwerte		Kennzahlen		Wertmind- erung durch unterlassene Instandhalt- ung, Alt- lasten, Sonstiges	
		AHK zum 31.12. des Vorjahres	Zugänge im HH- Jahr	Abgänge im HH- Jahr	Umbuch- ungen im HH-Jahr	AHK zum 31.12. des HH-Jahres	aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres	Zuschreib- ungen im HH-Jahr	Abschreib- ungen im HH-Jahr	AFA Um- buchungen im HH-Jahr	Abschreib- ungen auf Abgänge	kumulierte Abschreib- ungen zum 31.12. des HH-Jahres	Buchwert am 31.12. des HH-Jahres	Buchwert am 31.12. d. Vorjahres	Durchschn. Abschreib- ungssatz		Durchschn. Restbuch- wert
<b>ANLAGENSPIEGEL</b>		<b>1.705.665.359,06</b>	<b>47.671.018,01</b>	<b>-16.961.261,40</b>	<b>332.889,12</b>	<b>1.736.708.004,79</b>	<b>341.039.924,27</b>	<b>0,00</b>	<b>25.623.549,32</b>	<b>0,00</b>	<b>-4.277.754,09</b>	<b>362.385.719,50</b>	<b>1.374.322.285,29</b>	<b>1.364.625.434,79</b>	<b>1,5%</b>	<b>79,1%</b>	<b>0,00</b>
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände		90.806.260,66	2.370.284,57	0,00	-302.208,04	92.874.337,19	34.770.126,16	0,00	3.077.103,96	-7.949,47	0,00	37.839.280,65	55.035.056,54	56.036.134,50	3,3%	59,3%	0,00
1.1.1 Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1.778.692,54	30.511,60	0,00	62.212,38	1.871.416,52	1.552.501,86	0,00	145.818,98	0,00	0,00	1.698.320,84	173.095,68	226.190,68	7,8%	9,2%	0,00
1.1.2 Geleistete Zuwendungen		71.081.563,33	1.614.948,32	0,00	473.875,59	73.170.387,24	27.849.222,33	0,00	2.417.841,38	-7.949,47	0,00	30.259.114,24	42.911.273,00	43.232.341,00	3,3%	58,6%	0,00
1.1.3 Gezahlte Investitionszuschüsse		16.058.292,97	25.304,60	0,00	0,00	16.083.597,57	5.368.401,97	0,00	513.443,60	0,00	0,00	5.881.845,57	10.201.752,00	10.689.891,00	3,2%	63,4%	0,00
1.1.4 Geschäfts- oder Firmenwert		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0%	0,0%	0,00
1.1.5 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände		1.887.711,82	699.520,05	0,00	-838.296,01	1.748.935,86	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.748.935,86	1.887.711,82		0,0%	100,0%	0,00
1.2 Sachanlagen		1.305.530.901,20	28.362.377,85	-8.189.146,31	635.097,16	1.326.339.229,90	305.184.552,19	0,00	22.546.445,36	7.949,47	-4.277.754,09	323.461.192,93	1.002.878.036,97	1.000.346.349,01	1,7%	75,6%	0,00
1.2.1 Wald, Forsten		25.605.660,63	0,00	-953.213,97	-85.122,67	24.567.323,99	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	24.567.323,99	25.605.660,63		0,0%	100,0%	0,00
1.2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		89.116.286,21	4.281.969,47	-488.550,72	2.949.384,20	95.859.089,16	753.875,45	0,00	447.857,57	0,00	0,00	1.201.733,02	94.657.356,14	88.362.410,76	0,5%	98,7%	0,00
1.2.3 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		251.249.723,95	742.725,57	-108.163,78	7.432.578,27	259.316.864,01	29.376.715,93	0,00	5.061.423,34	-70.548,92	-47.428,51	34.320.161,84	224.996.702,17	221.873.008,02	2,0%	86,8%	0,00
1.2.4 Infrastrukturvermögen		775.177.660,41	1.288.743,16	-4.643.338,83	5.675.340,96	777.498.405,70	255.847.121,12	0,00	13.674.300,53	0,00	-3.596.875,21	265.924.546,44	511.573.859,26	519.330.539,29	1,8%	65,8%	0,00
1.2.5 Bauten auf fremdem Grund und Boden		6.192.849,85	7.885,08	0,00	1.071.029,15	7.271.764,08	1.017.393,85	0,00	319.331,23	0,00	0,00	1.336.725,08	5.935.039,00	5.175.456,00	4,4%	81,6%	0,00
1.2.6 Kunstgegenstände, Denkmäler		37.977.859,21	706.825,11	-51.051,90	410.317,15	39.043.949,57	192.854,26	0,00	59.974,11	0,00	-44.653,52	208.174,85	38.835.774,72	37.785.004,95	0,2%	99,5%	0,00
1.2.7 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge		19.948.514,79	601.360,22	-85.515,15	813.230,02	21.277.589,88	9.800.639,58	0,00	1.198.008,65	78.498,39	-80.506,18	10.996.640,44	10.280.949,44	10.147.875,21	5,6%	48,3%	0,00
1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung		21.758.434,54	857.131,32	-526.147,70	1.489.736,20	23.579.154,36	8.195.952,00	0,00	1.785.549,93	0,00	-508.290,67	9.473.211,26	14.105.943,10	13.562.482,54	7,6%	59,8%	0,00
1.2.9 Pflanzen und Tiere		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0%	0,0%	0,00
1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau		78.503.911,61	19.875.737,92	-1.333.164,26	-19.121.396,12	77.925.089,15	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	77.925.089,15	78.503.911,61		0,0%	100,0%	0,00
1.3 Finanzanlagen		309.328.197,20	16.938.355,59	-8.772.115,09	0,00	317.494.437,70	1.085.245,92	0,00	0,00	0,00	0,00	1.085.245,92	316.409.191,78	308.242.951,28	0,0%	99,7%	0,00
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen		175.883.329,92	16.386.042,69	-16.650,00	0,00	192.252.722,61	1.064.565,64	0,00	0,00	0,00	0,00	1.064.565,64	191.188.156,97	174.818.764,28	0,0%	0,0%	0,00
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen		1.758.852,16	0,00	-57.094,45	0,00	1.701.757,71	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.701.757,71	1.758.852,16		0,0%	100,0%	0,00
1.3.3 Beteiligungen		5.381.633,51	0,00	0,00	0,00	5.381.633,51	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.381.633,51	5.381.633,51		0,0%	0,0%	0,00
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0%	0,0%	0,00
1.3.5 Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen		117.565.462,48	552.312,90	-13.868,89	0,00	118.103.906,49	20.680,28	0,00	0,00	0,00	0,00	20.680,28	118.083.226,21	117.544.782,20	0,0%	100,0%	0,00
1.3.6 Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsf. komm. Stiftungen		8.682.046,47	0,00	-8.682.046,47	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.682.046,47		0,0%	0,0%	0,00
1.3.7 Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0%	0,0%	0,00
1.3.8 Sonstige Ausleihungen		56.872,66	0,00	-2.455,28	0,00	54.417,38	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	54.417,38	56.872,66		0,0%	100,0%	0,00



# Anlage 5 Erläuterungen zur Anlagenübersicht

---

## Manuelle Korrekturen in der Anlagenübersicht:

### Position 1.2.1 Wald, Forsten:

Korrektur der Abgänge in Höhe von 952.119,37 EUR, Anpassung Festwert Stadtwald.

### Position 1.2.3 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte:

Korrektur Zugänge gegen Abgänge in Höhe von 765,00 EUR.

### Position 1.2.4 Infrastrukturvermögen:

Korrektur AHK zum 31.12. des Vorjahres gegen Abgang von Grundstücken in Höhe von 423.275,74 EUR im Bereich der Nordumgehung Metternich.

### Position 1.2.4 Infrastrukturvermögen:

Korrektur Zugänge gegen Abgänge in Höhe von 4.037,88 EUR.

### Position 1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung:

Korrektur Zugänge gegen Abgänge in Höhe von 2.317,70 EUR.

### Position 1.2.10 Anlagen im Bau:

Korrektur Nachträgliche Erfassungen zum Schulbausanierungsvertrag nach Abschluss des Nebenbuchs für die Jahresprogramme 2005 bis 2007 sowie den Tätigkeitsbericht 2014 bei den Zugängen und den AHK zum 31.12. des Vorjahres (1.049.483,63 EUR; 584.018,41 EUR; 1.291.080,64 EUR; 9.586,99 EUR); Gleiches gilt für nachträgliche Rechnungen des KGRZ für Projekt P801003 (Forum Confluentes; 160.449,90 EUR).

### Position 1.2.10 Anlagen im Bau:

Manuelle Umgliederung für das Konto 0955 in Höhe von 32,26 EUR von den Abgängen in die Zugänge.

### Position 1.2.10 Anlagen im Bau:

Nachträgliche Erfassungen zum Schulbausanierungsvertrag nach Abschluss des Nebenbuchs für die Jahresprogramme 2015 bei den Zugängen (-808.574,61 EUR, 96.466,03 EUR, 1.200.510,42 EUR).

### Position 1.3 Finanzanlagen:

Generelle Erläuterungen: Aus Gründen des zeitlichen Ablaufs der Jahresabschlusserstellung erfolgt die Erfassung der Beteiligungen in den Positionen 1.3.1, 1.3.3 und 1.3.5 ab dem Jahr 2014 nur noch im Hauptbuch.



# Anlage 6 Forderungsübersicht

Ifd. Nr.	Art (gem. § 47 Abs. 4 Nr 2.2 GemHVO)	Forderungen			Stand zum 31.12.2015 (Nominalwert)	Abzinsung zum 31.12.2015	Stand der Wertberichtigungen zum 31.12.2015*	Stand zum 31.12.2015 (Bilanzwert)	Stand zum 31.12. des Haushaltsvorjahr (Bilanzwert)
		bis zu einem Jahr	von über einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren					
1.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	21.615.336,01	3.143.788,71	2.326.946,81	27.086.071,53	N.V.	10.855.221,12	16.230.850,41	18.979.968,29**
1.1.	Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen	15.224.446,89	2.193.256,05	2.317.473,42	19.735.176,36	N.V.	-	19.735.176,36	21.566.037,25
1.2.	Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	943.990,37	628.436,16	9.443,39	1.581.869,92	N.V.	-	1.581.869,92	2.223.807,97
1.3.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	138.982,65	-	-	138.982,65	N.V.	-	138.982,65	233.872,54
1.4.	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	14.503,73	-	-	14.503,73	N.V.	-	14.503,73	79.652,69
1.5.	Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige komm. Stiftungen	91.645,60	-	-	91.645,60	N.V.	-	91.645,60	73.129,27
1.6.	Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	374.762,94	318.766,89	-	693.529,83	N.V.	-	693.529,83	326.174,67
1.7.	Sonstige Vermögensgegenstände	4.827.003,83	3.329,61	30,00	4.830.363,44	N.V.	-	4.830.363,44	6.400.654,62

\* davon Pauschalwertberichtigung:

4.093.800,00 €

\*\* Abzgl Wertberichtigungen VJ

11.923.360,72 €





# Anlage 7 Verbindlichkeitenübersicht

lfd. Nr.	Art (gem. § 47 Abs. 5 Nr. 4 GemHVO)	Verbindlichkeiten zum 31.12.2015 mit einer Restlaufzeit			Stand zum 31.12.2015 (Nominalwert)	Abzinsung zum 31.12.2015	Stand zum 31.12.2015 (Bilanzwert)	davon durch Grundpfandrechte oder ähnliche Rechte	Art und Form der Sicherheit	Stand zum 31.12.2014 (Bilanzwert)
		bis zu einem Jahr	von über einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren						
		in €								
1.	Anleihen	-	-	-	-	N.V.	-	-	keine	-
2.	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	102.093.031,94	61.688.812,43	220.382.523,26	384.164.367,63	N.V.	384.164.367,63	384.164.367,63	Kommunalkredit	405.472.263,01
	davon:									
3.	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	19.992.998,04	61.688.812,43	220.382.523,26	302.064.333,73	N.V.	302.064.333,73	302.064.333,73	Kommunalkredit	318.972.219,71
4.	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	82.100.033,90	-	-	82.100.033,90	N.V.	82.100.033,90	82.100.033,90	Kommunalkredit	86.500.043,30
5.	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	-	-	3.175.650,12	3.175.650,12	N.V.	3.175.650,12	3.175.650,12	Bürgschaft	3.256.319,80
6.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	-	-	-	-	N.V.	-	-	keine	-
7.	Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	4.511.656,02	180.846,60	-	4.692.502,62	N.V.	4.692.502,62	4.692.502,62	Eigentumsvorbehalt	5.624.078,32
8.	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	-	-	-	-	N.V.	-	-	keine	25,76
9.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	10.370.667,50	15.280.317,44	10.841.964,80	36.492.949,74	N.V.	36.492.949,74	-	keine	18.361.169,78
10.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	143.912,81	-	-	143.912,81	N.V.	143.912,81	-	keine	20.819,25
11.	Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	46.911.948,81	-	-	46.911.948,81	N.V.	46.911.948,81	46.911.948,81	Auf Grund gesetzl. Bestimmungen zur Einheitskasse	41.977.453,78
12.	Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	952.919,63	-	-	952.919,63	N.V.	952.919,63	-	keine	2.939.403,47
13.	Sonstige Verbindlichkeiten	4.216.113,46	-	-	4.216.113,46	N.V.	4.216.113,46	-	keine	2.744.338,78
14.	Summe der Verbindlichkeiten	169.200.250,17	77.149.976,47	234.400.138,18	480.750.364,82	N.V.	480.750.364,82	438.944.469,18		480.395.871,95





## Anlage 8 Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen

Ifd. Nr.	Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres	Planungsdaten des Haushaltsfolgejahres (2016)	Planungsdaten des zweiten Haushaltsfolgejahres (2017)	Planungsdaten des dritten Haushaltsfolgejahres (2018)	Planungsdaten der weiteren Haushaltsfolgejahre
<b>1. Aufwandsermächtigungen</b>						
	Teilhaushalt 1	0	21.496.288	21.763.220	22.013.172	-
	Teilhaushalt 2	0	1.522.421	1.536.967	1.551.759	-
	Teilhaushalt 3	0	1.551.228	1.572.136	1.593.423	-
	Teilhaushalt 4	0	959.193	973.961	939.732	-
	Teilhaushalt 5	22.940	21.323.034	21.541.029	21.670.689	-
	Teilhaushalt 6	850.000	142.017.605	143.515.527	145.020.858	-
	Teilhaushalt 7	855.000	5.509.854	5.514.279	5.631.254	-
	Teilhaushalt 8	0	22.350.375	13.615.095	13.682.600	-
	Teilhaushalt 9	0	24.263.351	24.640.417	25.019.948	-
	Teilhaushalt 10	4.831.105	85.813.538	92.000.953	91.178.932	-
	Teilhaushalt 11	0	24.306.455	25.233.355	26.220.340	-
<b>2. Auszahlungsermächtigungen</b>						
2.1	<b>Ordentliche und außerordentliche Auszahlungen</b>					
	Teilhaushalt 1	0	20.625.000	20.886.650	21.127.747	-
	Teilhaushalt 2	0	1.479.923	1.494.063	1.508.445	-
	Teilhaushalt 3	0	1.500.349	1.520.872	1.541.768	-
	Teilhaushalt 4	0	881.124	895.655	861.187	-
	Teilhaushalt 5	22.940	19.441.087	19.649.298	19.769.077	-
	Teilhaushalt 6	850.000	140.498.288	141.992.328	143.493.737	-
	Teilhaushalt 7	855.000	4.159.509	4.163.612	4.280.258	-
	Teilhaushalt 8	0	16.590.180	15.399.114	15.466.128	-
	Teilhaushalt 9	0	23.396.659	23.772.661	24.151.116	-
	Teilhaushalt 10	4.831.105	61.777.651	67.988.164	67.136.401	-
	Teilhaushalt 11	0	39.166.355	41.757.255	43.568.040	-

<b>2.2</b>	<b>Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>					
	Teilhaushalt 1	246.430	57.500	57.500	55.000	-
	Teilhaushalt 2	0	0	0	0	-
	Teilhaushalt 3	0	10.000	10.000	10.000	-
	Teilhaushalt 4	2.519.820	2.470.500	1.470.500	1.205.500	-
	Teilhaushalt 5	672.980	2.504.000	842.000	295.000	-
	Teilhaushalt 6	1.968.786	9.469.500	8.547.500	1.303.500	-
	Teilhaushalt 7	236.790	2.987.400	4.020.000	3.135.000	-
	Teilhaushalt 8	3.381.814	9.162.340	5.288.320	2.185.400	-
	Teilhaushalt 9	48.511	55.000	25.000	15.000	-
	Teilhaushalt 10	15.949.320	23.662.830	26.134.390	29.045.500	-
	Teilhaushalt 11	0	0	0	0	-
<b>2.3</b>	<b>Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit</b>					
	Teilhaushalt 1-11	16.926.300	16.100.900	17.224.300	18.186.000	-
	<b>3. Ermächtigungen für die Aufnahme von Investitionskrediten</b>					
	Teilhaushalt 1-11	16.618.015	24.773.995	28.537.385	19.810.355	-
	<b>4. Aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdende Auszahlungen</b>					
	Teilhaushalt 1	0	0	0	0	-
	Teilhaushalt 2	0	0	0	0	-
	Teilhaushalt 3	0	0	0	0	-
	Teilhaushalt 4	1.200.000	1.550.000	0	0	-
	Teilhaushalt 5	55.000	1.044.000	0	0	-
	Teilhaushalt 6	0	6.470.500	6.050.000	1.000.000	-
	Teilhaushalt 7	0	2.300.000	0	0	-
	Teilhaushalt 8	0	88.500	0	0	-
	Teilhaushalt 9	0	0	0	0	-
	Teilhaushalt 10	6.662.000	14.844.110	2.150.000	450.000	-
	Teilhaushalt 11	0	0	0	0	-



# Rechenschaftsbericht zum Haushaltsjahr 2015

## 1. Rechtsgrundlagen / Vorbemerkungen

Die Gemeinde hat nach **§ 108 Abs. 3 GemO** dem Jahresabschluss als Anlage einen Rechenschaftsbericht beizufügen.

Im diesem sind nach **§ 49 GemHVO** der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage der Gemeinde so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Dazu ist ein Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses zu geben und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Haushaltsjahr abzulegen.

Weiterhin hat im Rechenschaftsbericht eine Analyse der Haushaltswirtschaft sowie der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommune zu erfolgen.

Der Rechenschaftsbericht soll außerdem auf Vorgänge von besonderer Bedeutung eingehen, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind. In ihm sollen Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde unter Angabe der zugrunde liegenden Annahmen aufgezeigt werden.

Die diesem Rechenschaftsbericht zugrunde liegende Haushaltssatzung wurde vom Rat der Stadt Koblenz am 19.12.2014 beschlossen, geändert durch Ratsbeschlüsse vom 20.03.2015 und 12.06.2015.

Die Historie des Haushaltsgenehmigungsprozesses wird nachstehend kurz erläutert:

Mit Schreiben vom 14.01.2015 wurde die Haushaltssatzung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion vorgelegt.

Mit Schreiben vom 05.06.2015, eingegangen am 11.06.2015, hat die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion die erforderlichen Genehmigungen erteilt.

Der Beschluss des Stadtrates über die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 wurde beanstandet, soweit der unter Berücksichtigung der internen Leistungsverrechnungen auf den freiwilligen Leistungsbereich entfallende saldierte Zuschussbedarf im Ergebnishaushalt 2015 über den Betrag in Höhe von 21 Mio. € hinausgeht.

Anstelle einer Reduzierung des freiwilligen Zuschussbedarfes (943.098 €) wurde seitens der Aufsichtsbehörde auch die Möglichkeit zugelassen, über zusätzliche, nachhaltige Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln die entsprechende Einsparung zu erreichen.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 12.06.2015 hierzu den Hebesatz der Gewerbesteuer von 410 v. H. auf 420 v. H. erhöht.

Weiterhin wurde der in der Haushaltssatzung auf 26.399.210 € festgesetzte Gesamtbetrag der Investitionskredite in Höhe von 16 Mio. € genehmigt.  
Zu dem danach verbleibenden Betrag in Höhe von 10.399.210 € wurde die Investitionskreditgenehmigung vorerst versagt.

Die Haushaltssatzung 2015 wurde durch Veröffentlichung in der Rhein-Zeitung am Donnerstag, 25.06.2015, öffentlich bekannt gemacht.

In seiner Sitzung am 17.09.2015 hat der Stadtrat die 1. Nachtragshaushaltssatzung und den 1. Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebes Koblenz-Touristik beschlossen. Die erforderliche Genehmigung der Aufsichtsbehörde wurde mit Schreiben vom 25.09.2015 erteilt, sodass die Veröffentlichung in der Rhein-Zeitung am 09.10.2015 erfolgen konnte. Anschließend hat der 1. Nachtragswirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015 vom 12.10.2015 bis 21.10.2015 ordnungsgemäß ausgelegt.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 13.11.2015 die 2. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 beschlossen.

Am 19.11.2015 wurden die 2. Nachtragshaushaltssatzung sowie die erforderlichen Haushaltsunterlagen der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier zur Genehmigung übersandt.

Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion hat die 2. Nachtragshaushaltssatzung mit Schreiben vom 16.12.2015, eingegangen am 21.12.2015, staatsaufsichtlich genehmigt.

Die 2. Nachtragshaushaltssatzung 2015 wurde durch Veröffentlichung in der Rhein-Zeitung am Mittwoch, 23.12.2015, öffentlich bekannt gemacht.

*Anmerkungen: Sofern im Rechenschaftsbericht Ergebnisdaten aus den Jahren 2014 und 2015 ausgewiesen werden, handelt es sich hierbei um noch nicht endgültig festgestellte Daten. Die Aussagen zum Haushaltsansatz 2016 sowie zur mittelfristigen Haushaltsplanung für die Jahre 2017 bis 2019 basieren auf dem Nachtragshaushaltsplan 2016.*



## 2. Lage der Gemeinde

### 2.1 Organisation der Gemeinde

Die **rechtliche Struktur** der **Gemeinde** stellt sich wie folgt dar:

- Koblenz ist eine kreisfreie Stadt gemäß § 7 GemO

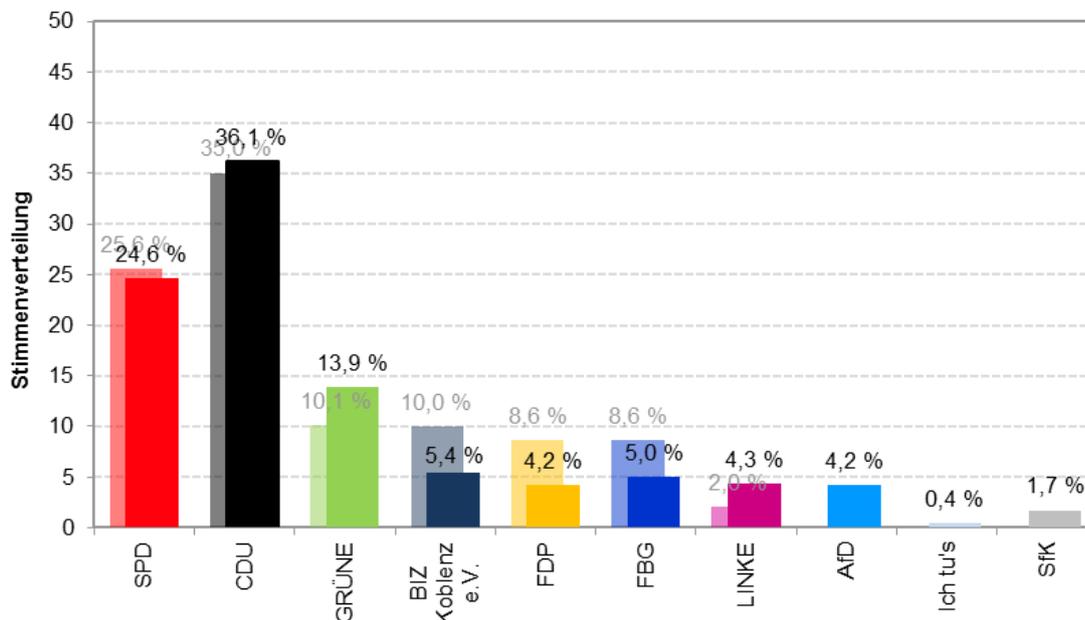
Die **Organe** der Gemeinde sind:

- der **Oberbürgermeister**  
Herr Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig
- der **Stadtrat**

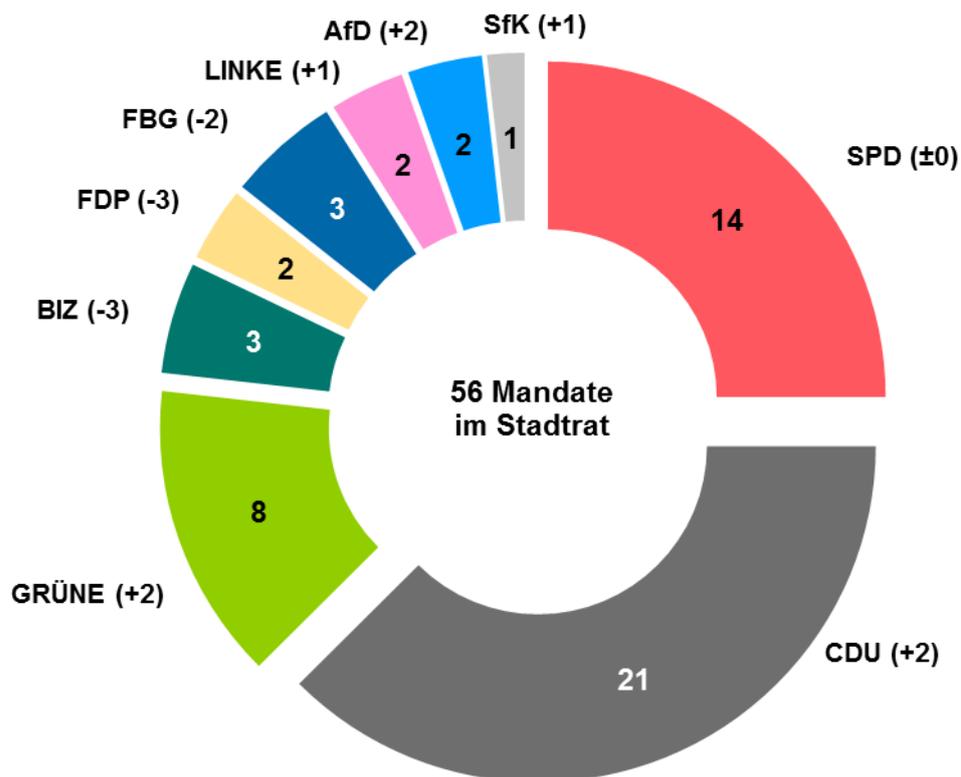
Der aktuelle Stadtrat der Stadt Koblenz besteht aus 56 gewählten Ratsmitgliedern und dem Oberbürgermeister.

Die **letzte Kommunalwahl** hat am **25. Mai 2014** stattgefunden. Der Stadtrat wird alle fünf Jahre neu gewählt, so dass die nächste Wahl 2019 stattfinden wird.

- **Ergebnis Kommunalwahlen 2014:**



Die blassen Säulen stellen das Ergebnis der Wahl 2009 dar.  
Datenquelle: Endergebnis Kommunalwahl 2014; Stadt Koblenz



Datenbasis: Amtliches Endergebnis Kommunalwahl 2014; Stadt Koblenz

### Die **Zusammensetzung** des **Stadtrates** im Einzelnen:

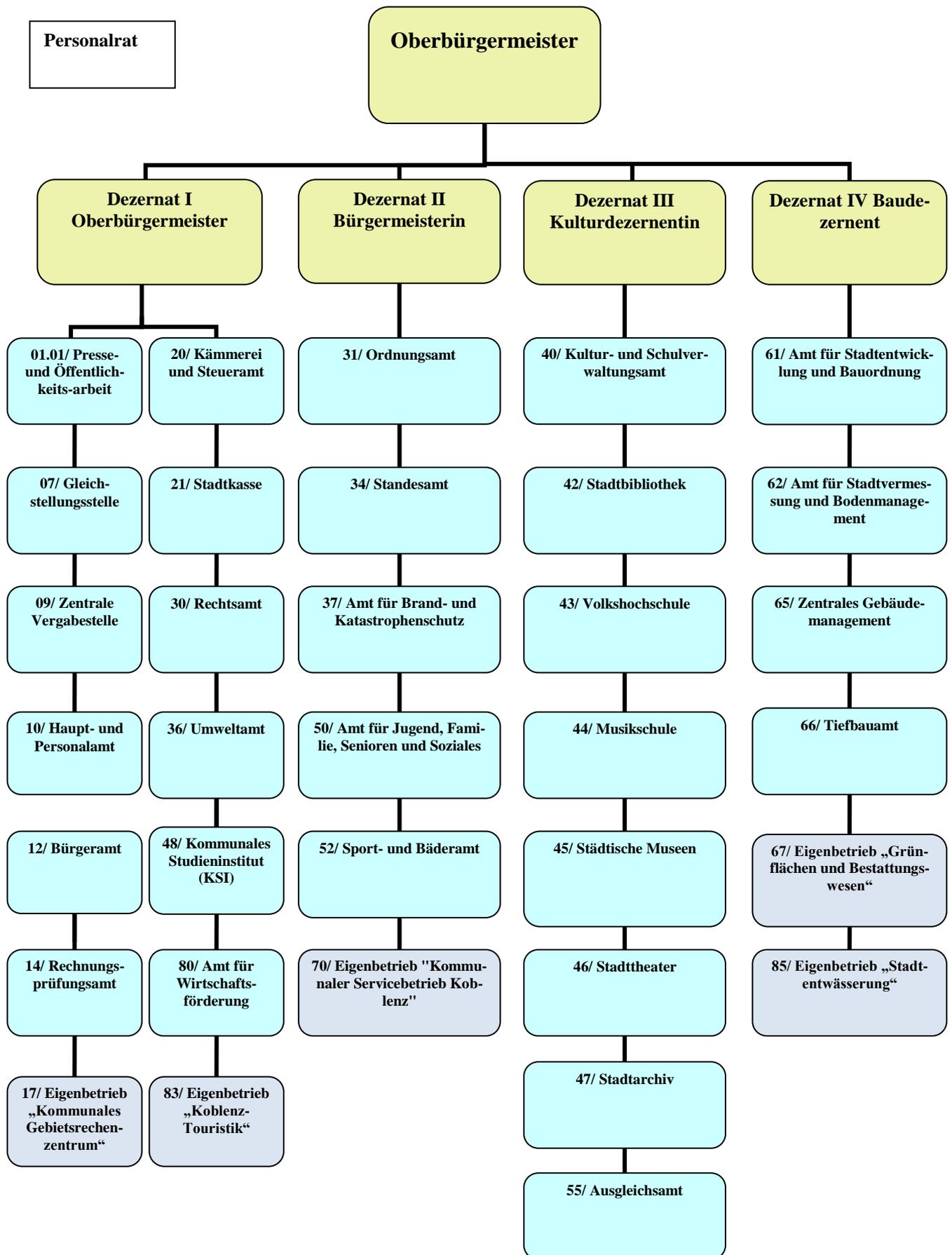
	<u>Wahlergebnis 2009</u>	<u>Wahlergebnis 2014</u>
- CDU	19 Ratsmitglieder	21 Ratsmitglieder
- SPD	14 Ratsmitglieder	14 Ratsmitglieder
- BIZ	6 Ratsmitglieder	3 Ratsmitglieder
- Grüne	6 Ratsmitglieder	8 Ratsmitglieder
- FDP	5 Ratsmitglieder	2 Ratsmitglieder
- FBG	5 Ratsmitglieder	3 Ratsmitglieder
- LINKE	1 Ratsmitglied	2 Ratsmitglieder*
- AfD	-/-	2 Ratsmitglieder
- SfK	-/-	1 Ratsmitglied*

\* Während der Wahlperiode hat sich das Ratsmitglied der SfK der FBG angeschlossen. Ebenfalls wechselte ein Mitglied der Linken-Fraktion zur BIZ.



## 2.2 Aufbau der Gemeindeverwaltung

Stand: 31.12.2015

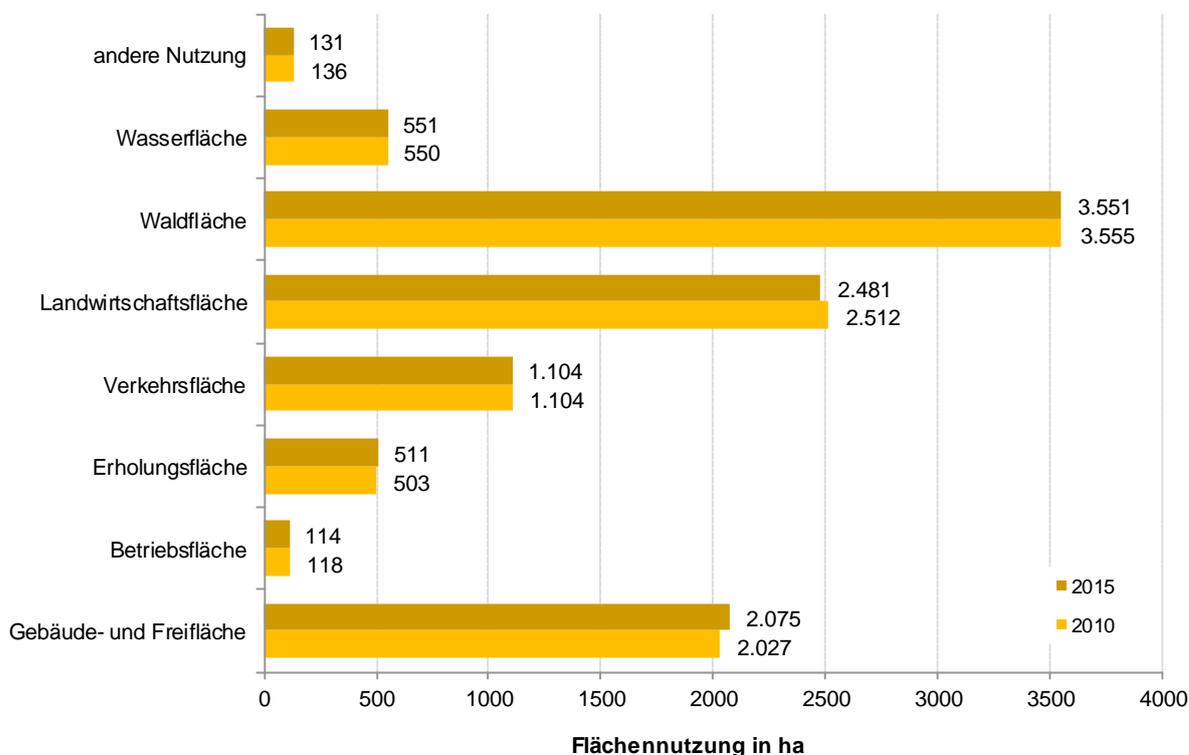


## 2.3 Rahmenbedingungen

- Nachfolgend werden die **Gemeindeflächen** dargestellt:

Nutzungsart	Jahr						Veränderung 2010-2015
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	
Fläche (in ha)	10.505	10.508	10.512	10.513	10.513	10.516	+ 11
davon ...							in ha
Gebäude- und Freifläche	2027,0	2044,0	2059,0	2064,0	2073,0	2075,0	+ 48,0
Betriebsfläche	118,0	118,0	115,0	114,0	114,0	114,0	- 4,0
Erholungsfläche	503,0	512,0	520,0	512,0	511,0	511,0	+ 8,0
Verkehrsfläche	1104,0	1104,0	1107,0	1104,0	1105,0	1104,0	+ 0,0
Landwirtschaftsfläche	2512,0	2497,0	2482,0	2488,0	2481,0	2481,0	- 31,0
Waldfläche	3555,0	3552,0	3549,0	3548,0	3548,0	3551,0	- 4,0
Wasserfläche	550,0	551,0	551,0	551,0	551,0	551,0	+ 1,0
andere Nutzung	136,0	132,0	131,0	131,0	131,0	131,0	- 5,0

Datenquelle: Statistisches Landesamt Rheinland Pfalz



Datenquelle: Statistisches Landesamt Rheinland Pfalz

- Zur Darstellung der **Bevölkerungsentwicklung** können folgende Übersichten beitragen:

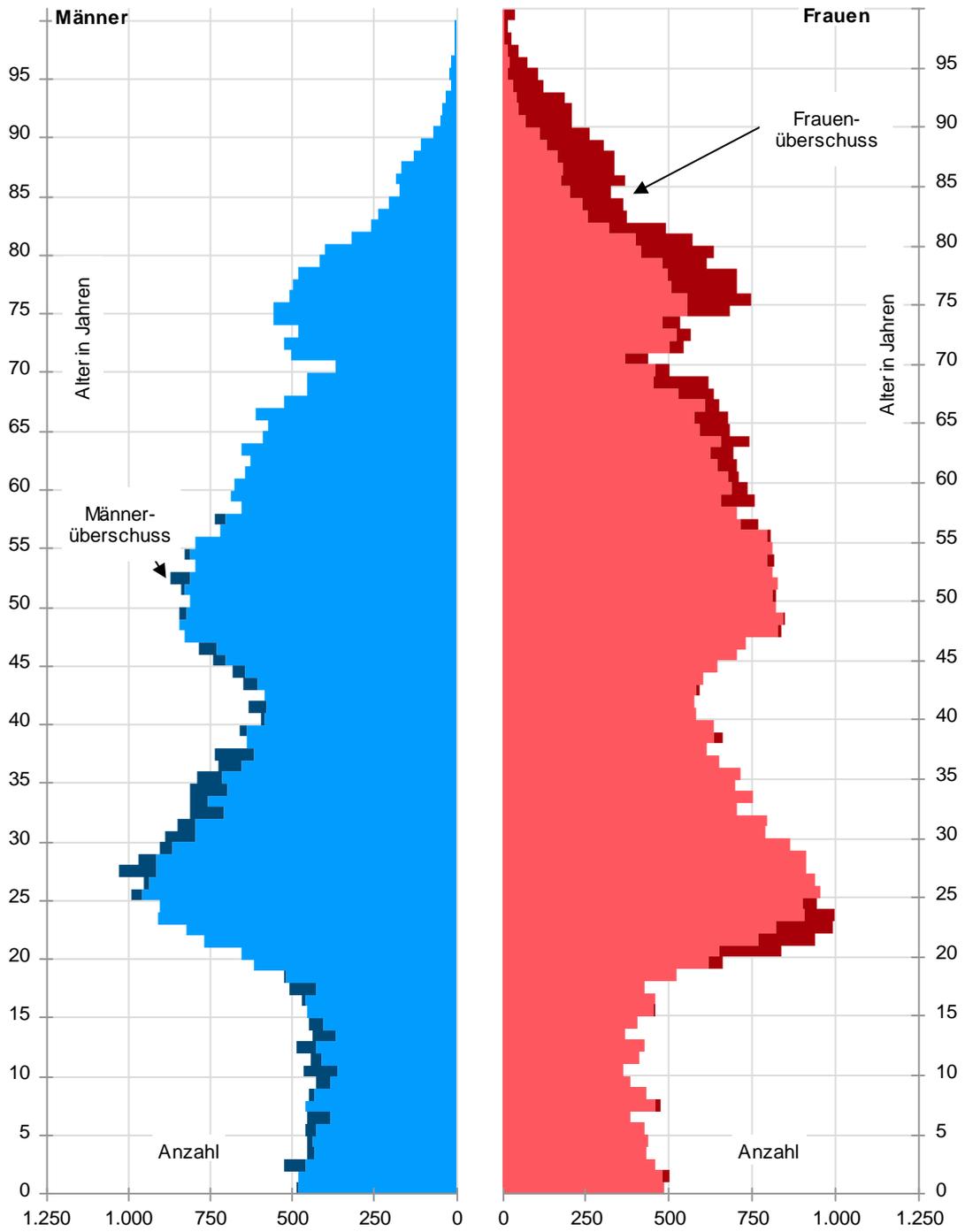
## Bevölkerungsdaten von Koblenz

Bevölkerung am Ort des Hauptwohnsitzes	31.12.2012		31.12.2013		31.12.2014		31.12.2015		Veränderung 2015 gegenüber 2012	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Insgesamt	108.900	100,0	109.922	100,0	110.677	100,0	111.870	100,0	+ 2.970	+ 2,7
unterteilt nach Geschlecht										
männlich	52.320	48,0	52.969	48,2	53.498	48,3	54.219	48,5	+ 1.899	+ 3,6
weiblich	56.580	52,0	56.953	51,8	57.179	51,7	57.651	51,5	+ 1.071	+ 1,9
unterteilt nach Nationalität										
Deutsche	99.561	91,4	99.988	91,0	99.891	90,3	99.856	89,3	+ 295	+ 0,3
Ausländer	9.339	8,6	9.934	9,0	10.786	9,7	12.014	10,7	+ 2.675	+ 28,6
unterteilt nach Altersgruppe										
0 bis unter 3	2.729	2,5	2.777	2,5	2.834	2,6	2.938	2,6	+ 209	+ 7,7
3 bis unter 6	2.642	2,4	2.617	2,4	2.615	2,4	2.672	2,4	+ 30	+ 1,1
6 bis unter 18	10.535	9,7	10.462	9,5	10.492	9,5	10.494	9,4	- 41	- 0,4
18 bis unter 25	10.226	9,4	10.607	9,6	10.757	9,7	11.101	9,9	+ 875	+ 8,6
25 bis unter 35	15.836	14,5	16.406	14,9	16.850	15,2	17.360	15,5	+ 1.524	+ 9,6
35 bis unter 45	13.382	12,3	13.053	11,9	12.948	11,7	12.982	11,6	- 400	- 3,0
45 bis unter 65	29.890	27,4	30.245	27,5	30.293	27,4	30.326	27,1	+ 436	+ 1,5
65 und älter	23.660	21,7	23.755	21,6	23.888	21,6	23.997	21,5	+ 337	+ 1,4
unterteilt nach Konfession										
katholisch	55.979	51,4	55.673	50,6	54.786	49,5	54.147	48,4	- 1.832	- 3,3
evangelisch	20.619	18,9	20.525	18,7	20.210	18,3	20.278	18,1	- 341	- 1,7
unterteilt nach Familienstand										
ledig	46.279	42,5	47.609	43,3	47.947	43,3	48.713	43,5	+ 2.434	+ 5,3
verheiratet	45.355	41,6	45.109	41,0	44.889	40,6	44.807	40,1	- 548	- 1,2
verwitwet	7.918	7,3	7.851	7,1	7.804	7,1	7.657	6,8	- 261	- 3,3
geschieden	9.348	8,6	9.353	8,5	9.394	8,5	9.392	8,4	+ 44	+ 0,5

Datenquelle: Melderegister Stadt Koblenz



# Bevölkerungspyramide 2015



Stichtag 31.12.2015

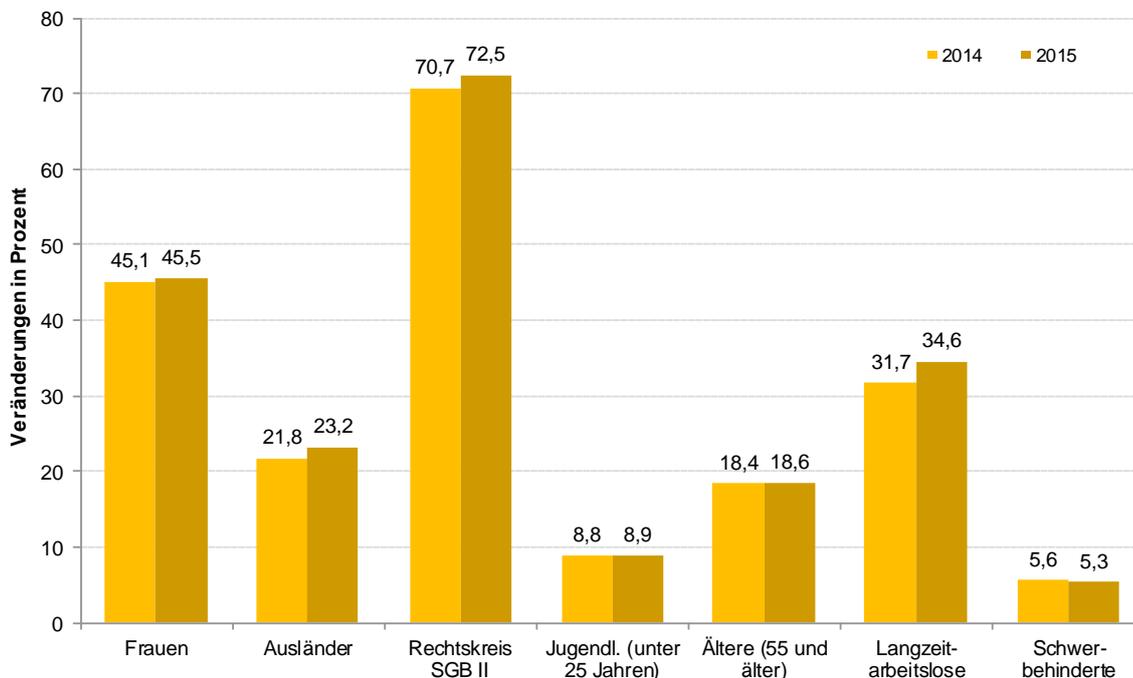
Datenquelle: Melderegister Stadt Koblenz



▪ **Entwicklung der Arbeitslosenzahlen:**

Strukturelle Gruppen	2011	2012	2013	2014	2015	Differenz zum Vorjahr	
	Mittelwerte der vier Quartalsmonate					Anzahl	Prozent
Arbeitslose	3.552	3.783	3.633	3.851	3.893	+ 42	+ 1,1
<b>nach Geschlecht</b>							
Männer	1.919	2.008	1.932	2.114	2.122	+ 8	+ 0,4
Frauen	1.633	1.775	1.700	1.737	1.771	+ 34	+ 1,9
<b>nach Nationalität</b>							
Deutsche	2.893	3.060	2.915	3.011	2.981	- 30	- 1,0
Ausländer	657	723	716	838	904	+ 65	+ 7,8
<b>nach Rechtskreis</b>							
SGB III	987	1.061	1.126	1.127	1.073	- 55	- 4,9
SGB II	2.565	2.722	2.507	2.724	2.821	+ 97	+ 3,6
<b>nach Altersgruppe</b>							
unter 25 Jahren	351	350	323	341	346	+ 5	+ 1,5
55 Jahre und älter	568	664	715	707	723	+ 16	+ 2,3
<b>nach Beschäftigungsumfang</b>							
Vollzeit	2.756	2.865	2.623	2.788	2.748	- 40	- 1,4
Teilzeit	696	819	856	930	1.005	+ 76	+ 8,1
<b>weitere strukturelle Gruppen</b>							
Schw erbehinderte	237	206	184	215	207	- 8	- 3,6
Langzeitarbeitslose	1.049	1.211	1.181	1.219	1.346	+ 127	+ 10,4

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg; eigene Berechnungen



Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg; eigene Berechnungen



▪ **Beherbergungsstatistiken:**

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Beherbergungsstätten (1.Juli)	52	56	53	55	60	56
Betten (1. Juli)	3.418	3.991	3.937	4.024	3.879	3.985
Bettenauslastung (Jahresmittel in %)	40,4	46,5	42,2	42,7	45,2	45,7
<b>Ankünfte</b>						
gesamt	257.612	351.937	322.284	332.451	337.173	352.051
darunter Ausländische Gäste	60.739	53.060	59.010	61.885	62.598	69.152
<b>Übernachtungen</b>						
gesamt	504.611	678.097	606.099	627.627	640.089	664.354
darunter Ausländische Gäste	108.638	96.242	105.321	112.743	113.407	121.353
<b>Aufenthaltsdauer in Tagen</b>						
gesamt	1,96	1,93	1,88	1,89	1,90	1,89
Ausländische Gäste	1,79	1,81	1,78	1,82	1,81	1,75

Datenquelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; eigene Berechnungen

▪ **Bevölkerungsbewegung:**

Art der Bewegung	Jahr									
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Zuzüge	6.719	6.740	7.004	7.166	7.031	7.211	9.271	8.867 *	9.176	9.606
davon										
Deutsche	5.407	5.331	5.725	5.825	5.672	5.710	7.362	6.574	6.436	6.232
Ausländer	1.312	1.409	1.279	1.341	1.359	1.501	1.909	2.293	2.740	3.374
Wegzüge	6.648	6.259	6.590	6.827	6.677	6.771	7.037	7.519	8.111	8.179
davon										
Deutsche	5.533	5.099	5.541	5.627	5.530	5.673	5.742	6.116	6.478	6.316
Ausländer	1.115	1.160	1.049	1.200	1.147	1.098	1.295	1.403	1.633	1.863
Umzüge	8.047	8.135	8.004	7.676	7.437	7.424	7.350	7.140	7.318	7.189
davon										
Deutsche	6.815	7.044	7.035	6.676	6.402	6.499	6.340	6.119	6.022	5.515
Ausländer	1.232	1.091	969	1.000	1.035	925	1.010	1.021	1.296	1.674
Geburten	850	927	987	891	915	984	931	1.016	1.010	1.026
davon										
Deutsche	776	871	925	828	859	927	876	970	923	939
Ausländer	74	56	62	63	56	57	55	46	87	87
Sterbefälle	1.268	1.185	1.267	1.264	1.263	1.213	1.239	1.331	1.310	1.258
davon										
Deutsche	1.230	1.152	1.236	1.234	1.225	1.176	1.198	1.298	1.268	1.218
Ausländer	38	33	31	30	38	37	41	33	42	40

\* incl. der 1.000 Ummeldungen zum Hauptwohnsitz in Folge der Einführung der Zweitwohnsitzsteuer

Datenquelle: Melderegister Stadt Koblenz

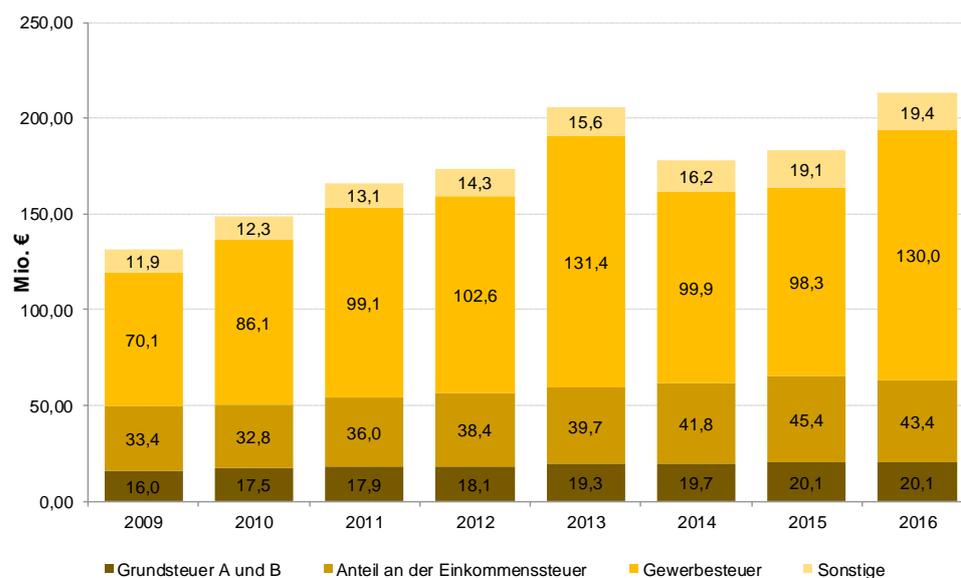


## Steuererträge:

	Ergebnis	Nachtrag						
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in Mio. €							
<b>Steuererträge (Brutto)</b>	<b>131,45</b>	<b>148,66</b>	<b>166,03</b>	<b>173,50</b>	<b>206,05</b>	<b>177,61</b>	<b>182,98</b>	<b>212,84</b>
davon:								
+ Grundsteuer A und B	15,99	17,47	17,89	18,13	19,35	19,73	20,14	20,08
+ Anteil an der Einkommensteuer	33,44	32,77	35,96	38,41	39,67	41,78	45,38	43,36
+ Gewerbesteuer	70,12	86,09	99,14	102,61	131,41	99,90	98,33	130,00
+ Grunderwerbssteuer*	0,12	-	-	-	-	-	-	-
+ Umsatzsteuermehreinnahmen vom Land	3,29	3,74	3,84	4,00	3,97	4,36	4,75	4,00
+ Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	7,28	7,46	7,82	8,33	8,50	8,66	10,30	10,30
+ Sonstige Steuern	1,23	1,13	1,39	2,00	3,15	3,18	4,09	5,11
- abzüglich Gewerbesteuerumlage	- 11,75	- 15,28	- 16,93	- 17,57	- 23,31	- 16,54	- 14,82	- 21,36
<b>Steuererträge (Netto)</b>	<b>119,70</b>	<b>133,38</b>	<b>149,11</b>	<b>155,93</b>	<b>182,74</b>	<b>161,08</b>	<b>168,16</b>	<b>191,49</b>

\* seit 2003 ausschließlich vom Land Rheinland-Pfalz erhoben

Datenquelle: Stadtverwaltung Koblenz -Kämmerei und Steueramt-



Datenquelle: Stadtverwaltung Koblenz -Kämmerei und Steueramt-

- Im nachfolgenden werden die **Hebesätze** der Grund- und Gewerbesteuer der Stadt Koblenz sowie ausgewählter kreisfreier Städte in Rheinland-Pfalz dargestellt:

Gemeindebezeichnung	Hebesätze 2015		
	Gewerbesteuer	Grundsteuer B	Grundsteuer A
Kaiserslautern	410	460	310
Koblenz	420	420	340
Ludwigshafen am Rhein	405	420	320
Mainz	440	480	290
Trier	420	420	350

- Entwicklung der Schülerzahlen:**

Schulart	Schuljahr					
	2010/2011	2011/2012	2012/2013	2013/2014	2014/2015	2015/2016
Grundschulen	3.431	3.345	3.297	3.301	3.374	3.404
Hauptschulen	119	82	48	-	-	-
Realschulen plus	2.101	2.115	1.993	1.888	1.811	2.231
Gymnasien	6.154	6.147	6.120	6.063	5.926	5.789
Integ. Gesamtschulen	789	784	769	760	746	759
Realschulen	586	560	563	561	558	-
Förderschulen	353	357	342	327	312	301
Kollegs u. Abendgym.	262	237	268	242	229	231
Schüler insgesamt	13.795	13.627	13.400	13.142	12.956	12.715

Datenquelle: Stadtverwaltung Koblenz -Kultur- und Schulverwaltungsamt-; Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz



## 3. Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

### Zusammengefasstes Ergebnis

#### 3.1 Bilanz

Die Bilanz hat die Aufgabe, das kommunale Vermögen und dessen Veränderungen wertmäßig nachzuweisen sowie die Finanzierung des Vermögens darzustellen.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2015 beträgt 1.403 Mio. € und reduzierte sich um 2,47 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr.

Zum Schluss des Haushaltsjahres weist die Bilanz ein positives Eigenkapital in Höhe von 538 Mio. € aus.

Die Ursachen der Erhöhung der Bilanzsumme sind unter 3.5 Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage beschrieben.

# Bilanz zum 31.12.2015

Aktiva	31.12. Haushalts- vorjahr in €	31.12. Haushalts- jahr in €	Passiva	31.12. Haushalts- vorjahr in €	31.12. Haushalts- jahr in €
Immaterielle Vermögensgegenstände	56.036.134,50	55.035.056,54	Kapitalrücklage	633.865.516,81	595.079.120,35
Sachanlagen	1.000.346.349,01	1.002.878.036,97	Sonstige Rücklagen	16.028,20	16.028,20
Finanzanlagen	308.242.951,28	316.409.191,78	Ergebnisvortrag	-91.079.200,10	-64.582.469,84
Vorräte	6.134.770,54	4.659.303,43	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-12.289.666,20	7.526.342,89
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	18.979.968,29	16.230.850,41	Sonderposten für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0,00	0,00
Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	Sonderposten zum Anlagevermögen	214.805.882,47	214.384.614,64
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der Europäischen Zentralbank, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	11.235.269,22	1.557.618,35	Sonderposten für den Gebührenaussgleich	54.854,96	56.676,83
Rechnungsabgrenzungsposten	4.404.831,80	6.139.677,12	Sonderposten mit Rücklagenanteil	1.212.813,56	427.688,98
			Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten	0,00	0,00
			Sonderposten aus Anzahlungen für Grabnutzungsentgelte	0,00	0,00
			Sonstige Sonderposten	0,00	0,00
			Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	151.752.030,49	153.813.754,87
			Steuerrückstellungen	11.903.761,62	1.265.110,62
			Rückstellungen für latente Steuern	0,00	0,00
			Sonstige Rückstellungen, (z. B. Instandhaltung)	14.136.715,56	13.388.431,86
			Anleihen	0,00	0,00
			Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	405.472.263,01	384.164.367,63
			Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	3.256.319,80	3.175.650,12
			Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0,00
			Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.624.078,32	4.692.502,62
			Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	25,76	0,00
			Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	18.361.169,78	36.492.949,74
			Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	20.819,25	143.912,81
			Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	41.977.453,78	46.911.948,81
			Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	2.939.403,47	952.919,63
			Sonstige Verbindlichkeiten	2.744.338,78	4.216.113,46
			Rechnungsabgrenzungsposten	605.665,32	784.070,38
	1.405.380.274,64	1.402.909.734,60		1.405.380.274,64	1.402.909.734,60



	31.12.2014	31.12.2015	Veränderung	
			€	%
<b>Eigenkapital</b>	<b>530.512.678,71 €</b>	<b>538.039.021,60 €</b>	<b>7.526.342,89 €</b>	<b>1,42%</b>
Kapitalrücklage	633.865.516,81 €	595.079.120,35	-38.786.396,46 €	
Sonstige Rücklagen	16.028,20	16.028,20	0,00 €	
Ergebnisvortrag	-91.079.200,10	-64.582.469,84	26.496.730,26 €	
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-12.289.666,20 €	7.526.342,89 €	19.816.009,09 €	

Der Jahresüberschuss für das Jahr 2015 beträgt 7,5 Mio. €, was im Vergleich zum Jahresfehlbetrag des Vorjahres (-12,3 Mio. €) eine Ergebnisverbesserung um 19,8 Mio. € bedeutet. Der Jahresfehlbetrag von 2009 (-51,8 Mio. €) konnte nicht in den letzten fünf Jahren mit den Jahresüberschüssen ausgeglichen werden. Dies hat zur Folge, dass der Ergebnisvortrag sich um den Jahresfehlbetrag 2009 abzüglich des verrechneten Jahresüberschusses 2013 verringert (-51,8 Mio. € Jahresfehlbetrag 2009 + 13 Mio. € Jahresüberschuss 2013 = -38,8 Mio. €). Nach § 18 Abs. 4 Nr. 3 GemHVO wurde der verbleibende Jahresfehlbetrag 2009 (-38,8 Mio. €) mit der Kapitalrücklage verrechnet. Gleichzeitig ist der Jahresfehlbetrag von 2014 (-12,3 Mio. €) vorgetragen worden.

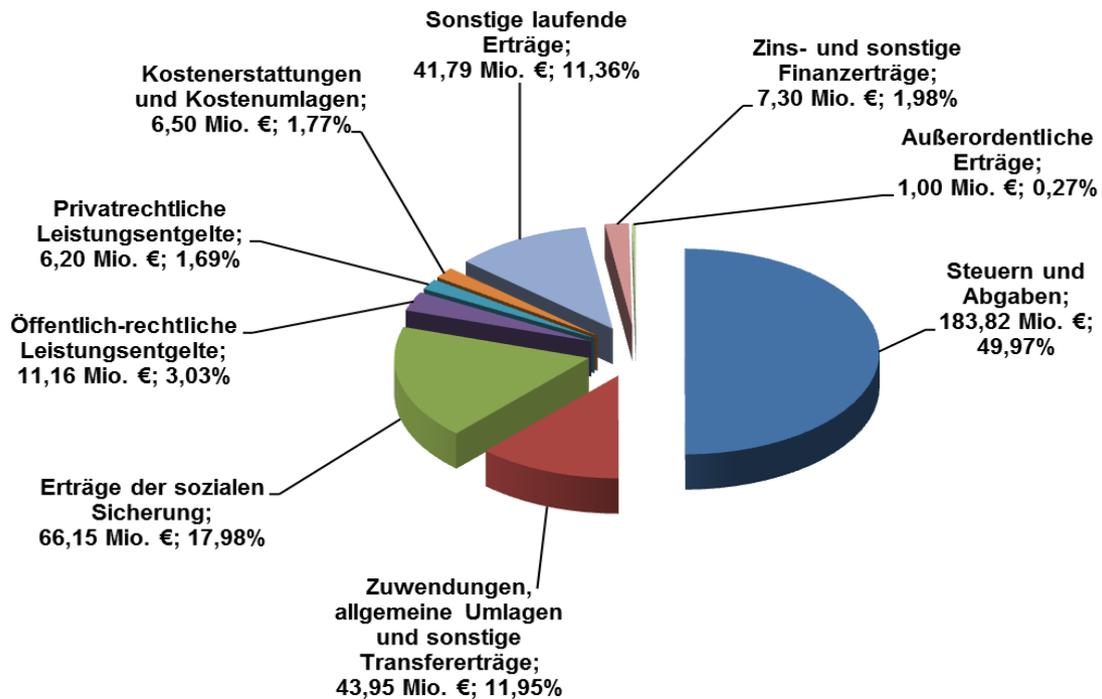
	2011	2012	2013	2014	2015
Eigenkapitalquote in %	38,62	38,42	39,32	37,75	38,35

Die Eigenkapitalquote zeigt das Verhältnis von Eigenkapital zur Bilanzsumme. Eine hohe Eigenkapitalquote kann einen Indikator für die „Gesundheit“ der Kommunalfinzen darstellen. Sie wurde in der Eröffnungsbilanz stark durch die Erstbewertung des Vermögens beeinflusst. Im Zeitvergleich zeigt eine über längere Zeit sinkende Eigenkapitalquote strukturelle Probleme des Haushaltes.

## 3.2 Ergebnisrechnung

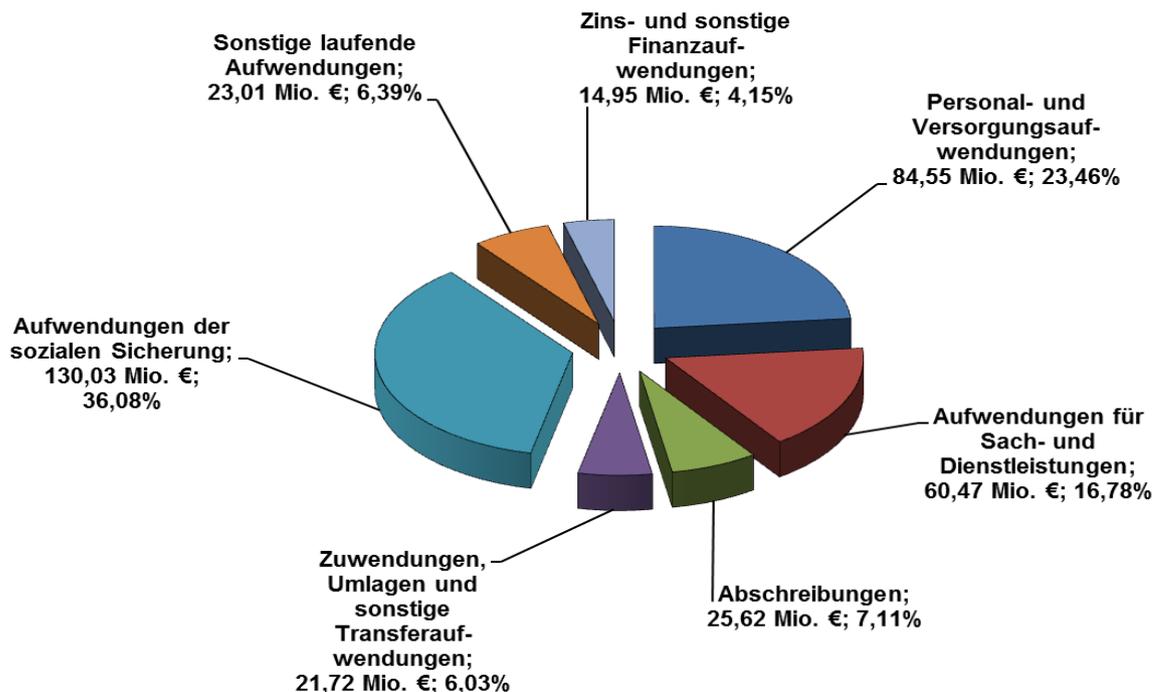
### Zusammensetzung der Erträge

- Ergebnis 2015: rd. 367,87 Mio. € -



### Zusammensetzung der Aufwendungen

- Ergebnis 2015: rd. 360,35 Mio. € -



▪ **Planvergleich:**

In der Ergebnisrechnung wird ein **Jahresüberschuss** in Höhe von **rd. 7,5 Mio. €** ausgewiesen, der um 31,7 Mio. € **über** dem im Nachtragshaushaltsplan 2015 veranschlagten Jahresfehlbetrag von -24,2 Mio. € liegt.

Ursächlich hierfür waren insbesondere Mehrerträge von rd. 1,73 Mio. € bei den Erträgen der sozialen Sicherung und rd. 23 Mio. € bei den sonstigen laufenden Erträgen (davon rd. 16,4 Mio. € durch die Erhöhung des Buchwertes bei der Beteiligung Stadtwerke Koblenz GmbH). Im Gegensatz dazu wurden Mindererträge bei den Positionen Steuern und ähnliche Abgaben von rd. 3,33 Mio. €, Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge von rd. 1,5 Mio. € und bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen von rd. 1,5 Mio. € erzielt. Der Aufwandsbereich (Zeile 19 Summe lfd. Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit) endete mit einer Verbesserung von rd. 11,63 Mio. € im Vergleich zum Nachtragsplan 2015. Diese Verbesserung resultiert im Wesentlichen aus den folgenden Minderaufwendungen:

- Personalaufwendungen von 4,42 Mio. €,
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von 6,83 Mio. € (u. a. Unterhaltung Gebäude = 3,1 Mio. € und Kostenerstattungen an verbundene Unternehmen = 1,58 Mio. €) und
- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen von 2,24 Mio. €.

▪ **Ergebnisveränderung zum Vorjahr:**

Im Ergebnisvergleich zum Vorjahr 2014 (Jahresfehlbetrag - 12,3 Mio. €) ergibt sich eine **Verbesserung von 19,82 Mio. €**.

Die laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit sind im Betrachtungszeitraum um 27,41 Mio. € (8,25 %) gestiegen. Diese Verbesserung in Höhe von 27,41 Mio. € gegenüber dem Vorjahr 2014 resultiert im Wesentlichen aus den folgenden Positionen:

- Steuern und ähnliche Abgaben um 5,4 Mio. € (3,03 %),
- Zuwendungen, Umlagen und so. Transfererträge um 8,5 Mio. € (23,97 %),
- Erträge der sozialen Sicherung um 6,97 Mio. € (11,78 %) und
- Sonstige laufende Erträge um 6,42 Mio. € (18,83 %).

Laufende Erträge aus Verwaltungstätigkeit	HH-VJ	HH	Veränderung	
			€	%
Steuern und ähnliche Abgaben	178.415.597,11 €	183.819.279,67 €	5.403.682,56 €	3,03%
Zuwendungen, Umlagen u. sonst. Transf.	35.452.442,78 €	43.950.465,68 €	8.498.022,90 €	23,97%
Erträge der sozialen Sicherung	59.180.226,39 €	66.150.655,21 €	6.970.428,82 €	11,78%
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	10.502.129,49 €	11.162.395,22 €	660.265,73 €	6,29%
Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.249.307,33 €	6.202.639,50 €	-46.667,83 €	-0,75%
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.148.833,61 €	6.499.204,32 €	-649.629,29 €	-9,09%
Bestandsveränd. fert. u. unfert. Erzeugn.	-20.890,80 €	28.519,54 €	49.410,34 €	236,52%
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.135.066,70 €	1.236.394,50 €	101.327,80 €	8,93%
Sonstige laufende Erträge	34.105.017,67 €	40.525.570,73 €	6.420.553,06 €	18,83%
<b>Gesamt</b>	<b>332.167.730,28 €</b>	<b>359.575.124,37 €</b>	<b>27.407.394,09 €</b>	<b>8,25%</b>

Die Zinserträge und sonst. Finanzerträge sind in 2015 gegenüber 2014 um 1,43 Mio. € (-16,39 %) gesunken.

Die außerordentlichen Erträge in Höhe von 1 Mio. € im Berichtsjahr stellen den Gewinn der Bilanz der Buga Koblenz 2011 GmbH dar, der uns im Rahmen der Liquidation übertragen wurde.



Die laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit haben sich im Vergleichs-zeitraum um 7,72 Mio. € (2,29 %) erhöht. Einen wesentlichen Anteil ergibt sich aus der Erhöhung der Aufwendungen der sozialen Sicherung in Höhe von 7,63 Mio. € (6,24 %).

Laufende Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	HH-VJ	HH	Veränderung	
			€	%
Personal- u. Versorgungsaufwendungen	84.146.317,23 €	84.553.434,21 €	407.116,98 €	0,48%
Aufwendungen für Sach- u. Dienstleist.	58.402.642,68 €	60.465.108,48 €	2.062.465,80 €	3,53%
Abschreibungen	24.942.375,18 €	25.623.549,32 €	681.174,14 €	2,73%
Zuwendungen, Umlagen u. sonst.Transf.	24.278.288,65 €	21.718.677,18 €	-2.559.611,47 €	-10,54%
Aufwendungen der sozialen Sicherung	122.391.116,37 €	130.025.776,81 €	7.634.660,44 €	6,24%
Sonstige laufende Aufwendungen	23.516.570,09 €	23.009.189,58 €	-507.380,51 €	-2,16%
<b>Gesamt</b>	<b>337.677.310,20 €</b>	<b>345.395.735,58 €</b>	<b>7.718.425,38 €</b>	<b>2,29%</b>

Die Zinsaufwendungen reduzierten sich im Betrachtungszeitraum um 500.271,06 € (-3,24 %) auf 14,95 Mio. €. Aufgrund des weiterhin historisch niedrigen Zinsniveaus ist bei künftig möglichen steigenden Zinsen und zunehmender Verschuldung ein besonderes Risiko zu sehen.

### 3.3 Finanzrechnung

In der Finanzrechnung beträgt der Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit 3,49 Mio. € und liegt mit 7,06 Mio. € über dem geplanten Ansatz im Nachtragshaushaltsplan 2015 von -3,57 Mio. €.

Die im Nachtrag 2015 mit 27,6 Mio. € (zzgl. 30,63 Mio. € übertragene Ermächtigungen) geplanten Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen konnten u. a. wegen der späten Haushalts- und Nachtragshaushaltsgenehmigungen 2015 lediglich mit 21,92 Mio. € kassenwirksam werden.

Im Berichtszeitraum wurden weder neue Investitionskredite aufgenommen noch Umschuldungen getätigt. Somit gibt der in Zeile 46 „Auszahlung zur Tilgung von Investitionskrediten“ ausgewiesene Betrag in Höhe von 16.994.189,61 € die Verringerung des Investitionskreditbestandes im Haushaltsjahr 2015 wieder.

Die tatsächlichen Einzahlungen aus Investitionszuwendungen waren mit 7,44 Mio. € (+ 0,31 Mio. €) höher als im Nachtragshaushaltsplan veranschlagt (7,13 Mio. €).

Die geplante Finanzierung des Investitionshaushalts mit Erschließungs- und Ausbaubeiträgen von 1,64 Mio. € wurde tatsächlich nur mit 0,77 Mio. € (- 0,87 Mio. €) verwirklicht.

### 3.4 Haushaltsausgleich

Für den Haushaltsausgleich im Rahmen der Jahresrechnung gelten die Regeln nach § 18 Abs. 2 GemHVO. Die **Ergebnisrechnung** ist unter Berücksichtigung der Ergebnisvorträge aus den Haushaltsvorjahren nicht ausgeglichen. Der Jahresüberschuss für das Jahr 2015 bemisst sich auf 7,5 Mio. €. Der Jahresüberschuss wird im nächsten Berichtsjahr für den Ausgleich der noch vorhandenen Jahresfehlbeträge in Höhe von -64,6 Mio. € im Ergebnisvortrag verwendet. Der nicht ausgeglichene Jahresfehlbetrag 2009 in Höhe von -38,8 Mio. € wurde in 2015 mit der Kapitalrücklage verrechnet

Ebenso konnte auch die **Finanzrechnung** nicht ausgeglichen werden. Hierfür ist es grundsätzlich erforderlich, dass unter Berücksichtigung von vorzutragenden Beträgen aus Haushaltsvorjahren der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen aus-



reicht, um die Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung von Investitionskrediten zu decken. Der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen beträgt -3,38 Mio. € und die planmäßigen Tilgungen bemessen sich auf 16,99 Mio. €. Es ergibt sich somit im Jahr 2015 eine negative freie Finanzspitze in Höhe von -20,37 Mio. € (inkl. der vorzutragenden Beträge aus Vorjahren ergibt sich eine negative Finanzspitze von -109,43 Mio. €).

Der Haushaltsausgleich ist in der **Bilanz** gewährleistet, weil bisher noch kein negatives Eigenkapital ausgewiesen wurde.

### 3.5 Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

#### ▪ Darstellung Vermögenslage

In Anknüpfung an die grundsätzlichen Ausführungen zur Bilanz zum 31.12.2015 (s. Abschnitt 3.1) sind folgende Entwicklungen hervorzuheben:

Bei der Bewertung der **Finanzanlagen** haben die Anteile an verbundenen Unternehmen zum Stichtag der Bilanzaufstellung um 16,4 Mio. € zugenommen. Dies resultiert aus der Erhöhung nach anteiligem Eigenkapital an der Finanzanlage „Stadtwerke Koblenz GmbH“.

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Veränderung	
			€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	56.036.134,50	55.035.056,54	-1.001.077,96 €	-1,79%
Sachanlagen	1.000.346.349,01	1.002.878.036,97	2.531.687,96 €	0,25%
Finanzanlagen	308.242.951,28	316.409.191,78	8.166.240,50 €	2,65%
<b>Gesamt</b>	<b>1.364.625.434,79 €</b>	<b>1.374.322.285,29 €</b>	<b>9.696.850,50 €</b>	<b>0,71%</b>

Die **Forderungen** und sonstigen Vermögensgegenstände sind im Vergleich zur Vorjahresbilanz um ca. 2,7 Mio. € gesunken und betragen zum Stichtag 31.12.2015 insgesamt 16,2 Mio. €:

Nr.	Bezeichnung	HH-VJ	HH	Veränderung	
				€	%
1.	Öffentlich-rechtliche Forderungen, Transferforderungen	21.566.037,25 €	19.735.176,36 €	-1.830.860,89 €	-8,49%
2.	Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.223.807,97 €	1.581.869,92 €	-641.938,05 €	-28,87%
3.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	233.872,54 €	138.982,65 €	-94.889,89 €	-40,57%
4.	Forderungen gegen Unternehmen, m. d. e. Beteiligungsverhältnis besteht	79.652,69 €	14.503,73 €	-65.148,96 €	-81,79%
5.	Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, etc.	73.129,27 €	91.645,60 €	18.516,33 €	25,32%
6.	Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	326.174,67 €	693.529,83 €	367.355,16 €	112,63%
7.	sonstige Vermögensgegenstände	6.400.654,62 €	4.830.363,44 €	-1.570.291,18 €	-24,53%
8.	Wertberichtigung zu Forderungen	-11.923.360,72 €	-10.855.221,12 €	1.068.139,60 €	-8,96%
<b>Gesamt</b>		<b>18.979.968,29 €</b>	<b>16.230.850,41 €</b>	<b>-2.749.117,88 €</b>	<b>-14,48%</b>

Die Veränderung in Höhe von -9,7 Mio. € bei den **Liquiden Mitteln** begründet sich im Wesentlichen aus zwei Gutschriften der Landesoberkasse für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer in Höhe von insgesamt 8,65 Mio. € mit Valuta zum

30.12.2014. Da dies erst aus dem Kontoauszug am 04.01.2015 ersichtlich war, führten diese Zahlungen nicht mehr am letzten Banktag 2014 zur Rückzahlung von Kassenkrediten, sondern erst am 4. Januar 2015.

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Veränderung	
			€	%
Liquide Mittel	11.235.269,22 €	1.557.618,35 €	-9.677.650,87 €	-86,14%
<b>Gesamt</b>	<b>11.235.269,22 €</b>	<b>1.557.618,35 €</b>	<b>-9.677.650,87 €</b>	<b>-86,14%</b>

Auf der Passivseite sind die Veränderungen der **Rückstellungen** hervorzuheben:

Die **Rückstellungen** haben sich um 9,33 Mio. € auf 168,47 Mio. € reduziert. Dies resultierte aus einem Rückgang der Steuerrückstellungen von 10,64 Mio. € und einem Rückgang der sonstigen Rückstellungen (z. B.: Instandhaltungen) von 0,75 Mio. € sowie einem Anstieg der Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen in Höhe von 2,06 Mio. €. Die Abnahme der Steuerrückstellung in Höhe von 10,64 Mio. € begründet sich vor allem durch die Inanspruchnahme der Kapitalertragssteuer im Rahmen einer Betriebsprüfung.

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Veränderung	
			€	%
Rückstellungen für Pensionen u.ä.	151.752.030,49 €	153.813.754,87 €	2.061.724,38 €	1,36%
Steuerrückstellungen	11.903.761,62 €	1.265.110,62 €	-10.638.651,00 €	-89,37%
Sonstige Rückstellungen	14.136.715,56 €	13.388.431,86 €	-748.283,70 €	-5,29%
<b>Gesamt</b>	<b>177.792.507,67 €</b>	<b>168.467.297,35 €</b>	<b>-9.325.210,32 €</b>	<b>-5,24%</b>

Die **Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen** erhöhten sich im Jahr 2015 um insgesamt 4,3 Mio. € auf 440,9 Mio. €. Während sich hierbei die Verbindlichkeiten aus der Kreditaufnahme für Investitionen um 16,9 Mio. € verminderten, erhöhten sich die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung (Geldmarkt, Eigenbetriebe, Eigengesellschaften und unverzinsliche Landeskredite) um 21,2 Mio. €.

Bilanzposition	31.12.2014	31.12.2015	Veränderung	
			€	%
4.2.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	318.972.219,71 €	302.064.333,73 €	-16.907.885,98 €	-5,30%
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	117.618.564,67 €	138.866.745,94 €	21.248.181,27 €	18,07%
<i>davon in Bilanzposition:</i>				
4.2.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	86.500.043,30 €	82.100.033,90 €		
4.7 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00 €	10.000.000,00 €		
4.9 Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen	30.843.924,78 €	46.766.712,04 €		
4.10 Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	274.596,59 €	0,00 €		
<b>Gesamt</b>	<b>436.590.784,38 €</b>	<b>440.931.079,67 €</b>	<b>4.340.295,29 €</b>	<b>0,99%</b>

Die restlichen **Verbindlichkeiten** sind vor allem im Bereich der verbundenen Unternehmen angestiegen. Die Veränderung ergibt sich im Wesentlichen durch die Bilanzierung des Sanierungsvertrages mit der Koblenzer Wohnungsbau GmbH, so dass sich in den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen nunmehr die nachträglich berechneten Fremdfinanzierungskosten und die tatsächlichen Spitzabrechnungen der Jahresprogramme 2005 bis 2012 befinden.



Art der Verbindlichkeit	HH-VJ	HH	Veränderung	
			€	%
Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	3.256.319,80 €	3.175.650,12 €	-80.669,68 €	-2,48%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.624.078,32 €	4.692.502,62 €	-931.575,70 €	-16,56%
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	18.361.169,78 €	36.492.949,74 €	18.131.779,96 €	98,75%
Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen, m. denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	20.819,25 €	143.912,81 €	123.093,56 €	591,25%
Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen etc.	41.977.453,78 €	46.911.948,81 €	4.934.495,03 €	11,76%
Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	2.939.403,47 €	952.919,63 €	-1.986.483,84 €	-67,58%
Sonstige Verbindlichkeiten	2.744.338,78 €	4.216.113,46 €	1.471.774,68 €	53,63%
<b>Gesamt (ohne Bilanzpositionen 4.2.1 + 4.2.2)</b>	<b>74.923.583,18 €</b>	<b>96.585.997,19 €</b>	<b>21.662.414,01 €</b>	<b>28,91%</b>



▪ Darstellung Ertragslage

Erläuterungen zur Ergebnisrechnung:

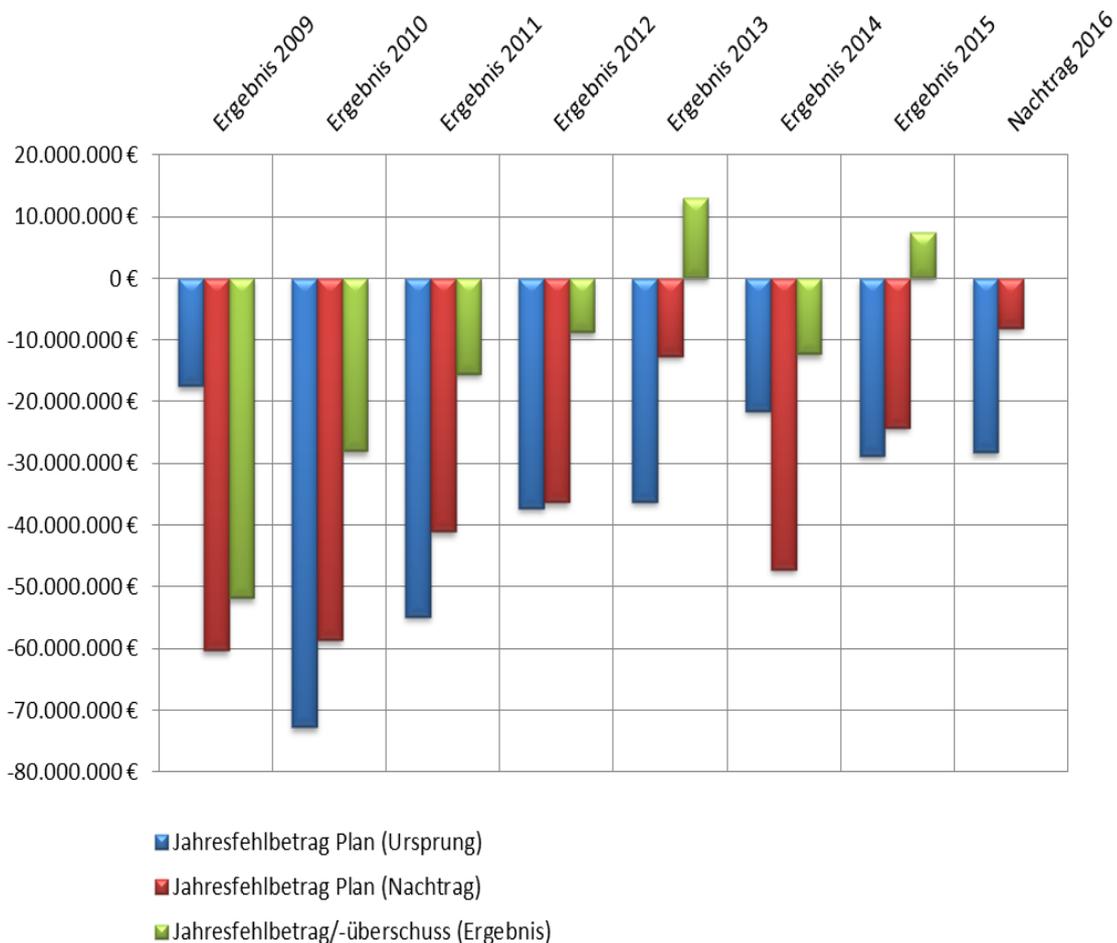
	Ergebnis 2015	Nachrichtlich: Ansätze (Basis: Nachtrag 2016)			
		Nachtrag 2016	2017	2018	2019
Steuern und ähnliche Abgaben, öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Leistungsentgelte, Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen, andere aktivierte Eigenleistungen, sonstige laufende Erträge	242.974.799 €	245.330.506 €	244.469.553 €	247.052.723 €	252.312.566 €
abzüglich					
Personal- und Versorgungsaufwendungen, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Abschreibungen, sonstige laufende Aufwendungen	193.651.282 €	211.515.588 €	206.241.462 €	205.656.487 €	198.402.805 €
<b>Zwischensumme 1</b>	<b>49.323.518 €</b>	<b>33.814.919 €</b>	<b>38.228.091 €</b>	<b>41.396.236 €</b>	<b>53.909.761 €</b>
Zuwendungen, allgemeine Umlagen, sonstige Transfererträge, Erträge der sozialen Sicherung, Kostenerstattungen und Kostenumlagen	116.600.325 €	136.258.539 €	132.632.609 €	127.112.384 €	119.796.439 €
abzüglich					
Zuwendungen, allgemeine Umlagen, sonstige Transferaufwendungen, Aufwendungen der sozialen Sicherung	151.744.454 €	172.687.479 €	164.705.987 €	168.382.934 €	169.468.642 €
<b>Zwischensumme 2</b>	<b>-35.144.129 €</b>	<b>-36.428.940 €</b>	<b>-32.073.378 €</b>	<b>-41.270.550 €</b>	<b>-49.672.203 €</b>
<b>Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit</b>	<b>14.179.389 €</b>	<b>-2.614.022 €</b>	<b>6.154.713 €</b>	<b>125.686 €</b>	<b>4.237.558 €</b>
Finanzergebnis	-7.651.334 €	-5.451.646 €	-6.223.961 €	-5.680.256 €	-6.845.738 €
Außerordentliches Ergebnis	998.289 €	0 €	0 €	0 €	0 €
<b>Jahresergebnis</b>	<b>7.526.343 €</b>	<b>-8.065.668 €</b>	<b>-69.248 €</b>	<b>-5.554.570 €</b>	<b>-2.608.180 €</b>

In der Ergebnisrechnung wird ein positives laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit in Höhe von 14,2 Mio. € dargestellt. Der Saldo des Finanzergebnisses beträgt -7,7 Mio. €.

Es wird letztlich ein Jahresüberschuss in Höhe von 7,5 Mio. € ausgewiesen. Für die folgenden Haushaltsjahre werden im Nachtragshaushaltsplan 2016 weitere Jahresfehlbeträge dargestellt.



## Entwicklung Jahresergebnisse Ergebnisrechnung/-haushalt



▪ Darstellung Finanzlage

	Nachrichtlich: Ansätze (Basis: Nachtrag 2016)				
	Ergebnis 2015	Nachtrag 2016	2017	2018	2019
<b>18 Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit</b>	3.491.733 €	23.145.319 €	30.289.511 €	24.371.135 €	28.585.865 €
<b>21 Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen</b>	-7.847.502 €	-5.719.946 €	-6.164.061 €	-5.610.656 €	-6.772.538 €
<b>26 Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen</b>	-3.376.785 €	17.425.373 €	24.125.450 €	18.760.479 €	21.813.327 €
35 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	10.054.101 €	14.741.857 €	29.376.205 €	13.564.715 €	7.836.500 €
abzüglich					
42 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	21.924.183 €	24.419.050 €	61.773.025 €	47.275.328 €	32.133.130 €
<b>43 Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	-11.870.082 €	-9.677.193 €	-32.396.820 €	-33.710.613 €	-24.296.630 €
<b>44 Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag</b>	-15.246.868 €	7.748.180 €	-8.271.370 €	-14.950.134 €	-2.483.303 €
45 Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten (*1)	0 €	10.677.193 €	33.396.820 €	34.205.713 €	24.387.630 €
abzüglich					
46 Auszahlungen zur Tilgung von Investitionskrediten (*1)	16.994.190 €	15.939.600 €	16.529.700 €	17.528.000 €	17.508.300 €
<b>47 Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten</b>	-16.994.190 €	-5.262.407 €	16.867.120 €	16.677.713 €	6.879.330 €

(\*1): Ergebnis 2015 berücksichtigt keine Umschuldungen

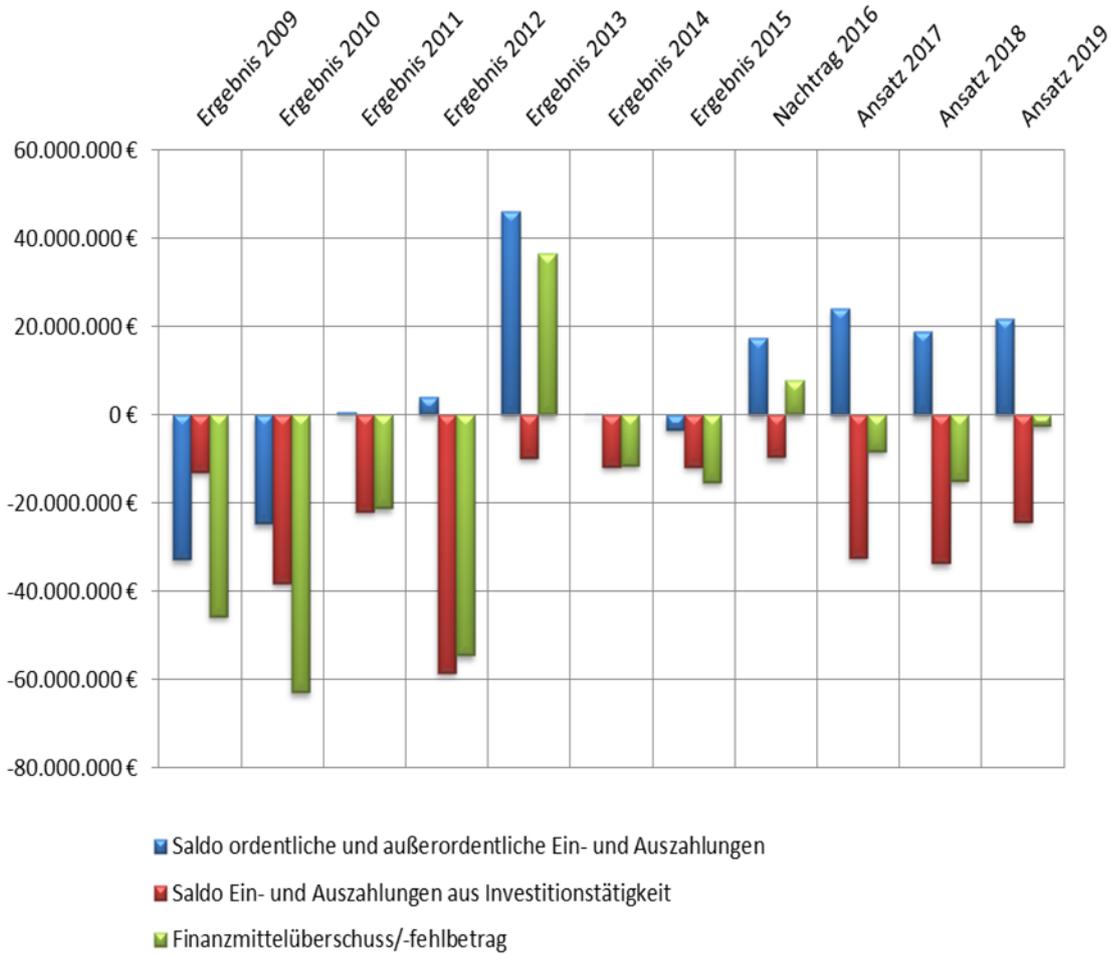
**Erläuterungen zur Finanzrechnung:**

In der Finanzrechnung beträgt der Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit 3,49 Mio. €. Der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen wird in 2015 verringert um den negativen Saldo der Zins- und der sonstigen Finanzein- und -auszahlungen in Höhe von 7,85 Mio. €.

In der Finanzrechnung wird im Jahr 2015 ein ordentliches Ergebnis von -4,36 Mio. € dokumentiert. Das außerordentliche Ergebnis beträgt rd. 1,00 Mio. €.

Es wurden Investitionsauszahlungen in Höhe von insgesamt 21,92 Mio. € kassenwirksam, denen Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von 10,05 Mio. € gegenüberstehen. Der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit beträgt -11,87 Mio. € in 2015.

## Entwicklung Finanzmittelüberschüsse/-fehlbeträge Finanzrechnung/-haushalt



## Summarische Darstellung der Investitionen 2015 (Ergebnis) nach Teilhaushalten

TH	Bezeichnung	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo
1	Innere Verwaltung	31.662 €	72.825 €	-41.164 €
2	Bürgerdienste	0 €	0 €	0 €
3	Umwelt	0 €	0 €	0 €
4	Wirtschaft	642.624 €	944.828 €	-302.204 €
5	Sicherheit u. Ordnung	152.984 €	647.073 €	-494.089 €
6	Jugend u. Soziales	695.199 €	2.796.561 €	-2.101.363 €
7	Sport	19.251 €	406.116 €	-386.866 €
8	Schulen	340.484 €	3.746.295 €	-3.405.811 €
9	Kultur	12.937 €	41.617 €	-28.680 €
10	Bauen, Wohnen, Verkehr	8.158.962 €	13.268.869 €	-5.109.907 €
11	Zentrale Finanzdienstleistungen	0 €	0 €	0 €
	<b>Summe</b>	<b>10.054.101 €</b>	<b>21.924.183 €</b>	<b>-11.870.082 €</b>

## Wesentliche Investitionsprojekte in 2015 (Ergebnis)

Bezeichnung	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo
Asylbewerberunterkunft Schlachthofstraße	0 €	1.378.732 €	-1.378.732 €
Hochwasserschutzmaßnahmen Lützel, Neuendorf, Wallersheim	442.832 €	1.593.970 €	-1.151.138 €
Ersatzsporthalle Grundschule Lützel	40.000 €	1.189.553 €	-1.149.553 €
Vorlandbrücke Europabrücke	3.820.754 €	4.946.886 €	-1.126.132 €
Sanierungsvertrag Wohnbau	0 €	1.107.514 €	-1.107.514 €
Neubau KiTa Musikerviertel	0 €	539.886 €	-539.886 €
Baugebiet Südliches Güls	167.806 €	595.661 €	-427.855 €
Erschließung Baugebiet Asterstein	86.786 €	501.719 €	-414.933 €
Entwicklungsmaßnahme Bubenheim/B9	113.100 €	488.679 €	-375.579 €

## 4. Kennzahlen

Im Folgenden werden die wesentlichen Kennzahlen zur Ertrags- und Aufwandslage der Stadt Koblenz dargestellt.

Basis zur Ermittlung der folgenden Kennzahlen sind für die Jahre 2014 und 2015 die der Ergebnisrechnung entnommenen Istdaten. Für das Jahr 2016 wird von dem entsprechenden Ansatz (Nachtragshaushalt) im Ergebnishaushalt ausgegangen.

### Aufwandsdeckungsgrad

Der Aufwandsdeckungsgrad gibt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.

	Ertrag	Aufwand	Quote
2014 - Ist	340.897.145,30 €	353.127.359,44 €	96,54%
2015 - Ist	366.873.568,10 €	360.345.513,76 €	101,81%
2016 - Nachtrag	389.813.409,00 €	397.879.076,00 €	97,97%

### Ertragsquoten

	2014 - Ist		2015 - Ist		2016 - Nachtrag	
	Betrag (€)	Quote	Betrag (€)	Quote	Betrag (€)	Quote
Steuerertragsquote <sup>1</sup>	177.618.228,51	53,47%	182.985.774,28	50,89%	212.842.400,00	55,78%
Zuwendungsquote <sup>2</sup>	35.452.442,78	10,67%	43.950.465,68	12,22%	53.585.358,00	14,04%
Ertragsquote der sozialen Sicherung <sup>3</sup>	59.180.226,39	17,82%	66.150.655,21	18,40%	75.044.042,00	19,67%
Leistungsentgeltquote <sup>4</sup>	23.900.270,43	7,20%	23.864.239,04	6,64%	24.035.989,00	6,30%
Quote der sonstigen Erträge <sup>5</sup>	35.219.193,57	10,60%	41.790.484,77	11,62%	15.181.256,00	3,98%

<sup>1</sup> Die Steuerertragsquote beschreibt den prozentualen Anteil der Erträge, die die Kommune aus Steuern bezieht (Ergebnisrechnung/-haushalt, Anteil von Pos. 1 - Kontenart 401 bis 403 und 40521), bezogen auf die Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit. Unter die Erträge aus Steuern fallen Realsteuern, Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern, sonstige Gemeindesteuern sowie der Familienlastenausgleich.

<sup>2</sup> Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit eine Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist. Der Anteil der Erträge aus Zuwendungen, allgemeinen

Umlagen und sonstigen Transfererträgen wird in Bezug zu der Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit gesetzt.

- <sup>3</sup> Anteil der Erträge der sozialen Sicherung an der Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit.
- <sup>4</sup> Anteil der öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Leistungsentgelte sowie Kostenerstattungen/-umlagen an der Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit.
- <sup>5</sup> Anteil der Erträge aus der Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen, anderen aktivierten Eigenleistungen und sonstigen laufenden Erträgen an der Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit.

## Aufwandsquoten

	2014 - Ist		2015 - Ist		2016 - Nachtrag	
	Betrag (€)	Quote	Betrag (€)	Quote	Betrag (€)	Quote
Personal- und Versorgungsaufwandsquote (Intensität I) <sup>6</sup>	84.146.317,23	24,92%	84.553.434,21	24,48%	95.033.362,00	24,74%
Sach- und Dienstleistungsintensität <sup>7</sup>	58.402.642,68	17,30%	60.465.108,48	17,51%	68.191.657,00	17,75%
Abschreibungsintensität I <sup>8</sup>	24.942.375,18	7,39%	25.623.549,32	7,42%	25.615.371,00	6,67%
Transferaufwandsquote <sup>9</sup>	24.278.288,65	7,19%	21.718.677,18	6,29%	28.552.320,00	7,43%
Soziallastquote I <sup>10</sup>	122.391.116,37	36,24%	130.025.776,81	37,65%	144.135.159,00	37,52%
Quote der sonst. laufenden Aufwendungen <sup>11</sup>	23.516.570,09	6,96%	23.009.189,58	6,66%	22.675.198,00	5,90%

<sup>6</sup> Die Personal- und Versorgungsintensität I gibt an, welchen Anteil die Personal- und Versorgungsaufwendungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit ausmachen.

<sup>7</sup> Anteil der Sach- und Dienstleistungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit.

<sup>8</sup> Anteil der Abschreibungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit.

<sup>9</sup> Anteil der Zuwendungen, Umlagen und sonstigen Transferaufwendungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit.

<sup>10</sup> Die Soziallastquote zeigt an, welchen Anteil die Aufwendungen der sozialen Sicherung an den laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit ausmachen.



<sup>11</sup> Anteil der sonstigen laufenden Aufwendungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit.

## Aufwendungen je Einwohner

	2014 - Ist	2015 - Ist	2016 - Nachtrag
Personal- und Versorgungsaufwendungen je Einwohner	760,29 €	755,82 €	840,33 €
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen je Einwohner	527,69 €	540,49 €	602,98 €
Sozialaufwendungen je Einwohner	1.105,84 €	1.162,29 €	1.274,51 €
<b>Einwohnerzahl <sup>12</sup></b>	<b>110.677</b>	<b>111.870</b>	<b>113.091</b>

<sup>12</sup> Quelle: Stadt Koblenz, Monatliche Bevölkerungsberichte: Einwohnerzahlen zum 31.12.2014, 31.12.2015 und 31.10.2016

## Zinsquoten

(Produkt 6121: Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft)

	2014 - Ist		2015 - Ist		2016 - Nachtrag	
	Betrag (€)	Quote	Betrag (€)	Quote	Betrag (€)	Quote
Zinslastquote <sup>13</sup>	14.145.345,92	4,19%	13.718.480,57	3,97%	13.166.120,00	3,43%
Zinsdeckungsquote <sup>14</sup>	14.145.345,92	4,26%	13.718.480,57	3,82%	13.166.120,00	3,45%

<sup>13</sup> Die Zinslastquote zeigt die Belastung aus Zinsaufwendungen für Investitions- und Liquiditätskredite (einschließlich Derivatgeschäfte) im Verhältnis zu den laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit an.

<sup>14</sup> Die Zinsdeckungsquote zeigt an, in welchem Umfang die laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit von den Zinsaufwendungen für Investitions- und Liquiditätskredite (einschließlich Derivatgeschäfte) aufgezehrt werden.

## Zinsaufwendungen

(Produkt 6121: Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft)

	2014 - Ist	2015 - Ist	2016 - Nachtrag
Zinsaufwendungen für Investitionskredite (inkl. Derivatgeschäfte)	12.003.153,14 €	11.508.173,15 €	10.908.680,00 €
Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite (inkl. Derivatgeschäfte)	2.142.192,78 €	2.210.307,42 €	2.257.440,00 €
Zinsaufwendungen (gesamt) je Einwohner	127,81 €	122,63 €	116,42 €

Einwohnerzahl <sup>12</sup>	110.677	111.870	113.091
-----------------------------	---------	---------	---------

## Entwicklung der Kreditverschuldung der Stadt Koblenz

(Kernhaushalt, ohne Zinsabgrenzung)

	31.12.2013 Ist	31.12.2014 Ist	31.12.2015 Ist	31.12.2016 Nachtrag
--	-------------------	-------------------	-------------------	------------------------

Investitionskreditverschuldung (€)	304.734.277,95	314.662.555,65	298.010.931,96	314.366.540,00
Liquiditätskreditverschuldung (€)	107.728.381,72	117.618.564,67	138.866.712,04	143.058.985,00
<b>Gesamtkreditverschuldung (€)</b>	<b>412.462.659,67</b>	<b>432.281.120,32</b>	<b>436.877.644,00</b>	<b>457.425.525,00</b>

Investitionskreditverschuldung je Einwohner (€)	2.772,28	2.843,07	2.663,90	2.779,77
Liquiditätskreditverschuldung je Einwohner (€)	980,04	1.062,72	1.241,32	1.264,99
<b>Gesamtkreditverschuldung je Einwohner (€)</b>	<b>3.752,32</b>	<b>3.905,79</b>	<b>3.905,23</b>	<b>4.044,76</b>

Einwohnerzahl <sup>15</sup>	109.922	110.677	111.870	113.091
-----------------------------	---------	---------	---------	---------

<sup>15</sup> Quelle: Stadt Koblenz, Monatliche Bevölkerungsberichte: Einwohnerzahlen zum 31.12.2013, 31.12.2014, 31.12.2015 und 31.10.2016



## 5. Gliederung der Teilhaushalte

Die Stadt Koblenz hat in den jeweiligen Teilhaushalten folgende Produkte gebildet:

### Teilhaushalt 01 „Innere Verwaltung“

Verantwortlich: Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig

1111	Verwaltungssteuerung
1113	Öffentlichkeitsarbeit
1116	Gleichstellung
1117	Personalvertretung
1149	Zentrale Vergabestelle
1114	Gremien
1121	Personal
1122	Allgemeine Personalwirtschaft
1131	Organisation
1145	Zentrale Dienste
1146	Versicherungen
1211	Statistik
1226	Schiedsamt
3516	Sozialversicherungsangelegenheiten
5222	Mietspiegel
1181	Rechnungsprüfung
1161	Finanzverwaltung
1162	Zahlungsabwicklung/Vollstreckung
1191	Recht
2313	Kommunales Studieninstitut

### Teilhaushalt 02 „Bürgerdienste“

Verantwortlich: Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig

1223	Bürgerservice
------	---------------

### Teilhaushalt 03 „Umwelt“

Verantwortlich: Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig

1115	Lokale Agenda 21
5374	Abfallrecht
5522	Gewässeraufsicht und Bodenschutz
5541	Naturschutz/Landschaftspflege
5611	Umweltschutzmaßnahmen

### Teilhaushalt 04 „Wirtschaft“

Verantwortlich: Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig

5117	Stadtentwicklung - BUGA 2011
5711	Kommunale Wirtschaftsförderung

### Teilhaushalt 05 „Sicherheit und Ordnung“

Verantwortlich: Bürgermeisterin Marie-Theres Hammes-Rosenstein

1118	Migration und Integration
1212	Wahlen
1221	Sicherheit und Ordnung



- 1231 Verkehrsüberwachung
- 1232 Erlaubnisse Verkehr/Kfz-Zulassungswesen
- 1241 Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung, Tierschutz
- 5732 Märkte, Kirmesse
- 1227 Personenstandswesen und sonstige Beurkundungen
- 1261 Brandschutz
- 1262 Leitstelle
- 1281 Zivil- und Katastrophenschutz

#### **Teilhaushalt 06 „Soziales und Jugend“**

Verantwortlich: Bürgermeisterin Marie-Theres Hammes-Rosenstein

- 3111 Grundversorgung und Hilfen gem. SGB XII
- 3121 Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)
- 3122 Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes (SGB II)
- 3131 Hilfen für Asylbewerber
- 3141 Soziale Einrichtungen
- 3311 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
- 3411 Unterhaltsvorschussleistungen
- 3431 Betreuungsleistungen
- 3511 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen
- 3521 Bildung und Teilhabe
- 3611 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
- 3621 Jugendarbeit
- 3631 Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
- 3641 Jugendhilfeplanung
- 3651 Tageseinrichtungen für Kinder
- 3661 Einrichtungen der Jugendarbeit

#### **Teilhaushalt 07 „Sport“**

Verantwortlich: Bürgermeisterin Marie-Theres Hammes-Rosenstein

- 4211 Förderung des Sports
- 4241 Sportstätten und Bäder

#### **Teilhaushalt 08 „Schulen“**

Verantwortlich: Beigeordneter Detlef Knopp (bis 15.12.2015)  
Beigeordnete PD Dr. Margit Theis-Scholz (ab 16.12.2015)

- 2012 Allgemeine Schulverwaltung
- 2111 Grundschulen
- 2151 Realschulen plus
- 2171 Gymnasien
- 2181 Integrierte Gesamtschule
- 2211 Förderschulen
- 2311 Berufsbildende Schulen
- 2411 Schülerbeförderung
- 2431 Schulartübergreifende Maßnahmen
- 3515 Lastenausgleich



### **Teilhaushalt 09 „Kultur“**

Verantwortlich: Beigeordneter Detlef Knopp (bis 15.12.2015)  
Beigeordnete PD Dr. Margit Theis-Scholz (ab 16.12.2015)

2621	Musikpflege
2811	Heimat- und Kulturpflege
2911	Förderung von Kirchen- und sonstigen Religionsgemeinschaften
2721	Stadtbibliothek
2711	Volkshochschule
2631	Musikschule
2511	Mittelrhein-Museum
2512	Ludwig-Museum
2611	Stadttheater
2522	Stadtarchiv

### **Teilhaushalt 10 „Bauen, Wohnen und Verkehr“**

Verantwortlich: Beigeordneter Martin Prümm

1143	Ausgleichsflächen
5111	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen
5211	Bau- und Grundstücksordnung
5221	Wohnungsbauförderung
5231	Denkmalschutz- und -pflege
5471	ÖPNV
1142	Liegenschaften
5112	Geoinformation
5113	Grundstückswertermittlung
5551	Kommunaler Forstbetrieb
1144	Zentrales Gebäudemanagement
1233	Straßenverkehrsbehörde
5411	Gemeindestraßen
5421	Kreisstraßen
5431	Landesstraßen
5441	Bundesstraßen
5461	Parkeinrichtungen
5481	Fähren
5521	Gewässerunterhaltung
5511	Öffentliches Grün

### **Teilhaushalt 11 „Zentrale Finanzdienstleistungen“**

Verantwortlich: Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig

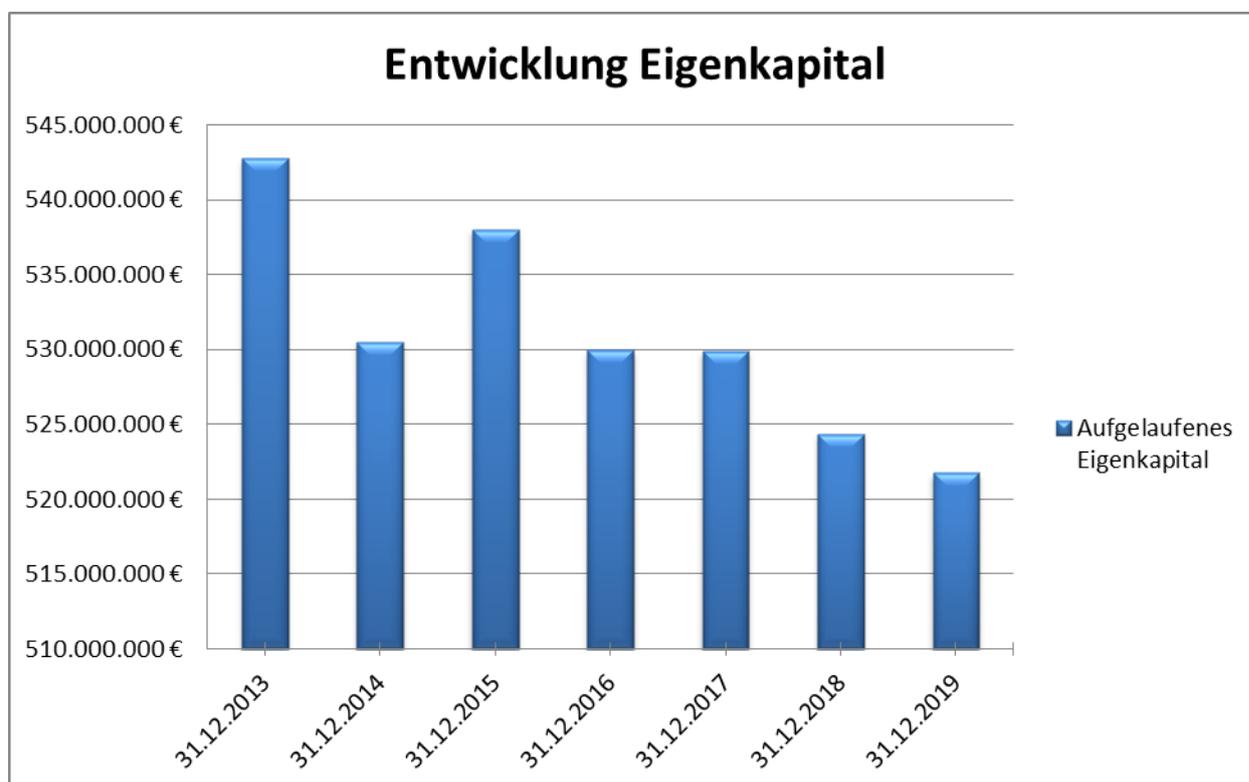
6111	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen
6121	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
6129	Haushaltsweite Sonderbuchungssachverhalte
6221	Nichtrechtsfähige Stiftungen
6261	Beteiligungen, Anteile, Wertpapiere des Anlagevermögens

## 6. Prognosebericht - Chancen und Risiken

Der vom Rat beschlossene **Ergebnishaushalt** des Jahres 2016 (Nachtragshaushalt) schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 8,07 Mio. € ab. Weiterhin weist die mittelfristige Ergebnisplanung für die kommenden Haushaltsjahre Fehlbeträge in folgender Höhe aus: 2017: 0,07 Mio. €; 2018: 5,55 Mio. €; 2019: 2,61 Mio. €

Das **Eigenkapital** entwickelt sich unter Berücksichtigung der Istergebnisse bis einschließlich dem Jahr 2015 sowie den zuvor genannten geplanten Jahresergebnissen 2016 bis 2019 wie folgt:

in €	Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	Bildung Rücklage (§ 38 III GemHVO)	Aufgelaufenes Eigenkapital
31.12.2013	13.010.229 €		542.786.317 €
31.12.2014	-12.289.666 €	16.028 €	530.512.679 €
31.12.2015	7.526.343 €		538.039.022 €
31.12.2016	-8.065.667 €		529.973.355 €
31.12.2017	-69.248 €		529.904.107 €
31.12.2018	-5.554.570 €		524.349.537 €
31.12.2019	-2.608.180 €		521.741.357 €



Die voraussichtliche mittelfristige Entwicklung der **Steuern und ähnlichen Abgaben** stellt sich basierend auf dem Nachtragshaushalt 2016 wie folgt dar:

in Mio. €	2013 Ist	2014 Ist	2015 Ist	2016 Nachtrag	2017 Plan	2018 Plan	2019 Plan
<b>Steuern und Abgaben</b>	206,9	178,4	183,8	213,7	209,6	218,0	224,3

Das **laufende Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit** entwickelt sich entsprechend dem Nachtragshaushalt 2016 mittelfristig folgendermaßen:

in Mio. €	2013 Ist	2014 Ist	2015 Ist	2016 Nachtrag	2017 Plan	2018 Plan	2019 Plan
<b>Lfd. Erg. aus Verw.tätigkeit</b>	14,4	-5,5	14,2	-2,6	6,2	0,1	4,2

Neben dem laufenden Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit beeinflusst auch das **Finanzergebnis** das Jahresergebnis. Der Nachtragshaushalt 2016 beinhaltet jährlich negative Finanzergebnisse. Diese führen im Planungszeitraum (Jahre 2016 bis 2019) zu einem durchschnittlichen Jahresfehlbetrag von 4 Mio. €.

in Mio. €	2013 Ist	2014 Ist	2015 Ist	2016 Nachtrag	2017 Plan	2018 Plan	2019 Plan
<b>Zinserträge und sonstige Finanzerträge</b>	14,0	8,7	7,3	8,2	7,4	7,4	7,4
<b>Zinsaufwendungen und sonst. Finanzaufwendungen</b>	15,4	15,5	14,9	13,7	13,6	13,0	14,2
<b>Finanzergebnis</b>	-1,4	-6,7	-7,7	-5,5	-6,2	-5,7	-6,8

Aufgrund der zu erwartenden Kreditaufnahmen und der antizipierten steigenden Zinsentwicklung ergeben sich in den kommenden Haushaltsjahren folgende **Zinsaufwendungen für Investitions- und Liquiditätskredite**, einschließlich der zur Zinssicherung abgeschlossenen Derivatgeschäfte:

in Mio €	2013 Ist	2014 Ist	2015 Ist	2016 Nachtrag	2017 Plan	2018 Plan	2019 Plan
<b>Nettozinsaufw. für Investitionskredite (inkl. Derivate)</b>	12,1	12,0	11,5	10,9	10,9	11,1	11,6
<b>Nettozinsaufw. für Liquiditätskredite (inkl. Derivate)</b>	1,7	2,1	2,2	2,3	2,2	1,5	2,1
<b>Nettozinsaufwendungen GESAMT</b>	<b>13,7</b>	<b>14,1</b>	<b>13,7</b>	<b>13,2</b>	<b>13,1</b>	<b>12,5</b>	<b>13,7</b>

Weitere erhebliche finanzielle Belastungen sind weiterhin im **Kinder- und Jugendhilfebereich** auf der Grundlage gesetzlicher Bestimmungen vorgegeben:

Die gesetzlichen Änderungen zur **Kindertagesbetreuung** haben auf Bundesebene den Rechtsanspruch neu geregelt. Seit dem 1.8.2013 haben alle Kinder ab einem Jahr einen Rechtsanspruch auf Betreuung in einer Kindertagesstätte oder in der Kindertagespflege. Für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sind daher dauerhaft hohe finanzielle Mittel aufzuwenden. Dabei geht es nicht nur formal darum, den Rechtsanspruch von Kindern ab Vollendung des ersten Lebensjahres zu erfüllen. Die Kindertageseinrichtungen erfüllen vielmehr einen unverzichtbaren Bildungsauftrag und sichern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die betrieblichen Einrichtungen stellen durch ihre arbeitsplatznahe Kinderbetreuung einen Standortvorteil zur Gewinnung und Sicherung von Fachkräften dar.

Mit der Fertigstellung und Inbetriebnahme der städtischen Baumaßnahmen Oberwerth, Rauental und Güls wurden 180 neue Plätze geschaffen. Nach der Sanierung und Erweiterung der Kita St. Beatus Karthause konnten die neuen Räume im Juni 2016 bezogen werden.

Im Dezember 2015 hat der Stadtrat ein weiteres umfangreiches Maßnahmenpaket zum Kita-Ausbau beschlossen; in den Stadtteilen Neuendorf, Karthause, Asterstein und Horchheimer Höhe entstehen insgesamt 16 neue Gruppen. Es handelt sich zum Teil um Ersatzbauten für abgängige Gebäude kirchlicher Träger, deren Sanierung nicht wirtschaftlich wäre.

Perspektivisch stehen darüber hinaus auch weiterhin mehrere Sanierungsmaßnahmen von Kindertageseinrichtungen freier Träger an, beispielsweise die Sanierung und Erweiterung der Kitas St. Josef in der Südlichen Vorstadt, St. Martin in Kesselheim. Neben der Schaffung zusätzlicher Plätze für Kinder unter drei Jahren steht hier die Erhaltung und energetische Sanierung der Bausubstanz im Vordergrund, was aber in der Regel mit hohen Investitionskosten verbunden ist.

Es ist darüber hinaus absehbar, dass im Postleitzahlenbereich 56073 (insbesondere Rauental) zusätzliche Plätze geschaffen werden müssen.



Der Bund und das Land beteiligen sich nach wie vor an den Investitionskosten des U3-Ausbaus; allerdings ist das Genehmigungsverfahren auf Landesebene mit hohem Verwaltungsaufwand und engen Fristsetzungen und Unsicherheiten verbunden, was wiederum die Planungssicherheit für Kommunen und freie Träger erheblich beeinflusst. Die Tatsache, dass die Investitionszuschüsse des Landes nicht mehr zeitnah während bzw. nach der Baumaßnahme abgerufen werden können, führte dazu, dass die Stadt Koblenz die Vorfinanzierung von Landeszuschüssen zusagen musste.

Einhergehend mit den gestiegenen und weiterhin notwendigen Investitionsausgaben wird es dauerhaft zu steigenden Personalkosten im Kitabereich kommen. Dies ist eine konsequente Folge der Schaffung zusätzlicher Plätze und Verkleinerung von Gruppen, die Kinder ab einem Jahr aufnehmen; die jährlichen Tarifsteigerungen sind ebenso von Bedeutung. Der Tarifabschluss für das Jahr 2015 hat eine verbesserte Eingruppierung im Erzieherbereich zur Folge, verbunden mit zusätzlichen linearen Einkommenssteigerungen.

Die kirchlichen Träger haben darüber hinaus weitere Sparmaßnahmen für Kindertagesstätten ab dem Jahr 2017 angekündigt; die konkreten Verhandlungen hierzu sind aufgenommen worden. Perspektivisch ist daher eine höhere Beteiligung der Stadt Koblenz an den Kosten der kirchlichen Träger zu erwarten. Ein Beschluss des Rates erfolgte am 10.11.2016.

Weitere Kostensteigerungen sind im Bereich der **Hilfen zur Erziehung** zu erwarten, insbesondere ist hierbei die Unterbringung, Versorgung und Betreuung unbegleiteter ausländischer Minderjähriger von Bedeutung.

Eine hierzu am 1.11.2015 in Kraft getretene Gesetzesänderung beinhaltet ein bundesweites Verteilungsverfahren auf die Länder und einzelnen Jugendämter. Für Koblenz bewirkte dies eine Fallzahlsteigerung.

Die Einzelfallkosten werden zu 100% vom Land Rheinland-Pfalz erstattet; eine über den 31.12.2016 hinausgehende Regelung zur Zahlung einer Fallkostenpauschale durch das Land ist nicht zu erwarten. Diese wird bis 31.12.2016 gezahlt, um die Jugendämter bei der Aufbringung der Personal- und Sachkosten für die Fallbearbeitung zu entlasten.

Im **Bereich Asyl** sind durch eine in diesem Ausmaße noch nie vorgekommene Flüchtlingswelle im Jahr 2015 weitere 1.047 Personen der Stadt Koblenz zugewiesen worden. Zum 1. Oktober 2016 standen 1.362 Personen im Leistungsbezug des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Ob dieser Flüchtlingsstrom sich auch im Jahre 2017 in diesem Umfang fortsetzt, ist aus heutiger Sicht absolut ungewiss. Um diese hohe Anzahl von zugewiesenen Flüchtlingen unterzubringen, war es erforderlich, dass zentrale Unterbringungs-möglichkeiten geschaffen wurden.

Im Nachtragshaushalt für das Jahr 2016 wird insgesamt von städtischen Aufwendungen in Höhe von 19 Mio. € im Konsumtivbereich ausgegangen. Als Erträge dagegen werden Beträge in Höhe von lediglich 8,7 Mio. € erwartet.

Die Erstattung durch den Bund und das Land Rheinland-Pfalz wurde durch das mittlerweile in Kraft getretene geänderte Landesaufnahmegesetz deutlich verbessert, ist aber immer noch nicht ausreichend, um alle städtischen Aufwendungen zu decken.

Außerdem sind im Investivbereich Auszahlungen von rund 1,8 Mio. € im Nachtragshaushalt 2016 eingeplant. Eine Gegenfinanzierung ist nicht vorgesehen.

Im Teilhaushalt „Sport“ rückt der **Neubau des Hallenbades** in den Fokus: Der Neubau eines Hallenbades beinhaltet die Chance, einen dem Bedarf gerecht werdenden und energetisch optimierten Bau zu errichten. Hierdurch können die späteren Betriebserträge und -kosten



maßgeblich beeinflusst werden. Die Realisierung dieses Vorhabens wurde der Koblenzer Bäder GmbH übertragen.

Das Land hat die grundsätzliche Förderbereitschaft für den Neubau eines Hallenbades mit bis zu 3 Mio. € in Aussicht gestellt. Damit hat das Land aus unserer Sicht auch grundsätzlich anerkannt, dass eine Großstadt wie Koblenz, an zwei Flüssen gelegen, im Rahmen der Daseinsvorsorge seiner Bevölkerung eine adäquate Möglichkeit bieten muss, schwimmen zu lernen bzw. den Schwimmsport auszuüben. Somit sollten Gründe des Gemeinwohls (VV zu § 103 GemO) darstellbar sein.

Sowohl der Stadtvorstand als auch alle im Stadtrat vertretenen Fraktionen unterstützen den Neubau eines Hallenbades.

Die im Jahre 2008 von Altenburg sowie die im Jahr 2013 von der Firma con.pro erstellten Machbarkeitsstudien kommen schlussendlich beide zum Ergebnis, dass Koblenz ausreichend Nachfrage und Bedarf für ein Familien- und Wohlfühlbad mit einem an den Bedarf der Koblenzer Bevölkerung angepassten Raumkonzept (siehe Konzeptanalyse der Arbeitsgruppe) hat.

Wenn Koblenz nicht einen weiteren weichen Standortfaktor verlieren möchte, ist der Neubau des Hallenbades zwingend erforderlich.

Ebenfalls sind jedoch auch Risiken im Zusammenhang mit dem Neubau des Hallenbades verbunden.

Zum einen besteht ein Wettbewerbsrisiko, da der Ist-Zustand des Marktes zwar analysiert werden kann, jedoch lassen sich Vorhersagen zur Marktentwicklung nur schwierig prognostizieren.

Ebenfalls besteht ein wirtschaftliches Risiko. An den meisten Standorten stellen Bäder defizitäre Einrichtungen dar. Hier muss durch eine vorausschauende Planung das kalkulierbare Defizit minimal gehalten werden. Durch entsprechende energetische Maßnahmen muss ebenso der zukünftige Energiebedarf minimiert werden.

Wie auch im Vorjahr bereits ausgeführt, werden sich weitere deutliche Belastungen des städtischen Haushalts im Rahmen des Teilhaushalts „**Schulen**“ ergeben:

Nach Beschlussfassung über den Masterplan Schulen (23.03.2012; BV/0021/2012) wurden im laufenden Jahr 2015 zehn Sanierungsmaßnahmen durch das Zentrale Gebäudemanagement der Stadtverwaltung Koblenz an verschiedenen Schulen durchgeführt bzw. begonnen. Hierzu gehörten insbesondere die Brandschutzsanierungen:

Im Jahr 2015 wurden insgesamt 3,45 Mio. € hierfür verausgabt. Im Einzelnen wurden Maßnahmen an den Gymnasien Eichendorff, Hilda, Görres und Karthause sowie an der Berufsbildenden Schule Technik weitergeführt, um die dringend notwendige brandschutztechnische Verbesserung in den Schulen zu erreichen. Dies wird auch dadurch deutlich, dass diese sicherheitsrelevanten Maßnahmen die höchste Priorität im Masterplan besitzen. Ende 2016 werden die meisten Brandschutzsanierungen an den weiterführenden Schulen abgeschlossen sein. In der Fortführung werden dann die Grundschulen nacheinander angegangen. So sind ab 2017 Brandschutzsanierungen der Grundschulen Metternich Oberdorf und Rohrerhof, Pfaffendorf, Pfaffendorfer Höhe, Rübenach und Neukarthause geplant.

Zur Verbesserung verschiedener in die Jahre gekommener Fassaden wurden Fenster erneuert und Wandflächen wärmegeämmt. Hierzu wäre die Comenius-Schule als Beispiel zu nennen, an der im Rahmen der Umwidmung zur Berufsbildenden Schule Wirtschaft auch Fassa-



denbauarbeiten umgesetzt wurden. Aber auch das Gebäude der Berufsbildenden Schule Wirtschaft in der Beatusstraße erfährt eine Sanierung der Fassade.

Die so energetisch sanierte Fassade führt zu deutlichen Minderausgaben bei den zukünftigen Heizkosten.

Nachdem ein Großteil der Brandschutzsanierungen abgeschlossen sein wird, richtet sich der Fokus in Zukunft auf die Priorität 2: Die energetischen Sanierungen (Fenster, Dach, Fassade) an den Schulen. Zu nennen sind hier anstehende Maßnahmen an den Gymnasien Eichendorff, Görres und Hilda, Clemens-Brentano-Realschule sowie Goethe-Schule mit einem Gesamtvolumen von 10,5 Mio. €.

Zukünftig wird sich dann auch noch die Sanierung der naturwissenschaftlichen Räume vorgenommen.

Die vorgenannten Beispiele zeigen, dass es gilt, weiterhin den hohen Sanierungsstau abzubauen. Als Fazit muss also festgehalten werden, dass eine Fortschreibung des Masterplans Schulen unerlässlich ist. Durch die jährliche Investition von rund 7 Mio. € wird der Sanierungsstau kontinuierlich abgebaut und der schulischen Entwicklung kann entsprochen werden.

Parallel zu den Maßnahmen des Zentralen Gebäudemanagements (ZGM) werden durch die Koblenzer Wohnbau weitere Sanierungsmaßnahmen aus dem Schulbausanierungsvertrag durchgeführt. Insofern entlastet die Wohnbau das ZGM an einigen Stellen.

Jedoch wird der Schulsanierungsvertrag mit der Koblenzer Wohnbau nach Abstimmung mit der ADD Trier zum 31.12.2016 aufgehoben. Bis dahin erbringt die Wohnbau die vertraglich vorgeschriebene Sanierungsleistung. Im Anschluss daran werden die zukünftigen Maßnahmen verstärkt über das Zentrale Gebäudemanagement der Stadt Koblenz abgewickelt.

Dies bedeutet eine Aufgabemehrung für das Zentrale Gebäudemanagement, welche durch das neue Organisationskonzept und eine erweiterte Mitarbeiterzahl aufgefangen werden soll.

Im Bereich der **städtischen Ingenieurbauwerke** ergibt sich nach wie vor ein beachtlicher Sanierungsbedarf. Zur Beseitigung des Sanierungsstaus wurde dem Stadtrat im Juni 2011 der mittelfristig geltende Masterplan „Brücken“ vorgestellt. Für 10 Jahre werden demnach rund 120 Mio. € für Neubau und Instandhaltungsmaßnahmen von Ingenieurbauwerken benötigt. Des Weiteren sind an laufenden Unterhaltungskosten jährlich rund 3 Mio. € bereitzustellen. Es wird eine unabwiesbare Aufgabe der Stadt sein, mittelfristig einen mindestens befriedigenden Bauwerkszustand zu erreichen und dauerhaft zu sichern. Bis Ende 2014 hatte das Land entsprechende Projekte mit 75 v. H. der zuwendungsfähigen Kosten gefördert. Bis 2019 kann mit einer Förderung von 65 v. H. der zuwendungsfähigen Kosten gerechnet werden. Der Masterplan wird laufend fortgeschrieben; er ist insgesamt als langfristige Aufgabe zu betrachten.

Die Leistungen für die Instandsetzung und Ertüchtigung der Balduinbrücke wurden im Januar 2013 vergeben. Die Baumaßnahme wurde im Sommer 2015 abgeschlossen und zwischenzeitlich abgerechnet.

Der Neubau der Vorlandbrücke Lützel wurde zwischenzeitlich weitgehend abgeschlossen. Bis Ende 2016 werden noch Restarbeiten, insbesondere die Flächenwiederherstellung unter dem Bauwerk, erledigt. Die Verstärkungsmaßnahmen an der Flussbrücke sind derzeit in der Ausführung und werden ebenso Ende 2016 abgeschlossen.

In der Prioritätenfrage der umzusetzenden Maßnahmen steht der Neubau der Pfaffendorfer Brücke im Zuge der Bundesstraße 49 derzeit eindeutig im Vordergrund.



Hierbei werden die denkmalgeschützten Widerlager der Flussbrücke ertüchtigt sowie die Gewölbe der Vorlandbrücken baulich erhalten, aber durch neue Tragsysteme ersetzt. Völlig neu gebaut werden der Überbau und die Flusspfeiler. Die Vorplanungen haben begonnen und wurden zwischenzeitlich weitgehend einvernehmlich mit den Trägern öffentlicher Belange abgestimmt. Parallel zu den Entwurfsunterlagen werden derzeit die Genehmigungsunterlagen erarbeitet, um unverzüglich das notwendige Planfeststellungsverfahren beim Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz zu beantragen. Vorbehaltlich der Rechtskraft eines Planfeststellungsbeschlusses und der Klärung der Baufinanzierung ist mit dem Baubeginn frühestens ab dem Jahr 2018 zu rechnen.

Die Planungen für die Erneuerung der Brücke über die Neustadt im Zuge der B 49 sind nach sehr differenzierten Untersuchungen verschiedener Bauweisen und Verkehrsführungsmöglichkeiten soweit, dass sie dem Land als Fördergeber vorgestellt werden können. Derzeit wird davon ausgegangen, dass Planung und Bauvorbereitung in 2017 abgeschlossen werden können. Der Neubau soll dann - bau- und zeitverträglich mit der unmittelbar benachbarten Pfaffendorfer Brücke - unverzüglich vorgenommen werden.

Die Bauvorbereitungen für die Erneuerung der Brücke in der Ravensteynstraße hatten sich verzögert, da die Aufsichtsbehörde (ADD Trier) zunächst nicht von der Unabweisbarkeit der Maßnahme zu überzeugen war und daher keine Mittelfreigabe erreicht werden konnte. Die danach stattgefundenen Planungen gestalteten sich durch die sehr beengten Verhältnisse und den Einflussbereich der Deutschen Bahn AG besonders schwierig. Zwischenzeitlich wurden diese aber erfolgreich abgeschlossen und ein Förderantrag beim Land gestellt. Sobald eine Förderzusage vorliegt, wird das Ausschreibungsverfahren eingeleitet. Mit dem Bau ist für 2017 zu rechnen.

Dem Eigenbetrieb Kommunalen Servicebetrieb Koblenz obliegt seit dem 1.1.2013 auch die operative Aufgabe der Unterhaltung als Straßenbaulastträger nach dem Landesstraßengesetz.

Für den Bereich **Straßenunterhaltung** werden derzeit Grundlagendaten erfasst bzw. aktualisiert und in das Straßeninformationssystem eingepflegt; mit der Maßnahme sollen insbesondere Unterhaltungs- und Erhaltungsleistungen weiter optimiert und künftig in einem "Masterplan Straßen" fortgeschrieben werden.

Das "Glasfaser-Projekt" der Telekom in verschiedenen Stadtteilen wurde zwischenzeitlich abgeschlossen; im Rahmen dieser Baumaßnahme sind in Teilbereichen verbleibende Restgehwegbreiten erneuert worden.

Neben der Umsetzung der Konzeption zur Prüfung der Standsicherheit von Beleuchtungsmasten ist der Betriebszweig Elektrowerkstatt derzeit mit der Erarbeitung eines Energieeinspar- bzw. Modernisierungskonzeptes zur Optimierung der Straßenbeleuchtung befasst.

Im Jahr 2015 konnte der Bestand der **Anlagen im Bau** von 78,5 Mio. € auf 77,9 Mio. € leicht gesenkt werden. Abrechnungen in Höhe von 21,1 Mio. € stehen damit neue Zugänge in Höhe von 20,5 Mio. € gegenüber. Das Verfahren der quartalsweisen Berichterstattung an den Stadtvorstand sowie einer verbesserten Absprache zwischen Fachämtern und Finanzbuchhaltung hat sich positiv auf die Abrechnungen der Anlagen im Bau ausgewirkt.

In der Organisationsverfügung zur Einrichtung des **Zentralen Gebäudemanagements** (ZGM) zum 01.01.2014 wurden folgende Zielsetzungen formuliert:

1. Generierung von Einsparpotentialen
2. Nutzen von Professionalisierungschancen und
3. Ausschöpfung von Rationalisierungschancen



Mit der Zentralisierung der objektbezogenen Aufgabenwahrnehmung wurde die vorhandene Fachkompetenz gebündelt und durch die Integration von infrastruktureller, kaufmännischer und technischer Bewirtschaftung ein ganzheitlicher Bewirtschaftungsansatz der Raumressourcen ermöglicht.

Im Rahmen der Neukonzeption des Zentralen Gebäudemanagements mussten Antworten für eine Vielzahl komplexer Fragestellungen gefunden werden. Durch die Betroffenheit zahlreicher Organisationseinheiten ergab sich eine Vielfalt an unterschiedlichen Interessenlagen. Aus den bislang gemachten Erfahrungen folgt die Notwendigkeit, den Prozess weiter zu optimieren, um die gesteckten Ziele zu erreichen.

Im Zuge der weiteren Prozessoptimierung wurde die bisherige Aufbauorganisation des ZGMs grundlegend überarbeitet. Man verabschiedete sich von dem zunächst praktizierten Regionenmodell und überführte dieses in eine Struktur, die sich unabhängig von der örtlichen Gegebenheit nach den Gebäudearten unterscheidet (Schulen/Sporthallen und Kita/sonstige Gebäude). Dieser Aufbau wurde sowohl im Bereich der Technik als auch Verwaltung gewählt, sodass eine klare Aufgabentrennung einerseits, als auch Schnittpunkte zwischen Technik und Verwaltung andererseits vorhanden sind.

Des Weiteren sollen zusätzliche Stellen geschaffen werden, um die angestrebte Aufgabenerfüllung mit eigenem Personal zu verstärken.

Mit der Entscheidung für die Einführung eines professionellen Gebäudemanagements wurde auch die Notwendigkeit der Bereitstellung geeigneter Informationstechnik gesehen. Nur so lassen sich die im KGSt-Bericht „Gebäudewirtschaft“ geforderten Informationen (Flächen-/Gebäudebestände, Vertragswesen, Unterhaltungsdaten, Auftragswesen etc.) effizient in der für die Sachbearbeitung und ein Berichtswesen geeigneten und erforderlichen Form erheben, darstellen, transportieren und pflegen.

Vor diesem Hintergrund wurde eine Projektgruppe eingerichtet, die sich mit der Beschaffung einer geeigneten Software befasst. Die hierdurch zu erwartenden Synergieeffekte werden sich auf alle zuvor genannten Zielsetzungen positiv auswirken.

Dies insbesondere deshalb, da sich durch freiwerdende Ressourcen weiterer Freiraum für die Durchführung „eigener“ Projekte ergeben wird. Die Implementierung der Software inkl. der umfangreichen Datengenerierung und -erfassung wird jedoch zunächst auch umfangreiche Kapazitäten binden.

Auf dem Weg zu einem modernen und wirtschaftlich arbeitenden Zentralen Gebäudemanagement sind darüber hinaus u. a. noch weitere Herausforderungen zu bewältigen:

- Konsequente, begleitende Organisationsentwicklung
- Lfd. Evaluation und Optimierung der Arbeitsprozesse; Überprüfung der vorhandenen Strukturen auf Zukunftsfähigkeit
- Optimierung der interdisziplinären Zusammenarbeit
- Qualifizierung der Mitarbeiter
- Anpassung der Personalstrukturen

Im Zuge der Organisationsentwicklung sollten auch Erfahrungswerte anderer, vergleichbarer Kommunen einbezogen werden („Best Practice“).

Letztlich ist auch umfänglich zu definieren, welchen Verpflichtungen (gesetzliche Vorgaben, DIN-Vorschriften etc.) ein Zentrales Gebäudemanagement gerecht werden muss - Stichwort: Betreiberverantwortung. Andererseits sollte auch das Dienstleistungsspektrum/ -angebot klar umrissen werden.

Der Entwicklungsprozess des Zentralen Gebäudemanagements ist noch nicht abgeschlossen und wird voraussichtlich auch noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

Der kommunale Immobilienbestand bedarf einer gezielten strategischen Entwicklung. Für den Bereich der Schulen wurde mit dem Schulbausanierungsvertrag und dem Masterplan Schulen bereits ein effektiver Schritt in Richtung Erhalt und Optimierung des Immobilienvermögens der Stadt Koblenz gemacht. Aufgrund des vorliegenden Sanierungsstaus sind allerdings auch weiterhin umfängliche Maßnahmen unerlässlich.

Für den gesamten Gebäudebestand sind neben klaren Zieldefinitionen ebenfalls eine ganzheitliche Steuerung und ein aussagekräftiges Controlling erforderlich. Die Implementierung in das bestehende Verwaltungsgefüge stellt eine umfangreiche Herausforderung dar. Dieser soll mit Unterstützung der Abteilung Organisationsentwicklung des Amtes für Personal und Organisation adäquat begegnet werden.

Abschließend kann festgehalten werden, dass mit der Zentralisierung des Gebäudemanagements ein wichtiger Schritt in Richtung zielgerichteter und strategischer Steuerung und Entwicklung des Immobilienbestandes der Stadt Koblenz gemacht wurde.

Aus dem Bereich der **städtischen Beteiligungsgesellschaften** ist zu berichten, dass die **Stadtwerke Koblenz GmbH (SWK)** bei gleich bleibendem Geschäftsverlauf weiterhin prosperiert und über die Anwendung der Spiegelbildmethode in der städtischen Bilanz jährlich erhebliche, das Jahresergebnis verbessernde Zubuchungen auf die Beteiligung vorgenommen werden können. Es wird allerdings aus der beabsichtigten Verlustabdeckung der **Koblenzer Bäder GmbH** ein Gewinnrückgang resultieren.

Da das Ergebnis der SWK nicht unerheblich von den Dividendenzahlungen der EKO2 GmbH / evm AG beeinflusst wird, sind als mögliche Risiken die weiteren Entwicklungen am Energiemarkt zu benennen.

Die v. g. Risiken gelten folgerichtig auch für die **evm AG / EKO 2 GmbH** unmittelbar. Ferner zeichnen sich durch die Probleme bei der Vereinbarung eines neuen Einnahmeaufteilungsschlüssels beim Verkehrsverbund Rhein-Mosel evtl. negative Auswirkungen für das Tochterunternehmen **evm Verkehrs GmbH** ab. Hinzu treten die Unwägbarkeiten steigenden Wettbewerbs bei der Vergabe von Linienkonzessionen.

Das **Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH** soll nach der Neubesetzung der Geschäftsführung in 2016 in ruhigere Fahrwasser kommen und die aus der Zusammenführung der Vorgesellschaften erhofften Synergieeffekte nunmehr heben. Darüber hinaus stellen die anstehenden Investitionen (Neubau, Sanierung) große Herausforderungen dar.

Die **Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH** wird nach Beendigung des Schulsanierungsvertrags Ende 2016 und Ausräumung der sog. EK 02-Problematik ab 2017 wieder positive Jahresergebnisse erwirtschaften.

Beim **Eigenbetrieb Koblenz-Touristik** hat sich das Problem der Liquiditätskredite entschärft. Allerdings sind die Bemühungen um eine optimierte Unternehmensausrichtung auch zum Berichtszeitpunkt (Okt. 2016) noch nicht abgeschlossen. Den Verantwortlichen ist dabei bewusst, dass eine Steueroptimierung nur begleitend erfolgen kann, im Vordergrund hat eine Verbesserung der Betriebsabläufe und Fokussierung auf das Kerngeschäft zu stehen.



Des Weiteren stellt sich die zu erwartende wirtschaftliche Perspektive des Großprojektes „**Forum Mittelrhein / Kulturgebäude Forum Confluentes**“ wie folgt dar:

#### a) Sanierungsgebiet Zentralplatz

Das Sanierungsgebiet Zentralplatz und angrenzende Bereiche wurde festgesetzt, um den anhaltenden Funktions- und Frequenzverlust im Bereich Zentralplatz/Innenstadt aufzuhalten bzw. umzukehren. Die vorgenannten Ziele konnten durch die Umsetzung der Projekte im Wesentlichen erreicht werden. Seit Fertigstellung der Baumaßnahmen (2016 Fertigstellung des Straßenausbaues Viktoriastraße und der neuen Erschließung Parkhaus Altlohrtor) ist eine Belebung des Zentralplatzes durch Erhöhung des Fußgängerverkehres und eine Erhöhung der Nutzung der Stadtbibliothek zu verzeichnen.

#### b) Kulturgebäude Forum Confluentes

##### Stadtbibliothek

Die zukunftsorientierte Zentralbibliothek im Forum Confluentes fungiert als zentrale Bildungs- und Informationseinrichtung für die Stadt und die Region und ist damit ein kultureller Ort der Information, der Bildung und der Kommunikation für Kinder und Erwachsene aus allen Schichten. Der weiterhin hohe Kundenzuspruch seit der Eröffnung 2013 zeigt, dass den Bürgerinnen und Bürgern des Oberzentrums Koblenz ein modernes und attraktives Bildungsangebot bereitgestellt werden muss und von diesen auch gut angenommen wird.

Die Besucherzahlen im Gesamtsystem der StadtBibliothek sind erheblich von 271.981 in 2013, 403.773 in 2014 auf zuletzt 477.990 in 2015 gestiegen. Dabei ist zu beachten, dass die Zentralbibliothek im Juni 2013 mit ihren drei Altstadtstandorten nach einer Schließzeit ins Forum Confluentes umgezogen ist. In der Eröffnungsphase wird die Besucherzahl vom Neugier-effekt beeinflusst gewesen sein. Eine Steigerung der Nutzungszahlen insbesondere durch die neue Zentralbibliothek ist jedoch deutlich sichtbar. Vor allem die Lesefähigkeit als Primärkompetenz kann durch die Angebote der Stadtbibliothek und die kompetente Beratung sowohl bei Kindern und Jugendlichen, als auch bei Migranten frühzeitig gefördert und unterstützt werden. Die positiven sozialen Auswirkungen (bessere Schulabschlüsse etc.) der Sprach- und Leseförderung für Kinder und Erwachsene, der Unterstützung der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der kulturellen Bildung und des lebenslangen Lernens durch die Bibliothek können nur aufgezeigt, aber nicht finanziell bewertet werden. Hierfür ist ein vielfältiger Bestand an gedruckten und digitalen Medien auszubauen sowie ständig zu aktualisieren und zu erneuern. Die Zentralbibliothek, die drei Stadtteilbüchereien und die beiden Bücherbusse fördern die Medien- und Informationskompetenz und wirken als Kommunikationsplattformen zwischen den Altersgruppen (Demografie) und den verschiedenen sozialen und ethnischen Gruppen.

##### Touristinformation mit Romanticum

Die Touristinformation im Forum Confluentes ist die zentrale touristische Anlaufstelle in Koblenz. Durch die Kombination der Tourist-Information mit dem Romanticum wurde eine attraktive touristische Service- und Erlebniswelt geschaffen, die die Attraktivität der Stadt weiter steigert und damit hilft, die Gäste- und Übernachtungszahlen weiter auszubauen.

Während die Touristinformation mit ihrem Service- und Merchandisingangebot sehr gut angenommen wird, sind die Besucherzahlen des Romanticum bislang hinter den Erwartungen zurück geblieben. Die Steigerung der Besucherzahlen wird durch Marketingmaßnahmen im Rahmen der Möglichkeiten angestrebt.

Dass die geplanten Besucherzahlen bisher nicht erreicht werden konnten, hat sicherlich auch mit zu der Negativentwicklung des Eigenbetriebes Koblenz-Touristik beigetragen. Im Rahmen der Neustrukturierung des Eigenbetriebes müssen auch in diesem Bereich Überlegungen angestellt werden, um die Attraktivität dieser Einrichtung zu steigern.

##### Mittelrhein-Museum

Durch die modernen Räumlichkeiten im neuen Mittelrhein-Museum können grundsätzlich anspruchsvollere Ausstellungen präsentiert werden, wobei durch den geringen Ausstellungsset



hier deutliche Grenzen gesetzt sind. 2015 konnten die prognostizierten Besucherzahlen nicht erreicht werden, was hauptsächlich auf eine wenig besuchte Ausstellung im Frühjahr 2015 zurückzuführen ist. Im Anschluss stiegen die Besucherzahlen wieder an. Eine deutliche Verbesserung des Angebots konnte aufgrund der modernen Gegebenheiten im Bereich der Museumspädagogik und bei Veranstaltungen erreicht werden. Verstärkt wurde in diesem Bereich auch die Zusammenarbeit mit der ebenfalls im Haus befindlichen Stadtbibliothek und mit der VHS.

#### Multifunktionales Foyer (bis 300 Personen)

Mit dem Veranstaltungsfoyer im Forum Confluentes verfügt Koblenz über einen außergewöhnlichen Veranstaltungsort. Auf einer Fläche von ca. 350 m<sup>2</sup> können kleine und mittelgroße Veranstaltungen in einem attraktiven Umfeld ausgerichtet werden. Mit dem Veranstaltungsfoyer wurde das Portfolio von Koblenz-Kongress (Betriebszweig des Eigenbetriebes Koblenz-Touristik) um einen weiteren zentral gelegenen Veranstaltungsort ergänzt. Aufgrund der besonderen Situation vor Ort und einer Nutzungsmöglichkeit erst nach Schließung der Einrichtungen im Forum Confluentes ist die Zahl der Veranstaltungen bisher hinter den Erwartungen zurück geblieben.

#### Kulturcafe K3

Zum Berichtszeitpunkt zeichnet es sich ab, dass die Umsatzerwartungen des Kaffeebetreibers hinter den Erwartungen liegen. Dies wird auch ersichtlich durch die verspätete Zahlung der Monatsmieten bzw. die sich kumulierenden Rückstände. Die Koblenz Touristik wird die zukünftige Entwicklung kritisch beobachten und den Werkausschuss entsprechend in Kenntnis setzen.

#### c) Risiko Kulturgebäude Forum Confluentes

Beim Betrieb des Kulturgebäudes liegt ein Risiko für die Stadt Koblenz (wie immer bei Immobilien) in der Entwicklung der Energie- und Instandhaltungskosten, da hier ein Volumen von 103.000 m<sup>3</sup> zu unterhalten und zu beheizen/kühlen ist.

Ebenso belasten die Abschreibungen den städtischen Haushalt. So weist der Nachtragshaushalt 2016 für das Kulturgebäude Abschreibungen in Höhe von rund 1,2 Mio. € für das Jahr 2016 aus.

Die investiven Schuldendienstleistungen der Stadt Koblenz für den Kulturbau stellen sich wie folgt dar:

Im Rahmen des Finanzierungsvertrages wurde hierfür eigens ein Darlehen über 49 Mio. € aufgenommen. Der darüber hinaus gehende Investitionskreditbedarf für die Errichtung des Forum Confluentes ab 2010 wurde einzelnen Darlehen zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Kernhaushaltes zugeordnet. Da vor Aufnahme dieser Investitionskredite der Finanzierungsbedarf zum Teil über Liquiditätskredite vorfinanziert wurde, handelt es sich bei den Angaben in der nachstehenden Tabelle immer um gerundete, nicht abgegrenzte Zinsaufwendungen:



## Investive Schuldendienstleistungen der Stadt Koblenz für den Kulturbau

Jahr	Zinsen	Tilgung	Gesamt
2010	1.000 €	961 €	1.961 €
2011	33.700 €	34.526 €	68.226 €
2012	1.343.400 €	544.376 €	1.887.776 €
2013	2.205.100 €	903.638 €	3.108.738 €
2014	2.165.300 €	940.744 €	3.106.044 €
2015	2.426.000 €	1.314.525 €	3.740.525 €
2016	2.371.100 €	1.355.054 €	3.726.154 €
2017	2.347.300 €	1.467.148 €	3.814.448 €
2018	2.287.100 €	1.511.417 €	3.798.517 €
2019	2.227.200 €	1.557.681 €	3.784.881 €
2020	2.165.100 €	1.606.033 €	3.771.133 €
...	...	...	...
2030	1.406.900 €	2.227.297 €	3.634.197 €
...	...	...	...
2040	304.200 €	3.192.123 €	3.496.323 €
...	...	...	...
2047	0 €	0 €	0 €

In den vorstehenden Zahlen ist der Investitionskreditbedarf bis einschließlich 2014 berücksichtigt. Der vorläufige Investitionskreditbedarf 2015 i. H. v. rd. 109,6 T€ wurde bisher noch keinem Investitionskredit zugeordnet.

Vor dem Hintergrund, dass der Finanzhaushalt keine Überschüsse aufweist (der Überschuss des Jahres 2013 konnte die bis dahin aufgelaufenen Fehlbeträge nicht ausgleichen), müssen die Auszahlungen für die Schuldendienstleistungen über die Aufnahme von Liquiditätskrediten finanziert werden. Die Bezifferung der Zinsen hierfür ist äußerst aufwendig. Sie sind daher nicht in der vorstehenden Aufstellung enthalten.

Eine Bewertung der Chancen und Risiken dieser Schuldendienstleistungen kann nur im Kontext des Gesamtproduktes erfolgen, da Investitionen auch immer im Hinblick auf die damit verbundene Produktivität gesehen werden müssen.

Ein weiteres Risiko hinsichtlich des Forum Confluentes besteht darin, dass im Rahmen der noch immer andauernden Betriebsprüfung bisher keine Einigung erzielt wurde, wie genau die mit dem Finanzamt eigentlich vor einigen Jahren anlässlich der Umsatzsteuersonderprüfung mit der Stadt vereinbarten Vorsteueraufteilungsmaßstäbe für das Kulturgebäude letztlich abzuändern sind. Dies wird zu Rückzahlungen von bereits geltend gemachten Vorsteuerbeträgen gemäß § 15a UStG führen.

### d) Schlussbemerkung zum „Forum Mittelrhein / Kulturgebäude Forum Confluentes“

Der Neubau des gesamten Forums hat sich als sehr positive Investition gezeigt, die langfristig ihre anhaltenden Effekte für das Umfeld erzeugt. So wurden umfängliche Neubauten inzwischen in Angriff genommen und viele Nachnutzungen folgen den neuen Publikumsmagneten. Der Ausbau des Altlöhrtors zeigt bereits auch schon seine Wirkung. Insgesamt wird für den Bereich eine weitere positive Entwicklung erwartet (Ausbau Clemensstraße, wo auch bereits investiert wurde). Die Anwesenheit der Koblenz-Touristik und der sonstigen öffentlichen Einrichtungen bringt ebenfalls zusätzliche Frequenz. Auch das ehemalige Dresdner-Bank-Gebäude (jetzt Commerzbank) hat einen neuen Eigentümer gefunden, der eine Erneuerung plant. Die Qualitätsoffensive beginnt sich auszuzahlen. Ein neues Hotel entsteht gerade in der Casinostraße unmittelbar neben dem Forum.



## **Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs:**

Der Verfassungsgerichtshof (VGH) hatte dem Gesetzgeber aufgegeben, bis spätestens zum 1.1.2014 eine verfassungsmäßige Regelung vorzulegen. Dabei differenzierte der VGH zwischen dem vertikalen und dem horizontalen Finanzausgleich. Er stellte im Ergebnis fest, dass sowohl die vertikale Verteilungssymmetrie (Land-Kommunen) als auch das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung verletzt ist.

Mit dem am 8. Oktober 2013 verabschiedeten Landesgesetz zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs wurden die aus Sicht des Landes sich aus dem Urteil ableitenden erforderlichen Regelungen getroffen.

Als zentrale Änderung im Rahmen des Ausgleichssystems wurden die Schlüsselzuweisungen ergänzt. Mit den neu geschaffenen Schlüsselzuweisungen C1 und C2 werden aus Sicht des Gesetzgebers Entlastungen für die Kommunen im Sozialbereich geschaffen.

Neben dieser wesentlichen Änderung umfasst das Gesetz noch weitere Änderungen, wie z. B. die Änderung der Schlüsselzuweisung B1 (Zuweisung für kreisfreie Städte wurde um 15 € je Einwohner von 46 € auf 61 € angehoben).

Es bleibt jedoch festzuhalten, dass auch aus heutiger Sicht noch keine abschließende Bewertung zu dieser Gesetzesänderung in inhaltlicher und finanzieller Hinsicht getroffen werden kann, da neben den sicherlich positiven auch negative Anpassungen vorgenommen wurden, die sich erst zu einem späteren Zeitpunkt bewerten lassen. Definitiv kann aber heute schon festgehalten werden, dass sich die Komplexität des rheinland-pfälzischen Finanzausgleichssystems noch weiter erhöht hat.

Seitens der kommunalen Spitzenverbände wurde bereits koordiniert, dass einige Kommunen das neue LFAG erneut vom Verfassungsgerichtshof mittels Normenkontrollanträgen überprüfen lassen.

Mit Beschluss vom 30.10.2015 hat der Verfassungsgerichtshof diese Anträge aus rein „formalen“ Gründen abgewiesen, da eine Vorklärung der komplexen Thematik durch Fachgerichte notwendig sei.

Weiterhin ist der Verfassungsgerichtshof der Auffassung, dass dem neuen LFAG eine Art Bewährungszeit einzuräumen sei.

Gemäß LFAG - Reformgesetz werden die Auswirkungen der Neuregelungen nach Ablauf von drei Jahren nach Inkrafttreten überprüft. Dies hat somit bis zum 31.12.2017 zu geschehen.

## **Gewerbesteuer**

Der im Vorbericht erwähnten Diskrepanz zwischen Haushaltsansatz laut Nachtrag und tatsächlichem Jahresergebnis soll entgegen gewirkt werden, indem bei den 30 größten Steuerzahlern bereits zur Jahresmitte bezüglich evtl. notwendigen Anpassungsbedarfs nachgefragt wird. Damit kann das Risiko „überraschender“ großer Nachzahlungen oder Erstattungen bis zum Jahresende zwar nicht ausgeschlossen werden, es bietet aber dennoch zusammen mit der jeweils im November eingehenden Steuerschätzung eine bessere Basis für die Bemessung des Haushaltsansatzes.



## Anlage 10 Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz

### AKTIVA

<b>1</b>	<b>Anlagevermögen</b>	<b>31.12.2015</b>	1.374.322.285,29 €
		<b>31.12.2014</b>	1.364.625.434,79 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2015 EUR	Buchwert 31.12.2014 EUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	55.035.056,54	56.036.134,50
Sachanlagen	1.002.878.036,97	1.000.346.349,01
Finanzanlagen	316.409.191,78	308.242.951,28
	<u>1.374.322.285,29</u>	<u>1.364.625.434,79</u>

Eine von den Anschaffungs- und Herstellungskosten ausgehende Darstellung der Entwicklung der einzelnen Bilanzposten des Anlagevermögens enthält der Anlagespiegel (**Anlage 5**).

<b>1.1</b>	<b>Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>31.12.2015</b>	55.035.056,54 €
		<b>31.12.2014</b>	56.036.134,50 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2015 EUR	Buchwert 31.12.2014 EUR
Gewerbl. Schutzrechte, Rechte, Lizenzen	173.095,68	226.190,68
Geleistete Zuwendungen	42.911.273,00	43.232.341,00
Gezahlte Investitionszuschüsse	10.201.752,00	10.689.891,00
Anzahlungen auf immat. Vermögensgegen.	1.748.935,86	1.887.711,82
	<u>55.035.056,54</u>	<u>56.036.134,50</u>

<b>1.1.1</b>	<b>Gewerbliche Schutzrechte u. ähnliche Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten</b>	<b>31.12.2015</b>	173.095,68 €
		<b>31.12.2014</b>	226.190,68 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:



	<u>EUR</u>
Stand am 31.12.2014	226.190,68
Zugänge	30.511,60
Umbuchungen	62.212,38
Abschreibungen	- 145.818,98
Stand am 31.12.2015	<u>173.095,68</u>

Die Zugänge beinhalten die Anschaffungskosten für verschiedene Softwareprodukte und zusätzliche Lizenzen für bereits im Betrieb befindliche Software.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	145.818,98 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €

<b>1.1.2 Geleistete Zuwendungen</b>	<b>31.12.2015</b>	42.911.273,00 €
	<b>31.12.2014</b>	43.232.341,00 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Stand am 31.12.2014	43.232.341,00
Zugänge	1.614.948,32
Umbuchungen	473.875,59
Abschreibungen	-2.417.841,38
AfA-Umbuchungen	7.949,47
Stand am 31.12.2015	<u>42.911.273,00</u>

Die Zugänge inkl. Umbuchungen setzen sich wie folgt zusammen:

	<u>EUR</u>
Investitionskostenanteil Straßen	1.398.981,00
Zuschuss KITA St. Hedwig Karthause	250.000,00
Schienenhaltepunkt Stadtmitte	163.900,71
Zuschuss Kita Marienkäfer	92.421,44
Umbau Sportpark Schartwiesenweg	80.000,00
Zuschuss Kita „Lazarettzwerge“	69.316,08
Zuschuss Kita Compu Group	69.316,08
Zuschuss Kinderhort Rohrerhof	53.000,00
Sportplatzumkleidegebäude Karthause	-43.058,10
Rückzahlung Investitionskosten KITA Herz-Jesu	-36.736,15
HWS Ehrenbreitstein	30.982,45
Div. Zuschüsse aus dem Bereich des Sports	28.416,00
Zuschuss Kita Cusanus	23.105,36
Zuschuss Kita Kemperhof	23.105,36
Gutschrift EB 67	-1.077,57
Tragwerksplanung SPNV	934,72
AfA-Umbuchungen	-7.949,47
Erstattung Investitionskostenanteil EB 85	-105.834,00
	<u>2.088.823,91</u>



Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	2.417.841,38 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €

Die mit einer vereinbarten, mehrjährigen Gegenleistungsverpflichtung oder einer mehrjährigen Zweckbindung verbundenen geleisteten Zuwendungen zur Anschaffung von Vermögensgegenständen wurden buchmäßig fortgeschrieben.

Die Zugänge richten sich im Wesentlichen an den Bereich Soziales (Investitionskostenanteil Kindertagesstätten) sowie den Sportbereich (Beschaffung von Sportgeräten und Bau von Sportstätten).

Bei dem Zuschuss an die Stadtentwässerung in Höhe von 1.398.981,00 € handelt es sich um den Investitionskostenanteil des Straßenbaulasträgers an der Straßenoberflächenentwässerung für Gemeinde-, Landes-, Kreis- und Bundesstraßen sowie öffentliche Plätze. In diesem Zusammenhang wurden 105.834,00 € erstattet, so dass saldiert ein Investitionskostenanteil von 1.293.147,00 € gezahlt worden ist.

<b>1.1.3 Gezahlte Investitionszuschüsse</b>	<b>31.12.2015</b>	10.201.752,00 €
	<b>31.12.2014</b>	10.689.891,00 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2014	10.689.891,00
Zugänge	25.304,60
Abschreibungen	-513.443,60
Stand am 31.12.2015	10.201.752,00

Der Buchwert der bislang geleisteten Zuschüsse wurde im Berichtsjahr gemäß der vereinbarten Zweckbindung bzw. Gegenleistungsverpflichtung fortgeschrieben. Lediglich ein Zugang ist im Berichtsjahr zu verzeichnen.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	513.443,60 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €

<b>1.1.5 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>31.12.2015</b>	1.748.935,86 €
	<b>31.12.2014</b>	1.887.711,82 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2014	1.887.711,82
Zugänge	699.520,05
Umbuchung	-838.296,01
Stand am 31.12.2015	1.748.935,86



Wesentliche Zugänge in 2015 waren Investitionskostenzuschüsse für Baumaßnahmen an Kindertagesstätten sowie für den Bau von Sportstätten.

Bei den Umbuchung handelt es sich um Korrekturbuchungen sowie um die Abrechnung fertig gestellter Projekte, die ihrer bestimmungsgemäßen Nutzung übergeben werden konnten.

<b>1.2 Sachanlagen</b>	<b>31.12.2015</b>	1.002.878.036,97 €
	<b>31.12.2014</b>	1.000.346.349,01 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2015 EUR	Buchwert 31.12.2014 EUR
Wald, Forsten	24.567.323,99	25.605.660,63
Sonstige unbebaute Grundstücke	94.657.356,14	88.362.410,76
Bebaute Grundstücke	224.996.702,17	221.873.008,02
Infrastrukturvermögen	511.573.859,26	519.330.539,29
Bauten auf fremden Grund	5.935.039,00	5.175.456,00
Kunstgegenstände, Denkmäler	38.835.774,72	37.785.004,95
Maschinen, technische Anlagen, KFZ	10.280.949,44	10.147.875,21
Betriebs- u. Geschäftsausstattung	14.105.943,10	13.562.482,54
Anzahlungen, Anlagen im Bau	77.925.089,15	78.503.911,61
	1.002.878.036,97	1.000.346.349,01

<b>1.2.1 Wald, Forsten</b>	<b>31.12.2015</b>	24.567.323,99 €
	<b>31.12.2014</b>	25.605.660,63 €

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich insgesamt wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2014	25.605.660,63
Umbuchungen bzw. Umgliederungen	-85.122,67
Abgang	-953.213,97
Stand am 31.12.2015	24.567.323,99

Die Einrichtung des Landes Rheinland-Pfalz „Landesforsten“ hat u.a. für den Stadtwald Koblenz eine neue Waldvermögensbewertung durchgeführt. Die Ergebnisse dieser „Neubewertung“ werden im vorliegenden Jahresabschluss umgesetzt und führen zu dem Ergebnis, dass der Festwert für den Stadtwald Koblenz im Rahmen einer außerplanmäßigen Abschreibung um T€ 953 angepasst werden musste. Der Abgang wurde in voller Höhe ergebniswirksam in Zeile 18 „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ erfasst.



<b>1.2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte</b>	<b>31.12.2015</b>	94.657.356,14 €
	<b>31.12.2014</b>	88.362.410,76 €

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich insgesamt wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2014	88.362.410,76
Zugänge	4.281.969,47
Umbuchungen	2.949.384,20
Abschreibungen	-447.857,57
Abgänge	-488.550,72
Stand am 31.12.2015	94.657.356,14

Die **Abschreibungen** sind gegenüber dem Vorjahr um rd. T€ 40 € leicht gesunken.

Die **Zugänge** betreffen im Wesentlichen die Zuschreibungen aufgrund der Anpassung des Festwertes „Sonstige Bäume“. Unter den „Sonstigen Bäumen“ werden die Bäume subsumiert, welche auf Grünflächen erfasst werden. Im Berichtsjahr erfolgten sowohl eine Mengen- als auch eine Werteanpassung im Rahmen des Festwertes. Die Anzahl der seit der Eröffnungsbilanz erfassten Bäume hat sich zum Zeitpunkt Mai 2015 per Saldo um 8.804 erhöht. Während der Wert des „Altbestandes“ für die Ermittlung des Festwertes beibehalten wurde, ergaben sich für die Neupflanzungen deutlich höhere Anschaffungskosten, die aufgrund einer Durchschnittswertbildung vier innerstädtischer Grünflächen ermittelt worden sind.

Die **Umbuchungen** resultieren hauptsächlich aus der Aktivierung des Deinhardplatzes (1.088 T€), aus Verschmelzungen und Zerlegungen von Flurstücken (731 T€) sowie einem Teil der Anpassung Festwert „Sonstige Bäume“, der über die Abrechnung der Anlagen im Bau zugeschrieben wurde (T€ 686). Weiterhin ergaben sich geringfügige Umbuchungen innerhalb des Sachanlagevermögens oder in das Umlaufvermögen.

Im Berichtsjahr ergaben sich für insgesamt für 30 Anlagenstammsätze **Ab-** bzw. **Teilabgänge**. Erwähnenswert ist der Verkauf eines Grundstückes in der Reiffenbergstraße (106 T€) sowie ein Teilabgang in der Jupp-Gauchel-Straße (104 T€).

<b>1.2.3 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte</b>	<b>31.12.2015</b>	224.996.702,17 €
	<b>31.12.2014</b>	221.873.008,02 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2014	221.873.008,02
Zugänge	742.725,57
Umbuchungen	7.432.578,27
Abgänge	-60.735,27
Abschreibungen	-5.061.423,34
Umgliederung kumulierte Abschreibungen	70.548,92
Stand am 31.12.2015	224.996.702,17



Die Umbuchungen inkl. Zugänge verteilen sich im Wesentlichen auf Zugänge durch Aktivierung, insbesondere KITA Musikerviertel sowie die Sanierung der Sporthallen Horchheim und Kesselheim. Um Wiederholungen zu vermeiden wird an dieser Stelle auf die Position 1.2.10 „Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau“ verwiesen, die eine Darstellung der wesentlichen Bauvorhaben enthält, die im Berichtsjahr durch Umbuchung auf diese Bilanzposition überführt worden sind.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	5.061.423,34 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €

Die bilanziellen Abschreibungen wurden auf Plausibilität geprüft. Die Abschreibungen gliedern sich wie folgt auf:

	<u>EUR</u>
Wohnbauten	20.052,69
soziale Einrichtungen	224.543,73
Schulgebäude und -turnhallen	2.609.649,24
Kulturanlagen	295.499,72
Sportanlagen	458.065,04
Verwaltungsgebäude	115.771,00
Sonstige Gebäude	1.337.841,92
	<b>5.061.423,34</b>

Der Anstieg der Abschreibungen gegenüber dem Vorjahr (ca. 173 T€) beruht im Wesentlichen auf den o.g. Aktivierungen von den Anlagen im Bau auf diese Bilanzposition, verbunden mit dem Einsetzen der linearen Abschreibung. Im Bereich der sozialen Einrichtungen stiegen die Abschreibungen um 60 T€, während der Anstieg im Bereich Schulgebäude und –turnhallen 76 T€ betrug.

Die Rechnungsprüfung weist darauf hin, dass die Höhe der bilanziellen Abschreibungen dieser Bilanzposition auch zukünftig nicht mehr unterschritten wird und mit sukzessiver Aktivierung noch im Bau befindlicher Anlagen stetig zunimmt.

<b>1.2.4 Infrastrukturvermögen</b>	<b>31.12.2015</b>	511.573.859,26 €
	<b>31.12.2014</b>	519.330.539,29 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2015 EUR	Buchwert 31.12.2014 EUR
Infrastruktur (Grundstücke u. ä.)	6.613.335,93	6.367.126,95
Brücken	29.528.181,00	30.502.425,00
Ingenieurtechnische Anlagen	2.738.948,00	2.795.735,00
Stützbauwerke	22.353.774,00	22.696.126,00
Grundstücke Gleisanlagen	300.419,70	300.398,90
Verteilungsanlagen	606,00	908,00
Abfallanlagen (Grundstücke u. ä.)	996.319,32	996.319,32
Straßen, Wege, Plätze (Grundstücke u. ä.)	248.647.003,79	249.780.291,18
Bundesstraßen	9.805.272,01	10.461.462,44
Landstraßen	4.845.994,00	5.190.871,00
Kreisstraßen	11.269.915,05	10.826.950,53
Gemeindestraßen	72.250.018,84	76.870.825,55
Gehwege	48.940.075,47	51.146.119,79
Straßenbegleitgrün	14.406.107,76	13.882.886,84
Fußwege	9.402.024,60	9.481.421,60
Radwege	2.118.076,00	1.625.350,00
Landwirtschaftliche Wege	2.438.775,00	2.635.127,00
Forstwirtschaftliche Wege	1.315.228,00	1.403.873,00
Parkplätze	12.463.282,94	13.036.298,14
Lichtsignalanlagen	2.483.200,00	1.388.446,00
Techn. Anlagen der Verkehrslenkung	311.325,00	254.961,00
Sonstige Verkehrslenkungsanlagen	271.993,00	263.599,00
Infrastrukturanlagen zur Unterhaltung	1.685.863,46	1.310.478,46
Straßenbeleuchtung	3.968.571,03	3.712.811,47
Uferbefestigungen	1.761.382,00	1.755.894,00
Sonstige Infrastruktur, Grundstücke u. ä.	658.167,36	643.833,12
	511.573.859,26	519.330.539,29

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich insgesamt wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2014	519.330.539,29
Zugänge	1.288.743,16
Umbuchungen	5.675.340,96
Abgänge	-1.046.463,62
Abschreibungen	-13.674.300,53
Stand am 31.12.2015	511.573.859,26

Insgesamt betrachtet hat die Bilanzposition des Infrastrukturvermögens mit 7,8 Mio. € (rd. 1,5 %) einen signifikanten Rückgang zu verzeichnen. Dieser Rückgang ergibt sich aus der Differenz zwischen den Abschreibungen und Abgängen einerseits, und den Zu-



gängen und Umbuchungen von den Anlagen im Bau auf diese Bilanzposition andererseits.

Im Berichtsjahr ist der durch die Abschreibung bezifferte Werteverzehr um den o.g. Betrag größer als der durch Umbuchung (Aktivierung) geschaffene Wert neuer Anlagegüter. Im Einzelnen sind die Abschreibungen für Brücken mit rd. 2.137 T€, für Straßen mit rd. 10.960 T€ und für sonst. Infrastrukturvermögen mit rd. 576 T€ zu beziffern.

Um Wiederholungen zu vermeiden wird an dieser Stelle auf die Bilanzposition der Anlagen im Bau verwiesen, die eine Übersicht der im Berichtsjahr aktivierten (umgebuchten) Anlagegüter enthält.

Im Zuge der sukzessiven Aktivierung weiterer, noch im Bau befindlicher sowie geplanter Infrastrukturanlagen (Straßenbaumaßnahmen, Brücken), muss auch zukünftig mit einem weiteren Anstieg der Aufwendungen für Abschreibungen gerechnet werden..

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	13.674.300,53 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €

Die Prüfung der Abschreibungen des Infrastrukturvermögens ergab, dass diese nach den Vorschriften des § 35 GemHVO durchgeführt wurden.

<b>1.2.5 Bauten auf fremden Grund und Boden</b>	<b>31.12.2015</b>	5.935.039,00 €
	<b>31.12.2014</b>	5.175.456,00 €

	Buchwert 31.12.2015 EUR	Buchwert 31.12.2014 EUR
Mahnmale	1,00	1,00
Stadien	2.706.864,00	1.976.613,00
Sonstige Gartenanlagen	2.500.796,00	2.578.330,00
Sonstige Sportstätten	720.894,00	620.512,00
Sonstige Bauten	6.484,00	0,00
	<u>5.935.039,00</u>	<u>5.175.456,00</u>

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2014	5.175.456,00
Zugänge	7.885,08
Umbuchungen	1.071.029,15
Abschreibungen	<u>- 319.331,23</u>
Stand am 31.12.2015	5.935.039,00

Die Umbuchungen betreffen im Wesentlichen den Ausbau „Sportpark Oberwerth“, der im Berichtsjahr nahezu vollständig aktiviert wurde.



Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	319.331,23 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €

Bauten auf fremden Grund und Boden sind dann gegeben, wenn das Grundstückseigentum vom Gebäudeeigentum getrennt ist. Die Bewertungen der Bauten auf fremden Grund und Boden erfolgten analog der Bewertung der bebauten Grundstücke. Die Position beinhaltet im Wesentlichen die Bausubstanz des Stadions Oberwerth sowie anderer Sportanlagen im Stadtgebiet und Bauten auf BUGA-Flächen (Schlossvorplatz, Schlossgarten etc.).

Zuschreibungen und Abgänge sind im Haushaltsjahr nicht erfolgt.

<b>1.2.6 Kunstgegenstände, Denkmäler</b>	<b>31.12.2015</b>	38.835.774,72 €
	<b>31.12.2014</b>	37.785.004,95 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2015 EUR	Buchwert 31.12.2014 EUR
Denkmäler und sonst. Kunstgegenstände	24.967.134,87	24.009.960,10
Gemälde	9.526.412,35	9.432.817,35
Skulpturen	4.342.227,50	4.342.227,50
	38.835.774,72	37.785.004,95

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2014	37.785.004,95
Zugänge	706.825,11
Umbuchungen	410.317,15
Abgänge	-6.398,38
Abschreibungen	-59.974,11
Stand am 31.12.2015	38.835.774,72

Der Bestand an Kunstgegenständen und Denkmälern wurde im Berichtsjahr fortgeschrieben. Die Abschreibungen setzen sich aus den Aufwendungen für das Romanische Haus, die Feste Franz und das Fort Asterstein zusammen.

Die Zugänge betreffen im Wesentlichen die ergebnisneutrale Aktivierung des Weinbrunnens (T€ 399) und des Barbara-Denkmal (T€ 205) sowie 29 verschiedene Gemälde, Grafiken, usw.

Die Umbuchungen werden durch die Umgliederungen von „Fort Konstantin (T€ 380) und des Grundstückes Rheinmuseum (T€ 30) bedingt.



<b>1.2.7 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge</b>	<b>31.12.2015</b>	10.280.949,44 €
	<b>31.12.2014</b>	10.147.875,21 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2015 EUR	Buchwert 31.12.2014 EUR
Fahrzeuge	2.735.683,44	2.589.295,21
Maschinen und technische Anlagen	2.388.088,00	2.532.355,00
Betriebsvorrichtungen	5.157.178,00	5.026.225,00
	<u>10.280.949,44</u>	<u>10.147.875,21</u>

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2014	10.147.875,21
Zugänge	601.360,22
Umbuchungen	813.230,02
Abgänge	-5.008,97
Abschreibungen	-1.198.008,65
Umgliederung kumulierte Abschreibungen	-78.498,39
Stand am 31.12.2015	<u>10.280.949,44</u>

Die Zugänge einschließlich Umbuchungen wurden in Stichproben geprüft und betreffen die drei Bereiche Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen sowie die Betriebsvorrichtungen. Im Einzelnen wurden insbesondere Fahrzeuge für die Feuerwehr angeschafft bzw. Schlussrechnungen aktiviert. Die Umbuchungen beinhalten unter anderem die Umgliederung der Betriebseinrichtung des Beatusbades, die Flutlichtanlage Sportplatz Karthause, diverse Betriebsvorrichtungen bei Turnhallen und Schulen sowie Fahrzeuge.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	1.198.008,65 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €

Die Abschreibungen wurden stichprobenweise anhand der Anlagenstammsätze betragsmäßig überprüft und die Gegenbuchung auf dem entsprechenden Konto der Ergebnisrechnung nachvollzogen. Die Prüfung ergab jeweils Übereinstimmung.

Die Abgänge wurden stichprobenweise anhand der Buchungen im Bilanzkonto überprüft. Es ergaben sich keine Beanstandungen.

<b>1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung</b>	<b>31.12.2015</b>	14.105.943,10 €
	<b>31.12.2014</b>	13.562.482,54 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:



	Buchwert 31.12.2015 EUR	Buchwert 31.12.2014 EUR
Betriebsausstattung	791.505,63	893.236,11
Geschäftsausstattung	6.258.372,78	5.714.261,04
Medienbestand	1.523.800,00	1.877.582,96
GWG	515,00	758,00
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.531.749,69	5.076.644,43
	<u>14.105.943,10</u>	<u>13.562.482,54</u>

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2014	13.562.482,54
Zugänge	857.131,32
Umbuchungen	1.489.736,20
Abgänge	-17.857,03
Abschreibungen	<u>-1.785.549,93</u>
Stand am 31.12.2015	14.105.943,10

Die Zugänge inkl. Umbuchungen wurden in Stichproben geprüft und sind allesamt durch Rechnungen belegt. Es ergaben sich keine Beanstandungen. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um die Abrechnungen von technischen Einheiten des Kulturbaus (W-Lan, Videowände, Infodisplays, Kassenautomaten, usw.).

Die Abgänge erfolgten hauptsächlich durch Abschreibungsbuchungen und wurden in Stichproben geprüft. Hierbei ergaben sich keine Beanstandungen.

Im Gegensatz zur gesetzlichen Regelung des § 35 Abs. 3 GemHVO wurde im **Jahresabschluss 2009** zur Abschreibung der geringwertigen Wirtschaftsgüter § 6 Abs. 2 EStG angewandt. Demnach wurde eine Abgrenzung der Vermögensgegenstände anhand der steuerlichen Grenzen von 150 und 1.000 € durchgeführt und, sofern nach dieser Vorschrift erforderlich, die Bildung eines Sammel pools geringwertiger Wirtschaftsgüter mit einer 5-jährigen Abschreibungsdauer vorgenommen.

In den Jahren 2010 bis einschließlich 2014 wurden die bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung verbuchten geringwertigen Wirtschaftsgüter auf die Regelung des § 35 (3) Satz 2 GemHVO umgestellt. Hierbei wurde von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, solche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- und Herstellungskosten im Einzelnen den Wert von 410 € Netto nicht überschreiten, im Jahr ihrer Anschaffung oder Herstellung aufwandswirksam zu buchen. Ab dem 01.01.2015 wurde die Grenze für die geringwertigen Wirtschaftsgüter gemäß VV 4.1 zu § 93 GemO vom 31.03.2014 auf 1.000 € Netto angehoben.

<b>1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau</b>	<b>31.12.2015</b>	77.925.089,15 €
	<b>31.12.2014</b>	78.503.911,61 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Stand am 31.12.2014	78.503.911,61
Zugänge	19.875.737,92
Umbuchungen	-19.121.396,12
Abgänge	-1.333.164,26
Stand am 31.12.2015	<u>77.925.089,15</u>

Die Bilanzposition der Anlagen im Bau beinhaltet die bis zum Bilanzstichtag getätigten städtischen Investitionen für Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, die am Bilanzstichtag noch nicht ihrer bestimmungsgemäßen Nutzung übergeben werden konnten. Diese Position setzt sich zum Bilanzstichtag aus insgesamt 171 Anlagen im Bau zusammen (Vorjahr 202) und hat sich wertmäßig gegenüber dem Vorjahr um saldiert rd. 0,6 Mio. € reduziert.

Die nachfolgend genannten Anlagen konnten im Berichtsjahr einer bestimmungsgemäßen Nutzung zugeführt werden und stellen einen maßgeblichen Teil der Umbuchungen dar (vollständige Abrechnung von Projekten, ohne Nachaktivierungen):

	<u>T€</u>
Neubau KITA Musikerviertel	2.535
Ausbau Niederberger Höhe	2.019
Brückenbauwerk Langemarckplatz	1.302
Sanierung Sporthalle Kesselheim	1.257
Sanierung Sporthalle Horchheim	1.189
Verkehrsrechner	1.077
Kunstrasenplatz Karthause	1.044
Kulturbau Zentralplatz, Abrechnung EDV mit KGRZ	1.032
Ausbau Sportpark Oberwerth	993
Erweiterung Kita "Rappelkiste"	506
Neubau Kita "Boelcke" Rauental	425
Straßenbeleuchtung	365
Erneuerung Parkscheinautomaten	329
Sportplatzumkleidegebäude Eifelstraße	318

(aufgrund der Vielzahl der Maßnahmen sind nur Projekte mit einem Wert von mehr als 300 T€ aufgeführt)

Es verstetigt sich die Annahme des Vorjahres, dass die Anlagenbuchhaltung der Entwicklung der vergangenen Jahre weiter entgegenwirkt. Neben der engen Abstimmung zwischen den ausführenden Fachämtern und der Anlagenbuchhaltung ist weiterhin eine quantitative und qualitativ ausreichende personelle Ausstattung der Anlagenbuchhaltung für eine ordnungsgemäße Aufgabenerledigung erforderlich.



Durch die Entwicklung und Inkraftsetzung der „Arbeitsrichtlinie Anlagevermögen, Sonderposten und Vorräte“ zeigt sich weiter eine deutliche Verbesserung im Abrechnungsprozess gegenüber den Vorjahren. Von einer temporären Überlastung des Abrechnungsprozesses im Bereich der Anlagenbuchhaltung, wie es in den Vorjahren der Fall war, kann insofern nicht mehr ausgegangen werden. Vielmehr gelangen die Fachämter durch die Vereinheitlichung des Abrechnungsprozesses und die enge Abstimmung mit der Anlagenbuchhaltung nun deutlich schneller zur Abrechnung der Projekte / Maßnahmen.

Die Annahme der Rechnungsprüfung, dass sich der temporäre Überlastungszustand im Abrechnungsprozess mit fortschreitender Dauer entzerren wird und letztendlich in den kontinuierlichen Abbau der bereits aufgelaufenen Abschreibungen mündet setzt sich nun, nach dem Wendepunkt im Jahr 2013, weiter fort.

Da die Abschreibung jedoch erst mit der Aktivierung (Umbuchung auf die entspr. Bilanzposition) des Vermögensgegenstandes einsetzt, weist die Ergebnisrechnung, wie in den Vorjahren auch, zu geringe Aufwendungen für Abschreibungen aus (siehe Prüfberichte zum Jahresabschluss 2009 bis 2014). Dieser Umstand wird sich auch zukünftig nicht gänzlich ausschließen lassen, da z.B. die Kosten für Straßenbauprojekte erst mit der endgültigen Abrechnung der Erschließungs- und Ausbaubeiträge vollständig aktiviert werden können. Hier bietet sich die Teilaktivierung von Projekten an, bei der ein bereits feststehender Kostenanteil auf die korrespondierende Bilanzposition umgebucht werden kann und somit der Abschreibung unterliegt. Die vollständige Abrechnung dieser Projekte muss dann auf dem Wege der Nachaktivierung geschehen.

Da die bis zur Aktivierung der Vermögensgegenstände aufgelaufene Abschreibung nicht nachgeholt werden kann, erhöht sich der Abschreibungssatz der Anlagegüter aufgrund der Herabsetzung der Nutzungsdauer (Verteilung der Abschreibungsbeträge auf die Restnutzungsdauer des Anlagegutes), was zwangsläufig materielle Auswirkungen auf die Ergebnisrechnungen der Folgejahre haben wird.

<b>1.3 Finanzanlagen</b>	<b>31.12.2015</b>	316.409.191,78 €
	<b>31.12.2014</b>	308.242.951,28 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2015 EUR	Buchwert 31.12.2014 EUR
Anteile an verbundene Unternehmen	191.188.156,97	174.818.764,28
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.701.757,71	1.758.852,16
Beteiligungen	5.381.633,51	5.381.633,51
Sondervermögen, Zweckverbände, AöR, rechtsfähige kommunale Stiftungen	118.083.226,21	117.544.782,20
Ausleihungen an Sondervermögen etc.	0,00	8.682.046,47
Sonstige Ausleihungen	54.417,38	56.872,66
	<u>316.409.191,78</u>	<u>308.242.951,28</u>



<b>1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen</b>	<b>31.12.2015</b>	191.188.156,97 €
	<b>31.12.2014</b>	174.818.764,28 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Anteil %	Buchwert 31.12.2015 EUR	Buchwert 31.12.2014 EUR
Stadtwerke Koblenz GmbH	100,0	167.908.353,58	151.522.310,89
Wirtschaftsförderungsges. mbH	100,0	3.178.088,00	3.178.088,00
Koblenzer Wohnungsbau GmbH	100,0	20.050.439,20	20.050.439,20
Sporthalle Oberwerth GmbH	100,0	51.276,19	51.276,19
Bundesgartenschau GmbH	0,0	0,00	16.650,00
		<u>191.188.156,97</u>	<u>174.818.764,28</u>

Die Stadt Koblenz verfügt über Anteile an vier verbundenen Unternehmen mit einem Vermögenswert von insgesamt 191.188.156,97 Euro. Bei allen dieser Unternehmen besteht eine Beteiligung in Höhe von 100 v.H. (Eigengesellschaften). Durch die Liquidation der Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH wurde der Beteiligungsbuchwert ausgebucht. Alle Anteile sind im Beteiligungsbericht gem. § 117 GemO i.V.m. § 52 GemHVO angegeben und erläutert.

#### ■ Stadtwerke Koblenz GmbH

Die Beteiligung an der Stadtwerke Koblenz GmbH erhöht sich um 16.386.042,69 Euro, bedingt durch die Zunahme des Eigenkapitals der Stadtwerke GmbH und der Bewertung der Anteile anhand der Eigenkapitalspiegelbildmethode.

<b>1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen</b>	<b>31.12.2015</b>	1.701.757,71 €
	<b>31.12.2014</b>	1.758.852,16 €

Diese Ausleihungen beinhalten sechs Darlehensverträge mit dem verbundenen Unternehmen Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH im Rahmen von Bausanierungs- bzw. Modernisierungsvorhaben.

Die Veränderungen im Zeitablauf resultieren aus Darlehenstilgungen gem. den vertraglich vereinbarten Tilgungsplänen und außerplanmäßigen Tilgungen.



<b>1.3.3 Beteiligungen</b>	<b>31.12.2015</b>	5.381.633,51 €
	<b>31.12.2014</b>	5.381.633,51 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Anteil %	Buchwert 31.12.2015 EUR	Buchwert 31.12.2014 EUR
Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH	25,00	5.120.000,00	5.120.000,00
Technologie Zentrum GmbH	28,39	247.001,35	247.001,35
EK02 GmbH	0,002	11.264,40	11.264,40
Verkehrsverbund RM GmbH	11,11	3.067,76	3.067,76
Volksbank Mittelrhein e.G.	k.A.	300,00	300,00
		<u>5.381.633,51</u>	<u>5.381.633,51</u>

Die Stadt Koblenz verfügt über Beteiligungen mit einem Vermögenswert von insgesamt 5.381.633,51 €. Die Beteiligung an dem Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH bestimmt zu rd. 95 % die Höhe dieser Bilanzposition. Alle Beteiligungen sind im Beteiligungsbericht gem. § 117 GemO i. V. m. § 52 GemHVO angegeben und erläutert.

<b>1.3.5 Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen</b>	<b>31.12.2015</b>	118.083.226,21 €
	<b>31.12.2014</b>	117.544.782,20 €

In dieser Position sind die wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen), rechtlich unselbständige Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen (z.B. Ruhegeld- und Versorgungskassen), das Stiftungsvermögen sowie die Mitgliedschaft in einem Zweckverband und einer vorhandenen Anstalt des öffentlichen Rechts auszuweisen.

Das **Sondervermögen** umfasst die fünf Eigenbetriebe der Stadt Koblenz mit einem Vermögenswert von insgesamt 108.373.803,50 Euro. Der Eigenbetrieb 85 Stadtentwässerung bestimmt zu rd. 69 % die Höhe dieses Vermögens.

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2015 EUR	Buchwert 31.12.2014 EUR
EB 17: KGRZ	1.161.786,75	1.161.786,75
EB 67: Grünflächen- u. Bestattungswesen	568.789,46	568.789,46
EB 70: Koblenzer Entsorgungsbetrieb	3.582.814,30	3.582.814,30
EB 83: Koblenz Touristik	28.583.450,75	28.510.108,89
EB 85: Stadtentwässerung	74.476.962,24	74.476.962,24
	<u>108.373.803,50</u>	<u>108.300.461,64</u>

Es bestehen keine erläuterungswürdigen Veränderungen der Vermögenswerte zum Bilanzstichtag.



Das Vermögen aus **Zweckverbänden und Anstalten des öffentlichen Rechts** umfasst folgende Zweckverbände:

Zweckverband „Industriepark A61/ GVZ-Koblenz“	257.152,30 Euro
Zweckverband „Tierkörperbeseitigung in RLP“	1,00 Euro

Aufgrund der Insolvenz des Zweckverbandes „Tierkörperbeseitigung in RLP“ wird der Anteilswert mit einem Erinnerungswert von 1,00 Euro geführt.

Das **Stiftungsvermögen** im Berichtsjahr beträgt 4.182.396,73 Euro (- 5.678,35 Euro zu Vorjahr) und wurde anhand des Buchwerts des eingelegten Vermögens bewertet sowie auf den 31.12.2015 fortgeschrieben. Im Berichtsjahr bestehen folgende Vermögen:

Stiftung von Düsseldorf	Stiftung Zehe	Vermächtnis Brambosch Schaelen
Philipine-Kerwer-Stiftung	Nachlass Straub	Nachlass Willisch / Sauer
Stiftung Mohr	Nachlass Born	Nachlass Rothländer
Stiftung Petrou	Nachlass Neddermeyer	Nachlass Pöschmann
General-Allen-Spende	Nachlass Legner	Stiftung Erich u. Irmgard Schneider
Nachlass Rüttgers	Nachlass Blettner	

Die Entwicklung dieser Stiftungen wird in einer gesonderten Bestandsliste aufgezeichnet und fortgeschrieben.

Zudem besteht aus der **Sonderrücklage „Kommunaler Versorgungsrücklagen-Fonds“** der Rheinischen Versorgungskasse Köln ein Anteilswert zum 31.12.2015 in Höhe von 5.259.872,68 Euro bei einer effektiven Einzahlungshöhe der Stadt Koblenz von bislang 4.104.454,30 Euro. Der Zuwachs des Anteilswertes gegenüber dem Vorjahr beträgt 470.780,50 Euro. Als nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge wurde die Anteilserhöhung unter dem Ertragskonto 46622 erfasst.

<b>1.3.6 Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten d. öff. Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen</b>	<b>31.12.2015</b>	0,00 €
	<b>31.12.2014</b>	8.682.046,47 €

Die Veränderung zum Vorjahr ergab sich aus der vollständigen Rückführung gewährter Liquiditätskredite an die Eigenbetriebe 83 Koblenz Touristik (4.850 T€), 70 Kommunaler Servicebetrieb Koblenz (3.796 T€) und 67 Grünflächen- und Bestattungswesen (36 T€).

<b>1.3.8 Sonstige Ausleihungen</b>	<b>31.12.2015</b>	54.417,38 €
	<b>31.12.2014</b>	56.872,66 €

Diese Ausleihungen beinhalten zwei Darlehensverträge mit Dritten im Rahmen von Bau- sanierungs- bzw. Modernisierungsvorhaben. Die Veränderungen im Zeitablauf resultieren aus Darlehenstilgungen gem. den vertraglich vereinbarten Tilgungsplänen sowie außer- planmäßigen Tilgungen.



<b>2 Umlaufvermögen</b>	<b>31.12.2015</b>	22.447.772,19 €
	<b>31.12.2014</b>	36.350.008,05 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2015 EUR	Buchwert 31.12.2014 EUR
Vorräte	4.659.303,43	6.134.770,54
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	16.230.850,41	18.979.968,29
Kasse, Bankguthaben und Schecks	1.557.618,35	11.235.269,22
	<u>22.447.772,19</u>	<u>36.350.008,05</u>

<b>2.1 Vorräte</b>	<b>31.12.2015</b>	4.659.303,43 €
	<b>31.12.2014</b>	6.134.770,54 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2015 EUR	Buchwert 31.12.2014 EUR
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	65.850,78	67.589,42
Fertige Erzeugnisse, Leistungen u. Waren	4.593.452,65	6.067.181,12
	<u>4.659.303,43</u>	<u>6.134.770,54</u>

<b>2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</b>	<b>31.12.2015</b>	65.850,78 €
	<b>31.12.2014</b>	67.589,42 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2015 EUR	Buchwert 31.12.2014 EUR
Rohstoffe	0,00	0,00
Hilfsstoffe	41.744,67	41.951,03
Betriebsstoffe	24.106,11	25.638,39
	<u>65.850,78</u>	<u>67.589,42</u>

Es handelt sich um Lagerbestände der Feuerwehr und anderer städtischer Ämter.

<b>2.1.3 Fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren</b>	<b>31.12.2015</b>	4.593.452,65 €
	<b>31.12.2014</b>	6.067.181,12 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen

	Buchwert 31.12.2015 EUR	Buchwert 31.12.2014 EUR
Waren	353.246,44	324.576,64
Grundstücke	4.238.617,83	5.742.604,48
Fertige Erzeugnisse	1.588,38	0,00
	<u>4.593.452,65</u>	<u>6.067.181,12</u>

Der Buchwert der Grundstücke zum 31.12.2015 liegt rund 1,5 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Grund für diesen Rückgang sind Grundstücksverkäufe in Höhe von insgesamt rd. 2,8 Mio. €. Dem gegenüber schlagen Zugänge aus Umbuchungen in Höhe von saldiert rd. 1,3 Mio. € zu Buche. Hierbei handelt es sich um Grundstücke Anlagenvermögens, die zum Verkauf stehen und daher in das Umlaufvermögen umgegliedert worden sind.

<b>2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>	<b>31.12.2015</b>	16.230.850,41 €
	<b>31.12.2014</b>	18.979.968,29 €

Zusammensetzung:	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Öffentlich- rechtliche Forderungen	19.735.176,36	21.566.037,25
Privatrechtliche Forderungen	1.581.869,92	2.223.807,97
Forderungen gg. verbundene Unternehmen	138.982,65	233.872,54
Forderungen gg. Beteiligungsunternehmen	14.503,73	79.652,69
Forderungen gg. Sondervermögen, u.a.	91.645,60	73.129,27
Forderungen gg. sonst. öffentl. Bereich	693.529,83	326.174,67
Sonstige Vermögensgegenstände	4.830.363,44	6.400.654,62
Wertberichtigung Forderungen	-10.855.221,12	-11.923.360,72
	<u>16.230.850,41</u>	<u>18.979.968,29</u>

Die gesetzlich vorgeschriebenen Einzelwertberichtigungen gem. § 35 GemHVO wurden in 2012 erstmals in fast ausreichendem Maße vorgenommen. Gegenüber dem Vorjahr ist geringfügiger Anstieg der Einzelwertberichtigungen festzustellen. Die anfänglichen Schwierigkeiten nach der Umstellung auf die kaufmännische Buchführung (Doppik) sind somit für den Bereich der Einzelwertberichtigungen auf Forderungen weitestgehend korrigiert worden. Für bestimmte Bereiche werden Forderungen als Summe von Einzelwertberichtigungen über einen Betrag korrigiert.

<b>2.2.1 Öffentlich- rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen</b>	<b>31.12.2015</b>	19.735.176,36 €
	<b>31.12.2014</b>	21.566.037,25 €

Zusammensetzung:	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Gebührenforderungen	1.413.268,75	1.303.311,98
Beitragsforderungen	720.580,18	717.187,78
Steuerforderungen	12.744.753,39	14.032.595,78
Forderungen aus Transferleistungen	1.676.417,38	2.170.358,71
Öffentlich-Rechtliche Forderungen	3.180.156,66	3.342.583,00
	<u>19.735.176,36</u>	<u>21.566.037,25</u>

Um dem allgemeinen Ausfallrisiko Rechnung zu tragen, wurde eine detaillierte Pauschalwertberichtigung gebildet. Die Pauschalwertberichtigung unter Berücksichtigung der Einzelwertberichtigungen wurde wie folgt ermittelt:

	Forderungshöhe (nach EWB) EUR	%	Wertberichtigung EUR
Gebührenforderungen	956.869,35	20,00	191.373,87
Beitragsforderungen	487.876,84	20,00	97.575,37
Steuerforderungen	8.210.278,46	38,49	3.160.046,03
Forderungen aus Transferleistungen	1.676.869,72	0,00	0,00
Öffentlich-Rechtliche Forderungen	2.153.160,49	20,00	430.632,10
	<u>13.485.054,86</u>		<u>3.879.627,37</u>

Die Pauschalwertberichtigung deckt das Kreditrisiko, eventuelle Skontoabzüge sowie Mahn- und Beitreibungskosten und Zinsverluste ab. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung wird bei Aufstellung des Jahresabschlusses vorgenommen. Mögliche Änderungen aufgrund von Prüfungsfeststellungen werden nicht vorgenommen. Die Reduzierung gegenüber dem Vorjahr ist auf den Rückgang der Steuerforderungen zurückzuführen.

Der Ausweis der Pauschalwertberichtigung erfolgt unter der gesonderten Position 2.2.8 „Wertberichtigung Forderungen“.

<b>2.2.2 Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</b>	<b>31.12.2015</b>	1.581.869,92 €
	<b>31.12.2014</b>	2.223.807,97 €

Die privatrechtlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten überwiegend Forderungen aus dem Verkauf von Grundstücken, übergebenen Unterhaltsansprüchen sowie die Rückzahlung gewährter Hilfen. In 2015 wurden diese Forderungen unter der Berücksichtigung der Einzelwertberichtigungen in Höhe von rd. 13,6 % bzw. 214.201,53 € pauschal wertberichtigt.

Der Ausweis der Pauschalwertberichtigung erfolgt unter der gesonderten Position 2.2.8 „Wertberichtigung Forderungen“.



<b>2.2.3 Forderungen gegen verbundene Unternehmen</b>	<b>31.12.2015</b>	138.982,65 €
	<b>31.12.2014</b>	233.872,54 €

Zusammensetzung:	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Wirtschaftsförderungsgesellschaft	39.393,24	12.507,06
Koblenzer Entsorgungs- und Versorgung GMBH	39.163,06	19.524,92
Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH	33.233,13	41.807,50
Sporthalle Oberwerth GmbH	21.898,95	14.607,83
Energieversorgung Mittelrhein GmbH	5.294,27	6.312,10
Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH	0,00	137.442,33
Stadtwerke Koblenz GmbH	0,00	1.670,80
	<u>138.982,65</u>	<u>233.872,54</u>

Ausgewiesen werden hier die zum Stichtag noch nicht abgerechneten Leistungen, die verschiedene Ämter der Stadt für die jeweilige Gesellschaft erbracht haben.

Die Forderungen waren zum Prüfungszeitpunkt (19. Oktober 2016) bis auf 41.523,52 € ausgeglichen bzw. verrechnet.

<b>2.2.4 Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</b>	<b>31.12.2015</b>	14.503,73 €
	<b>31.12.2014</b>	79.652,69 €

Zusammensetzung:	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH	14.033,21	71.456,74
Ehrenbreitsteiner Schrägaufzug	470,52	5.777,63
KEVAG	0,00	2.418,32
	<u>14.503,73</u>	<u>79.652,69</u>

Die Forderungen waren zum Prüfungszeitpunkt (19. Oktober 2016) ausgeglichen bzw. verrechnet.

<b>2.2.5 Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, AöR, rechtsfähige kommunale Stiftungen</b>	<b>31.12.2015</b>	91.645,60 €
	<b>31.12.2014</b>	73.129,27 €

Die Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts und Kommunale Stiftungen setzen sich wie folgt zusammen:



Zusammensetzung:	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Koblenz Touristik	69.267,48	68.625,91
Mitarbeiterdarlehen Eigenbetriebe	10.936,52	0,00
Kommunales Gebietsrechenzentrum	5.722,36	0,00
Stadtentwässerung	5.719,24	0,00
Entsorgungsbetrieb	0,00	4.503,36
	<u>91.645,60</u>	<u>73.129,27</u>

Die Forderungen waren zum Prüfungszeitpunkt (19. Oktober 2016) bis auf die Mitarbeiterdarlehen ausgeglichen bzw. verrechnet.

<b>2.2.6 Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich</b>	<b>31.12.2015</b>	693.529,83 €
	<b>31.12.2014</b>	326.174,67 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Zusammensetzung:	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Statistisches Landesamt	1.484.364,70	0,00
Zweckverband Tierkörperbeseitigung	318.298,39	0,00
Land Rheinland-Pfalz	87.205,97	10.544,04
Sonstiges	16.719,74	16.852,21
DLP-Konten	1.362,70	1.682,70
Bund	946,80	39.906,10
Zinsen Sonderkasse Eigenbetriebe	0,00	201.971,65
Landkreise, Verbandsgemeinden	0,00	55.217,97
Finanzamt	-1.165.268,90	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten Land	-50.099,57	0,00
	<u>693.529,83</u>	<u>326.174,67</u>

Das Konto 3542000000 (u.a. Statistisches Landesamt und Finanzamt) weist zum Bilanzstichtag einen Sollsaldo in Höhe von 268.996,23 € - bedingt durch die Forderung an das Statistische Landesamt – aus. Systemtechnisch wird das Konto somit den Forderungen zugeordnet.

Die Forderungen waren zum Prüfungszeitpunkt (19. Oktober 2016) bis auf 8.365,28 € ausgeglichen bzw. verrechnet.

<b>2.2.7 Sonstige Vermögensgegenstände</b>	<b>31.12.2015</b>	4.830.363,44 €
	<b>31.12.2014</b>	6.400.654,62 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:



	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Umsatzsteuerabwicklung	1.916.771,87	1.735.140,72
Beamtenbezüge Januar Folgejahr	1.236.214,72	1.221.501,94
Forderungen aus Abwicklung für Eigenbetriebe	1.012.464,36	2.747.961,11
Ansprüche aus Dienstherrnwechsel nach § 107 BeamtVG	568.865,00	563.226,00
Baudispensgebühren	42.256,06	36.047,60
Sonstiges	33.135,28	47.666,64
DLP-Konten	20.656,15	49.110,61
	4.830.363,44	6.400.654,62

<b>2.2.8 Wertberichtigung Forderungen</b>	<b>31.12.2015</b>	- 10.855.221,12 €
	<b>31.12.2014</b>	- 11.923.360,72 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Einzelwertberichtigung	-6.761.421,12	-6.669.860,72
Pauschalwertberichtigung	-4.093.800,00	-5.253.500,00
	-10.855.221,12	-11.923.360,72

Für das Ausfallrisiko in den Bereichen **Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen** und **Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** wurde eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 4.093.800,00 € gebildet. Die Pauschalwertberichtigung korrigiert somit ca. 28,1 % der zum Bilanzstichtag bestehenden (wertberichtigten) Forderungen und ist der Höhe nach ausreichend. Die Reduzierung der Pauschalwertberichtigung ist durch den Rückgang der Forderungen begründet. Einzelwertberichtigt wurden in 2015 insgesamt 6.761.421,12 €.

<b>2.4 Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der EZB, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks</b>	<b>31.12.2015</b>	1.557.618,35 €
	<b>31.12.2014</b>	11.235.269,22 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Kassenbestand	38.156,81	39.364,49
Guthaben bei Kreditinstituten	1.519.461,54	11.195.904,73
	1.557.618,35	11.235.269,22

#### ■ Kassenbestand

Innerhalb der Stadt Koblenz werden bei insgesamt 22 Ämtern Barkassen (Handvorschüsse) geführt. Der Kassenbestand ist durch Kassenaufnahmeprotokolle nachgewiesen.



## ■ Guthaben bei Kreditinstituten

Zusammensetzung:	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Sparkasse Koblenz	1.211.687,85	10.985.200,00
Postbank Köln	155.618,31	128.048,89
Volksbank Mittelrhein	102.793,17	25.819,35
Deutsche Bank Koblenz	44.826,08	48.092,55
SEB Koblenz	1.533,58	511,76
Hypovereinsbank Koblenz	1.425,92	797,86
Commerzbank Koblenz	847,96	6.771,27
LBBW Stuttgart	728,67	663,05
	<u>1.519.461,54</u>	<u>11.195.904,73</u>

Für Kreditinstitute, bei denen ein Guthabenkonto geführt wird, lagen Kontoauszüge der jeweiligen Banken vor. Für die Prüfung der Geschäftsbeziehungen mit der Sparkasse Koblenz wurde eine Bankbestätigung angefordert. Auffälligkeiten und Abweichungen zu den bilanzierten Beträgen ergaben sich keine. Die Bewertung erfolgte zum Nominalwert.

4 Rechnungsabgrenzungsposten	31.12.2015	6.139.677,12 €
	31.12.2014	4.404.831,80 €

Zusammensetzung:	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Monatsbezüge SGB XII	2.112.777,15	1.875.482,73
EB 70 (Straßenunterhaltung)	1.452.000,00	1.765.000,00
SGB II –BA-Abrechnung	1.502.736,09	0,00
Versorgungsbezüge	659.460,00	651.820,00
Kunstversicherung Museen	0,00	32.724,92
Maschinelle Abgrenzungen	61.720,27	61.696,07
Diverse Rechnungen Amt 10	20.513,00	17.750,01
Amt 10 Audi Miete (2 Fahrzeuge)	254,65	254,65
Abgrenzung Mitgliedsbeitrag ADAC	44,92	44,92
Amt 10 Versicherungen	7.246,74	0,00
Unterhaltsvorschuss	116.490,00	0,00
Wirtschaftliche Jugendhilfe	93.356,68	0,00
Heimpflegekosten	113.077,62	0,00
	<u>6.139.677,12</u>	<u>4.404.831,80</u>

Für Ausgaben, die vor dem Bilanzstichtag geleistet worden sind und für die ein Aufwand erst nach dem Bilanzstichtag entsteht, erfolgte eine Wertermittlung in Höhe von 6.139.677,12 €.

## PASSIVA

1	<b>Eigenkapital</b>	<b>31.12.2015</b>	538.039.021,60 €
		<b>31.12.2014</b>	530.512.678,71 €

Das Eigenkapital setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2015 EUR	Buchwert 31.12.2014 EUR
Kapitalrücklage	595.079.120,35	633.865.516,81
Sonstige Rücklagen	16.028,20	16.028,20
Ergebnisvortrag	-64.582.469,84	-91.079.200,10
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	7.526.342,89	-12.289.666,20
	<u>538.039.021,60</u>	<u>530.512.678,71</u>

### ■ Kapitalrücklage

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2014	633.865.516,81
Anteiliger Jahresfehlbetrag 2009	<u>-38.786.396,46</u>
Stand am 31.12.2015	595.079.120,35

Der Jahresfehlbetrag 2009 in Höhe von 51.796.625,77 € wurde anteilig mit dem Jahresüberschuss 2013 in Höhe von 13.010.229,31 € ausgeglichen, so dass der verbleibende Jahresfehlbetrag 2009 in Höhe von 38.786.396,46 € gemäß § 18 Abs. 4 Nr. 3 GemHVO mit der Kapitalrücklage verrechnet wurde.

### ■ Sonstige Rücklagen

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2014	16.028,20
Zugang	<u>0,00</u>
Stand am 31.12.2015	16.028,20

Hierbei handelt es sich um erhaltene Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen, für die der Zuwendungsgeber eine ertragswirksame Auflösung ausgeschlossen hat. Im Berichtsjahr ergaben sich keine sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen, die diese Position betrafen.



## ■ Ergebnisvortrag

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2014	-91.079.200,10
Anteiliger Jahresfehlbetrag 2009	+38.786.396,46
Jahresergebnis 2014	-12.289.666,20
Stand am 31.12.2015	-64.582.469,84

## ■ Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag

Ausgewiesen ist das Jahresergebnis der Ergebnisrechnung 2015.

<b>2</b>	<b>Sonderposten</b>	<b>31.12.2015</b>	214.868.980,45 €
		<b>31.12.2014</b>	216.073.550,99 €

Die Sonderposten setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2015 EUR	Buchwert 31.12.2014 EUR
Sonderposten zum Anlagevermögen	214.384.614,64	214.805.882,47
Sonderposten für den Gebührenaussgleich	56.676,83	54.854,96
Sonderposten mit Rücklageanteil	427.688,98	1.212.813,56
	<u>214.868.980,45</u>	<u>216.073.550,99</u>

<b>2.2</b>	<b>Sonderposten zum Anlagevermögen</b>	<b>31.12.2015</b>	214.384.614,64 €
		<b>31.12.2014</b>	214.805.882,47 €

Die Sonderposten setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2015 EUR	Buchwert 31.12.2014 EUR
Sonderposten aus Zuwendungen	136.536.554,79	131.399.487,52
Sonderposten aus Beiträgen u.ä. Entgelten	25.264.722,21	21.675.022,67
Sonderposten aus Anzahlung Anlageverm.	52.583.337,64	61.731.372,28
	<u>214.384.614,64</u>	<u>214.805.882,47</u>

## ■ Sonderposten aus Zuwendungen

Die Stadt Koblenz hat im Berichtsjahr Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens erhalten, für die gem. § 38 Abs. 2 GemHVO Sonderposten zu bilden waren. Der Nachweis der Zuwendungen er-



folgt durch die entsprechenden Fachämter. Die Zuwendungen sind den damit geförderten Vermögensgegenständen sachgerecht zuzuordnen.

Der Sonderposten aus Zuwendungen ist im Vergleich zum Vorjahr erneut um 5,1 Mio. € angewachsen. Den größten Anteil bilden die Zuwendungen des Landes mit einer Steigerung von rd. 3,5 Mio. € auf insgesamt rd. 96 Mio. €.

#### ■ Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten

Für Ertragszuschüsse aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten Nutzungsberechtigter ist nach § 38 Abs. 4 Satz 1 GemHVO ein Sonderposten auf der Passivseite zu bilden. Hierunter fallen im Wesentlichen Erschließungskosten-, Ausbau- und Ausgleichsbeträge sowie Baukostenzuschüsse und Anschlusskostenerstattungen. Diese Werte wurden vom zuständigen Fachamt ermittelt und den einzelnen Vermögensgegenständen des Infrastrukturvermögens zugeordnet. Die Sonderposten aus dem Jahresabschluss 2014 wurden auf den 31.12.2015 fortgeschrieben. Zugegangen sind im Berichtsjahr hauptsächlich Beiträge für Infrastrukturmaßnahmen.

#### ■ Sonderposten aus Anzahlungen zum Anlagevermögen

In diesem Posten werden sämtliche Zuschüsse und Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen dargestellt, die noch nicht schlussgerechnet worden sind. Es handelt sich hierbei vorwiegend um den Bereich der Städtebauförderung (sog. Infrastrukturmaßnahmen). Im Berichtsjahr ist dieser Posten deutlich um rd. 9,1 Mio. € zurückgegangen.

Insgesamt betrachtet konnte die Rechnungsprüfung im Vorjahr bei 36 Sonderposten aus Anzahlungen zum Anlagevermögen mit einem Volumen von rd. 4,8 Mio. € feststellen, dass das Anlagegut bereits von den Anlagen im Bau auf die entsprechende Bilanzposition umgebucht worden ist, jedoch der korrespondierende Sonderposten noch nicht. Dies hat zwangsläufig zur Folge, dass die Anlagegüter bereits im Vorjahr der regulären Abschreibung unterworfen waren im Gegensatz zu den Sonderposten, deren ertragswirksame Auflösung erst mit der Abrechnung und Umbuchung einsetzt.

Im Berichtsjahr kann die Rechnungsprüfung feststellen, dass der Beurteilung des Vorjahres deutlich entgegengewirkt worden ist. Insb. im Bereich der Anzahlung auf Sonderposten aus Zuwendungen des Landes sowie aus dem Bereich der Anzahlungen auf Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten des privaten Bereiches konnte eine beachtliche Anzahl von Sonderposten von bereits schlussgerechneten Projekten umgebucht werden und unterliegt ab diesem Zeitpunkt der regulären Auflösung.

Das Volumen beziffert sich in diesem Bereich auf rd. 16,5 Mio. € oder 185 abgerechnete Projekte/Teilprojekte. Es handelt sich zum Großteil um Infrastrukturprojekte, die meist bereits vor Erstellung der Eröffnungsbilanz fertig gestellt worden sind.

<b>2.3</b>	<b>Sonderposten für den Gebührenausgleich</b>	<b>31.12.2015</b>	56.676,83 €
		<b>31.12.2014</b>	54.854,96 €

Zuführung zur Rücklage „Kommunales Studieninstitut“.

<b>2.4</b>	<b>Sonderposten mit Rücklageanteil</b>	<b>31.12.2015</b>	427.688,98 €
		<b>31.12.2014</b>	1.212.813,56 €

Hier wurde in 2014 der Verkaufsgewinn des alten Stadtbades Weißer Gasse eingestellt. Der Posten soll dazu verwendet werden um voraussichtliche Verluste des BgA in den Folgejahren abzudecken. Im Berichtsjahr ist ein Verlust in Höhe 785.124,58 € entstanden.

<b>3</b>	<b>Rückstellungen</b>	<b>31.12.2015</b>	168.467.297,35 €
		<b>31.12.2014</b>	177.792.507,67 €

Die Rückstellungen setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2015 EUR	Buchwert 31.12.2014 EUR
Rückstellungen für Pensionen u.ä.	153.813.754,87	151.752.030,49
Steuerrückstellungen	1.265.110,62	11.903.761,62
Sonstige Rückstellungen	13.388.431,86	14.136.715,56
	<u>168.467.297,35</u>	<u>177.792.507,67</u>
		<u>EUR</u>
Stand am 31.12.2014		177.792.507,67
Auflösung / Inanspruchnahme		- 16.026.297,58
Zuführung		<u>6.701.087,26</u>
Stand am 31.12.2015		168.467.297,35

<b>3.1</b>	<b>Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen</b>	<b>31.12.2015</b>	153.813.754,87 €
		<b>31.12.2014</b>	151.752.030,49 €

Der Bestand an Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen setzt sich folgendermaßen zusammen:

	Buchwert 31.12.2015 EUR	Buchwert 31.12.2014 EUR
Pensionsrückstellungen	131.413.098,32	129.682.785,06
Rückstellung für Ehrensold	234.031,00	233.058,00
Beihilferückstellung	21.854.622,55	21.506.391,43
Rückstellung für Dienstherrenwechsel	312.003,00	329.796,00
	<u>153.813.754,87</u>	<u>151.752.030,49</u>



Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Stand am 31.12.2014	151.752.030,49
Auflösung / Inanspruchnahme	-17.793,00
Zuführung	<u>2.079.517,38</u>
Stand am 31.12.2015	153.813.754,87

### ■ Pensionsrückstellungen

Der Wert der nach § 36 Abs. 1 Ziffer 1 GemHVO zu bildenden Pensionsrückstellung in Höhe von 131.413.098,32 € wurde von der Rheinischen Versorgungskasse Köln (RVK) anhand der versicherungsmathematisch anerkannten Grundlage der „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Heubeck ermittelt. Der Teilwertberechnung wurde gem. § 6 a Abs. 3 EStG ein Zinssatz von z. Z. 6 % zugrunde gelegt.

Während die RVK für die Pensionäre bzw. deren Hinterbliebenen auf ihre eigenen Daten zurückgreifen konnte, wurden für den Bereich der aktiven Beamten die erforderlichen Berechnungsgrundlagen durch die Stadt Koblenz zur Verfügung gestellt.

Die bei den städtischen Eigenbetrieben beschäftigten Beamten sind in der Pensionsrückstellung der Stadt Koblenz erfasst. Eine Ausnahme bilden die Beamten des Eigenbetriebes Stadtentwässerung, für die in der Bilanz des Eigenbetriebs eine eigene Pensionsrückstellung gebildet wurde. An einer Vereinheitlichung der Regelung für alle Eigenbetriebe wird noch gearbeitet.

Gegenüber dem Jahresabschluss 2014 ist der Wert der Pensionsrückstellung um rd. 1,7 Mio. € angestiegen. Während sich die Rückstellung für die noch aktiven Beamten um ca. 1,0 Mio. € reduzierte, ergab sich bei den Pensionären ein Zuwachs von 2,7 Mio. €.

### ■ Rückstellung für Ehrensold

Nach § 36 Abs. 1 Ziffer 3 GemHVO sind Rückstellungen für Verpflichtungen aus der Zahlung von Ehrensold zu bilden. Seitens der RVK wurde diese Rückstellung nach anerkannten versicherungsmathematischen Verfahren für 18 aktive und ehemalige Ortsvorsteher berechnet. Die Berechnung hat der Rechnungsprüfung vorgelegen.

### ■ Beihilferückstellung

Für Beihilfeverpflichtungen gegenüber Versorgungs- und Rentenempfängern sind gem. § 36 Abs. 1 Ziffer 2 GemHVO Rückstellungen in Höhe eines prozentualen Zuschlags auf die Pensionsrückstellungen zu bilden. Der prozentuale Zuschlag in Höhe von 20,1253 % wurde aus dem Verhältnis der durchschnittlichen Beihilfezahlungen an Versorgungsempfänger zu den durchschnittlichen Versorgungszahlungen der letzten drei Jahre ermittelt.

In den Jahresabschlüssen bis einschließlich 2012 wurde dieser Prozentsatz auf den zum jeweiligen Stichtag ermittelten Bestand der Pensionsrückstellung angewandt. Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses 2012 kam man jedoch zu dem Ergebnis,



dass es realitätsnäher sei, die Zuführung zur Beihilferückstellung an der Zuführung zur Pensionsrückstellung zu orientieren.

Trotz des minimal gesunkenen prozentualen Zuschlags hat sich aufgrund der gestiegenen Pensionsansprüche der Rückstellungswert zum 31.12.2015 um den Zuführungsbeitrag in Höhe von 348.231,12 € auf insgesamt 21.854.622,55 € erhöht.

### ■ Rückstellung für Dienstherrnwechsel

Die nach § 36 Abs. 1 Ziffer 1 GemHVO von der RVK nach anerkannten versicherungsmathematischen Verfahren ermittelten Werte für die Pensionsrückstellung beinhalten auch die Rückstellungen der Mitarbeiter, die unter dem Personenkreis des § 107 b BVG zu subsumieren sind.

Die hieraus resultierende Erstattungsverpflichtung für acht Mitarbeiter/innen beläuft sich auf insgesamt 312.003 €.

<b>3.2 Steuerrückstellungen</b>	<b>31.12.2015</b>	1.265.110,62 €
	<b>31.12.2014</b>	11.903.761,62 €

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Stand am 31.12.2014	11.903.761,62
Auflösung / Inanspruchnahme	11.788.651,00
Zuführung	<u>1.150.000,00</u>
Stand am 31.12.2015	1.265.110,62

Diese Position erfasst alle Verbindlichkeiten aus Steuerschuldverhältnissen in Höhe der erwarteten Inanspruchnahme.

Die Summe der Steuerrückstellungen besteht hauptsächlich aus der Kapitalertragssteuer inklusive Solidaritätszuschlag 2013 für den Eigenbetrieb Touristik resultierend aus der Betriebsprüfung durch das Finanzamt (1,15 Mio. €).

<b>3.4 Sonstige Rückstellungen</b>	<b>31.12.2015</b>	13.388.431,86 €
	<b>31.12.2014</b>	14.136.715,56 €

Der Bestand an sonstigen Rückstellungen setzt sich folgendermaßen zusammen:

	Buchwert 31.12.2015 EUR	Buchwert 31.12.2014 EUR
Rückstellung für Instandhaltungen	1.888.286,77	1.757.107,39
Rückstellung ausstehende Rechnungen	5.428.075,82	5.995.394,87
Rückstellung für Dienstjubiläen	88.545,40	119.717,40
Altersteilzeitrückstellungen	178.849,65	178.284,86
Urlaubsrückstellungen Beamte	845.936,36	825.295,12
Urlaubsrückstellungen tarifl. Beschäftigte	1.312.928,68	1.274.111,71
Überstundenrückstellungen Beamte	1.068.018,84	988.926,30
Überstundenrückstellungen tarifl. Besch.	979.807,06	1.040.220,64
Prozesskostenrückstellungen	561.728,40	562.712,60
Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	878.133,88	909.004,19
Rückstellung Zentralplatz	0,00	203.440,28
Hangsicherung Rittersturz	0,00	139.877,20
Jahresabschlusskosten	158.121,00	142.623,00
	<u>13.388.431,86</u>	<u>14.136.715,56</u>

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2014	14.136.715,56
Auflösung / Inanspruchnahme	- 4.219.853,58
Zuführung	<u>3.471.569,88</u>
Stand am 31.12.2015	13.388.431,86

#### ■ Rückstellung für Instandhaltungen

Gemäß § 36 Abs. 1 Nr. 5 GemHVO sind Rückstellungen für im Haushaltsjahr unterlassene Verbindlichkeiten und Aufwendungen für Instandhaltung zu bilden, wenn die Nachholung der Instandhaltung innerhalb der nächsten drei Haushaltsjahre hinreichend konkret beabsichtigt ist; die Maßnahmen der Instandhaltung müssen am Bilanzstichtag einzeln bestimmt und wertmäßig beziffert sein.

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2015 bestanden für folgende Maßnahmen Rückstellungen bzw. wurden neu gebildet:

Maßnahme	2015	2014
Instandsetzung STW Kolonnenweg	850.000,00 €	400.000,00 €
Erneuerung Straßenabläufe durch EB 85	490.000,00 €	0,00 €
Wasserschaden BBS Wirtschaft	287.713,06 €	319.809,70 €
Sanierung Elektroleitungen	99.750,83 €	318.258,46 €
BIS - Fußgängerunterführung Schlachthofstraße	82.039,38 €	150.583,50 €
INTEC - Ertüchtigung Brücke Mainzer Str.	55.702,90 €	482.457,15 €
Energiesparende Maßnahmen Rathaus I	11.773,56 €	11.773,56 €
Erneuerung Bodenbeläge Rathaus I	11.145,48 €	11.145,48 €
Instandhaltungsmaßnahme Forstbetriebshof	161,56 €	18.919,76 €
Mauersanierung Trenn-/Stützwand Garten Herlet	0,00 €	20.000,00 €
Eurovia - Instandsetzung Übergangskonstruktion Achse 33	0,00 €	24.159,78 €
<b>Summe</b>	<b>1.888.286,77 €</b>	<b>1.757.107,39 €</b>



## ■ Rückstellung für ausstehende Rechnungen

Rückstellungen für ausstehende Rechnungen wurden aufgrund der Meldung der Fachämter ermittelt. Es bestehen Rückstellungen für folgende Sachverhalte:

Amt	Maßnahme	Betrag / €
05	Insolvenzverfahren	3.000,00 €
36	Fachtechnische Beratung im Verfahren Wasserschutzgebiet Koblenz-Urmitz	11.857,11 €
45	Restaurierung beschädigtes Kunstwerk	28.000,00 €
45	Werbefachberatung	856,80 €
45	Filmvorführung	75,00 €
45	Verkauf auf Kommissionsbasis	123,20 €
50	RSt AOK RLP/Abr. für Betreute nach § 264 V/IV. Quartal 2015/AZ Dezember 2015 sowie Beweissi- cherungsverfahren BUGA-Übernahme	486.480,00 €
52	Abrisskosten Stadtbad	1.187.853,20 €
61	Rückzahlung Fördergelder Flugfeld Karthause sowie Nachzahlung Kaupreinsnachlass	1.582.179,44 €
61	Rückstellung Zentralplatz eventuelle Förder- geldrückerstattung	203.440,28 €
62	Vorrauss. Rückzahlung Baumbestand an Bund	170.972,00 €
62	Bodenbefestigungen/ Verkehrssicherungsmaß- nahmen Tierheim	296.489,21 €
65	Abbruch Gebäude Tierheim	60.000,00 €
66	Schlussrechnung Straßenoberflächenentwässe- rung EB 85	345.500,00 €
66	Zinsbescheid ISIM	140.000,00 €
66	Ausstehende Schlussrechnung Abbruchkosten Vorlandbrücke Lützel	700.000,00 €
66	Erschließung Baugebiet Asterstein und Oberwerth - Aufwuchspflege Bäume	10.000,00 €
66	Baugebiet Südliches Güls - Vorbehalt Schluss- rechnung	11.000,00 €
67	Rückstellung GRIS/Grünflächenunterhaltung JA 2015	190.249,58 €
<b>Gesamt</b>		<b>5.428.075,82 €</b>

## ■ Rückstellungen für Dienstjubiläen

Die Stadt Koblenz hat für alle tarifvertraglich Beschäftigten der Kernverwaltung eine Rückstellung für Zuwendungen anlässlich eines Dienstjubiläums zu bilden. Als Grundlage zur Berechnung wurde eine Abfrage der Personal Abrechnungs- und Verwaltungssoftware TDS herangezogen. Berechnet wurde die Rückstellung nach den vom Bundesministerium für Finanzen in einem Rundschreiben vom 08.12.2008 an die obersten Finanzbehörden der Länder verfügten Vorgaben. Bei der Bewertung der Rückstellung wurde von dem zugebilligten Wahlrecht Gebrauch gemacht und das Pauschalwertverfahren gem. Ziffer 10 gewählt. Die Höhe des Teilwertes nach dem Pauschalwertverfahren wurde entsprechend der Richttafel „G“ von Prof. Klaus Heubeck mit einem Richtzinsfuß von 5,5 % richtig festgesetzt.



Die Bilanzposition Rückstellungen für Dienstjubiläen wurde nach der Feststellung des Vorjahres (Miterfassung von Beschäftigten der Eigenbetriebe) um rd. 37 T€ nach unten korrigiert. Des Weiteren wurde die Rückstellung um rd. 6 T€ angepasst, so dass sich im Saldo nunmehr eine Gesamtsumme von 88.545,40 € ergeben.

### ■ Altersteilzeitrückstellungen

Zum Bilanzstichtag beläuft sich die Rückstellung für Altersteilzeit insgesamt auf 178.849,65 €.

Dieser Betrag errechnet sich durch den Vorjahreswert, vermindert um die Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 66.751 € und die gleichzeitige Zuführung zur Altersteilzeitrückstellung in Höhe von 67.315 €. Im Saldo erhöht sich diese Position damit um 564,00 €.

Die Altersteilzeitrückstellung verteilt sich auf die Beamten mit 9.968,19 € (Vorjahr: 49.840,95 €) und auf die tariflich Beschäftigten mit 168.881,46 € (Vorjahr: 128.443,91 €). Zum 31.12.2015 waren für einen Beamten und neun tariflich Beschäftigte Altersteilzeitrückstellungen zu bilden.

Die Berechnung der Rückstellung wurde in Stichproben geprüft. Es ergaben sich keine Beanstandungen.

Berechnet wurde die Rückstellung nach der vom BFH bestätigten „alternativen Vorgehensweise“, die von der Annahme ausgeht, dass der Altersteilzeitberechtigte während der Beschäftigungsphase jährlich einen Anspruch für ein Jahr Freistellung in Höhe des gezahlten Altersteilzeitentgeltes erwirbt. Dieser Anspruch führt während der Beschäftigungsphase zu einer regelmäßigen Zuführung zur Rückstellung, während diese dann in der Freistellungsphase kontinuierlich aufgelöst wird.

### ■ Urlaubsrückstellungen Beamte und tariflich Beschäftigte

Gemäß § 36 GemHVO RLP sind für die von der Gemeinde zu gewährenden Urlaubszeiten der Bediensteten unter Fortzahlung des Arbeitslohns (Urlaubsentgelt) Rückstellungen zu bilden.

Grundlage der Bemessung der Urlaubsrückstellungen für Beamte und tariflich Beschäftigte ist die Anzahl der nicht in Anspruch genommenen Urlaubstage zum Stichtag 31.12.2015, die anhand der in den Ämtern geführten Urlaubskarteien für insgesamt 1.883 Mitarbeiter ermittelt wurden.

Insgesamt beträgt die Anzahl der nicht genommenen Urlaubstage zum Bilanzstichtag 11.003 Tage. Der individuelle Stundensatz jedes Mitarbeiters errechnet sich auf Grundlage der Jahresarbeitszeit und des Jahresbruttoeinkommens. Die durchschnittliche und pro Mitarbeiter zu bildende Rückstellung für nicht in Anspruch genommenen Urlaub beträgt im Berichtsjahr 1.146,50 € (Vorjahr: 1.144,09 €). Der betragsmäßige Anstieg der Urlaubsrückstellung um ca. 60 T€ resultiert ausschließlich aus der gestiegenen Anzahl der Mitarbeiter und der damit einhergehenden Erhöhung der Anzahl von Urlaubstagen, die bis zum Bilanzstichtag nicht in Anspruch genommen worden sind.

Die der Berechnung dieser Rückstellung zugrunde liegenden Arbeitstage wurden mit 220 beziffert.



### ■ Überstundenrückstellungen Beamte und tariflich Beschäftigte

Rückstellungen für Überstunden werden sowohl aufgrund der Werte der automatisierten Zeiterfassung als auch auf Grundlage der manuellen Werte (Meldung Fachämter) gebildet. Zum Stichtag bestanden für 1.883 Mitarbeiter (Vorjahr: 1.835) 64.155 Überstunden (Vorjahr: 64.169).

Für die Berechnung des Wertes der Rückstellung wurde der auf Basis des Jahresbruttoeinkommens aus dem Lohnkonto und der Jahresarbeitszeit ermittelte individuelle Stundensatz jedes einzelnen Mitarbeiters gebildet und mit der Anzahl der jeweils geleisteten Überstunden multipliziert. Im Durchschnitt ergibt sich eine Rückstellung für geleistete Überstunden pro Mitarbeiter in Höhe von 1.087,53 € (Vorjahr: 1.105,80 €).

Für das Berichtsjahr kann festgestellt werden, dass sich die Anzahl der Überstunden fast exakt auf dem Niveau des Vorjahres bewegt, bei gleichzeitiger Zunahme der Anzahl der Mitarbeiter auf 1.883. Somit verteilen sich die angefallenen Überstunden auf mehr Mitarbeiter und führen im Endergebnis zu einer leichten Reduzierung der durchschnittlich zu bildenden Rückstellung pro Mitarbeiter.

### ■ Prozesskostenrückstellungen

Prozesskostenrückstellungen wurden aufgrund der Meldungen der jeweiligen Fachämter gebildet. Zu Grunde liegen die geschätzten zukünftig zu erwartenden Prozesskosten. Als Schätzwert wurden ca. 10 % des zu erwartenden Streitwertes berücksichtigt.

### ■ Jahresabschlusskosten

Für 2013 wurden erstmals Rückstellungen für die Kosten der Erstellung des Jahresabschlusses gebildet. Dabei wurden sowohl Kosten für den Einzelabschluss als auch für den in 2015 gesetzlich erstmals zu bildenden Gesamtabschluss berücksichtigt.

Die Kosten setzen sich insbesondere aus den Anteilen der den Jahresabschluss betreffenden Stellen der Finanz- und Anlagenbuchhaltung zusammen. Für den Bilanzstichtag 31.12.2015 betragen die Rückstellungen für den Einzelabschluss 123.018 € und für den Gesamtabschluss 35.103 €.

<b>4 Verbindlichkeiten</b>	<b>31.12.2015</b>	480.750.364,82 €
	<b>31.12.2014</b>	480.395.871,95 €

Der Bestand an Verbindlichkeiten setzt sich folgendermaßen zusammen:

	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	384.164.367,63	405.472.263,01
Verbindlichkeiten kreditähnlicher Vorgängen	3.175.650,12	3.256.319,80
Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leist.	4.692.502,62	5.624.078,32
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00	25,76
Verbindlichkeiten gg. verbund. Untern.	36.492.949,74	18.361.169,78
Verbindlichkeiten gg. Beteiligungsuntern.	143.912,81	20.819,25
Verbindlichkeiten gg. Sondervermögen u.a.	46.911.948,81	41.977.453,78
Verbindlichkeiten gg. sonst. öffentl. Bereich	952.919,63	2.939.403,47
Sonstige Verbindlichkeiten	4.216.113,46	2.744.338,78
	<u>480.750.364,82</u>	<u>480.395.871,95</u>

<b>4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen</b>	<b>31.12.2015</b>	384.164.367,63 €
	<b>31.12.2014</b>	405.472.263,01 €

Der Bestand an Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen setzt sich folgendermaßen zusammen:

Zusammensetzung:	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
4.1.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	302.064.333,73	318.972.219,71
4.1.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	82.100.033,90	86.500.043,30
	<u>384.164.367,63</u>	<u>405.472.263,01</u>

<b>4.2.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen</b>	<b>31.12.2015</b>	302.064.333,73 €
	<b>31.12.2014</b>	318.972.219,71 €

davon

- mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: **19.992.998,04 €**  
Vorjahr: 20.961.287,75 €
- mit einer Restlaufzeit zwischen einem Jahr und fünf Jahren: **61.688.812,43 €**  
Vorjahr: 63.297.631,54 €
- mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren: **220.382.523,26 €**  
Vorjahr: 234.713.300,42 €
- durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert: 0,00 €  
Vorjahr: 0,00

Zusammensetzung:	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Darlehen	298.010.931,96	314.662.555,65
Zinsabgrenzung	4.053.401,77	4.309.664,06
	<u>302.064.333,73</u>	<u>318.972.219,71</u>

#### ■ Darlehen

	EUR
Entwicklung:	
Stand am 31.12.2014	314.662.555,65
Zugänge	0,00
Tilgungen	- 16.651.623,69
Stand am 31.12.2015	<u>298.010.931,96</u>

Im Berichtsjahr wurden keine Darlehen neu aufgenommen bzw. umgeschuldet oder prolongiert. Es entstanden planmäßige Tilgungsleistungen in Höhe von 16.651.623,69 €. Anstieg der „planmäßigen Tilgungsleistungen“ in 2015 um ca. 711 T€ resultiert ausschließlich daher, dass die Stadt Koblenz in der Mehrzahl Annuitätendarlehen abgeschlossen hat und sich somit bei gleichbleibender Leistung an die Bank der jeweilige Tilgungsanteil erhöht hat.

#### ■ Zinsabgrenzung

Für insgesamt 67 Darlehen wurde eine Zinsabgrenzung vorgenommen.

Eine Aufstellung der Darlehen ist aus dem beigefügten Anhang (**Anlage 4**) ersichtlich.



<b>4.2.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung</b>	<b>31.12.2015</b>	82.100.033,90 €
	<b>31.12.2014</b>	86.500.043,30 €

Zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit bestanden zum Stichtag 31.12.2015 kurzfristige Darlehen in Höhe von 82.100.033,90 €. Kreditgeber waren die ING-DiBa AG (33.000.000 €), die Landesbank Saar (20.000.000,00 €), die Allgemeine Beamtenbank (10.000.000 €) und die Sparkasse Koblenz (19.100.000 €). Ein Kontokorrentkonto bei der Sparkasse Koblenz war zum Stichtag mit 33,90 € belastet.

Die Bestände sind durch Kontoauszüge nachgewiesen.

<b>4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen</b>	<b>31.12.2015</b>	3.175.650,12 €
	<b>31.12.2014</b>	3.256.319,80 €

In dieser Position werden Zahlungsverpflichtungen für Darlehen, die die Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH bei verschiedenen Banken aufgenommen hat, ausgewiesen. Die Darlehen dienen der Durchführung von Neubau- und Sanierungsmaßnahmen im Schul- und Jugendbereich. Sie betreffen originäre Aufgaben der Stadt Koblenz, die aber aufgrund der bestehenden Kreditlimitierung von der Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft durchgeführt wurden.

Die Darlehen sind in der Bilanz der Wohnungsbau enthalten. Die Stadt hat sich vertraglich zur Leistung von Zins- und Tilgungsleistungen sowie Verwaltungskosten verpflichtet; sie sind daher im Jahresabschluss als Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, zu bilanzieren.

Die Verbindlichkeiten, resultierend aus dem Schulbausanierungsvertrag, werden nunmehr bei Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ausgewiesen.

Zusammensetzung:	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Sporthalle Max-von-Laue Gymnasium	1.229.230,00	1.258.850,00
Grundschule Niederberg	680.018,12	700.469,80
Speisesaal Diesterwegschule	519.120,00	531.480,00
Jugend- und Bürgerzentrum Karthause	504.000,00	516.000,00
Mensa Asterstein	243.282,00	249.520,00
	<u>3.175.650,12</u>	<u>3.256.319,80</u>



<b>4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</b>	<b>31.12.2015</b>	4.692.502,62 €
	<b>31.12.2014</b>	5.624.078,32 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Zusammensetzung:	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
5 (8) Kreditoren über 100 T€	908.520,58	1.881.412,54
83 (93) Kreditoren zwischen 10 T€ und 100 T€	2.697.768,67	2.671.524,43
253 (221) Kreditoren zwischen 1 T€ und 10 T€	868.632,80	769.625,33
788 (993) Kreditoren unter 1 T€	188.996,75	232.030,01
Sicherheitseinbehalte	42.746,98	101.566,85
	<u>4.706.665,78</u>	<u>5.656.159,16</u>
abzüglich debitorische Kreditoren	14.163,16	32.080,84
	<u>4.692.502,62</u>	<u>5.624.078,32</u>

Die Verbindlichkeiten – ohne Sicherheitseinbehalte - waren zum Prüfungszeitpunkt (Oktober 2016) bis auf 269.897,55 € ausgeglichen bzw. verrechnet.

<b>4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen</b>	<b>31.12.2015</b>	0,00 €
	<b>31.12.2014</b>	25,76 €

Zum Stichtag 31.12.2015 waren keine Verbindlichkeiten aus Transferleistungen ausgewiesen.

<b>4.7 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen</b>	<b>31.12.2015</b>	36.492.949,74 €
	<b>31.12.2014</b>	18.361.169,78 €

Zusammensetzung:	Buchwert 31.12.2015 EUR	Buchwert 31.12.2014 EUR
Koblenzer Wohnbau GmbH	26.013.992,56	17.549.164,21
Stadtwerke Koblenz	10.005.950,00	31.602,07
Energieversorgung Mittelrhein	355.829,37	620.198,79
EVM Verkehr GmbH	91.660,90	105.987,90
Buga GmbH	0,00	62.858,41
Sporthalle Oberwerth GmbH	7.684,46	11.320,56
Koblenzer Entsorgungs- und Verwaltungsgesellschaft	21.508,98	283,22
Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein	11.082,02	0,00
	<u>36.507.708,29</u>	<u>18.381.415,16</u>
abzüglich debitorische Kreditoren	14.758,55	20.245,38
	<u>36.492.949,74</u>	<u>18.361.169,78</u>



Die Verbindlichkeiten beinhalten u.a. ein Liquiditätsdarlehen der Stadtwerke Koblenz GmbH in Höhe von 10.000.000,00 €, welches am 30.12.2016 zurückzuzahlen ist.

Die Verbindlichkeiten waren zum Februar 2016 bis auf den Sanierungsvertrag Koblenzer Wohnbau GmbH (26.013.992,56 €) sowie das Liquiditätsdarlehen der Stadtwerke Koblenz (10.000.000,00 €) ausgeglichen bzw. verrechnet.

<b>4.8 Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</b>	<b>31.12.2015</b>	143.912,81 €
	<b>31.12.2014</b>	20.819,25 €

Zusammensetzung:	Buchwert 31.12.2015 EUR	Buchwert 31.12.2014 EUR
Technologiezentrum Koblenz (TZK)	89,64	1.167,70
Zweckverband Industriepark A61	102.703,00	0,00
Kemperhof Koblenz	24.426,45	0,00
Abfallzweckverband RME	8.003,40	26.270,02
KVG/Kraftwagen-Verkehr Koblenz	17.551,40	0,00
	<u>152.773,89</u>	<u>27.437,72</u>
abzüglich debitorische Kreditoren	8.861,08	6.618,47
	<u>143.912,81</u>	<u>20.819,25</u>

#### ■ debitorische Kreditoren

Die Forderungen bestehen gegenüber dem Gemeinschaftsklinikum Koblenz - Mayen (8.861,08 €).

Die Verbindlichkeiten waren im November 2016 bis auf 2.569,26 € ausgeglichen.

<b>4.9 Verbindlichkeiten gg. Sondervermögen, Zweckverbänden, AöR, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen</b>	<b>31.12.2015</b>	46.911.948,81 €
	<b>31.12.2014</b>	41.977.453,78 €

Zusammensetzung:	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Stadtentwässerung	37.934.910,55	37.334.168,08
Koblenzer Entsorgungsbetrieb	3.737.143,72	1.654.178,84
Kommunales Gebietsrechenzentrum	1.925.225,48	2.238.858,79
Grünflächen und Bestattungswesen	1.654.682,46	45.916,90
Koblenz Touristik	1.996.897,66	91.506,86
Jagdgenossenschaft	56.394,58	53.881,89
Konto 3531000000	-393.305,64	558.942,42
	<u>46.911.948,81 €</u>	<u>41.977.453,78</u>

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen handelt es sich ausschließlich um die Bestände der Sonderkassen der jeweiligen Eigenbetriebe. Die Eigenbetriebe führen die wesentlichen Kassengeschäfte über das Konto 240 der Stadtkasse durch, so dass die ausgewiesenen 46.911.948,81 € (Vorjahr: 41.977.453,78 €) ähnlich einem Kassenkredit zu behandeln sind und deshalb auch als Fremdkapital ausgewiesen werden.



Gegenüber dem Vorjahr sind diese Verbindlichkeiten massiv um rd. 4,9 Mio. € oder rd. 12% angewachsen.

Lediglich das Konto 3531000000, auf dem verschiedene Finanzbeziehungen zwischen der Stadt und ihren Eigenbetrieben bzw. Gesellschaften dargestellt werden, weist eine Verbesserung aus. Dieses Konto beinhaltet Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Sonstige Verbindlichkeiten sowie interne Verrechnungen, die im Folgejahr wieder korrigiert werden. Die Zuordnung in der Finanzsoftware erfolgte bei der o.g. Position.

Aufgrund der Liquiditätsslage der Stadt Koblenz ist diese Bilanzposition weiterhin als eine langfristige Darlehensgewährung mit Fremdkapitalcharakter anzusehen. Zur Abwicklung des laufenden Zahlungsverkehrs werden je nach Betriebszweig des Sondervermögens mehrere Konten verwendet.

Eine Abstimmung mit den Jahresabschlüssen der Eigenbetriebe ist erfolgt. Dieser Abgleich führt wie schon im Vorjahr zu der Feststellung, dass aufgrund zeitlicher Buchungunterschiede die Forderungen und Verbindlichkeiten der Eigenbetriebe mit denen der Stadt **nicht** übereinstimmen.

Mit Blick auf den in 2015 zu erstellenden Gesamtabschluss (Konzern) besteht weiterhin die Notwendigkeit, die Forderungen und Verbindlichkeiten innerhalb des Konzerns „Stadt Koblenz“ untereinander abzustimmen. Auf die gleich lautende Prüfungsbemerkung im Vorjahresbericht wird verwiesen.

<b>4.10 Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich</b>	<b>31.12.2015</b>	952.919,63 €
	<b>31.12.2014</b>	2.939.403,47 €

Zusammensetzung:	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
Sonst. öff. Bereich	554.200,72	265.051,12
Gemeinden und Gemeindeverbände	176.888,47	202.896,73
Sonst. Verbindl. Gegen. den öff. Bereich	92.197,06	31.576,12
DLP-Konten	70.822,20	69.445,96
Rechtsfähigen Stiftungen	20.770,00	18.310,00
Zweckverbände	20.683,28	14.474,75
Sonst. ö.r. Sonderrechnungen	15.218,17	0,00
Sparkassen	1.312,67	952,47
Anstalten	675,00	0,00
Weinfonds	152,06	0,00
Land Rheinland-Pfalz (Konj. Paket II)	0,00	274.596,59
Lastenausgleichsfonds	0,00	31,94
Land Rheinland-Pfalz	0,00	2.062.042,79
	<u>952.919,63</u>	<u>2.939.403,47</u>



## ■ Sonstiger öffentlicher Bereich

Die größten Positionen bestehen in Verbindlichkeiten gegenüber der Rheinischen Versorgungskasse (337.128,48 €) sowie der Deutschen Rentenversicherung (92.958,15 €).

<b>4.11 Sonstige Verbindlichkeiten</b>	<b>31.12.2015</b>	4.216.113,46 €
	<b>31.12.2014</b>	2.744.338,78 €

Zusammensetzung:	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
DLP-Konten, Verwahrgelder	1.818.540,39	1.141.824,12
Maßnahmen Amt 62	1.196.050,36	663.136,13
Steuerverbindlichkeiten	1.103.425,52	873.630,71
Sonstiges	98.097,19	65.747,82
	<u>4.216.113,46</u>	<u>2.744.338,78</u>

## ■ DLP-Konten, Verwahrgelder

Es handelt sich hierbei um Verwahrgelder (treuhänderische Gelder) sowie um durchlaufende Posten. Die Verwahrgelder sind im Vergleich zum Vorjahr um rd. 76% angestiegen. Dieser massive Anstieg ist durch die Zahlung eines Gewerbesteuerpflichtigen begründet, der im Berichtsjahr freiwillig eine Zahlung in Höhe von rd. 829 T€ geleistet hat, die unter normalen Umständen erst im Folgejahr fällig geworden ist und folglich auch erst zu diesem Zeitpunkt verrechnet werden kann. Unter Außerachtlassung dieses Einzelfalles haben sich die Verwahrgelder gegenüber dem Vorjahr noch einmal leicht reduziert.

## ■ Maßnahmen Amt 62

Es handelt sich um Baulandumlegungen an der A61 sowie an der Reiffenbergstraße.

## ■ Steuerverbindlichkeiten

Hierbei handelt es sich um die an das Finanzamt abzuführende Umsatzsteuer.

<b>5 Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>31.12.2015</b>	784.070,38 €
	<b>31.12.2014</b>	605.665,32 €

Die Position der passiven Rechnungsabgrenzungsposten besteht erneut zum Großteil aus den bereits zum 31.12.2015 bezahlten großen und kleinen Abos des Stadttheaters für die Spielzeit 2015/16. Weiterhin wurden die jahresübergreifenden Kurse der Volkshochschule, die Erlöse der Jagdpachten sowie die Kosten für unbegleitete ausländische Minderjährige ordnungsgemäß abgegrenzt.

# Anlage 11 Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung

## 1. Steuern und ähnliche Abgaben

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Realsteuern	119.630.970,52	118.465.046,44
Gemeindeanteile an den Gemein- schaftssteuern	50.443.014,25	55.679.086,62
Sonstige Gemeindesteuern	3.182.838,08	4.089.948,76
Ausgleichsleistungen	5.158.774,26	5.585.197,85
	<b>178.415.597,11</b>	<b>183.819.279,67</b>

Im Vergleich zum Haushaltsansatz von 187.145.500 € wies die Ergebnisrechnung bei den Erträgen aus Steuern und ähnlichen Abgaben rd. 3,3 Mio. € Mindereinnahmen aus. Zum Vorjahresergebnis ergeben sich Mehreinnahmen in Höhe von rd. 5,4 Mio. €; dies entspricht einem Anstieg von 3,03 %.

### ■ Realsteuern

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Gewerbsteuer	99.902.682,69	98.325.580,77
Grundsteuer B	19.652.403,71	20.044.204,86
Grundsteuer A	75.884,12	95.260,81
	<b>119.630.970,52</b>	<b>118.465.046,44</b>

Die Erträge aus den Realsteuern hatten im Vergleich zum Vorjahr per Saldo eine negative Entwicklung zu verzeichnen. Sie lagen um 2.308.453 € unter dem Haushaltsansatz von 120.773.500 € und reduzierten sich zum Vorjahresergebnis um rd. 1.166 T€ = 1,0 %.

Während die Erträge aus der Grundsteuer A Betrag sowohl gegenüber dem Haushaltsansatz als auch dem Vorjahresergebnis um ca. 20 T€ stiegen, erhöhten sich die Erträge aus der Grundsteuer B um ca. 2,0 % auf nunmehr rd. 20,04 Mio. €. Der Hebesatz betrug - nach der Anhebung zum 01.01.2013 - unverändert 420 %.

Geringfügig veränderte Rahmenbedingungen führten dazu, dass die Gewerbesteuererträge gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um rd. 1,6 Mio. € zu verzeichnen hatten. Der derzeitige Gewerbesteuerhebesatzes beträgt 420 % und gilt seit 01.01.2015. Im Zeitverlauf der letzten Jahre unterliegen die Gewerbesteuererträge sehr starken Schwankungen. Nach dem Ausreißer des Jahres 2013 haben sich die Einnahmen aus der Gewerbesteuer wieder auf das Niveau der Jahre 2011 und 2012 eingependelt.



## ■ Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Gem. Anteil an der Einkommenssteuer	41.783.236,13	45.378.512,54
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	8.659.778,12	10.300.574,08
	<b>50.443.014,25</b>	<b>55.679.086,62</b>

Der Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern erhöhte sich zum Vorjahr insgesamt betrachtet um rd. 5.236 T€ oder rd. 10,38 %.

Die positive Entwicklung bei den Erträgen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer wurde durch die gute Konjunkturlage und den damit verbunden höheren Einkommenssteuerzahlungen fortgesetzt. Die nach der Gewerbesteuer fiskalisch gesehen zweitbedeutsamste Steuereinnahme der Stadt hat sich zum Vorjahr um rd. 3.595 T€ oder 8,6 % erhöht. Gleiches gilt für den Gemeindeanteil aus der Umsatzsteuer, bei der - nach einem geringfügigen Zuwachs im Vorjahr - ein deutliches Plus verzeichnet werden konnte. Die Steigerung betrug rd. 1.641 T€ (18,9 %).

Im Vergleich zum Haushaltsansatz von 57.150.000 € lagen die städtischen Anteile an den Gemeinschaftssteuern um rd. 1.471 T€ unter den geplanten Werten. Ursächlich hierfür war im Wesentlichen ein zu hoch bemessener Ansatz an den Anteilen aus der Einkommenssteuer.

## ■ Sonstige Gemeindesteuern

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Sonstige Steuern (Vergnügungssteuer)	2.549.956,67	3.453.274,63
Hundesteuer	428.777,08	437.044,88
Jagdsteuer	7.436,86	9.808,20
Zweitwohnungssteuer	196.667,47	189.821,05
	<b>3.182.838,08</b>	<b>4.089.948,76</b>

Die sonstigen Gemeindesteuern erhöhten sich zu 2014 um rd. 907 T€ = 28,5 %.

Dem deutlichen Anstieg im Bereich der Vergnügungs- und Hundesteuer steht ein geringfügiger Rückgang bei der Zweitwohnsteuer gegenüber. Die Mehreinnahmen bei der Vergnügungssteuer sind im Wesentlichen durch die Erhöhung des Steuersatzes im Bereich der Geldspielautomaten begründet. Hier wurden der Steuersatz zum 01.01.2015 von 12 % auf 20 % , basierend auf dem Einspielergebnis, angehoben.

Die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer begann zum 01.06.2012 und brachte im Berichtsjahr Einnahmen in Höhe von ca. 190 T€.

Der Haushaltsansatz bei den Sonstigen Gemeindesteuern von insgesamt 3.542.000 € wurde insbesondere durch höhere Erträge bei der Vergnügungssteuer erreicht. Das Rechnungsprüfungsamt empfiehlt im Bereich der Vergnügungssteuer realistischere Planwerte zu Grunde zulegen.

## ■ Ausgleichsleistungen

Zusammensetzung:

	2014 EUR	2015 EUR
Familienausgleichsleistungen	4.361.405,66	4.751.692,46
Grundsicherung für Arbeitssuchende	797.368,60	833.505,39
	<b>5.158.774,26</b>	<b>5.585.197,85</b>

Die Erträge aus den Ausgleichsleistungen bleiben um 95 T€ hinter dem Haushaltsvoranschlag von 5.680.000 € zurück. Während der Ansatz bei den Erträgen aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende um 66 T€ (7,5 %) deutlich unterschritten wurde, ergaben sich bei den Familienausgleichsleistungen Mindereinnahmen von 29 T€ bzw. 0,6 %.

Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Anstieg um rd. 426 T€ zu verzeichnen. Während der Anstieg der Familienausgleichsleistungen, hierbei handelt es sich um die Beteiligung der Kommunen an den Umsatzsteuermehreinnahmen des Landes nach § 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen dem Bund und den Ländern, 390 T€ beträgt, ergibt sich im Bereich der Leistungsbeteiligung an den Personalkosten des Job-Centers für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende ein Anstieg von ca. 36 T€.

## 2. Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Schlüsselzuweisungen	14.111.294,00	22.537.816,00
Sonstige allgemeine Zuweisungen	2.627.408,00	2.627.408,00
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	13.284.811,91	12.920.816,11
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	5.423.705,26	5.864.425,57
Schuldendiensthilfen	5.223,61	0,00
	<b>35.452.442,78</b>	<b>43.950.465,68</b>

Im Vergleich **zum Haushaltsansatz** von 45.446.972 € weist die Ergebnisrechnung bei den Erträgen aus Zuwendungen, allgemeinen Umlagen und sonstigen Transfererträgen ein Minus von rund 1.497 T€ aus. Gegenüber dem Vorjahr ist ein deutlicher Anstieg in Höhe von 8.498 T€ (24,0 %) festzustellen, der durch die folgenden Erläuterungen dargestellt wird.



## ■ Schlüsselzuweisungen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Schlüsselzuweisung B2 (§ 9 (2) Ziffer 2 LFAG)	0,00	5.378.713,00
Schlüsselzuweisung B1 (§ 9 (2) Ziffer 1 LFAG)	6.666.507,00	6.711.525,00
Schlüsselzuweisung C1 (§ 9a (2) Ziffer 1 LFAG)	3.174.719,00	3.378.398,00
Schlüsselzuweisung C2 (§ 9a (2) Ziffer 2 LFAG)	3.956.308,00	5.443.280,00
Investitionsschlüsselzuweisung (§ 10 LFAG)	0,00	1.441.335,00
Härteausgleich § 34d LFAG	313.760,00	184.565,00
	<b>14.111.294,00</b>	<b>22.537.816,00</b>

Da die Bedarfsmesszahl die Finanzkraftmesszahl überschritt, gewährte das Land im Berichtsjahr eine Schlüsselzuweisung nach § 9 (2) Ziffer 2 LFAG in Höhe von 5.378.713,00 €.

Im Berichtsjahr erzielte die Stadt Koblenz aus der Schlüsselzuweisung (B1) nach § 9 (2) Ziffer 1 LFAG im Vergleich zum Vorjahr nahezu unveränderte Erträge in Höhe von rd. 6,71 Mio. €. Der Berechnungsmaßstab liegt zurzeit bei 61 € pro Einwohner. Die geringfügige Steigerung beruht auf einer um 738 Einwohner höheren Bevölkerungsmesszahl.

Die in 2014 erstmalig gezahlte Schlüsselzuweisung C wird in zwei Zuweisungen aufgeteilt. Aus der **Schlüsselzuweisung C1**, die 50 v. H. der Belastung aus der Gewährung von Leistungen und aus Kostenbeteiligungen oder Kostenerstattungen als örtliche Träger der Sozialhilfe nach dem SGB 12 abdecken soll, erhielt die Stadt Koblenz im Berichtsjahr 3,38 Mio. €.

Weitere Erträge in Höhe von 5,44 Mio. € ergaben sich aus der **Schlüsselzuweisung C2**, die als Ausgleich für die Belastung der Gewährung von Leistungen und aus Kostenbeiträgen, Kostenbeteiligungen oder Kostenerstattungen nach dem SGB II, aus der Gewährung von Hilfen zur Erziehung nach dem SGB VIII sowie aus der Beteiligung des örtlichen Trägers der Sozialhilfe an den Aufwendungen des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe gemäß § 6 des Landesgesetzes zur Ausführung des SGB XII gezahlt wurden.

Zudem bewilligte das Land Investitionsschlüsselzuweisungen nach § 10 LFAG, die im Finanzhaushalt zur Verminderung des Saldos der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit verwendet werden sollen. Die Zahlung ist ebenfalls abhängig von der Differenz zwischen Finanzbedarf und Finanzkraft der Kommune und betrug im Berichtsjahr rd. 1.441 T€..

Für die von der Streichung des § 4 Abs. 2 und 3 des Landesgesetzes zur Ausführung des SGB II besonders betroffenen Kommunen wird ein Härteausgleich gewährt. Dieser betrug in 2015 rd. 185 T€.

## ■ Sonstige allgemeine Zuweisungen

Die Sonstigen allgemeinen Zuweisungen beinhalten die Zahlung des Landes im Rahmen der Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds i. H. v. 2.627 T€.



## ■ Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Land Rheinland-Pfalz	12.002.585,61	11.855.104,19
Sparkasse	563.168,07	538.000,00
Bund	89.021,89	62.799,33
Rechtsfähige Stiftungen	216.281,12	58.103,57
Sonstige	413.755,22	406.809,02
	<b>13.284.811,91</b>	<b>12.920.816,11</b>

Die Erträge reduzierten sich **zum Vorjahr** um saldiert rd. 364 T€ (2,7 %). Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen die gesunkenen Zuweisungen für die Schülerbeförderungskosten (- 234 T€) sowie von den Rechtsfähigen Stiftungen (- 158 T€). Hervorzuheben sind die in diesem Jahr abgerechneten Zuweisungen aus dem Konjunkturpaket II für konsumtive Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Gymnasien (801 T€), der Berufsbildenden Schulen (150 T€) und Realschule plus (539 T€).

Die Zuweisungen und Zuschüsse des Landes beinhalten u. a den Zuschuss für das Theater (5.363 T€; 2014: 5.212 T€; 2013: 5.073 T€); die Schülerbeförderung (2.931 T€; 2014: 3.166 T€; 2013: 2.039 T€); sowie die allgemeine Straßenzuweisungen (959 T€; 2014: 833 T€; 2013: 830 T€). Darüber hinaus erhielt die Stadt Koblenz weitere Zuweisungen vom Land bspw. für ihre Kultur- und Bildungseinrichtungen wie VHS, Musikschule, Stadtbibliothek sowie für den öffentlichen Personennahverkehr.

Gegenüber **dem Budget** (14.206.236 €) reduzierten sich die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse um rd. 1.285 T€. Dies begründet sich hauptsächlich durch die Verzögerung der städtebaulichen Maßnahmen Soziale Stadt Neuendorf. Die in 2015 eingeplanten Bundeszuschüsse in Höhe von 923 T€ wurden nicht abgerufen.

## ■ Erträge aus der Auflösung der Sonderposten

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten erhöhten sich **zum Vorjahr** um rd. 441 T€. Der Anstieg ist vor allem auf die Abrechnung einzelner Schulsanierungsmaßnahmen im Produkt 1144 „Zentrales Gebäudemanagement“ und dem Produkt 5511 „Öffentliches Grün“ zurückzuführen.



### 3. Erträge der sozialen Sicherung

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen	1.049.021,38	1.615.983,46
Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen	3.386.457,22	3.261.850,37
Kostenbeteiligung/Kostenerstattung nach SGB XII u. a. sozialer Leistungen	18.476.606,12	34.917.344,06
Kostenbeteiligung/-erstattung SGB VIII und anderer Jugendhilfe	17.302.958,11	17.261.779,13
Kostenerstattungen von anderen Sozialhilfeträgern	49.018,86	63.206,48
Leistungsbeteiligung nach dem SGB II	7.154.655,05	8.657.753,23
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung	11.761.509,65	372.738,48
	<b>59.180.226,39</b>	<b>66.150.655,21</b>

Die Erträge aus der sozialen Sicherung waren im Haushaltsplan ursprünglich mit insgesamt 64.420.200 € veranschlagt, so dass ausweislich der Ergebnisrechnung ein Mehrertrag von 1.730.455 € entstand.

Insgesamt wurden 27 Konten bebucht, wobei sich das Ergebnis, wie in den folgenden Positionen dargestellt, rechnerisch aus der Saldierung der Mehrerträge abzüglich der Mindererträge ergibt.

Insgesamt betrachtet haben sich die Erträge gegenüber dem Vorjahr um rd. 11,8% oder um rd. 7 Mio. € signifikant verbessert. Einen wesentlichen Beitrag zu dieser Steigerung haben die Kostenbeteiligung/Kostenerstattung nach SGB XII u. a. sozialer Leistungen mit einem überdurchschnittlichen Zuwachs von 16,4 Mio. € zu verzeichnen. Demgegenüber sind im Bereich der Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung deutliche Rückgänge von rd. 11,4 Mio. € zu verzeichnen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um eine Verschiebung, da in diesem Berichtsjahr erstmals die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke der sozialen Sicherung in der Position Kostenbeteiligung und -erstattung SGB XII und anderer sozialer Leistungen ausgewiesen wurden. Weitere Zuwächse sind in den Bereichen Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen (+567 T€) sowie Leistungsbeteiligung nach dem SGB II (+ 1.504 T€) zu verzeichnen, so dass sich saldiert die o.g. Steigerung von rd. 7 Mio. € ergibt.

Seit 2011 haben sich die Erträge der sozialen Sicherung um 21,5 Mio. €, mithin um 48,2 %, erhöht. Die Aufwendungen der sozialen Sicherung haben sich seit 2011 jedoch ebenfalls erhöht, und zwar um 24,7 Mio. € (23,5 %).

### ■ Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz	209.166,15	418.113,90
Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete	461.980,09	453.938,03
Leistungen von Sozialleistungsträgern	202.431,80	515.196,98
Rückzahlungen	105.336,05	157.450,26
Sonstige	70.107,29	71.284,29
	<b>1.049.021,38</b>	<b>1.615.983,46</b>

Die Erträge aus dem Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen lagen um rd. 428 T€ über dem Haushaltsansatz (Nachtrag) von 1.187.500,00 €.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Ergebnis erneut um rd. 567 T€ (54 %) erhöht. Die Steigerungen der Erträge verteilen sich auf alle Positionen. Lediglich die Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete verzeichnen marginale Rückgänge.

### ■ Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Kostenbeiträge u. Aufwendungsersatz	541.059,55	537.647,07
Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete	345.009,67	391.331,85
Leistungen von Sozialleistungsträgern	2.218.298,49	2.073.982,81
Rückzahlungen	253.307,61	222.911,54
Sonstige	28.781,90	35.977,10
	<b>3.386.457,22</b>	<b>3.261.850,37</b>

Die Erträge aus dem Ersatz von sozialen Leistungen innerhalb von Einrichtungen lagen um rund 79 T€ (+ 2,4 %) über dem Ur-Budget von 3.183.000 €.

Gegenüber dem Vorjahr verringerten sich die Erträge aus dem Ersatz für soziale Leistungen in Einrichtungen insgesamt um rd. 125 T€. Im Bereich der Leistungen von Sozialleistungsträgern ist ein deutlicher Rückgang von 144 T€ zu verzeichnen. Ähnlich verhält es sich bei den Kostenbeiträgen u. Aufwendungsersatz sowie bei den Rückzahlungen mit kumulierten Einbußen von 34 T€.

Im Gegenzug konnten die Erträge im Bereich der Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete um 46 T€ gesteigert werden.



## ■ Kostenbeteiligung und -erstattung SGB XII und anderer sozialer Leistungen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Land RLP	18.324.864,21	34.814.155,16
Landkreise	134.919,97	87.499,05
Gemeinden	16.764,83	15.642,45
Sonstige	57,11	47,40
	<b>18.476.606,12</b>	<b>34.917.344,06</b>

Im Haushaltsplan (inkl. Nachtrag) waren 33.386.200,00 € (Vorjahr: 18.738.700 €) an Erträgen an Kostenbeteiligungen und –erstattungen nach SGB XII veranschlagt; Die tatsächlichen Erträge liegen um rd. 4,6 % über dem erwarteten Haushaltsansatz und übertreffen das Vorjahresergebnis deutlich um rd. 89 % oder 16,44 Mio. €. Maßgeblich zur dieser Steigerung haben die Kostenbeteiligungen des Landes mit rd. 16,4 Mio. € über dem Vorjahreswert beigetragen. Die Kostenbeteiligungen der Landkreise, Gemeinden und Sonstigen liegen im Rahmen der Erwartungen.

Die Kostenbeteiligung und –erstattung des Landes nach SGB XII wird maßgeblich durch die hierfür in Zeile 17 ausgewiesenen Aufwendungen für die soziale Sicherung beeinflusst. Gegenüber dem Vorjahr ist bei der Kostenerstattung des Landes ein signifikanter Anstieg von 16,49 Mio. € (rd. 90%) zu verzeichnen. Das SGB XII beinhaltet die Hilfe zum Lebensunterhalt, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die Hilfe zur Gesundheit, die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, die Hilfe zur Pflege sowie die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten. Dieser massive Anstieg wird dadurch relativiert, dass im Berichtsjahr die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke der sozialen Sicherung (Grundsicherung) erstmals in der Position **Kostenbeteiligung und -erstattung SGB XII und anderer sozialer Leistungen** ausgewiesen werden und nicht wie bisher bei der Position **Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung**. Es hat also lediglich eine Verschiebung zu einer anderen Position stattgefunden.

## ■ Kostenbeteiligung u. -erstattung im Bereich SGB VIII und anderer Jugendhilfe

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Land RLP	14.973.396,50	15.028.745,57
Örtlicher Träger	713,16	0,00
Landkreise	889.577,09	636.326,29
Gemeinden	284.634,44	183.925,01
Sonstige	1.154.636,92	1.412.782,26
	<b>17.302.958,11</b>	<b>17.261.779,13</b>

Für das Jahr 2015 waren im Haushalt insgesamt 17.156.000 € veranschlagt, so dass ein Mehrertrag von rd.106 T€ erzielt wurde. Gegenüber dem Vorjahresertrag ist ein marginaler Rückgang von 41 T€ zu verzeichnen.

Die größten Abweichungen zum Haushaltsansatz (inkl. Nachtrag) sind bei den Kostenbeteiligungen und –erstattungen der überörtlichen Träger mit einem Rück-



gang von 71 T€ zu verzeichnen, während bei den Sonstigen Mehrerträge von 177 T€ festzustellen sind.

Die Entwicklung der in der Aufstellung zusammengefassten Erträge ist nach wie vor recht positiv zu bewerten. Nach dem starken Anstieg im Jahr 2012 haben sich die Erträge erneut im Bereich der 17,5 Mio. € konsolidiert.

Nachdem in den Jahren 2010 bis 2012 ein Plus von insgesamt 8,468 Mio. € verzeichnet werden konnte, gingen die Erträge im Berichtsjahr erneut leicht zurück und gliedern sich damit in den seit dem Jahr 2013 anhaltenden Stagnationsprozess ein.

#### ■ Kostenerstattung von anderen Sozialleistungsträgern

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Landkreise	40.706,18	50.968,74
Gemeinden	0,00	12.237,74
Land	8.312,68	0,00
	<b>49.018,86</b>	<b>63.206,48</b>

Die Erträge erhöhten sich zum Vorjahresergebnis um rd. 14 T€. Im Vergleich zum Haushaltsansatz von 65 T€ ergab sich nur ein marginaler Minderertrag.

#### ■ Leistungsbeteiligung nach dem SGB II

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Unterkunft und Heizung § 46 SGB II, Leistungsbeteiligung für § 28 SGB II	7.093.867,40	8.602.056,02
Rückzahlung Bundesanstalt	60.787,65	55.697,21
	<b>7.154.655,05</b>	<b>8.657.753,23</b>

Die Erträge aus Leistungsbeteiligung nach dem SGB II waren im Haushalt mit 9.060.000 € (Vorjahr: 7.650.000 €) veranschlagt; der Fehlbetrag beträgt mithin rd. 402 T€ (Vorjahr: 495.345 €).

Die Erträge setzen sich aus den Ausgleichsleistungen des Bundes und des Landes zusammen. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Steigerung von rd. 1,5 Mio. € (Vorjahr: Rückgang in Höhe von rd. 1,1 Mio. €).

Bei der zum vierten Mal erfolgten Leistungsbeteiligung nach § 28 SGB II handelt es sich um die Kostenbeteiligung des Bundes an den Bildungs- und Teilhabeleistungen.

#### ■ Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Zuweisungen/Zuschüsse für laufende Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung durch Sonstige	<b>11.761.509,65</b>	<b>372.738,48</b>



Der Haushalt für das Jahr 2015 sah für die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung durch Sonstige 382.500 € (Vorjahr: 11.962.000 €) vor, so dass sich gemessen am Ergebnis ein geringfügiges Minus von rd. 10 T€ ergab. Im Vergleich zum Vorjahr ist hier augenscheinlich ein signifikanter Rückgang zu verzeichnen, der allerdings im Wesentlichen mit der in 2015 erstmals vorgenommenen Verbuchung dieser Erträge bei der Position Kostenbeteiligung und-erstattung SGB XII und anderer sozialer Leistungen zu begründen ist.

**4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Verwaltungsgebühren	4.439.697,21	4.631.675,90
Benutzungsgebühren	4.625.378,86	5.027.110,81
Auflösung Sonderposten aus Beiträgen	1.066.859,70	1.152.437,84
Schülerbeförderungsentgelte	76.621,19	68.873,81
Sonstiges	293.572,53	282.296,86
	<b>10.502.129,49</b>	<b>11.162.395,22</b>

Im Vergleich zum Haushaltsansatz von 10.447.964 € ergaben sich Mehrerträge in Höhe von rd. 714 T€ (6,8 %). Zum Vorjahr erhöhten sich die Erlöse aus öffentlich-rechtlichen Entgelten um saldiert 660 T€ bzw. 6,3 %. Nach einer vorübergehenden Minderung im Jahr 2013 ist seit 2014 wieder ein kontinuierlicher Anstieg festzustellen.

Im Bereich der Verwaltungsgebühren konnten gegenüber dem Vorjahr erneut Mehreinnahmen in Höhe von insgesamt 192 T€ erzielt werden (Vorjahr: 277 T€). Eine deutliche Erhöhung ergab sich insb. beim Bürgeramt infolge gestiegener Fallzahlen, die sich im Vergleich zum Vorjahr nochmals deutlich um 4,5 % auf 31.278 Fälle erhöhten (kostenpflichtige Amtshandlungen). Vor allem die Ausstellungen von Bundespersonalausweisen für unter 24-jährige sowie von vorläufigen Bundespersonalausweisen haben sich im Vergleich zum Vorjahr mit 15% bzw. 16% deutlich gesteigert. Darüber hinaus haben sich die Amtshandlungen insgesamt auf 103.046 in diesem Bereich entwickelt und erstmals die Marke von Einhunderttausend erreicht.

Die Einnahmen verteilen sich in erster Linie auf folgende städtischen Ämter: Bürgeramt (Amt 12), Ordnungsamt (Amt 31), Standesamt (Amt 34), Umweltamt (Amt 36), Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung (Amt 61), Amt für Stadtvermessung und Bodenmanagement (Amt 62) sowie das Tiefbauamt (Amt 66).

Die Benutzungsgebühren haben sich gegenüber dem Vorjahr um 402 T€ erhöht, was einem Plus von 8,7% entspricht. Hierunter fallen u.a. Gebühren für die Nutzung öffentlicher Einrichtungen, Parkgebühren, Eintrittsgelder für kulturelle und sportliche Veranstaltungen sowie Sondernutzungsgebühren. Den Hauptteil der Erträge bilden mit rd. 3,3 Mio. € die Parkgebühren ab, gefolgt von den Musikschulgebühren mit rd. 689 T€ und den Sondernutzungsgebühren mit 546 T€.



Die Erträge aus den Schülerbeförderungsentgelten haben sich gegenüber dem Vorjahr um 11 % reduziert.

## 5. Privatrechtliche Leistungsentgelte

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Verkaufserlöse	784.752,00	843.120,36
Mieten und Pachten	1.396.061,10	1.388.142,95
Beteiligung Essenskosten durch Eltern sowie Zuschüsse des Bundes	338.112,63	264.795,61
Eintrittsgelder	2.610.564,24	2.711.210,37
Sonstiges	1.119.817,36	995.370,21
	<b>6.249.307,33</b>	<b>6.202.639,50</b>

Im Vergleich zum Haushaltsansatz von 5.469.307 € ergaben sich Mehrerträge in Höhe von rd. 733 T€ (13,4 %). Zum Vorjahr verringerten sich die Erlöse aus Privatrechtlichen Leistungsentgelten um saldiert 47 T€ bzw. 0,75 %. Nach dem Anstieg der vergangenen Jahre um rd. 295 T€ zu 2013 sowie um rd. 687 T€ zu 2012 lässt sich in diesem Jahr ein Rückgang bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten verzeichnen.

Im Bereich der Verkaufserlöse konnten gegenüber dem Vorjahr Mehreinnahmen in Höhe von rd. 58 T€ verzeichnet werden. Ebenso konnte eine deutliche Steigerung in Höhe von rd. 22 T€ beim Produkt 2512 „Ludwig-Museum“ infolge des Abverkaufs der Katalogbestände sowie einer hohen Nachfrage nach Katalogen und Merchandising-Artikel zur Ausstellung „Mel Ramos“ erzielt werden. Auch steigerten sich die Erlöse aus dem Holzverkauf des komm. Forstbetriebes (Produkt 5551) um rd. 32 T€.

Die Erträge aus Mieten und Pachten lagen mit rd. 8 T€ unter dem Vorjahresergebnis.

Die Beteiligungen an der Schulverpflegung belaufen sich auf 223 T€ (Vorjahr: 243 T€) durch die Eltern und 41 T€ (Vorjahr: 95 T€) durch den Bund.

Gegenüber dem Vorjahr steigerten sich die Eintrittsgelder um saldiert rd. 100 T€. Hervorzuheben sind hierbei die Produkte 2711 „Volkshochschule“ mit einer Steigerung um 54 T€ sowie 4241 „Sportstätten und Bäder“ mit einer Steigerung um 60 T€.

Die „Sonstigen Erträge“ waren dagegen rückläufig (- 124 T€), insbesondere beim Produkt 1121 „Personal“ ist ein deutlicher Rückgang in Höhe von rd. 292 T€ zu verzeichnen. Bei den Erträgen handelt es sich um erhaltene Ablöserträge im Rahmen von Dienstherrenwechsel für erworbene Pensionsansprüche. Demgegenüber gab es eine Steigerung der Erträge bei den Produkten 2611 „Stadttheater“ (+ 36 T€), 2721 „Stadtbibliothek“ (+ 28 T€) sowie bei den Produkten des Tiefbauamtes 5411 „Gemeindestraße“ (+ 62 T€), 5421 „Kreisstraßen“ (+ 13 T€), 5431 „Landesstraßen“ (+ 13 T€) und 5441 „Bundesstraßen“ (+ 13 T€).



## 6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Sondervermögen	3.194.825,82	3.032.190,94
Öffentlicher Bereich	2.406.166,34	1.904.014,64
Verbundenen Unternehmen	599.801,79	593.786,11
Private Unternehmen	376.422,52	369.988,43
Unternehmen, mit Beteiligungsverhältnis	616,00	0,00
Sonstige	571.001,14	599.224,20
	<b>7.148.833,61</b>	<b>6.499.204,32</b>

Zum Haushaltsansatz von 7.999.927 € verzeichnet die Ergebnisrechnung ein Minus von rd. 1.500.723 € = 18,8 %. Zum Vorjahr ist eine Reduzierung an Kostenerstattungen und –umlagen um saldiert rd. 650 T€ = 9,1 % festzustellen.

### ■ Sondervermögen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Koblenzer Entsorgungsbetrieb	1.576.382,56	1.196.548,26
Stadtentwässerung	705.156,26	720.366,63
Grünflächen- und Bestattungswesen	380.522,71	391.285,51
Koblenz-Touristik	252.814,67	428.897,17
Kommunales Gebietsrechenzentrum	279.949,62	295.093,37
	<b>3.194.825,82</b>	<b>3.032.190,94</b>

Die mit den Eigenbetrieben (EB) verrechneten Kostenerstattungen und -umlagen verringerten sich **zum Vorjahr** um saldiert rd. 163 T€; dies entspricht 5,1 %. Eine deutliche Veränderung wiesen der EB 70 (Koblenzer Entsorgungsbetrieb) mit einem Minus von 380 T€ sowie der EB Koblenz-Touristik mit einem Plus von 176 T€ aus.

### ■ Öffentlicher Bereich

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Gemeinde und Gemeindeverbände	1.238.129,22	736.335,23
Land Rheinland-Pfalz	1.127.596,59	1.148.503,68
Bund	24.846,23	11.583,72
Europäische Union	0,00	0,00
Sonstige	15.594,30	7.592,01
	<b>2.406.166,34</b>	<b>1.904.014,64</b>

Die Verrechnungen im öffentlichen Bereich verringerten sich zum Vorjahr saldiert um rd. 502 T€ und resultieren im Wesentlichen auf gesunkene Kostenerstattungen der Gemeinden und Gemeindeverbänden, vorrangig beim Produkt 2311 „Berufsbildende Schulen“.

## ■ Private Unternehmen und Sonstige

Der durch die Personalkostenerstattung für den Betrieb der Integrierten Leitstelle dominierte Bereich „Sonstige“ hatte zum Vorjahr eine Erhöhung um rd. 18 T€ zu verzeichnen.

### 7. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Bestandsveränderungen an fertigen Erzeugnissen	- 6.816,68	- 247,26
Bestandsveränderungen an Waren	- 14.434,57	30.505,44
Bestandsveränderungen an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen	360,45	-1.738,64
	<b>-20.890,80</b>	<b>28.519,54</b>

Die fertigen und unfertigen Erzeugnisse sowie die für die Herstellung benötigten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden beim Umlaufvermögen bilanziert. Die Ergebnisrechnung beinhaltet lediglich die Veränderungen zum Vorjahresergebnis. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Bestände zum Stichtag insgesamt betrachtet um rd. 29 T€ erhöht.

### 8. Andere aktivierte Eigenleistungen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Aktivierte Personalkosten	1.135.066,70	1.236.394,50
Sonstige andere aktiv. Eigenleistungen	0,00	0,00
	<b>1.135.066,70</b>	<b>1.236.394,50</b>

Bei der Position der anderen aktivierten Eigenleistungen werden im Wesentlichen die Leistungen der Mitarbeiter dargestellt, die diese im Haushaltsjahr 2015 für die Erstellung eigener, aktivierungsfähiger Vermögensgegenstände erbracht haben. Mit der Aktivierung werden die entstandenen Kosten, bspw. für Gehälter und Material, in der Ergebnisrechnung neutralisiert und über die Jahre der Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes verteilt.

Im Haushaltsjahr 2015 fielen aktivierte Eigenleistungen von rd. 1.236 T€ an; zum Haushaltsansatz von rd. 1,177 Mio. € ist eine Steigerung um rd. 59 T€ zu verzeichnen. Der Haushaltsansatz entspricht damit weitestgehend dem avisierten Ergebnis.

Der Anstieg zum Vorjahr beträgt rd. 101 T€ und resultiert zum Großteil aus dem um rund 60 T€ höheren Betrag des Produktes 5441 „Bundesstraßen“. Der Restbetrag (saldierte Mehr- bzw. Mindererträge) von rd. 41 T€ verteilt sich gleichmäßig auf unterschiedliche Produkte.



Die höchsten Erträge erzielten die Produkte 5411 „Gemeindestraßen“ (370 T€), 5441 „Bundesstraßen“ (297 T€), 5421 „Kreisstraßen“ (142 T€), 1144 „Zentrales Gebäudemangement“ (121 T€), Geoinformation (107 T€) und 5431 „Landesstraßen“ (98 T€).

## 9. Sonstige laufende Erträge

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Erträge aus der Veräußerung von Anlage- und Umlaufvermögen	4.879.144,34	2.676.888,73
Weitere sonstige laufende Erträge	10.874.365,07	10.036.341,66
Nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge	16.845.820,47	24.975.427,07
Andere sonstige ordentliche Erträge	1.505.687,79	2.836.913,27
	<b>34.105.017,67</b>	<b>40.525.570,73</b>

Die sonstigen laufenden Erträge verzeichnen zum Haushaltsansatz von 17.565.856 € einen Anstieg um 22.959.714 € (131,0 %). Damit wurde der Ansatz wie in den Vorjahren deutlich überschritten (2011 + 9,9 Mio. € = 75 %; 2012: +13,8 Mio. € = 60 %; 2013: + 22,3 Mio. € = 124 %; 2014: + 18,7 Mio. € = 122 %). Für das Jahr 2016 beläuft sich der Haushaltsansatz einschließlich Nachtrag auf lediglich 12.984.956 Euro.

Der Anstieg zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf den „Nicht zahlungswirksamen ordentlichen Erträgen“, die nachstehend näher erläutert werden.

### ■ Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens und des Umlaufvermögens

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Gewinn aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	4.839.547,03	2.458.373,28
Gewinn aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen	6.776,13	7.659,55
Gewinn aus der Veräußerung von sonstigen Vermögensgegenständen	32.821,18	210.855,90
	<b>4.879.144,34</b>	<b>2.676.888,73</b>

Es handelt sich um zum Teil planmäßige Gewinne aus der Veräußerung von Anlagevermögen und sonstigen (un-)beweglichen Vermögensgegenständen.

Der im Nachtragshaushalt auf rd. 5.953 Mio. € erhöhte Ansatz wurde im Berichtsjahr um T€ 3.276 unterschritten, weil für im Nachtrag 2015 eingestellte Gewinne aus dem Verkauf von Grundstücken nicht realisiert werden konnten.

## ■ Weitere sonstige laufende Erträge

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Ordnungsrechtliche Erträge	2.594.432,54	2.559.778,76
Säumniszuschläge, Mahngebühren etc	435.910,73	557.996,84
Konzessionsabgaben	7.571.356,44	6.671.719,00
Verkauf von Angebotsunterlagen	4.032,16	3.222,61
Versicherungserstattungen	193.661,85	149.290,74
Jagdpacht	13.205,89	17.607,87
Sonstige	61.765,46	76.725,84
	<b>10.874.365,07</b>	<b>10.036.341,66</b>

### • Ordnungsrechtliche Erträge

Zum Planansatz von 2.683.600 € ergaben sich reduzierte ordnungsrechtliche Erträge in Höhe von 123.822 € (4,6 %), im Vergleich zum Vorjahresergebnis ergab sich ein geringfügiger Rückgang von rd. 35 T€ = 1,3 %.

### • Säumniszuschläge, Mahngebühren etc.

Von den Erträgen in Höhe von 557.997 € entfallen auf:

- Säumniszuschläge 48.917 €
- Mahngebühren 179.511 €
- Vollstreckungsgebühren 286.302 € und
- Erträge aus abgeschriebenen Forderungen 43.267 €.

Der Anstieg zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf gestiegenen Erträgen bei den Vollstreckungs- und Mahngebühren.

### • Konzessionsabgaben

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH (VWM) - Wasser -	1.744.356,44	1.766.221,34
Energieversorgung Mittelrhein GmbH (EVM) - Gas -	760.000,00	481.345,41
Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-AG (KEVAG) - Strom -	5.067.000,00	4.424.152,25
	<b>7.571.356,44</b>	<b>6.671.719,00</b>

Gegenüber dem Haushaltsansatz ergaben sich Mehrerträge in Höhe von 10.519 € und zum Vorjahresergebnis ein Rückgang in Höhe von 899.637 €.

Die Richtigkeit der ausgewiesenen Konzessionsabgabe aus Strom, Gas und Wasser wurde durch einen Wirtschaftsprüfer testiert. Für die Konzessionsabgaben lagen die jeweiligen Prüftestate vor. Die Konzessionsabgabe Gas beinhaltet die Abschlagszahlungen 2015 (620.000,00 €) sowie die Abrechnung aus 2014 (- 138.654,59 €).



## • Versicherungserstattungen

Die Erstattungen von **allen** Versicherungsleistungen werden über das Konto 462700 abgewickelt. Sie betragen im Berichtsjahr rd. 149 T€ und haben sich damit zum Vorjahr um rd. 44 T€ reduziert.

Die Verbuchung erfolgte insgesamt bei 34 Produkten des Haushaltes, wobei die Erstattungsleistungen des Versicherers bei den Produkten 1144 „Zentrales Gebäudemanagement“ mit 72 T€, 2512 „Ludwigmuseum“ mit 18 T€, 5441 „Bundesstraßen“ mit 9 T€ und 4241 „Sportstätten und Bäder“ mit T€ 8 von hervorgehobener Bedeutung sind.

## • Sonstige Erstattungen

Es handelt sich im Wesentlichen um Erstattungen überzahlter Fraktionszuschüsse, und die Ablieferung von Einnahmen aus Nebentätigkeiten.

## ■ Nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen	147.693,75	1.634.266,77
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil	0,00	785.124,58
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	482.797,41	304.722,32
Erträge aus der Zuschreibung von Festwerten	0,00	5.294.126,10
Erhöhung Beteiligungen	16.118.862,19	16.856.823,19
Anpassung der Bilanz	80.680,68	80.884,54
Sonstige	15.786,44	19.479,57
	<b>16.845.820,47</b>	<b>24.975.427,07</b>

## • Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen

Hierbei handelt es sich um die Korrektur der Einzelwertberichtigungen im Berichtsjahr sowie die Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung (1.160 T€)

## • Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil

Abdeckung der Verluste der BGA Bäder Gemeinschaft 2015 (siehe Passivposten 2.4 „Sonderposten mit Rücklageanteil“)



## • Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen

Insgesamt wurden folgende 29 Einzelrückstellungen aufgelöst:

	<u>T€</u>
Ausstehende Rechnungen (20)	96
Instandhaltung (1)	20
Altersteilzeit Angestellte	27
Altersteilzeit Beamte	40
Dienstjubiläen	31
Aufbewahrung der Geschäftsunterlagen	31
Prozesskosten (3)	42
Dienstherrwechsel	18

## • Erträge aus der Zuschreibung von Festwerten

Im Berichtsjahr wurden die Festwerte in den Bereichen Straßenbegleitgrün (Tiefbaumt) und den Sonstigen Bäumen (Produkt 5511, Zuständigkeit EB 67) überprüft und dementsprechend angepasst. Aufgrund von Veränderungen der Einzelpreise sowie des jeweiligen Baumbestandes ergaben sich für den Festwert „Straßenbegleitgrün“ eine Zuschreibung in Höhe von 1.043.526,84 € und für den Festwert „Sonstige Bäume“ eine Zuschreibung in Höhe von 4.250.599,26 €.

## • Erhöhung Beteiligungen

Die Position erfasst im Wesentlichen die Erhöhung des Anteilwertes des verbundenen Unternehmens Stadtwerke GmbH in Höhe von 16.386 Mio. €.

## • Anpassung der Bilanz

Es handelt sich hierbei um die Anpassung der Restbuchwerte der bei Ziffer 4.3 bilanzierten Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen.

## • Sonstige

Die Sonstigen nicht zahlungswirksamen ordentlichen Erträge i. H. v. 19.480 € sind im Wesentlichen durch die Anpassung der Forderung aus Ansprüchen aus Dienstherrwechsel nach § 107 BeamtVg bedingt.

### ■ Andere sonstige ordentliche Erträge

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Andere sonstige ordentliche Erträge	<u>1.505.687,79</u>	<u>2.836.913,27</u>

Die „Andere sonstige ordentliche Erträge“ beinhalten im Wesentlichen Erträge aus Korrekturen des Sonderpostens zum Anlagevermögen.



<b>10. Summe der lfd. Erträge aus Verwaltungstätigkeit (Summe 1 bis 9)</b>	<b>332.167.730,28</b>	<b>359.575.124,37</b>
--	-----------------------	-----------------------

Insgesamt hat sich die Summe der ordentlichen Erträge zum Haushaltsansatz von 339.672.733 € um 19.902.392 € (5,86 %) auf 359.575.124 € erhöht. Zum Vorjahr ist ein Anstieg um 27.407.394 € oder 8,25 % zu verzeichnen.

<b>11. Personalaufwendungen</b>
---------------------------------

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	409.141,24	400.241,26
Dienstbezüge und dergleichen	58.242.849,80	59.449.644,82
Beiträge zu Versorgungskassen	3.527.390,92	3.594.540,49
Beiträge z. gesetzl. Sozialversicherung	8.405.739,31	8.615.335,13
Beihilfen, Unterstützungsleistungen und dergleichen	2.624.636,36	2.716.348,48
Personalnebenaufwendungen	62.544,73	95.212,37
Zuführungen zu Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	2.929.906,98	2.079.517,38
Rückstellungszuführungen für nicht genommenen Urlaub, Überstunden u. ä.	679.553,69	145.452,99
	<b>76.881.763,03</b>	<b>77.096.292,92</b>

Die Personalaufwendungen haben sich gegenüber dem Haushaltsansatz von 81.516.002 € um 4.419.709 € (5,4 %) vermindert.

Im Vergleich zum Vorjahresergebnis ist bei den Personalaufwendungen lediglich ein geringfügiger Anstieg um 0,3 % oder rd. 215 T€ zu verzeichnen, der durch reduzierte Aufwendungen in den Bereichen für ehrenamtl. Tätige, der Zuführungen zu Pensionsrückstellungen und Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub und Überstunden einerseits und gestiegene Aufwendungen in allen anderen Bereichen zu Stande gekommen ist.

■ **Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige**

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Ortsvorsteher	59.077,05	56.286,91
Rats- und Ausschussmitglieder	275.608,19	297.881,30
Sonstige	74.456,00	46.073,05
	<b>409.141,24</b>	<b>400.241,26</b>

Gegenüber dem Haushaltsvoranschlag in Höhe von 394.975 € sind Mehraufwendungen von lediglich 5.266 € zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr reduzierten sich die Aufwendungen nochmals um rd. 9 T€ (Vorjahr: 32.430 €). Hervorzuheben sind die Aufwendungen für sonst. ehrenamtlich Tätige sowie die Aufwendungen für Ortsvorsteher, die insgesamt für den Rückgang verantwortlich sind. Einzig die Aufwen-

dungen für Rats- und Ausschussmitglieder sind gegenüber dem Vorjahr um 8% gestiegen.

#### ■ Dienstbezüge und dergleichen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Bezüge der Beamten	17.104.188,06	17.427.080,31
Sonstige	5.714,31	8.180,67
Vergütungen der Arbeitnehmer	40.768.584,14	41.682.652,37
Sonstige Aufw. für Bedienstete	364.363,29	331.731,47
	<b>58.242.849,80</b>	<b>59.449.644,82</b>

Gegenüber dem Ansatz in Höhe von 62.494.595,00 € ergeben sich erneut Minderaufwendungen von 3.044.950 €, die – wie in den letzten Jahren – auf zu hohe Haushaltsansätze zurückzuführen sind. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Aufwendungen insgesamt um 2,07 %, was einer Summe von rd. 1.207 T€ entspricht (Steigerung im Vorjahr: 1.198 T€). Die Zuwächse verteilen sich auf die Bezüge der Beamten mit einer Steigerung von 1,9 % (323 T€), auf die sonst. Bezüge mit 2 T€ sowie die Bezüge der Arbeitnehmer mit 2,24 %, was einer Summe von 914 T€ entspricht. Lediglich die sonstigen Aufwendungen für Bedienstete verzeichnen im Berichtsjahr einen Rückgang um 9 % (33 T€) gegenüber dem Vorjahr.

#### ■ Beiträge zu Versorgungskassen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Beamte	452.274,77	456.548,88
Arbeitnehmer	3.073.526,38	3.136.567,68
Sonstige	1.589,77	1.423,93
	<b>3.527.390,92</b>	<b>3.594.540,49</b>

Im Vergleich zum Haushaltsansatz (Nachtrag) in Höhe von 3.785.256 € ist ein Minderaufwand von 190.715 € festzustellen. Die Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen die Pflichtzuführungen zur Kommunalen Versorgungsrücklage gem. § 14a BBesG und haben sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig erhöht.

#### ■ Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Beamte (u. a. Nachversicherung)	10,26	0,00
Arbeitnehmer	8.360.772,68	8.562.506,39
Sonstige	44.956,37	52.828,74
	<b>8.405.739,31</b>	<b>8.615.335,13</b>

Die tatsächlichen Aufwendungen haben sich gegenüber dem Haushaltsvoranschlag von 9.167.960 € um 552.625 € vermindert. Durch vermehrte Leistungen an die gesetzliche Sozialversicherung für tariflich beschäftigte Arbeitnehmer in Höhe von rd. 202 T€ ist der Anstieg gegenüber dem Vorjahr begründet. Nachversicherungen von Beamten fanden im Berichtsjahr nicht statt.



## ■ Beihilfen, Unterstützungsleistungen und dergleichen

Mit 2,716 Mio. € (Vorjahr: 2,624 Mio. €) haben sich die Beihilfeaufwendungen im Vergleich zum Vorjahresergebnis um rd. 92 T€ = 3,5 % erhöht. Gegenüber dem Haushaltsansatz von 2.736.729 € ist eine Minderinanspruchnahme von rd. 20 T€ zu verzeichnen.

## ■ Personalnebenaufwendungen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Trennungsgeld, Fahrtkosten, Prämien, Leistungszulagen, Prämien	12.713,75	20.908,93
Dienstherrenwechsel	49.830,98	74.303,44
	<b>62.544,73</b>	<b>95.212,37</b>

Im Vergleich zum Haushaltsansatz von 85.567 € ergeben sich Mehraufwendungen in Höhe von 9.645 €. Für den Wechsel von städtischen Beamten zu einem neuen Dienstherrn wurden Ausgleichszahlungen an den neuen Dienstherrn in Höhe von rd. 74 T€ gezahlt. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 49%.

## ■ Zuführungen zu Pensionsrückstellungen u. ä. Verpflichtungen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Pensionsrückstellungen	2.438.632,63	1.730.313,26
Beihilferückstellungen	491.274,35	348.231,12
Sonstige (Ehrensold)	0,00	973,00
	<b>2.929.906,98</b>	<b>2.079.517,38</b>

Die Zuführungen zur Pensions- und Beihilferückstellung sind durch das Gutachten der Rheinischen Versorgungskasse begründet (siehe hierzu Erläuterungsteil zur Bilanzposition „3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“).

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen belaufen sich zum 31.12.2015 auf **153.813.754,87 €** (Vorjahr: 151.752.030 €).

## ■ Zuführungen zu Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub, Überstunden und ähnliches

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Beamte	291.327,15	99.733,78
Arbeitnehmer	332.524,04	45.719,21
Sonstige	55.702,50	0,00
	<b>679.553,69</b>	<b>145.452,99</b>

Für das Haushaltsjahr 2015 waren Zuführungen in Höhe von 15.840 € geplant, so dass sich Mehraufwendungen v. rd. 130 T€ ergaben.

Grundlage der Bemessung der Urlaubs- und Überstundenrückstellungen für Beamte und tariflich Beschäftigte ist die Anzahl der nicht genommenen Urlaubstage bzw. der

geleisteten Überstunden zum 31.12.2015 mit den individuellen Stundensätzen des jeweiligen Mitarbeiters. Im Durchschnitt erhöhte sich die Rückstellung für nicht in Anspruch genommenen Urlaub pro Mitarbeiter leicht von 1.144,09 € auf 1.146,50 €, während sich die Rückstellung für geleistete Überstunden von 1.105,80 € auf 1.087,53 € reduzierte.

In der Berechnung der Rückstellung für Dienstjubiläen für 2014 wurden versehentlich die Mitarbeiter der Eigenbetriebe miterfasst. Die erforderliche Korrektur wurde im Jahresabschluss 2015 durchgeführt.

Die Rückstellungen belaufen sich zum Stichtag 31.12.2015 auf folgende Beträge:

	2014 EUR	2015 EUR
Rückstellung für nicht genommenen Urlaub:	2.099.406,83	2.158.865,04
Überstundenrückstellung:	2.029.146,94	2.047.825,90
Rückstellung für Dienstjubiläen:	<u>119.717,40</u>	<u>88.545,40</u>
	<b>4.248.271,17</b>	<b>4.295.236,34</b>

## 12. Versorgungsaufwendungen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Versorgungsaufwendungen	<b>7.264.554,20</b>	<b>7.457.141,29</b>

Die Versorgungsaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahresergebnis um rd. 193 T€ = 2,7 % erhöht. Im Vergleich zum Haushaltsvoranschlag (7.500.000 €) ergeben sich Minderaufwendungen in Höhe von rd. 43 T€ = 0,6 %.

## 13. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Aufwendungen für Unterhaltung und Bewirtschaftung	16.985.250,83	17.377.505,20
Kostenerstattungen an den Bund, das Land RLP sowie an verbundene Unternehmen und Eigenbetriebe	20.883.074,35	22.492.300,39
Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Abfall	8.443.885,66	7.927.517,20
Weitere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	8.824.418,97	8.665.102,92
Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.655.715,46	3.352.847,86
Aufwendungen für Fertigung, Vertrieb und Waren	<u>610.297,41</u>	<u>649.834,91</u>
	<b>58.402.642,68</b>	<b>60.465.108,48</b>



Im Vergleich zu den prognostizierten Aufwendungen von 67.291.695 € hat sich das Rechnungsergebnis um 6.826.586 € (10,2 %) reduziert.

Gegenüber dem Vorjahresergebnis von rd. 58,4 Mio. € haben sich die Aufwendungen im Berichtsjahr um saldiert rd. 2,062 Mio. € = 3,5 % erhöht, wobei insbesondere die Mehraufwendungen für Kostenerstattungen an den Bund, das Land RLP sowie an verbundene Unternehmen und Eigenbetriebe zu dieser Entwicklung beitrug.

Erwähnenswert sind allerdings auch die Reduzierungen bei den Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Abfall (- 516 T€), während sich die Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 697 T€ erhöhten.

### ■ Aufwendungen für Unterhaltung und Bewirtschaftung

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Unterhaltung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und -einrichtungen	12.566.424,60	11.876.139,07
Infrastrukturvermögen	2.870.679,91	3.414.277,70
Betriebs- und Geschäftsausstattung	338.874,49	519.988,72
Fahrzeugunterhaltung	329.028,83	360.989,04
Geringfügige Geräte	671.309,59	1.053.089,45
Bewirtschaftung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und -einrichtungen	57.987,18	9.581,49
Maschinen und technische Anlagen	111.228,00	123.666,54
Unterhaltung von Kunstgegenständen und Denkmälern	39.718,23	19.773,19
	<b>16.985.250,83</b>	<b>17.377.505,20</b>

Gegenüber **dem Ansatz** (21.239.261 €) haben sich die Aufwendungen um saldiert rd. 3.862 T€ (18,2 %) reduziert. Insofern ist die bereits in den Vorjahren getroffene Feststellung, dass in einigen Bereichen die Haushaltsansätze nicht annähernd in Anspruch genommen wurden, zu wiederholen. Zu nennen sind hier insbesondere Minderaufwendungen in den Bereichen der Unterhaltung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und Gebäudeeinrichtung mit 2.424 T€ sowie die Beschaffung von geringfügigen Geräten mit 1.320 T€.

### Im Rahmen der Erstellung des Nachtragsplans empfiehlt das Rechnungsprüfungsamt eine realistischere Planung seitens der Fachämter durchzuführen.

Im Vergleich **zum Vorjahr** erhöhten sich die Gesamtaufwendungen für die Unterhaltung und Bewirtschaftung von Grundstücken, Gebäuden und Maschinen etc. um saldiert rd. 392 T€. Die Erhöhung ist im Wesentlichen durch den Anstieg der Unterhaltung des Infrastrukturvermögens in Höhe von 543 T€ sowie den Anstieg im Bereich der Beschaffung von geringfügigen Geräten (+ 382 T€) begründet. Die Aufwendungen für die Unterhaltung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und -einrichtungen reduzierten sich dagegen um 690 T€.



## ■ Kostenerstattungen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	4.945.740,14	5.989.648,86
Eigenbetriebe	14.205.995,96	14.712.684,69
Sonstiger öffentlicher Bereich	1.065.855,91	1.175.519,73
Gemeinde und Gemeindeverbände	186.830,26	219.286,87
Private Unternehmen	246.217,97	194.598,44
Zweckverbände	124.551,01	130.005,82
Sonstiges	107.883,10	70.555,98
	<b>20.883.074,35</b>	<b>22.492.300,39</b>

Bei der Kontenart 525 „Kostenerstattungen“ standen im Haushaltsplan insgesamt 24.325.472 € für die anfallenden Aufwendungen zur Verfügung. Mithin ergaben sich bei der Haushaltsausführung Minderaufwendungen von saldiert 1.833.172 € (7,5%).

Minderaufwendungen **zum Haushaltsansatz** waren in nahezu allen Bereichen zu verzeichnen. Erwähnenswert sind:

- die Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis 1.576.551 €
  - Eigenbetriebe Grünflächen und Bestattungen 410.029 €
- 1.986.580 €**

Im Bereich Eigenbetriebes 70 (Entsorgung) ergaben sich Mehraufwendungen in Höhe von 131.635 €.

Im Vergleich **zum Vorjahr** ist ein Anstieg um saldiert 1.609 T€ = 7,7 % festzustellen. Ursächlich hierfür ist eine deutliche Kostenerhöhung bei den Erstattungen an Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis in Höhe von 1.044 T€. Die Mehraufwendungen aus der Abwicklung des Schulbausanierungsvertrages begründen im Wesentlichen den Anstieg gegenüber dem Vorjahr.

## ■ Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Abfall

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Stromkosten	1.866.133,76	1.724.424,40
Heizungskosten	2.027.645,12	1.857.323,84
Abwasserbeseitigung	2.064.593,36	2.064.206,08
Abfallentsorgung, Straßenreinigung und Winterdienst (Konto 5225000)	12.079,66	15.415,08
Eigenbetrieb 70 Abfallentsorgung etc. (Konten 522300, 522400 und 522517)	2.473.433,76	2.266.147,80
	<b>8.443.885,66</b>	<b>7.927.517,20</b>

Die Aufwendungen der Kontengruppe 522 für Energie, Wasser, Abwasser und Abfallentsorgung waren mit einem Gesamtansatz von 8.640.952 € kalkuliert. Der Minderbedarf belief sich saldiert auf rd. 713.434 € (8,3 %). Der Minderaufwand gegenüber **dem Vorjahr** von saldiert rd. 516 T€ entfiel im Wesentlichen auf den Rückgang der Heizungskosten infolge des warmen Winters 2014/2015 und der Kostenerstattungen im Bereich der Abfallentsorgung.



## ■ Weitere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Schülerbeförderungskosten	3.616.179,53	3.508.848,34
Sonstige bezogene Leistungen	2.831.125,37	2.750.933,80
Essenskosten	685.317,40	692.279,43
Labor- und Werkstättenbedarf	468.698,51	551.852,49
Lehr- und Unterrichtsmittel	548.549,39	688.377,98
Sonstiges	674.548,77	472.810,88
	<b>8.824.418,97</b>	<b>8.665.102,92</b>

Die Ist-Aufwendungen lagen um ca. 955 T€ unter dem Voranschlag von 9.619.910 €, wobei sich die Einsparungen auf alle Bereiche verteilten.

Im Vergleich zum Vorjahresergebnis reduzierten sich die Aufwendungen um saldiert rd. 159 T€. Während sich die Schülerbeförderungskosten um ca. 107 T€ und die „Sonstigen bezogenen Leistungen“ um 80 T€ verringerten, ergaben sich bei den Lehr- und Unterrichtsmitteln Mehraufwendungen in Höhe von 140 T€ und beim Labor- und Werkstättenbedarf Mehraufwendungen in Höhe von 83 T€. Der Rückgang im Bereich „Sonstiges“ ist hauptsächlich dadurch begründet, dass im Berichtsjahr die „Unentgeltliche Wertabgabe“ für das Stadion Oberwerth im Rahmen der Umsatzsteueranmeldungen deutlich reduziert werden konnte.

## ■ Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Sonstige Aufwendungen für <b>Sach-</b> leistungen	35.876,59	27.146,94
Sonstige Aufwendungen für <b>Dienst-</b> leistungen	1.046.014,95	1.675.507,29
Sonstige Aufwendungen für Honorare	1.573.823,92	1.650.193,63
	<b>2.655.715,46</b>	<b>3.352.847,86</b>

Im Vergleich zum Gesamtansatz von 2.857.200 € sind Mehraufwendungen von saldiert rd. 496 T€ festzustellen.

Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Anstieg und zwar saldiert um rd. 697 T€ zu verzeichnen. Während sich bei den Sonstigen Aufwendungen für Dienstleistungen Mehrausgaben in Höhe von 629 T€ ergaben, wurden bei den Honoraraufwendungen 76 T€ mehr verausgabt. Der Anstieg bei den Sonstigen Aufwendungen für Dienstleistungen ergibt sich in den Produkten 1146 „Versicherungen“ (+ 106 T€), bedingt durch die Inanspruchnahme eines Versicherungsmaklers für die Neuausschreibung von Versicherungsleistungen, beim Produkt 1144 „Zentrales Gebäudemanagement“ (+ 179 T€) für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen für Hausmeistertätigkeiten, dem Produkt 1221 „Sicherheit und Ordnung“ (+ 70 T€) infolge von Mehrausgaben im Bereich des Tierschutzes und dem Produkt 3131 „Hilfen für Asylbewerber“ (+ 263 T€) für Sicherheitsdienste und die Herrichtung des Geländes in der Fritsch-Kaserne für Wohncontainer.

## ■ Aufwendungen für Fertigung, Vertrieb und Waren

Hierunter fallen bspw. der Einkauf von Ausweisen, Führerscheinen, Katalogen etc. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Anstieg um 39 T€ zu verzeichnen.



## 14. Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO

Bei den Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO handelt es sich um Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung der Verwaltung.

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	3.060.675,28	3.077.103,96
Abschreibungen auf unbebaute Grundstücke	487.272,34	447.857,57
Abschreibungen auf bebaute Grundstücke	4.888.416,68	5.061.423,34
Abschreibungen auf das Infrastrukturvermögen	13.577.766,24	13.674.300,53
Abschreibungen auf Bauten auf fremdem Grund	312.372,00	319.331,23
Abschreibungen auf Kunstgegenstände, Denkmäler	58.195,50	59.974,11
Abschreibungen auf Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge und Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.536.996,86	2.983.558,58
Sonstige Abschreibungen u. außerplanmäßige Abschreibungen	20.680,28	0,00
	<b>24.942.375,18</b>	<b>25.623.549,32</b>

Die Summe der Abschreibungen wird im Anlagenspiegel mit 25.623.549,32 € angegeben und entspricht exakt dem Betrag in der Ergebnisrechnung.

Die Summe der Abschreibungen insgesamt erhöhte sich zum Vorjahr um rd. 681 T€ (rd. 2,73 %) und blieb gleichzeitig um 112.945 € unter dem Haushaltsansatz von 25.736 T€ (einschl. Nachträge).

### ■ Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände

Zuwendungen und Investitionszuschüsse mit einer mehrjährigen Gegenleistungsverpflichtung oder einer mehrjährigen Zweckbindung wurden buchmäßig fortgeschrieben. Ebenso wurden die im Haushaltsjahr geleisteten Zuschüsse und Zuwendungen gemäß der vereinbarten mehrjährigen Zweckbindung bzw. Gegenleistungsverpflichtung anteilig abgeschrieben.

Von den Abschreibungen entfallen auf:

Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	mit	145.818,98 €
Geleistete Zuwendungen / gezahlte Investitionszuschüsse	mit	2.931.284,98 €



Der Mehraufwand zum Vorjahr um rd. 18 T€ entstand bei den Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten.

#### ■ Abschreibungen auf unbebaute Grundstücke

Der gesamte Wert bezieht sich auf Parkanlagen und Spielplätze.

#### ■ Abschreibungen auf bebaute Grundstücke

Die Abschreibungen der bebauten Grundstücke sind geprägt durch die Abschreibungen für Schulen mit rd. 2,61 Mio. €. Die weiteren Positionen bewegen sich auf dem Niveau der Vorjahre.

#### ■ Abschreibungen auf das Infrastrukturvermögen

Das Infrastrukturvermögen unterliegt bis auf den jeweiligen Grundstücksanteil der regelmäßigen bilanziellen Abschreibung. Der bedeutendste Teil der Aufwendungen entfällt auf den Bereich der Straßen mit rd. 10,96 Mio. €.

#### ■ Abschreibungen auf Bauten auf fremdem Grund

Die Abschreibungen bei den Bauten auf fremden Grund und Boden wurden sowohl beim Stadion Oberwerth als auch bei den übrigen Sportstätten vorgenommen. Sie entsprechen den im Anlagespiegel aufgelisteten Beträgen. Des Weiteren wurden die von der Buga übernommenen Gartenanlagen fortgeschrieben.

#### ■ Abschreibungen auf Kunstgegenstände, Denkmäler

Die Abschreibungen setzen sich aus den Abschreibungen für die Feste Franz, das Romanische Haus und das Fort Asterstein zusammen.

#### ■ Abschreibungen auf Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge u. Betriebs- und Geschäftsausstattung

Es handelt sich um einen kumulierten Betrag der sich wie folgt zusammensetzt:

Bilanzposition 1.2.7	Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	1.198.008,65 €
Bilanzposition 1.2.8	Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>1.785.549,93 €</u>
		<b>2.983.558,58 €</b>

Die Abschreibungen beider Bilanzpositionen haben sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um rd. 447 T€ erhöht (1.2.7. + 54 T€, 1.2.8. + 393 T€).

Auf die bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung verbuchten geringwertigen Wirtschaftsgüter wurden inklusive dem Jahr 2014 weiter die Regelungen des § 35 (3) Satz 2 GemHVO angewandt, so dass solche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- und Herstellungskosten im Einzelnen den Wert von 410 € Netto nicht überschreiten, im Jahr ihrer Anschaffung oder Herstellung aufwandswirksam gebucht wurden (Wahlrecht). Ab dem 01.01.2015 wurde die Grenze für die geringwertigen Wirtschaftsgüter gemäß VV 4.1 zu § 93 GemO vom 31.03.2014 auf 1.000 € Netto angehoben. Die entsprechenden Vermögensgegenstände aus dem Jahr 2009 werden dagegen weiterhin planmäßig bis zum Zeitablauf abgeschrieben.

## 15. Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 15 GemHVO

Bei den Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 15 GemHVO handelt es sich um Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die üblichen Abschreibungen überschreiten. Im Berichtsjahr sind, wie auch schon im Vorjahr, keine derartigen Abschreibungen angefallen.

## 16. Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transferaufwendungen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke	1.564.705,57	1.485.342,95
Schuldendiensthilfen	65.581,70	50.466,34
Aufwendungen wegen Steuerbeteiligungen und dergleichen	16.536.516,90	14.821.046,14
Allgemeine Umlagen	6.111.484,48	5.361.821,75
	<b>24.278.288,65</b>	<b>21.718.677,18</b>

Die Aufwendungen blieben mit rd. 21,7 Mio. € deutlich unter dem Haushaltsansatz von 23,9 Mio. € sowie rd. 2,56 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis von 24.278.288 €. Insgesamt betrachtet bleibt ein Rückgang von rd. 10,5 % gegenüber dem Vorjahr festzustellen.

### ■ Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke

Hierunter werden sämtliche Zuweisungen und Zuschüsse für die verbundenen Unternehmen, das Sondervermögen, die Eigenbetriebe sowie für den öffentlichen und privaten Bereich abgebildet. Gegenüber dem Voranschlag von rd. 2,4 Mio. € konnten Einsparungen in Höhe von rd. 922 T€ realisiert werden.

Zum Vorjahr sanken die Aufwendungen saldiert jedoch um lediglich 79 T€.

### ■ Schuldendiensthilfen

Die Schuldendienstleistungen betreffen ausschließlich den privaten Bereich. Da die Hilfen in der Regel vertraglich festliegen, bewegt sich der Aufwand mit 50.466,34 € im Rahmen des Ansatzes von 56.090,00 €.

### ■ Aufwendungen wegen Steuerbeteiligungen und dgl.

Hinter dieser Kostenart verbirgt sich die zu zahlende Gewerbesteuerumlage. Bei einem Ansatz von 16.130.000,00 € fielen tatsächliche Aufwendungen in Höhe von 14.821.046,14 € an und ergeben saldiert einen Minderaufwand von 1,3 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr (16.536.516 €) fiel die Umlage wegen rückläufigen Gewerbesteuererträgen (s. Ziffer 1 dieser Anlage) um 1,7 Mio. € deutlich niedriger aus.

### ■ Allgemeine Umlagen

Die Allgemeinen Umlagen werden beherrscht durch die in die Finanzausgleichsmasse abzuführende Finanzausgleichsumlage mit einem Aufwand von 4.853.312 €



(Vorjahr: 5.652.105 €) und dem Finanzierungsanteil der Stadt Koblenz am Fond „Deutsche Einheit“ mit 505.209 € (Vorjahr: 455.008 €).

Während sich der Finanzierungsanteil am Fond „Deutsche Einheit“ gegenüber dem Vorjahr um 50 T€ erhöhte, betrug der Rückgang der Finanzausgleichumlage rund 799 T€.

Saldiert verringerten sich die Aufwendungen zum Vorjahr um rd. 750 T€ bzw. 12,3 %.

## 17. Aufwendungen der sozialen Sicherung

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Leistungen nach SGB II	19.296.737,44	20.655.044,00
Leistungen nach SGB XII	52.983.556,56	53.550.811,44
Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB XII	245.372,46	215.433,39
Leistungen nach SGB VIII	14.216.141,58	14.782.434,91
Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB VIII	787.059,47	1.285.908,02
Sonstige Leistungen	6.863.396,25	9.656.123,25
Kostenbeteiligungen/-erstattungen für sonstige Leistungen	589.377,95	633.215,73
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke sozialer Sicherung	27.409.474,66	29.246.706,07
	<b>122.391.116,37</b>	<b>130.025.676,81</b>

An Aufwendungen für die soziale Sicherung sah der Haushaltsplan 2015 bei der Kontengruppe 55 insgesamt Aufwendungen von 130.230.422 € vor (Vorjahr: 122.384.865 €) vor. Im Ergebnis blieben die Aufwendungen insgesamt 205 T€ unter dem avisierten Haushaltsansatz inkl. Nachtrag.

Insgesamt gesehen erhöhten sich die Aufwendungen für die soziale Sicherung zum Vorjahr erneut um saldiert 7.634.560 € bzw. um 6,24 % (Vorjahr: 5.996.541 € = 5,15 %). Kostensteigerungen waren in allen Bereichen festzustellen. Lediglich die Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB XII verzeichnen einen Rückgang um rd. 30 T€. Besonders deutlich fallen die Zuwächse bei den Aufwendungen für Leistungen nach SGB II mit 1.358 T€, die Sonstigen Leistungen mit 2.793 T€ sowie bei den Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke sozialer Sicherung mit rd. 1.837 T€ aus. Insgesamt betrachtet stellen diese Aufwendungen mit rd. 6,0 Mio. € den größten Teil der Zuwächse bei den Aufwendungen der sozialen Sicherung dar.

## ■ Leistungen nach SGB II

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Kosten der Unterkunft und Heizung	18.532.032,93	19.910.302,03
Einmalige Leistungen des kommunalen Trägers	345.397,96	322.675,82
Laufende Leistungen des kommunalen Trägers	285.448,69	82.525,65
Leistungen zur Eingliederung von Arbeitssuchenden	133.857,86	339.540,50
	<b>19.296.737,44</b>	<b>20.655.044,00</b>

Für die Leistungen nach dem SGB II waren 21.063.000 € (Vorjahr: 19.213.000 €) veranschlagt, so dass sich, trotz der Steigerung im Ansatz, Einsparungen im Ergebnis in Höhe von rd. 408 T€ im Ergebnis erzielen ließen.

Gegenüber dem Vorjahresergebnis musste jedoch eine Verschlechterung von 7% oder rd. 1.358 T€ festgestellt werden. Ursächlich dafür sind sowohl die gestiegene Anzahl an Bedarfsgemeinschaften, als auch die gestiegene Anzahl von Leistungsbeziehern. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften erhöhte sich im Jahresdurchschnitt von 4.605 auf 4.794 und die der Leistungsbezieher von 8.911 auf 9.308 gegenüber dem Vorjahr.

## ■ Leistungen nach SGB XII

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Leistungen außerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung	1.980.087,92	2.388.263,12
Leistungen außerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung	18.140.758,02	18.678.340,35
Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung	29.415.564,55	29.211.282,92
Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger ohne eigene Kostenbeteiligung	268.348,78	260.551,13
Leistungen innerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung	3.143.230,66	2.985.560,18
Leistungen innerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger ohne eigene Kostenbeteiligung	31.691,65	23.287,17
Sonstige Leistungen	3.874,98	3.526,57
	<b>52.983.556,56</b>	<b>53.550.811,44</b>

Für die Leistungen nach dem SGB XII sah der Haushaltsansatz für das Jahr 2015 insgesamt 54.204.000 € vor. Somit weist das Ergebnis eine Abweichung von rd. 653.189 € oder 1,2% aus.



Zum Vorjahr ergaben sich lediglich Steigerungen bei den Leistungen außerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung (408 T€) sowie bei den Leistungen außerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung (538 T€). Sämtliche andere Leistungen nach dem SGB XII blieben hinter den Vorjahreswerten zurück und tragen somit zu einer leichten Konsolidierung bei. Diese reicht jedoch nicht aus um den o.g. Mehraufwand zu kompensieren, so dass insgesamt betrachtet ein Mehraufwand von 567 T€ gegenüber dem Vorjahresergebnis entstand.

■ **Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB XII**

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Kostenbeteiligungen nach AGSGB XII an das Land	195.479,31	210.954,06
Kostenerstattung an andere Sozial- hilfeträger	49.893,15	4.479,33
	<b>245.372,46</b>	<b>215.433,39</b>

Für die Aufwendungen an Kostenbeteiligungen und Kostenerstattungen nach dem SGB XII waren im Haushalt 265.000 € eingeplant; mithin ergeben sich Minderaufwendungen von rd. 49.566 € (rd. 18,7 %). Zum Vorjahr erhöhten sich die Kostenbeteiligungen nach dem AGSGB XII um rd. 16 T€, während sich die Kostenerstattungen an andere Sozialhilfeträger um rd. 45 T€ reduzierten.



## ■ Leistungen nach SGB VIII

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Leistungen außerhalb v. Einrichtungen, <b>allgemein</b>	2.975.306,83	2.617.759,35
Leistungen außerhalb v. Einrichtungen, <b>Eingliederungshilfe</b>	470.806,00	442.554,10
Sonstige Leistungen außerhalb von Einrichtungen, <b>Eingliederungshilfe</b>	7.626,87	33.411,16
Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), <b>allgemein</b>	3.027.583,96	3.405.363,74
Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), <b>allgemein abrechnungsfähig</b>	551.677,67	686.563,62
Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), <b>Eingliederungshilfe</b>	275.411,51	230.548,48
Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), <b>Heimerziehung</b>	6.644.848,15	7.129.174,58
Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), <b>betreute Wohnform</b>	262.880,59	222.489,75
Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), <b>betreute Wohnform abrechnungsfähig</b>	0,00	14.570,13
	<b>14.216.141,58</b>	<b>14.782.434,91</b>

Die Aufwendungen für die Leistungen nach dem SGB VIII unterschritten den Haushaltsansatz von 14.838.000 € lediglich um rd. 56 T€ und repräsentieren damit ein Ergebnis, dass den Erwartungen in vollem Umfang entspricht.

Die größten Abweichungen gegenüber dem Planansatz ergaben sich in den Positionen Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), allgemein abrechnungsfähig sowie Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), Heimerziehung mit Mehraufwendungen von 200 T€ bzw. 241 T€.

Im Vergleich zum Vorjaheresergebnis stiegen die Leistungen nach dem SGB VIII erneut um 566 T€. Dieser Wert entspricht nach einem massiven Anstieg im Vorjahr von ca. 1.070 T€ einer deutlichen Verlangsamung des Anwachsens der Aufwendungen (47 %). Hervorzuheben sind insgesamt drei Positionen, die mit ihren erhöhten Aufwendungen maßgeblich zum Ergebnis beigetragen haben:

Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), allgemein (+ 378 T€),

Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), allgemein abrechnungsfähig (+ 135 T€),



Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), Heimerziehung (+ 484 T€).

Die Fallzahl- und auch die Kostenentwicklung im Bereich der erzieherischen Hilfen ist in den vergangenen Jahren stets Gegenstand von Diskussionen gewesen. Auch in 2015 bewegen sich die Fallzahlen auf einem hohen Niveau.

Die Gesamtzahl der im Rahmen einer Erziehungs- oder Eingliederungshilfe betreuten jungen Menschen reduzierte sich leicht um 36 (- 3,3%) gegenüber dem Vorjahr (Vorjahr: + 71) und stagniert damit erstmals seit dem Jahr 2011 auf einem Niveau von 1.054 Fällen.

In den einzelnen Hilfebereichen sind insb. die Fallzahlen für Betreutes Wohnen (- 24,2 %), Heimerziehung (- 17,3 %) sowie die Hilfen zur Erziehung (-25,9 %) hervorzuheben. Gleichzeitig sind jedoch überproportionale Anstiege der Fallzahlen in den Bereichen Soziale Gruppenarbeit/Betreuungsweisungen (+ 500 %), Intens. Soz. alpäd. Einzelbetreuung (+ 11%) sowie Inobhutnahme / Bereitschaftspflege (+ 17,1 %) zu verzeichnen, die insgesamt betrachtet für eine Kostensteigerung herangezogen werden müssen.

\*Quelle: Jahresbericht 2015 des Amtes für Jugend, Familie, Senioren und Soziales der Stadt Koblenz

### ■ Kostenbeteiligung und -erstattungen nach SGB VIII

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Kostenbeteiligungen nach SGB VIII – außerhalb von Einrichtungen	41.384,73	41.594,18
Kostenerstattungen nach SGB VIII – innerhalb von Einrichtungen	711.173,12	1.232.441,82
Kostenerstattungen nach SGB VIII – außerhalb von Einrichtungen	34.501,62	11.872,02
	<b>787.059,47</b>	<b>1.285.908,02</b>

Die Aufwendungen für Kostenbeteiligungen und –erstattungen nach dem SGB VIII erhöhten sich gegenüber dem Haushaltsvoranschlag von rund 946 T€ (Vorjahr: 627 T€) um rd. 340 T€. Zum Vorjahresergebnis erhöhten sich die Kosten um rd. 500 T€ oder rd. 63,4 %, vornehmlich im Bereich der Kostenerstattungen innerhalb von Einrichtungen. Die Positionen der Kostenerstattungen außerhalb von Einrichtungen bewegen sich auf oder leicht unter dem Niveau des Vorjahres.

### ■ Sonstige Leistungen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Leistungen nach dem AsylbLG	4.138.810,08	7.005.663,01
Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	1.466.676,34	1.443.498,67
Leistungen nach dem Landesblindengeldgesetz und Landespflegegeldgesetz	1.106.629,46	1.073.415,97
Sonstige	151.280,37	133.545,60
	<b>6.863.396,25</b>	<b>9.656.123,25</b>

Bei den Sonstigen Leistungen war zum Haushaltsansatz von 9.202.900 € (Vorjahr: 7.363.900 €) eine deutliche Steigerung von rd. 453 T€ im Ergebnis festzustellen. Ursächlich dafür sind allein die deutlich gestiegenen Aufwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Steigerung: 2,867 Mio. €). Sämtliche anderen Positionen bewegen sich leicht rückläufig unter dem Vorjahresergebnis bzw. unter dem anvisierten Haushaltsansatz.

#### ■ Kostenbeteiligungen und -erstattungen für sonstige Leistungen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	310.148,24	288.318,78
Vollzug des Betreuungsgesetzes	79.245,00	81.582,00
Sonstige	199.984,71	263.414,95
	<b>589.377,95</b>	<b>633.315,73</b>

Die Aufwendungen für die Kostenbeteiligungen und Kostenerstattungen für sonstige Leistungen liegt im Ergebnis um 52 T€ oder rd. 9,0 % über den Haushaltsansätzen von 581.100 €. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich im Bereich der Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz ein Rückgang in Höhe von ca. 22 T€ (Vorjahr: Anstieg um 38 T€). Deutliche Zuwächse sind im Bereich der sonstigen Aufwendungen mit rd. 63 T€ oder 31,7 % zu verzeichnen. Hierbei handelt es sich um Bonuszahlungen (Betreuungsbonus) gem. § 12 a Kindertagesstättengesetz an Kindertagesstätten.

#### ■ Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke des Bereichs soziale Sicherung

Die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke des Bereichs soziale Sicherung haben sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 1.837 T€ = 6,7 % von **27.409.474 €** auf **29.246.706 €** erhöht. Gegenüber dem veranschlagten Bedarf von **29.130.422 €** ergaben sich Mehrausgaben in Höhe von ca. 116 T€.

Die Kostenart 559 beinhaltet die zur Förderung der freien Wohlfahrtspflege (Produkt 3311), von Kindern in Tageseinrichtungen (Produkt 3611), der Jugendarbeit (Produkt 3621) sowie von Sonstigen Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (Produkt 3631). Der Mehraufwand zum Vorjahr entfiel erneut auf den Bereich der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und steht mit dem weiteren Ausbau der Ganztags- und Teilzeitplätze infolge des Rechtsanspruches für Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres auf einen Platz seit dem 01.08.2013 im Zusammenhang.



## 18. Sonstige laufende Aufwendungen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	793.876,14	945.008,61
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	8.448.509,91	9.038.212,17
Geschäftsaufwendungen	2.441.743,94	2.271.644,21
Aufwendungen für Beiträge, Versicherungen und Sonstiges	1.885.651,19	1.784.127,67
Verluste aus Abgang von Anlage- und Umlaufvermögen etc.	3.655.451,16	2.663.376,11
Aufwendungen für besondere Finanzauszahlungen	50.527,86	30.000,00
Aufwendungen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5.352.532,35	2.372.153,98
Sonstige Steueraufwendungen	180.392,71	45.937,93
Sonstige laufende Aufwendungen der Verwaltungstätigkeit	707.884,83	3.858.728,90
	<b>23.516.570,09</b>	<b>23.009.189,58</b>

Die sonstigen laufenden Aufwendungen betragen 23.009.189,58 €; sie lagen damit deutlich über dem Haushaltsvoranschlag von 20.796.320 € um saldiert 2.212.870 €. Zum Vorjahr reduzierten sich die Aufwendungen insgesamt um 507.380 €, wobei insbesondere die Abweichungen im Bereich „Sonstige laufende Verwaltungstätigkeit“ mit + 3.151 T€ und den Aufwendungen bei Steuern vom Einkommen und Ertrag mit – 2.980 T€ erwähnenswert sind.

### ■ Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Aufwendungen für Aus- u. Fortbildung, Umschulung	184.900,49	192.450,82
Aufwendungen für übernommene Reisekosten für Dienstreisen und Dienstgänge	396.079,40	519.788,05
Aufwendungen für allgem. Betreuung von Bediensteten	39.404,09	51.513,71
Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	152.869,53	150.426,51
Sonstige Personalnebenaufwendungen	20.622,63	30.829,52
	<b>793.876,14</b>	<b>945.008,61</b>

Während gegenüber dem Haushaltsvoranschlag in Höhe von 1.048.961 € eine Reduzierung in Höhe von ca. 104 T€ festzustellen ist, ergab sich im Vergleich zum Vorjahr ein deutlicher Anstieg der „Sonstigen Personal- und Versorgungsaufwendungen“. Hauptgrund sind die um ca. 124 T€ gestiegenen Kosten für Aufwendungen für übernommene Reisekosten für Dienstreisen und Dienstgänge. Es erhöhten sich insbesondere die Verpflegungsausgaben im Bereich des Produktes 2611 „Stadtheater“ um 49 T€ auf nunmehr 118 T€.

## ■ Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	2.840.041,18	3.381.697,28
Leasing	36.372,78	43.122,48
Datenverarbeitung	4.217.642,62	4.280.641,14
Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Aufwendungen	538.648,08	701.387,52
Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme v. Rechten und Diensten	815.805,25	631.363,75
	<b>8.448.509,91</b>	<b>9.038.212,17</b>

Der Haushaltsansatz war mit 10.510.400 € abermals deutlich zu hoch bemessen. Die Einsparungen betrafen im Wesentlichen die Aufwendungen für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen (- 498 T€) sowie die Datenverarbeitungskosten (- 468 T€) sowie die Aufwendungen für Sachverständigen-, Gerichts- und ähnlichen Kosten (- 345 T€). Das Rechnungsprüfungsamt regt an, dass die Fachämter in diesen Bereichen zukünftig realistischere Planzahlen ansetzen.

Zum Vorjahr erhöhten sich die Aufwendungen um saldiert rd. 590 T€ (6,98 %). Hervorzuheben sind die Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Aufwendungen, mit einem Anstieg um 163 T€ und die Aufwendungen für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen mit einem Anstieg von 542 T€. Der Anstieg im Bereich der Mieten, Pachten und Erbbauzinsen ist hauptsächlich durch das Produkt 3131 „Hilfe für Asylbewerber“ infolge der Anmietung von Wohnraum begründet, während sich die Erhöhung bei den Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Aufwendungen im Produkt 5111 „Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen“ durch verschiedene Projekte und Maßnahmen widerspiegeln.

## ■ Geschäftsaufwendungen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Büromaterial	481.551,85	473.435,25
Fachliteratur, Zeitschriften	197.698,40	207.821,50
Porto und Versandkosten	571.583,72	459.456,33
Fernmelde- und Rundfunkgebühren	350.433,74	335.286,78
Öffentliche Bekanntmachungen	264.947,90	194.275,50
Öffentlichkeitsarbeit	249.649,57	285.374,64
Bankgebühren	102.425,47	66.840,38
Transportkosten	52.163,42	68.840,40
Sonstiges	171.289,87	180.313,43
	<b>2.441.743,94</b>	<b>2.271.644,21</b>

Im Vergleich zum Haushaltsvoranschlag in Höhe von 2.548.069 € ergeben sich Minderaufwendungen von 276.424 €. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Rückgang von 170.100 € = 6,97 % zu verzeichnen. Den Anstiegen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit (+ 35 T€) sowie Transportkosten (+ 17 T€) stehen Minderaufwendungen im Bereich Bankgebühren (- 36 T€), öffentliche Bekanntmachungen (- 70 T€) und Porto und Versandkosten (- 112 T€) gegenüber.



## ■ Aufwendungen für Beiträge, Versicherungen und Sonstiges

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Versicherungsbeiträge	1.599.372,01	1.517.890,44
Beiträge zu Wirtschaftsverbänden, Berufsvertretungen und Vereinen	285.132,71	264.588,57
Sonstige	1.146,47	1.648,66
	<b>1.885.651,19</b>	<b>1.784.127,67</b>

Das Abschlussergebnis reduzierte sich im Wesentlichen durch den Rückgang der Versicherungsbeiträge um insgesamt 101.523 €. Der Haushaltsvoranschlag von 1.816.475 € wurde im Bereich der Versicherungsbeiträge um T€ 78 unter- und im Bereich der Beiträge um T€ 47 überschritten. Grund für den Rückgang ist die Abrechnung der Künstlersozialabgabe, für die im Vorjahr zwei Jahre abgerechnet wurden.

## ■ Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und des Umlaufvermögens, Wertminderungen des Umlaufvermögens, Einstellungen in Sonderposten, Zuführungen zu Rückstellungen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	749.173,24	1.920.159,47
Wertberichtigungen zu Forderungen	1.675.942,80	741.394,77
Einstellungen und Zuschreibungen in die Sonderposten	1.230.335,12	1.821,87
	<b>3.655.451,16</b>	<b>2.663.376,11</b>

Die tatsächlichen Aufwendungen weichen in einem erheblichen Maß (+ 1.207.826 €) von dem Haushaltsvoranschlag in Höhe von 1.455.550 € ab; zum Vorjahr reduzierte sich der Aufwand um rd. 992 T€.

Bei den Verlusten aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens in Höhe von 1.920.159 € handelt es sich zum einen um Verluste aus den Abgängen bei den Sachanlagen und einer außerplanmäßigen Abschreibung des Festwertes in Höhe von 953 T€ für den Stadtwald Koblenz im Rahmen der Neubewertung (siehe Bilanzposition 1.2.1 Wald, Forsten).

Bei den Einzelwertberichtigungen fielen im Berichtsjahr insgesamt 741 T€ an außerordentlichen Aufwendungen an.

Die Einstellung in den Sonderposten betrifft ausschließlich die Zuführung zur Rücklage „Kommunales Studieninstitut“.

## ■ Aufwendungen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuer Koblenz Touristik	4.300.000,00	1.338.377,11
Kapitalertragssteuer für Dividendenausschüttung der Stadtwerke Koblenz	996.975,00	952.500,00
Kapitalertragssteuer Wirtschaftsförderungsgesellschaft	55.387,50	52.387,50
Sonstige	169,85	28.889,37
	<b>5.352.532,35</b>	<b>2.372.153,98</b>

Die tatsächlichen Aufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Haushaltsansatz (2.155 T€), während sich gegenüber dem Vorjahresergebnis (5.353 T€) ein deutlicher Rückgang ergab.

Aufgrund einer Betriebsprüfung durch das Finanzamt sind für den Eigenbetrieb Touristik Körperschaftsteuer in Höhe von 1,164 Mio. € zzgl. Zinsen und Kapitalertragsteuer in Höhe von 0,175 Mio. € abzuführen.

Für die Dividendenausschüttung der Stadtwerke Koblenz an den Kernhaushalt ist Kapitalertragssteuer zzgl. Solidaritätszuschlag abzuführen. Der Aufwand hierfür betrug 953 T€.

## ■ Sonstige Steueraufwendungen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Grundsteuer	168.398,47	33.128,01
Kraftfahrzeugsteuer	11.994,24	12.809,92
	<b>180.392,71</b>	<b>45.937,93</b>

Die tatsächlichen Aufwendungen verringerten sich zum Haushaltsansatz um rd. 150 T€; zum Vorjahresergebnis ist ein Rückgang um rd. 134 T€ zu verzeichnen, der auf Minderaufwand bei der Grundsteuer infolge der Neuberechnung des Einheitswertes für das Forum Confluentes zurückzuführen ist.

## ■ Sonstige laufende Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Zuwendungen an Fraktionen	403.767,15	405.769,53
Verfügun gsmittel	8.543,84	3.205,77
Repräsentationen	9.491,36	15.505,52
Aufwendungen für Schadensfälle	100,00	69,00
Sonstige	285.982,48	3.434.179,08
	<b>707.884,83</b>	<b>3.858.728,90</b>

Die Aufwendungen der Kostenart 569 haben sich zum Ansatz um 2.793 T€ erhöht. Gegenüber dem Vorjahr war ebenfalls ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen (+ 3.151



T€). Die unter der Sammelposition „Sonstige laufende Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit“ zusammengefassten Konten enthalten im Wesentlichen den Aufwand aus der Abwicklung des Schulbausanierungsvertrages der Jahre 2010 bis 2012. Weiterhin werden hier konsumtive Anteile von abgerechneten Baumaßnahmen erfasst.

<b>19. Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe 11 bis 18)</b>	<b>337.677.310,20 €</b>	<b>345.395.735,58 €</b>
--	-------------------------	-------------------------

Die Summe der ordentlichen Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit hat sich gegenüber dem Haushaltsvoranschlag von 357.027.286 € um saldiert 11.631.550 € auf 345.395.736 € reduziert.

Im Vergleich zum Vorjaheresergebnis von 337.677.310 € haben sich die Gesamtaufwendungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit um saldiert 7.718.425 € = 2,3 % erhöht, wobei die vorstehend erläuterten Mehraufwendungen im Wesentlichen durch erhöhte Aufwendungen im Bereich der sozialen Sicherung begründet sind. Weitere größere Abweichungen ergaben sich bei den Versorgungsaufwendungen mit + 2.063 T€ und im Bereich der Zuwendungen, Umlagen, und sonstigen Transferaufwendungen mit -2.560 T€.

<b>20. Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit (Saldo 10 und 19)</b>	<b>-5.509.579,92 €</b>	<b>+ 14.179.388,79 €</b>
--	------------------------	--------------------------

Die Zeile 20 der Ergebnisrechnung stellt durch Saldierung der Zeilen 10 und 19 das laufende Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit der Kommune dar. Für das Jahr 2015 wird ein **Überschuss** von 14.179.388,79 € ausgewiesen (Haushaltsansatz: Fehlbetrag in Höhe von 17.354.554 €). Insofern ist gegenüber dem Planansatz eine Verbesserung von 31.533.943 € festzustellen. Gegenüber dem Vorjahr verbesserte sich das laufende Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit um 19.688.969 €.

<b>21. Zins- und sonstige Finanzerträge</b>
---

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Zinserträge für Kredite	98.687,18	92.640,93
Zinsen aus Stundungen und Verrentungen	4.185,71	2.017,06
Erträge aus verbundenen Unternehmen	6.650.643,99	6.350.522,05
Erträge aus Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts	117.785,68	114.903,34
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.858.112,46	738.360,35
	<b>8.729.415,02</b>	<b>7.298.443,73</b>

Die Zinserträge reduzierten sich zum Vorjahr um rd. 1.431 T€ und zum Ansatz (7.471 T€) um rd. 179 T€.



## ■ Zinserträge für Kredite

Es handelt sich im Wesentlichen um Zinserträge für Kredite von Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, von Banken, von Sparkassen sowie vom sonstigen Bereich.

## ■ Erträge aus verbundenen Unternehmen

Im Berichtsjahr ergaben sich Erträge aus verbundenen Unternehmen vor allem aus der Gewinnausschüttung der Stadtwerke Koblenz GmbH in Höhe von 6.000.000,00 € und der Aufbaugesellschaft von 350.000,00 €.

## ■ Erträge aus Sondervermögen, Zweckverbänden und Anstalten des öffentlichen Rechts

Diese Position erfasst die Erträge aus den nicht rechtsfähigen Stiftungen.

## ■ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Bei diesen Erträgen handelt es sich im Wesentlichen um Gewerbesteuernachzahlungen aufgrund von Nachveranlagungen inklusive Zinsen nach § 233 a AO (536.664,79 €), Zinserträgen aus Derivaten zur Liquiditätssicherung (93.246,94 €), Avalprovisionen (49.370,58 €), Zinserträgen aus Derivaten für Investitionen (18.142,65 €) sowie Aussetzungszinsen (13.018,00 €).

## 22. Zins- und sonstige Finanzaufwendungen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Zinsaufwendungen an Sondervermögen	70.155,61	15.336,72
Zinsaufwendungen a. d. öffentl. Bereich	111,22	141.860,05
Zinsaufwendungen an den inländischen Geldmarkt	10.769.967,67	10.101.190,55
Zinsaufwendungen an den sonstigen inländischen Geldmarkt	986.346,50	1.104.263,32
Sonstige Zinsen Finanzaufwendungen	3.623.468,24	3.587.127,54
	<b>15.450.049,24</b>	<b>14.949.778,18</b>

Der Zins- und Finanzaufwand hat sich zum Vorjahr um 500.271 € = 3,3 % und zum Ansatz (15.284 T€) um rd. 334 T€ reduziert.

## ■ Zinsaufwendungen an Sondervermögen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Kommunales Gebietsrechenzentrum	3.585,87	324,23
Grünflächen- und Bestattungswesen	5.880,52	613,97
Koblenzer Entsorgungsbetrieb	0,00	457,44
Stadtwerke GmbH	0,00	208,33
Stadtentwässerung	60.569,99	13.732,75
Jagdgenossenschaft	119,23	0,00
	<b>70.155,61</b>	<b>15.336,72</b>



Die Zinsgutschriften für Guthaben der Eigenbetriebe und der Jagdgenossenschaft auf dem Konto 240 der Stadtkasse haben aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase sich im Berichtsjahr um rd. 55 T€ verringert.

#### ■ Zinsaufwendungen an den öffentlichen Bereich

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Land Rheinland-Pfalz	96,82	140.047,59
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	14,40	1.812,46
	<b>111,22</b>	<b>141.860,05</b>

Für die Baumaßnahme Kurt-Schumacher-Brücke wurde im Berichtsjahr eine Rückstellung für ausstehende Zinszahlungen in Höhe von 140.000,00 € gebildet.

#### ■ Zinsaufwendungen an den inländischen Geldmarkt

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Zinsen für langfristige Darlehen	10.595.939,93	10.025.952,35
Zinsen für Liquiditätskredite	174.027,74	75.238,20
	<b>10.769.967,67</b>	<b>10.101.190,55</b>

Die Reduzierung bei den Zinsen für langfristige Darlehen (- 570 T€) ergibt sich im Wesentlichen aus dem Rückgang von Zinsbelastungen aufgrund nicht erfolgter Darlehensneuaufnahmen. Gleichzeitig verringerten sich die Zinsen im kurzfristigen Segment für Darlehen zur Liquiditätssicherung um rd. 99 T€. Grund hierfür ist die unterjährig reduzierte Inanspruchnahme von Liquiditätskrediten sowie das derzeit niedrige Zinsniveau.

Zum Haushaltsvoranschlag von rd. 11.395 T€ konnten Einsparungen in Höhe von 1.294 T€ = 11,4 % erzielt werden.

#### ■ Zinsaufwendungen an den sonstigen inländischen Geldmarkt

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Zinsen an Versicherungsunternehmen	970.042,33	1.102.749,37
Sonstige	16.304,17	1.513,95
	<b>986.346,50</b>	<b>1.104.263,32</b>

Zinsen für langfristige Darlehen gegenüber Versicherungsunternehmen sowie Zinsen gegenüber dem Bundeswehr-Dienstleistungszentrum. Die Steigerung zum Vorjahr beträgt rd. 118 T€.

#### ■ Sonstige Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Zusammensetzung:	2014 EUR	2015 EUR
Aus der Verzinsung sonstiger Steuer- nachforderungen	913.523,00	893.929,00
Sonstige wie Derivate für Investitionen und Liquidität	2.709.945,24	2.693.198,54
	<b>3.623.468,24</b>	<b>3.587.127,54</b>



Bei der Verzinsung sonstiger Steuernachforderungen handelt es sich um Erstattungszinsen nach § 233 a AO, die in der Regel bei Änderung des Gewerbesteuerbescheides zu Gunsten des Steuerpflichtigen fällig werden. Das Gros des Zinsaufwandes konzentriert sich auf diverse Steuerpflichtige, denen im Einzelfall bis zu 120 T€ erstattet wurden.

<b>23. Finanzergebnis (Saldo aus 21 und 22)</b>	<b>- 6.720.634,22 €</b>	<b>- 7.651.334,45</b>
---	-------------------------	-----------------------

Der Betrag von – 7.651.334,45 € spiegelt den Saldo zwischen den Finanzerträgen der Spalte 21 sowie den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen der Spalte 22 wider. Während im Vorjahr ein Fehlbetrag von rd. 6.720 T€ hingenommen werden musste, weist das Ergebnis 2015 einen deutlich höheren Fehlbetrag von 7.651 T€ aus. Die Ergebnisverschlechterung beträgt mithin 931 T€ und ist im Wesentlichen auf den Rückgang der Ausschüttungserträge durch die Stadtwerke (- 300 T€) und der Sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen (- 1.120 T€) zurückzuführen.

<b>24. Ordentliches Ergebnis (Summe 20 und 23)</b>	<b>-12.230.214,14 €</b>	<b>6.528.054,34 €</b>
--	-------------------------	-----------------------

Das ordentliche Jahresergebnis wird aus dem laufenden Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit (Zeile 20) sowie dem Finanzergebnis (Zeile 23) gebildet und beläuft sich auf + 6.528.054,34 €. Zum Vorjahr eine Verbesserung von rd. 18,76 Mio.€.

<b>25. Außerordentliche Erträge</b>	<b>0,00 €</b>	<b>998.288,55</b>
<b>26. Außerordentliche Aufwendungen</b>	<b>59.452,06 €</b>	<b>0,00</b>
<b>27. Außerordentliche Ergebnis</b>	<b>-59.452,06 €</b>	<b>998.288,55</b>

Als außerordentliche Erträge bzw. Aufwendungen werden solche Geschäftsvorfälle definiert, die außerhalb der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit einer Kommune liegen. Die außerordentlichen Erträge spiegeln das ausgekehrte Vermögen der in Liquidation befindlichen Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH wieder. Außerordentliche Aufwendungen sind im Berichtsjahr keine angefallen, sondern lediglich in den Vorjahren, aufgrund des Rückerstattungsanspruches an die Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH.

<b>28. Jahresergebnis (Summe 24 und 27)</b>	<b>-12.289.666,20 €</b>	<b>+ 7.526.342,89 €</b>
---	-------------------------	-------------------------

Das Jahresergebnis ergibt sich in kreisfreien Städten aus der Summe des ordentlichen (Zeile 24) und des außerordentlichen Ergebnisses (Zeile 27). Das Jahresergebnis ist die entscheidende Größe für die Veränderung des Eigenkapitals, da hierin sämtlicher Werteverlust oder -zuwachs eines Haushaltsjahres abgebildet ist. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine **Verbesserung** in Höhe von **19.816.009,09 €**. Zum Haushaltsansatz einschließlich Nachtrag mit einem Fehlbetrag von 24.169.458 € beträgt die Verbesserung 31.695.801 €.



# Anlage 12    Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse

---

## Rechtliche Verhältnisse

Die Rechtsstellung der Stadt Koblenz ergibt sich aus der Gemeindeordnung für das Land Rheinland Pfalz in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 2015 (GVBl. S. 477).

Die Stadt Koblenz ist eine kreisfreie Gebietskörperschaft. Sie verwaltet ihr Gebiet nach den Grundsätzen der gemeindlichen Selbstverwaltung.

Die Aufsichtsbehörde ist die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion. Die obere Aufsichtsbehörde ist der Innenminister des Landes RLP.

Das Stadtgebiet gliedert sich in folgende Stadtbezirke:

- Altstadt
- Mitte
- Süd
- Oberwerth
- Karthause Nord
- Karthäuserhofgelände
- Karthause Flugfeld
- Goldgrube
- Rauental
- Moselweiß
- Stolzenfels
- Lay
- Lützel
- Metternich
- Neuendorf
- Wallersheim
- Kesselheim
- Güls
- Rübenach
- Bubenheim
- Ehrenbreitstein
- Niederberg
- Asterstein
- Pfaffendorf
- Pfaffendorfer Höhe
- Horchheim
- Horchheimer Höhe
- Arzheim
- Arenberg
- Immendorf

Der Hauptsitz der Stadtverwaltung befindet sich im Rathaus, Willi-Hörter-Platz 1, 56068 Koblenz. Daneben gibt es in 2015 noch folgende weitere Verwaltungssitze:

- Hochhaus am Bahnhof, Bahnhofstraße 47, 56068 Koblenz
- Ordnungsamt, Ludwig-Erhard-Straße 2, 56073 Koblenz
- Amt für Brand- u. Katastrophenschutz, Schlachthofstraße 2-12, 56073 Koblenz
- Schängel-Center, Rathauspassage 2, 56068 Koblenz
- Musikschule, Volkshochschule und KSI Hoevelstraße 6, 56073 Koblenz
- Stadtarchiv, Burgstraße 1, 56068 Koblenz
- Stadtbibliothek und Mittelrhein Museen, Zentralplatz 1, ab (01.06.2013)
- Ludwig Museum, Danziger Freiheit, 56068 Koblenz
- Stadttheater, Clemensstr. 1-5, 56068 Koblenz

Gemäß § 25 der Gemeindeordnung für das Land Rheinland-Pfalz (GemO) hat der Rat der Stadt Koblenz am 12. Juni 1974 die Hauptsatzung der Stadt Koblenz beschlossen. Die Fassung dieser Satzung wurde ergänzt durch die Satzung vom 19.07.1977 und zuletzt am 12.02.2016 geändert.

## **Organe und Vertretungsbefugnis**

Die Bürgerinnen und Bürger nehmen durch die Wahl des Oberbürgermeisters, des Stadtrates, der Ortsbeiräte sowie durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid (§ 17 a GemO) an der Verwaltung der Stadt teil. Organe der Stadt Koblenz sind nach § 28 GemO der Stadtrat sowie der Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister ist Herr Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig.

Die nach § 29 Abs. 1 GemO in allgemeiner, gleicher, geheimer, unmittelbarer und freier Wahl gewählte Zahl der Ratsmitglieder im Stadtrat beträgt nach § 29 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Rheinland-Pfalz (GemO) für Städte/ Gemeinden/Verbandsgemeinden mit mehr als 100.000 bis 150.000 Einwohnern 56. Diese verteilen sich zum Stand 25.08.2015 wie folgt auf Parteien und Wählergruppen:

CDU	21 Sitze
SPD	14 Sitze
Grüne	8 Sitze
BIZ	4 Sitze
FDP	2 Sitze
FBG	3 Sitze
AFD	2 Sitze
Fraktionslos	2 Sitze

Die Wahlzeit der Stadtratsmitglieder beträgt 5 Jahre.

Die Mitglieder des Stadtrates zum 25.08.2015 sind:

Ratsmitglieder:

- Anna-Maria Schumann-Dreyer
- Monika Artz
- Peter Balmes
- Andreas Biebricher
- Leo Biewer
- Herbert Bocklet
- Eitel Bohn
- Vito Contento
- Manfred Diehl
- Herbert Dott
- Edith Hoernchen
- Rudolf Kalenberg
- Ernst Knopp
- Julia Maria Kübler
- Stephan Otto
- Claudia Probst
- Detlev Pilger
- Hermann-Josef Schmidt
- Thorsten Schneider
- Anita Weis
- Andrea Mehlbreuer
- Hans-Peter Ackermann
- Uwe Diederichs-Seidel
- Sylvia Enger
- Julia Schmenk
- Catharina Weichert
- Nils Wiechmann
- Patrick Zwiernik
- Angela Keul-Göbel
- Dr. Michael Gross
- Stephan Wefelscheid
- Gabriele Hofmann



- Thomas Roos
- Karl-Heinz Rosenbaum
- Monika Sauer
- Martina von Berg
- Jens Wehran
- Marion Lipinski-Naumann
- Christian Altmaier
- Manfred Bastian
- Heribert Heinrich
- Ute Hentschel
- Ursula Hühnerfeld
- Thomas Kirsch
- Gerhard Lehmkühler
- Marion Mühlbauer
- Fritz Naumann
- Manfred Gniffke
- Walter Baum
- Josef Wilbert
- Herbert Mertin
- Torsten Schupp
- Stefan Scheer
- Florian Arndt
- Franz-Josef Möhlich
- Sabine Veidt

Der Stadtrat legt die Grundsätze für die Verwaltung der Stadt fest und entscheidet über alle grundlegenden Angelegenheiten der Stadt. Er kann die Beschlussfassung über bestimmte Angelegenheiten oder bestimmte Arten von Angelegenheiten auf die (Ober-)Bürgermeisterin / den (Ober-)Bürgermeister oder einen der Ausschüsse übertragen. Dies gilt nicht für die in § 32 Abs. 2 GemO RLP aufgeführten ausschließlichen Zuständigkeiten des Rates.

Der Stadtrat hat zur Vorbereitung der Beschlüsse folgende Ausschüsse gebildet:

- Ausschuss für allgemeine Bau- u. Liegenschaftsverwaltung
- Ausschuss für Kultur und Hochschulfragen
- Fachausschuss Frauen
- Fachbereichsausschuss IV
- Forstausschuss
- Haupt- und Finanzausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- Personalausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Schulträgerausschuss
- Sozialausschuss
- Sport- und Bäderausschuss
- Stadtrechtsausschuss
- Umlegungsausschuss
- Umweltausschuss
- Werkausschuss „Grünflächen und Bestattungswesen“
- Werkausschuss „Koblenz Touristik“
- Werkausschuss „Koblenzer Servicebetrieb Koblenz“
- Werkausschuss „Kommunales Gebietsrechenzentrum“
- Werkausschuss „Stadtentwässerung“
- Wirtschaftsförderungsausschuss

Der Stadtrat überwacht die gesamte Verwaltung sowie die Geschäftsführung der Stadt.

Der Oberbürgermeister wird von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt in allgemeiner, gleicher, geheimer, unmittelbarer und freier Wahl auf die Dauer von acht Jahren gewählt. Er leitet die Stadtverwaltung und vertritt die Stadt nach außen.

## Bezüge der Organe

Aufwandsentschädigung Ratsmitglieder:	250 €
Aufwandsentschädigung Fraktionsvorsitzende:	250 €
Sitzungsgeld je Sitzung	25 €
Aufwandsentschädigung Vorsitz d. Ausländerbeirats:	250 €
Aufwandsentschädigung des Behindertenbeauftragten:	250 €

## Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Am 31.12.2015 waren bei der Stadt Koblenz beschäftigt:

Beamte	449
Angestellte / Beschäftigte	1.171
Mitarbeiter/innen insgesamt	1.620
Bedienstete im Vorbereitungsdienst	31
Auszubildende	59
Auszubildende insgesamt	90

## Steuerliche Verhältnisse

### Betriebe gewerblicher Art (BgA)

Die Stadt ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts. BgA's von juristischen Personen des öffentlichen Rechts i. S. d. § 1 Abs 1 Nr. 6 KStG sind alle Einrichtungen, die einer nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen dienen und die sich innerhalb der Gesamtbetätigung der juristischen Person wirtschaftlich herausheben. Die Absicht Gewinn zu erzielen, und die Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr sind nicht erforderlich (§ 4 Abs. 1 KStG). Nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 i. V. m. § 4 KStG unterliegen BgA's von juristischen Personen des öffentlichen Rechts der unbeschränkten Körperschaftsteuerpflicht sowie der Gewerbesteuerpflicht gem. § 2 Abs. 1 GewStG.

Eine zum Bilanzstichtag bestehende Rückstellung in Höhe von 100.000 € resultiert aus einer nach Prüfung durch das Finanzamt festgestellten Steuernachforderung beim BgA Stadion Oberwerth.

### Umsatzsteuer

Die Stadt Koblenz ist gem. § 18 Abs. 1 u. 2 UStG verpflichtet, Umsatzsteuervoranmeldungen abzugeben. Der Steueraufwand des Berichtsjahres wurde ermittelt und, sofern erforderlich, gem. § 39 Abs. 1 Nr. 8 GemHVO rückgestellt.

## Wirtschaftliche Grundlagen

### 1. Allgemeine Angaben

Stadt:	Koblenz
Einwohnerzahl der Stadt:	111.870
Oberbürgermeister:	Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig
Anschrift der Stadtverwaltung:	Willi-Hörter-Platz 1, 56068 Koblenz



## 2. Stadtgebiet

Größe des Stadtgebietes 10.516 ha

Stadtgebiet nach Nutzungsart:

---

- Gebäude- und Freifläche: 19,7 %
- Betriebsfläche: 1,1 %
- Erholungsfläche: 4,9 %
- Verkehrsfläche: 10,5 %
- Landw. genutzte Fläche: 23,6 %
- Waldfläche: 33,8 %
- Wasserfläche: 5,2 %
- Sonstige Flächen: 1,2 %

## 3. Bevölkerungsstruktur

Einwohner mit Hauptwohnsitz: | 111.870 Einwohner, davon  
54.219 männlich (48,5 %)  
57.651 weiblich (51,5 %)

Einwohnerentwicklung: | Lebendgeborene 1.026  
Sterbefälle 1.258  
Geburten-/Sterbesaldo - 232  
  
Zuzüge 9.545  
Fortzüge 8.107  
Gesamtgewinn/-verlust + 1.206

Einwohnerstruktur: | < 18 Jahre 14,4 %  
18 bis 35 Jahre 25,4 %  
35 bis 65 Jahre 38,7 %  
> 65 Jahre 21,5 %  
  
ledig 43,5 %  
verheiratet 40,1 %  
geschieden 8,4 %  
verwitwet 6,8 %  
keine Angabe 1,2 %



## 4. Wirtschaft, Arbeit und Finanzen

Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter: 70.503

Aufteilung Arbeitsmarkt:	Land- und Forstwirtschaft	110
	Produzierendes Gewerbe	9.546
	Handel und Verkehr	14.655
	Dienstleistungsbereich	46.192
Berufspendler:	Berufseinpender	46.947
	Berufsauspendler	14.496
Gewerbeentwicklung:	Anmeldungen	1.260
	Abmeldungen	1.132
	Insolvenzen	171
Grundsteuer	Hebesatz Grundsteuer A: 340 v. H.	
	Hebesatz Grundsteuer B: 420 v. H.	
Gewerbesteuer (Hebesatz):	420 v. H.	

## 5. Beteiligungen

Beteiligungsstruktur der Stadt (Vermögenswerte zum 31.12.2015)

### ■ Verbundene Unternehmen

Stadtwerke Koblenz GmbH	100,0 %	167.908.353,58 €
Aufbaugesellschaft Koblenz mbH	100,0 %	3.178.088,00 €
Koblenzer Wohnbau GmbH	100,0 %	20.050.439,20 €
Sporthalle Oberwerth GmbH	100,0 %	51.276,19 €

### ■ Beteiligungen

Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH	25,00 %	5.120.000,00 €
TechnologieZentrum Koblenz GmbH	32,54 %	247.001,35 €
Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH	11,11 %	3.067,76 €
Volksbank Koblenz Mittelrhein e.G.	k.A.	300,00 €
EK02 GmbH	k.A.	11.264,40 €

### ■ Eigenbetriebe

Eigenbetrieb 17: Kommunales Gebietsrechenzentrum	1.161.786,75 €
Eigenbetrieb 67: Grünflächen- & Bestattungswesen	568.789,46 €
Eigenbetrieb 70: Koblenzer Entsorgungsbetrieb	3.582.814,30 €
Eigenbetrieb 83: Koblenz-Touristik	28.583.450,75 €
Eigenbetrieb 85: Stadtentwässerung	74.476.962,24 €



## Anlage 13 Kennzahlenberechnung

<b>Aufwandsdeckungsgrad</b>	=	$\frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
<b>Eigenkapitalquote 1</b>	=	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
<b>Eigenkapitalquote 2</b>	=	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sopo Zuwendungen/Beiträge}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
<b>Verschuldungsgrad</b>	=	$\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{wirtschaftliches Eigenkapital}}$
<b>Fehlbetragsquote</b>	=	$\frac{\text{Negatives Jahresergebnis} \times -100}{(\text{Kapital- u. sonst. Rücklage} + \text{Ergebnisvortrag})}$
<b>Anlagevermögensintensität</b>	=	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
<b>Infrastrukturquote</b>	=	$\frac{\text{Infrastrukturvermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
<b>Abschreibungsintensität</b>	=	$\frac{\text{Bilanz. Abschreibungen auf Anlagevermögen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
<b>Investitionsquote</b>	=	$\frac{\text{Bruttoinvestitionen} \times 100}{\text{Abgänge u. Abschreibungen im Anlagevermögen}}$
<b>Anlagendeckungsgrad 2</b>	=	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sopo Zuwendungen/Beiträge} + \text{langfristiges Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$
<b>Liquidität 2. Grades</b>	=	$\frac{\text{Liquide Mittel} + \text{Kurzfristige Forderungen} \times 100}{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten}}$
<b>Kurzfristige Verbindlichkeitsquote</b>	=	$\frac{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
<b>Zinslastquote</b>	=	$\frac{\text{Finanzaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
<b>Steuerquote</b>	=	$\frac{\text{Steuererträge} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
<b>Zuwendungsquote</b>	=	$\frac{\text{Erträge aus Zuwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
<b>Personalintensität</b>	=	$\frac{\text{Personalaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
<b>Sach- u. Dienstleistungsintensität</b>	=	$\frac{\text{Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
<b>Transferaufwandsquote</b>	=	$\frac{\text{Transferaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$



# Rechnungsprüfungsamt der Stadt Koblenz

---

Korrespondenzanschrift: Willi-Hörter-Platz 1, 56068 Koblenz  
Postanschrift: Postfach 20 15 51, 56015 Koblenz  
Telefon: 0261 / 129-1452  
Fax: 0261 / 129-1450  
E-Mail: [rechnungspruefungsamt@stadt.koblenz.de](mailto:rechnungspruefungsamt@stadt.koblenz.de)